

OSZE

Jahresbericht 2006

OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Jahresbericht über die Aktivitäten der OSZE 2006

Der Generalsekretär

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Herausgegeben von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büro des Generalsekretärs
OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7
1010 Wien
Österreich

REDAKTEUR
Sharman Esarey

REDAKTIONSASSISTENTIN
Ursula Froese

GESTALTUNG
Phoenix Design Aid A/S

DRUCK
Ueberreuter

Inhaltsverzeichnis

BOTSCHAFT DES GENERALESEKRETÄRS

Die OSZE auf einen Blick

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

Bericht des Amtierenden Vorsitzenden

Befassung mit Konflikten

Stärkung der Wirksamkeit der OSZE

Ein Querschnitt durch die Dimensionen – das Erreichte nach Themen

Der Ständige Rat

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

DIE FELDOPERATIONEN

Südosteuropa

Die Präsenz in Albanien

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Die Mission in Kroatien

Die Mission im Kosovo

Die Mission in Montenegro

Die Mission in Serbien

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Osteuropa

Das Büro in Minsk

Die Mission in Moldau

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Südkaucasus

Das Büro in Baku

Die Mission in Georgien

Das Büro in Eriwan

Zentralasien

Das Zentrum in Almaty

Das Zentrum in Aschgabad

Das Zentrum in Bischkek

Das Zentrum in Duschanbe

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Unterstützung für bilaterale und multilaterale Vereinbarungen

Der OSZE-Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte

Militärangehörige

Der OSZE-Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige

DIE INSTITUTIONEN

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten

Der Beauftragte für Medienfreiheit

DAS SEKRETARIAT

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung

Das Konfliktverhütungszentrum

Die Hauptabteilung Personalressourcen

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen

Die Abteilung Genderfragen

Der Rechtsdienst

Das Büro für Innenrevision

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE

Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten

PARTNERSCHAFTEN

Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum sowie mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

ANHÄNGE

Revidierter Gesamthaushalt

OSZE-Personalstatistik

Kontakt

Abkürzungen

Botschaft des Generalsekretärs

Nach den Feierlichkeiten zum dreißigsten Jahrestag der Schlussakte von Helsinki 2005 war 2006 für die OSZE ein Jahr der Konsolidierung. Auf allen drei Kontinenten im OSZE-Gebiet machten wir kleine und auch große Schritte – alle gleichermaßen wichtig für die Stabilität, den Wohlstand und die Demokratie in den 56 Staaten, die wir durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praktische Arbeit zur Herbeiführung nachhaltiger Veränderungen verwirklichen wollen. So lautet der Auftrag der OSZE.

Der vorliegende OSZE-Jahresbericht bietet – in neuer Gestalt – Gelegenheit, näher auf das Engagement, das die OSZE ausmacht, einzugehen und berichtet über die praktischen Maßnahmen, die zur Umsetzung dieses Engagements getroffen wurden. Die OSZE hat eine gute Geschichte zu erzählen.

Diese Geschichte zu erzählen, ist allerdings keine leichte Aufgabe, da die OSZE den Großteil ihrer Arbeit hinter den Kulissen leistet. Und wenn wir Erfolge haben, dann auf eine Art, die unbemerkt bleibt. Die Arbeit aller Abteilungen, Feldoperationen und Institutionen der Organisation dient der Verhütung und Beilegung von Konflikten und Krisen und sie tun dies mit Beharrlichkeit und Geduld. Unsere Aufgabe ist es, positive Impulse zu setzen, „Tugendkreise“ zu schaffen, und wir setzen zu diesem Zweck viele kleine Schritte, die in ihrer Kombination Änderungen in Einstellungen, Kulturen und Institutionen bewirken sollen.

So schwierig es auch sein mag, unsere Geschichte zu erzählen, sie ist es wert, erzählt zu werden. Lassen Sie mich zwei Beispiele aus dem Jahresbericht nennen. Vorweg sei gesagt, dass die OSZE zum Bezugspunkt für ihre Teilnehmerstaaten geworden ist, die sich in den heikelsten Situationen im Leben ihrer Länder an sie wenden. 2006 spielte die OSZE eine entscheidende Rolle bei der friedlichen Geburt der Republik Montenegro, dem 56. Teilnehmerstaat der Organisation. Ferner leitete sie ebenfalls in diesem Jahr eine elftägige Umweltbegutachtungsmission in den von Bränden betroffenen Gebieten in und um die Region Berg-Karabach. Wir hoffen, dass diese ganz außergewöhnliche Mission die Grundlage für weitere Vertrauensbildung in und um dieses Konfliktgebiet schaffen wird.

Und natürlich waren auch die 19 Feldoperationen in vielfältiger Weise bemüht, den umfassenden Sicherheitsansatz der Organisation in ihren Gastländern zu fördern, indem sie sich in allen drei Dimensionen, der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension sowie der menschlichen Dimension, für die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen einsetzen.

Unter der dankenswerten Führung des belgischen Vorsitzes befasste sich die OSZE 2006 auch intensiv mit so schwierigen Herausforderungen wie der organisierten Kriminalität. Das Problem der organisierten Kriminalität verläuft quer durch alle drei Dimensionen und macht eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Teilnehmerstaaten, zwischen Behörden innerhalb einzelner Staaten und zwischen internationalen Organisationen besonders wichtig. Unsere Zusammenarbeit ist auch ein Zeichen der Anerkennung für die einzigartige Rolle, die die OSZE bei der Bewältigung komplexer Herausforderungen durch Beschreiten neuer Wege und Schaffung von Partnerschaften zwischen den 56 Staaten und den drei Sicherheitsdimensionen spielen kann. In diesem Bereich hat die OSZE eine maßgebliche Rolle zu spielen. Daran werden wir auch 2007 wieder arbeiten.

Ich möchte auch erwähnen, dass 2006 in der Organisation Maßnahmen zum Aufbau der Zusammenarbeit im Kampf gegen unerlaubte Drogen getroffen wurden. Als Generalsekretär war ich in die Umsetzung von Beschluss Nr. 5 des Ministerrats von Laibach unmittelbar eingebunden und mein Büro organisierte im Oktober die gemeinsame Arbeitstagung der OSZE und des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung zum Thema „Kampf gegen die Drogengefahr“.

Die OSZE hat dieses Jahr auch einen entscheidenden Schritt zur Stärkung ihrer Wirksamkeit unternommen. 2006 unterstützte ich gemeinsam mit meinem Team und anderen zuständigen Haupt- und Unterabteilungen den Vorsitz bei der Umsetzung des Laibacher „Fahrplans“ – des Beschlusses über die *Stärkung der Wirksamkeit der OSZE*. Als *Chef de file* unterstützte ich den Vorsitz bei der Ausarbeitung von Arbeitsunterlagen zu vielfältigen Fragen der außerbudgetären Finanzierung, der Programmplanung und der Professionalität des OSZE-Personals. Die im Jahr 2006 von den Teilnehmerstaaten und auf dem Brüsseler Ministerratstreffen gefassten Beschlüsse haben den einzuschlagenden Weg verdeutlicht und uns klar die Richtung vorgegeben.

2006 hatte ich auch die erfreuliche Aufgabe, die Entwicklung der Leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen zu leiten. Sie wurde in einigen Teilhaushalten versuchsweise eingeführt und anhand der dabei gemachten Erfahrungen verfeinert. Dieser Prozess wurde von der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen, Mitarbeitern der Führungsebene, dem Konfliktverhütungszentrum und der Hauptabteilung Personalressourcen koordiniert. Nach einer eingehenden Überprüfung Ende 2006 genehmigten die Teilnehmerstaaten die vollständige und schrittweise Einführung der Leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen in der gesamten Organisation.

2006 betrachtete ich es als eine meiner wichtigsten Aufgaben, als Anlaufstelle für die Unterstützung des Vorsitzes und für die richtige und wirksame Koordination innerhalb des Sekretariats und zwischen den Institutionen zu fungieren. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass zu mehreren substanziellen Themen wie etwa zum Kampf gegen organisierte Kriminalität, unerlaubte Drogen und Menschenhandel „Cluster-Meetings“ stattfanden. Bei diesen Treffen waren alle maßgeblichen Sekretariatsabteilungen und bei Bedarf auch Vertreter von Feldoperationen und Institutionen anwesend.

Eine meiner Aufgaben als Generalsekretär ist es, der breiten Öffentlichkeit das Wesen und die Werte dieser Organisation im 21. Jahrhundert näher zu bringen. 2006 nahm ich bei meinen bilateralen Besuchen und meinen Gesprächen mit Beamten, Journalisten und Studenten im gesamten OSZE-Raum gerne jede Gelegenheit wahr, um auf unsere wichtigste Botschaft hinzuweisen: dass gemeinsame Auffassungen von Zusammenarbeit und Sicherheit den Kern der OSZE bilden und als Kompass und Leitlinie für das Verhalten der Teilnehmerstaaten dienen. Wir können zurecht stolz sein auf das Erreichte, es muss uns aber auch bewusst sein, dass wir die Verpflichtungen, zu denen wir uns alle bekannt haben, nach Geist und Buchstaben zu erfüllen haben.

Die OSZE-Institutionen, -Abteilungen und -Feldoperationen stehen bereit, den Staaten in diesem Prozess zu helfen. Der vorliegende Jahresbericht beschreibt Umfang und Tiefe der OSZE-Arbeit und wird, so hoffe ich, die oft unbesungenen, doch beachtlichen Leistungen unserer einmaligen Organisation einer breiteren Öffentlichkeit zu Bewusstsein bringen.

Die OSZE auf einen Blick

Von Vancouver bis Wladiwostok engagiert sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit ihren rund 3400 Mitarbeitern in 19 Feldoperationen und mehreren Fachinstitutionen und Gremien für die Stärkung der Sicherheit in der Region im Interesse ihrer 56 Teilnehmerstaaten und 11 Kooperationspartner.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa arbeitet daran, durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praktische Arbeit zur Herbeiführung nachhaltiger Veränderungen Stabilität, Wohlstand und Demokratie in 56 Staaten zu schaffen.

Das Mandat. Die als regionale Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen anerkannte OSZE ist eines der Hauptinstrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge in ihrem Gebiet. Ihr Sicherheitsansatz ist insofern einzigartig, als er sowohl umfassend als auch kooperativ ist: **umfassend**, da er an drei Dimensionen der Sicherheit ansetzt – der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension sowie der menschlichen Dimension. Die Organisation befasst sich also mit einer großen Bandbreite von sicherheitsrelevanten Fragen, darunter Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Menschenrechte, nationale Minderheiten, Demokratisierung, polizeistrategische Fragen, Terrorismusbekämpfung, Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie Wirtschafts- und Umweltfragen. **Kooperativ** ist der Ansatz deshalb, weil alle 56 Staaten gleichberechtigten Status genießen. Beschlüsse werden mit Konsens gefasst und sind politisch, nicht jedoch rechtlich bindend.

Geschichtliches. Die OSZE geht auf die Entspannungsphase der frühen siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Damals wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als multilaterales Forum für Dialog und Verhandlungen zwischen Ost und West gegründet. Auf Treffen in Helsinki und Genf, die zwei Jahre in Anspruch nahmen, einigte sich die KSZE auf die *Schlussakte von Helsinki*, die am 1. August 1975 unterzeichnet wurde. Dieses Dokument enthält eine Reihe maßgeblicher Verpflichtungen in politisch-militärischen, Wirtschafts- und Umwelt- und Menschenrechtsfragen und legte auch grundlegende Prinzipien fest, die das Verhalten der Staaten gegenüber ihren Bürgern sowie untereinander regeln.

Nach dem Ende des Kalten Krieges übernahm die KSZE eine neue Aufgabe, um die in Europa vor sich gehenden historischen Veränderungen besser bewältigen und auf die neuen Herausforderungen für die Sicherheit in der Zeit nach dem Kalten Krieg angemessen reagieren zu können. Sie stattete sich mit ständigen Institutionen und operativen Fähigkeiten aus, darunter ein Sekretariat, ein Büro für freie Wahlen und ein Konfliktverhütungszentrum. Ein wichtiges Rüstungskontrollübereinkommen, der *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa*, wurde 1990 geschlossen und 1999 auf den neuesten Stand gebracht. Zu weiteren wichtigen Verträgen über militärische Sicherheit zählen der *Vertrag über den Offenen Himmel* von 1992, das *Wiener Dokument 1999* und das *Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen* aus dem Jahr 2000. Anfang der 1990er Jahre begannen die Gremien regelmäßiger zu tagen, es wurden Feldoperationen eingerichtet und die Arbeit der Konferenz erhielt deutlichere Strukturen. In der Erkenntnis, dass die KSZE keine einfache Konferenz mehr war, wurde sie auf dem Budapester Gipfeltreffen von 1994 in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umbenannt.

Führungsgremien und Arbeitsweise. Der jährlich wechselnde Vorsitz der OSZE wird jeweils von einem Teilnehmerstaat wahrgenommen. 2006 führte Belgien den Vorsitz. Gemeinsam mit Slowenien (2005) und Spanien (2007) bildete es die OSZE-Troika, die für Kontinuität in den OSZE-Aktivitäten sorgt und den Amtierenden Vorsitz berät. 2008 übernimmt Finnland den Vorsitz in der Organisation.

Der Amtierende Vorsitzende kann auch Persönliche Beauftragte oder Sonderbeauftragte für spezielle Fragen oder Situationen ernennen.

In regelmäßigen Zeitabständen finden Gipfeltreffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs statt. Zwischen den Gipfeltreffen tritt alljährlich der aus den Außenministern bestehende Ministerrat zusammen, der die Aktivitäten der OSZE überprüft und Anleitungen und Orientierungshilfen gibt. Einmal im Jahr tagt das *Wirtschafts- und Umweltforum*, dessen Tagesordnung jeweils ausgewählten Wirtschafts- und Umweltfragen gewidmet ist. Die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* und das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* befassen sich mit Schlüsselfragen in der politisch-militärischen bzw. der menschlichen Dimension.

Der Ständige Rat ist das wichtigste regelmäßig tagende Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung. Seine Mitglieder sind die ständigen Vertreter der Teilnehmerstaaten bei der OSZE. Bei seinen wöchentlichen Sitzungen in Wien erörtert er alle wichtigen Fragen und fasst entsprechende Beschlüsse.

Das Forum für Sicherheitskooperation, das federführend für die politisch-militärische Dimension der OSZE verantwortlich ist, tagt ebenfalls einmal pro Woche in der Wiener Hofburg.

Das Sekretariat der OSZE hat seinen Sitz in Wien. Es steht unter der Leitung des Generalsekretärs Marc Perrin de Brichambaut aus Frankreich, der im Juni 2005 für eine dreijährige Amtszeit bestellt wurde. Als höchster Verwaltungsbeamter leitet Botschafter Perrin de Brichambaut die Organe und Einsätze der OSZE und unterstützt den OSZE-Vorsitz.

Zur Unterstützung der Staaten bei der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verfügt die OSZE über folgende Fachinstitutionen: das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau (Polen) (1990 als Büro für freie Wahlen gegründet), den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten in Den Haag (Niederlande) (1992) und den Beauftragten für Medienfreiheit in Wien (1997). Ein eigenes Gremium, die in Kopenhagen angesiedelte Parlamentarische Versammlung der OSZE (1991) – die sich aus über 300 Parlamentariern aus allen Teilnehmerstaaten zusammensetzt – unterstützt den interparlamentarischen Dialog und spielt auch bei der Wahlbeobachtung eine wichtige Rolle.

Die OSZE verfügt über 19 Feldoperationen in 17 Staaten. Einundsiebzig Prozent des revidierten OSZE-Gesamthaushalts 2006 in Höhe von 162.712.100 EUR waren für die Feldoperationen bestimmt, 18 Prozent für das Sekretariat und 11 Prozent für die Institutionen.

OSZE-ORGANIGRAMM

Gipfeltreffen

Periodisches Treffen der OSZE-Staats- und -Regierungschefs

Ministerrat

Jährliches Treffen der Außenminister (außer in Jahren mit Gipfeltreffen)

Forum für Sicherheitskooperation

Reguläres Gremium für Rüstungskontrolle und VSBM (wöchentliche Sitzung in Wien)

Ständiger Rat

Reguläres Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung (wöchentliche Sitzung in Wien)

Parlamentarische Versammlung der OSZE

Kopenhagen

Amtierender Vorsitzender

Belgien (2006)

Troika (2006)

Slowenien, Belgien, Spanien

Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Warschau

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit

Wien

Generalsekretär

Wien

OSZE-Sekretariat

Wien

Prager Büro

Hoher Kommissar für nationale Minderheiten

Den Haag

OSZE-Missionen und andere Feldaktivitäten

Südosteuropa

- Präsenz in Albanien
- Mission in Bosnien und Herzegowina
- Mission in Kroatien
- Mission im Kosovo
- Mission in Montenegro
- Mission in Serbien

- „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Osteuropa

- Büro in Minsk
- Mission in Moldau
- Projektkoordinator in der Ukraine

Südkaucasus

- Büro in Baku
- Mission in Georgien
- Büro in Eriwan

Zentralasien

- Zentrum in Almaty
- Zentrum in Aschgabad
- Zentrum in Bischkek
- Zentrum in Duschanbe
- Projektkoordinator in Usbekistan

Hochrangige Planungsgruppe

Planung einer OSZE-Friedenstruppe für Berg-Karabach

OSZE-Unterstützung für bilaterale und multilaterale Vereinbarungen

- Der OSZE-Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militäranghörige
- Der OSZE-Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militäranghörige (hat mit 1. September 2006 seine Tätigkeit eingestellt)

Mit der OSZE zusammenhängende Gremien

Gemeinsame Beratungsgruppe

Fördert die Umsetzung des KSE-Vertrags,
tritt regelmäßig in Wien zusammen

Beratungskommission „Offener Himmel“

Fördert die Umsetzung des Vertrags über den Offenen Himmel,
tritt regelmäßig in Wien zusammen

Vergleichs- und Schiedsgerichtshof

Genf

_____ Befehlskette
..... unterstützende Funktion

Bericht des Amtierenden Vorsitzenden

Am 1. Januar trat ich voll Optimismus mein Amt als Amtierender Vorsitzender an. Wir wollten beweisen, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach wie vor eine wichtige Brückenfunktion über den tiefen Graben hinweg erfüllt, der sich im Verlauf des Kalten Krieges in Europa aufgetan hat. Wir wollten zeigen, dass der für die Teilnehmerstaaten verbindliche Katalog von Verpflichtungen, Normen und Grundsätzen eine unverändert zeitgemäße Sicht der kollektiven Sicherheit darstellt.

Zu diesem Zweck haben wir mit den Teilnehmerstaaten intensiv an der Lösung der Konflikte gearbeitet, die nach wie vor im OSZE-Gebiet schwelen. Gemeinsam mit den Staaten befassten wir uns auch mit themenspezifischen Fragen in allen drei Dimensionen. Ich habe zahlreiche Besuche in den Regionen der OSZE absolviert: Ich begab mich mehrmals nach Nordamerika und in die Russische Föderation, im Januar, Juni und Oktober in den Südkaukasus, im Februar und erneut im April auf den Westbalkan, im Juni nach Moldau und in die Ukraine und im März und November nach Zentralasien. Darüber hinaus boten internationale und europäische Treffen eine willkommene Gelegenheit zur Fortsetzung des Dialogs mit Kollegen aus verschiedenen Hauptstädten und mit Partnerorganisationen. Mit Vergnügen habe ich auch die zahlreichen Besucher empfangen, die mich zu Hause in Brüssel aufsuchten.

Im vorliegenden Bericht wird die geleistete Arbeit ausführlich beschrieben. Lassen Sie mich nur einige der Themen herausgreifen, zu denen im Verlauf des Jahres 2006 neue konkrete Schritte unternommen wurden: Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Förderung des Dialogs über Verkehrs- und Energiesicherheitsfragen und Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Auch das Mandat von Laibach im Hinblick auf die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE wurde erfüllt. Eine Lösung der Langzeitkonflikte ist hingegen nach wie vor nicht in Sicht. Ich möchte in diesem Zusammenhang lediglich wiederholen, dass die Pläne für entsprechende Lösungen vorhanden sind, bereitliegen, verfügbar sind und auf dem Tisch liegen. Was fehlt, ist lediglich der politische Wille. Weitblick und Verantwortungsbewusstsein seitens der Führungspersonlichkeiten sind nötiger denn je.

Es ist Aufgabe der Teilnehmerstaaten der OSZE, sich weiterhin unermüdlich darum zu bemühen, Abhilfe für das Leid der von den Konflikten betroffenen Bevölkerung zu schaffen.

2006
Amtierender Vorsitzender
Karel De Gucht

Befassung mit Konflikten

Berg-Karabach

Der Amtierende Vorsitzende hat angekündigt, dass die Beilegung von Langzeitkonflikten eines seiner wichtigsten Ziele für das Jahr 2006 sein wird. Das betrifft natürlich auch den Konflikt um Berg-Karabach.

Sein erster Auslandsbesuch führte den Amtierenden Vorsitzenden am 24. und 25. Januar unter hoffnungsvollen Vorzeichen einer möglichen Konfliktbeilegung nach Armenien und Aserbaidschan. In keinem der beiden Länder waren für 2006 Wahlen geplant, was die Annahme rechtfertigte, dass die Verhandler bei der Sondierung von Lösungen mehr Spielraum haben würden.

Der Vorsitzende unterstützte die Konfliktparteien bei ihren hochrangigen Treffen in Rambouillet (Februar), Wilna (Mai), Bukarest (Juni) und Minsk (November). Am 14. November fand auf Einladung des Vorsitzenden in Brüssel ein Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidschans statt. Es wurde keine Gelegenheit versäumt, um die Parteien näher an eine Einigung über die Grundzüge einer Lösung heranzuführen. Der Vorsitz stand in ständigem Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe, die er von Zeit zu Zeit nach Brüssel einlud. Sein Persönlicher Beauftragter, Botschafter Andrzej Kasprzyk, unterstützte ihn dabei.

Auf dem OSZE-Ministerratstreffen in Brüssel würdigten die Teilnehmerstaaten die bisher erzielten Erfolge. Die Minister ersuchten die Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans eindringlich, noch intensivere Anstrengungen zur endgültigen Festlegung der im Laufe des Jahres skizzierten Grundprinzipien zu unternehmen, und sagten zu, dass sich die OSZE auch weiterhin in ihrer Vermittlerrolle als ehrlicher Makler betätigen werde.

Inzwischen setzten der Persönliche Beauftragte des Vorsitzenden und sein Büro die Beobachtung an der Frontlinie fort, um die Spannungen unter Kontrolle zu halten. Das ganze Jahr hindurch kam es zu Verletzungen der Waffenruhe, wobei gelegentlich auch die persönliche Sicherheit der Beobachtungsteams gefährdet war. Im Juli spitzte sich die Situation zu und die Beobachtungstätigkeit musste nach einer Schießerei vorläufig ausgesetzt werden.

Das ganze Jahr über wurde die Suche nach vertrauensbildenden Maßnahmen und Möglichkeiten von Basiskontakten zwischen den Seiten fortgesetzt.

Im Sommer brachen in der Region Berg-Karabach und ihrer Umgebung Brände aus, die eine Gefahr für die Menschen und ihre Sicherheit darstellten und die Erwerbsbasis der Bewohner zerstörten. Schäden waren auf beiden Seiten der Kontaktlinie festzustellen, weshalb eine Zusammenarbeit unerlässlich war.

Der Persönliche Beauftragte machte sich im Zuge einer Kurzzeit-Beobachtungsmission vom 3. bis 5. Juli ein Bild von der Lage; er bestätigte die erhebliche Ausdehnung der Brände und regte an, eine umfangreichere Begutachtung durchzuführen.

Auf Ersuchen Aserbaidschans initiierte der Vorsitzende eine internationale Mission zur Beurteilung des Ausmaßes der eingetretenen Umweltzerstörung; sie sollte eine Einschätzung der Auswirkungen der Brände vornehmen und Empfehlungen für einen Umwelteinsatz abgeben. Die Aufgabenstellung der Mission wurde am 25. September vereinbart. An der Mission, die in Resolution 285 der Generalversammlung der Vereinten Nationen befürwortet wurde, waren Experten der Vereinten Nationen, des Europarats und der Europäischen Union (EU) sowie örtliche Experten von beiden Seiten der Kontaktlinie beteiligt. Die elftägige Mission begab sich am 3. Oktober unter der Leitung des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Bernard Snoy, in die von den Bränden betroffenen Gebiete. Ihr Bericht, der dem Vorsitzenden im November vorgelegt und auch an die Teilnehmerstaaten

weitergegeben wurde, enthielt Empfehlungen in Bezug auf Maßnahmen der Brandbekämpfung und Wasserbewirtschaftung; derzeit wird er im Hinblick auf die weitere Vorgehensweise geprüft. Die Mission war ein wichtiger Schritt im Prozess der Vertrauensbildung in der Region, da örtliche Gemeinschaften eingebunden waren und ein gemeinsames Verständnis für die anstehenden Fragen entwickelt werden konnte.

Wie in der Resolution der VN-Generalversammlung vorgesehen, leitete der Vorsitz den Bericht dem VN-Generalsekretär zur Verteilung an die Mitgliedstaaten der Generalversammlung zu.

Die Hochrangige Planungsgruppe

Die Hochrangige Planungsgruppe wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen der KSZE, dem Vorläufer der OSZE, mit dem Auftrag eingerichtet, Pläne für eine multinationale OSZE-Friedenstruppe auszuarbeiten, die zum Einsatz kommen könnte, sobald der Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, beigelegt ist. Die Gruppe steht in Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe sowie mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden.

Als sich die Aussichten auf eine Konfliktbeilegung im Laufe des Jahres verbesserten, verstärkte die Planungsgruppe ihre Aktivitäten. Sie führte eine Aufklärungsmission durch, die im Dezember 2005 in Armenien und Aserbaidschan begann und im Januar 2006 mit einem Besuch in der Region Berg-Karabach endete. Bei der Mission wurden aktualisierte Informationen über die operativen, logistischen und finanziellen Aspekte einer möglichen Friedenssicherungsmission gewonnen.

Die Hochrangige Planungsgruppe stand wie bisher in Verbindung mit anderen internationalen Organisationen und Ausbildungsinstituten. 2006 wurde sie durch einen zusätzlichen Mitarbeiter für Personalangelegenheiten und Schulung ergänzt.

Moldau

In seinen Bemühungen um die verstärkte Suche nach einer dauerhaften Lösung für die Transnistrienfrage hielt der Vorsitzende laufend Kontakt mit seinen Kollegen in Moldau, in der Ukraine und in der Russischen Föderation. Er stellte sicher, dass die offiziellen Verhandlungen, die im Dezember 2005 nach einem langen Stillstand in einem neuen Format wieder aufgenommen worden waren, weitergeführt werden. Das neue Format „5+2“ sah neben den zwei Parteien und den drei Vermittlern (OSZE, Ukraine und Russische Föderation) auch die EU und die Vereinigten Staaten von Amerika als Beobachter vor. Sie alle trafen am 26. und 27. Januar in Chişinău und am 27. und 28. Februar in Tiraspol zusammen.

Die praktische Umsetzung eines neuen gemeinsamen Zollsystems zwischen Moldau und der Ukraine auf der Grundlage ihrer Erklärung vom 30. Dezember 2005, die vorsah, dass Firmen in Transnistrien sich bei den Zentralbehörden in Chişinău registrieren lassen müssen, schuf eine neue Situation in der Region. Die Vorschrift der Registrierung wurde von Transnistrien trotz des Appells des Vorsitzenden, die Bestimmung nach Treu und Glauben zu erfüllen, rundweg abgelehnt. 2006 kam es zu keinen weiteren „5+2“-Gesprächen.

Zur Vorbereitung eines wichtigen Besuchs in der Region entsandte der Vorsitzende seinen Sondergesandten, Senator Pierre Chevalier, Mitte April nach Chişinău und Tiraspol und berief im Mai ein Treffen der Vermittler und Beobachter unter seinem Vorsitz nach Brüssel ein. Dabei konnte er sich ein Bild von den festgefahrenen Verhandlungen machen und neue Fragen zur Sprache bringen, die für eine politische Gesamtlösung zukünftig von Bedeutung sein könnten. Vom 30. Mai bis 1. Juni besuchte er Chişinău und Tiraspol. Der Vorsitzende betonte die Nützlichkeit des neuen transparenten Managements des transnistrischen Abschnitts der moldauisch-ukrainischen Grenze und wiederholte einmal mehr den grundlegenden Standpunkt der OSZE: eine friedliche Beilegung auf dem Verhandlungsweg, unter Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Republik Moldau und mit einem Sonderstatus für die transnistrische Region. Er schlug Wirtschaftsinitiativen vor, die das Vertrauen und den guten Willen fördern könnten. Er brachte auch das Problem der fortgesetzten Präsenz des russischen Militärs zur Sprache und meinte, dass sich eine erweiterte Friedenstruppe mit internationalem Mandat positiv auswirken könnte.

Der Sondergesandte des Vorsitzenden reiste anschließend immer wieder in die Hauptstädte. Den Teilnehmern an den „5+2“-Verhandlungen wurde im Namen des Vorsitzes ein Katalog schriftlicher Vorschläge über eine neue Friedenssicherungsmission mit internationalem Mandat, über Elemente für einen Status Transnistriens innerhalb der Republik Moldau und über sozio-ökonomische Elemente eines Beilegungsprozesses vorgelegt. Es stellte sich allerdings rasch heraus, dass nicht alle Teilnehmer bereit waren, diese Vorstellungen weiter zu verfolgen.

Auf der Sondersitzung des Ständigen Rates vom 28. September widmete der Vorsitzende den ungelösten Konflikten besondere Aufmerksamkeit. Er betonte, dass alle Elemente einer politischen Lösung auf dem Tisch lägen, und forderte den nötigen politischen Willen für Fortschritte ein. Er ersuchte alle Seiten nachdrücklich, Verantwortungsbewusstsein und Weitblick zu beweisen.

Die Vertreter des Vorsitzenden nahmen am 25. Oktober an Treffen in Odessa teil, deren Ziel es war, die offiziellen „5+2“-Gespräche neu zu beleben. Am 16. November berief der Vorsitzende eine weitere informelle Sitzung der Vermittler und Beobachter unter seinem Vorsitz ein, auf der die Wiederaufnahme des Beilegungsprozesses und die Umgestaltung der Friedenssicherung erörtert wurden. Letztere stand am 6. Dezember im Mittelpunkt eines Folgetreffens in Brüssel am Rande des Ministerrattreffens. Auf dem Rattreffen selbst erwies es sich leider als unmöglich, die Teilnehmerstaaten zu einer Einigung auf eine Ministererklärung zu veranlassen.

Georgien

Der Amtierende Vorsitzende befasste sich dieses Jahr auch intensiv mit dem Konflikt in Südossetien und startete Initiativen, die die Konfliktparteien in die Lage versetzen sollten, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und in einen echten Beilegungsprozess einzutreten.

In diesem Jahr wurden beträchtliche Meinungsverschiedenheiten festgestellt, nicht zuletzt hinsichtlich des geeigneten Formats für die Gespräche. Angesichts des gescheiterten Treffens Ende Dezember 2005 unterbreitete der Vorsitzende in enger Abstimmung mit der Mission in Georgien Vorschläge zur Neubelebung bestehender Formate, darunter die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC) und die „autorisierten Delegationen“. Er schlug vor, im Februar ein JCC-Treffen in Wien abzuhalten, doch dieses Vorhaben scheiterte. Der Vorsitzende

schlug im Verlauf des Jahres auch andere Formen von Treffen auf hoher Ebene oder Expertentreffen vor.

Durch eine Debatte im georgischen Parlament über Friedenstruppen in Südossetien nahmen im Februar die Spannungen zu, und der Vorsitzende forderte alle Seiten zur Zurückhaltung auf. Am 16. und 17. Februar besuchte sein Sondergesandter Tiflis.

Unmittelbar danach schien es möglich, ein *Wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm* für die Konfliktzone und benachbarte Gebiete in Angriff zu nehmen. Auf ihrer Tagung in Zchinwali vom 11. bis 13. Mai genehmigte die JCC ein Paket sozio-ökonomischer Projekte, die auf der Grundlage eines Berichts über eine von internationalen, georgischen und südossetischen Experten in den Jahren 2005 und 2006 durchgeführte Bedarfserhebungsstudie der OSZE ausgearbeitet worden waren. Die gute Zusammenarbeit zwischen den Seiten machte aus diesem Unternehmen eine äußerst nützliche vertrauensbildende Maßnahme. Die Projekte sind Grundbedürfnissen wie Trinkwasser, elektrischem Strom, Gas, Schulen, Gesundheit, Straßen, Jugendzentren, Landwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen gewidmet. Sie werden die Lebensbedingungen der örtlichen Bevölkerung nachhaltig verbessern. Ihre Finanzierung wurde auf einer Geberkonferenz am 14. Juni in Brüssel unter Beteiligung aller Mitglieder der JCC sichergestellt. Die Zusagen der Teilnehmerstaaten und der Europäischen Kommission beliefen sich auf über 10 Millionen EUR.

Der Vorsitzende reiste erneut in die Region und unternahm am 22. und 23. Juni einen neuerlichen Versuch, den Beilegungsprozess wieder in Gang zu bringen. Er schlug ein Treffen zwischen den Seiten auf höchster Ebene oder ein JCC-Treffen auf hoher politischer Ebene in Brüssel vor und bot seine Hilfe bei der Ausarbeitung eines Konzepts für einen Friedensplan sowie Besuche belgischer Verfassungsexperten an, die Empfehlungen über den Status Südossetiens innerhalb Georgiens abgeben sollten.

Die Spannungen vor Ort hielten an und es kam immer wieder zu Verletzungen des *Sotschi-Übereinkommens* von 1992 und anderer Entmilitarisierungsabkommen, während in JCC-Sitzungen kaum oder überhaupt keine Fortschritte zu verzeichnen waren. Der Konflikt verschärfte sich im Juli durch die Schließung des russisch-georgischen Grenzübergangs in Semo Lars/Werchni Lars. Der Vorsitzende forderte zur Zurückhaltung auf und verlangte die möglichst rasche Wiedereröffnung der Grenzübertrittsstelle. Ende September spitzte sich die Situation weiter zu, als vier russische Offiziere der Spionage beschuldigt und in Tiflis in Haft genommen wurden. Der Vorsitzende vermittelte erfolgreich und begab sich Anfang Oktober nach Tiflis. Die Gefangenen wurden seiner Obhut übergeben und er sorgte für ihre sichere Übergabe an die russische Regierung. Sein Sondergesandter reiste anschließend in die Region und nach Moskau, um einen Ausweg aus der zunehmend verhärteten Situation zu finden.

Am Rande des Ministerratstreffens bemühte sich der Vorsitzende, den Beilegungsprozess wieder in Gang zu bringen. Den Ministern gelang es zwar nicht, sich auf eine offizielle Erklärung zu einigen, doch wurden nützliche Denkanstöße gegeben, wie man in dieser Frage in nächster Zeit vorgehen kann.

Die OSZE-Mission im Kosovo

Im Kosovo unterhält die OSZE ihre größte Feldoperation mit rund 1000 Mitarbeitern, die einen wesentlichen Bestandteil der VN-Mission im Kosovo bildet. Die Mission leistet

zentralen Institutionen wie dem Parlament, den Ministerien, dem Medienrat und der Polizei sowie örtlichen Verwaltungen und Gemeinschaften Hilfestellung. Von der Annahme ausgehend, dass die Festlegung eines künftigen Status für den Kosovo Auswirkungen auf diese wichtige Feldpräsenz haben werde, bemühte sich der Vorsitzende intensiv um Kontakte mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit den Mitgliedern der Kontaktgruppe, um schon im Vorfeld für Koordination zu sorgen und Konsultationen über die Struktur der zukünftigen internationalen Präsenz zu führen. Er begab sich schon frühzeitig in den Kosovo, nämlich vom 15. bis 17. Februar.

Die OSZE, die EU, der Europarat und andere interessierte internationale Stellen beteiligten sich das ganze Jahr hindurch an der von der VN-Mission eingerichteten informellen Lenkungsgruppe über zukünftige Vorkehrungen. Diese Gruppe spielte eine entscheidende Rolle bei der Prüfung von Fragen der Neuverteilung von Verantwortlichkeiten nach dem geplanten schrittweisen Rückzug der VN-Mission. Die OSZE-Mission richtete regionale Zentren und Kommunalteams ein, um in allen Kosovo-Kommunen für eine Präsenz zu sorgen, was von der internationalen Gemeinschaft einstimmig als nützlicher Beitrag für die zukünftige zivile Präsenz begrüßt wurde.

Der Vorsitzende hielt engen Kontakt mit dem VN-Sondergesandten für den Kosovo, Martti Ahtisaari, während die Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo unter der Führung der Vereinten Nationen weitergingen. Diese Konsultationen halfen mit, den Beitrag zu definieren, den die OSZE anzubieten hat. Natürlich erklärte sich die OSZE bereit, den Kosovo bei der Entwicklung wirklich demokratischer Institutionen zu unterstützen, und hinsichtlich des zukünftigen Status bei der Umsetzung zu helfen.

Der Sondergesandte informierte die Teilnehmerstaaten direkt und ausführlich über diese Entwicklungen bei drei Gelegenheiten, einem informellen Treffen im Mai und zweimal – im März und im November – im Ständigen Rat.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang 1B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton

Aufgabe des Persönlichen Beauftragten ist es, den Parteien bei der Umsetzung der in Anhang 1B Artikel IV des *Friedensübereinkommens von Dayton* für Bosnien und Herzegowina vereinbarten Maßnahmen Hilfestellung zu leisten, darunter auch bei der Vernichtung von überschüssigem militärischem Großgerät, der Durchführung gegenseitiger Inspektionen von militärischem Material und beim Informationsaustausch. Insgesamt kann man die Rolle des Persönlichen Beauftragten als die eines Vermittlers zur Herbeiführung von politischem Konsens und zur Gewährleistung der reibungslosen Umsetzung des *Übereinkommens* bezeichnen.

Die fünf Parteien (die Teilgebiete und die Staaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien – ursprünglich mit Montenegro) hielten drei ordentliche Sitzungen ab. In Florenz (Italien) führten sie ferner die 5. *Überprüfungskonferenz* durch, bei der der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung des *Übereinkommens* gefeiert und der jährliche Informationsaustausch abgeschlossen wurde.

Die Harmonisierung zwischen dem neuen Gesetz, mit dem in Bosnien und Herzegowina ein einheitliches Verteidigungsministerium geschaffen wurde, und dem *Übereinkommen über*

subregionale Rüstungskontrolle wurde am 10. März vollendet. Die fünf Parteien kamen überein, dass die Teilgebiete (Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska) ihre Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten an den Staat Bosnien und Herzegowina abtreten würden.

Nachdem Montenegro unabhängig geworden war, hießen die Parteien und der Persönliche Beauftragte am 10. Oktober auf einem Treffen in Neum (Bosnien und Herzegowina) eine Delegation aus Montenegro willkommen, das als neue Vertragspartei aufgenommen wurde. Die Parteien ersuchten die Republiken Serbien und Montenegro, die zulässigen Bestände an militärischer Ausrüstung, die für den ehemaligen Staatenbund gegolten hatten, untereinander aufzuteilen.

Der Beitritt Montenegros wird zweifellos zur regionalen Stabilität beitragen, die nachbarlichen Beziehungen stärken und die weitere Zusammenarbeit auf dem Westbalkan fördern.

Stärkung der Wirksamkeit der OSZE – das Mandat von Laibach

Eine der größten Herausforderungen des Jahres war die Umsetzung von Beschluss Nr. 17 des Ministerrats 2005 von Laibach über die *Stärkung der Wirksamkeit der OSZE*. Dieser *Beschluss* legte einen „Fahrplan“ für die Bemühungen um die Reform der OSZE fest.

Im ersten Beschlussparagrafen wurde der Ständige Rat beauftragt, sich mit elf Bereichen auseinanderzusetzen: Verfahrensregeln, Konsultationsprozess, OSZE-Konferenzen, budgetäre und außerbudgetäre Finanzierung, die Rolle des Generalsekretärs, die Arbeitsweise des Sekretariats, die Wirksamkeit der OSZE-Institutionen und -Feldoperationen, der Rechtsstatus und die Programmplanung, die Professionalität des OSZE-Personals sowie themenspezifische Missionen. Es war die erklärte Absicht des Vorsitzenden, den „Fahrplan“ bis Ende des Jahres aufzuarbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde jede nur denkbare Anstrengung unternommen. Es wurde eine eigene Arbeitsgruppe im Zuständigkeitsbereich des Ständigen Rates eingesetzt. Nach intensiver Arbeit lag am 6. November ein Bericht über die erreichten Fortschritte mit Empfehlungen für Maßnahmen der Minister vor. Im Anschluss daran verhandelte die Arbeitsgruppe über Beschlusssentwürfe, die vom Ministerrat im Dezember verabschiedet werden sollten.

Wie sich herausstellte, wurde eine ganze Reihe von Zielen erreicht. Am 1. November wurde eine umfassende Geschäftsordnung verabschiedet, mit der das sogenannte *Blaue Buch* des Helsinki-Prozesses aus dem Jahr 1973 aktualisiert wurde. Der Ministerrat richtete eine aus drei, jeweils einer der Dimensionen zugeordneten Ausschüssen bestehende Struktur im Zuständigkeitsbereich des Ständigen Rates ein. Er genehmigte ferner nichtbindende Leitlinien für die Abhaltung von Konferenzen und begann Verhandlungen über ein Übereinkommen, mit dem die Organisation einen Rechtsstatus erhalten soll. Die Minister befürworteten den Grundsatz der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen sowie Maßnahmen zur Verstärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane und zu verbesserter Kontinuität in der Verwaltung der personellen und finanziellen Ressourcen der OSZE. Dieses wichtige Paket von Beschlüssen, deren Umsetzung laufend überprüft werden wird, sollte die Organisation in die Lage versetzen, die vor ihr liegenden Herausforderungen besser zu meistern.

Im zweiten Beschlussparagrafen des *Beschlusses* von Laibach wurde das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) beauftragt, dem Ministerrat einen Bericht über folgende Themen zur Erörterung vorzulegen: Wie werden bestehende Verpflichtungen umgesetzt? Sollen zusätzliche Verpflichtungen verabschiedet werden? Wie können die wahlbezogenen Aktivitäten gestärkt und gefördert werden? Wie kann die Wirksamkeit der OSZE-Unterstützung für die Teilnehmerstaaten verbessert werden? Das BDIMR nahm zur Ausarbeitung seines Berichts an die Minister Kontakt zu den Teilnehmerstaaten auf. Es führte bilaterale Konsultationen, holte anhand ausführlicher Fragebogen schriftliche Informationen ein und führte zwei offene informelle Diskussionen mit den Teilnehmerstaaten. Sein Bericht mit dem Titel *Common Responsibility-Commitments and Implementation*, der am 10. November vorgelegt wurde, bildet eine ausführliche und höchst aufschlussreiche Bewertung des Standes der menschlichen Dimension der Sicherheit in der OSZE-Region.

Der Ministerrat würdigte die Bedeutung dieses Beitrags und ermutigte neuerlich dazu, eine stärkere Heranziehung von Institutionen wie dem BDIMR zur Umsetzung der Verpflichtungen in Erwägung zu ziehen. Der Ministerrat beauftragte den Ständigen Rat, sich mit Problemen der Umsetzung zu befassen, ersuchte um nähere Informationen über die im Bericht vorgeschlagenen neuen Verpflichtungen und begrüßte die Vorschläge, sich weiter um eine größere Wirksamkeit der den Teilnehmerstaaten vom BDIMR gebotenen Hilfestellung zu bemühen. Die Minister bekräftigten die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, demokratische Wahlen zu verwirklichen, etwa auch durch die Einladung von Beobachtern, und betonten die Wichtigkeit der Beteiligung an Wahlbeobachtungsaktivitäten. Auf Initiative des Vorsitzenden kamen sie überein, dass das BDIMR die Verbesserungen und Empfehlungen in Bezug auf wahlbezogene Aktivitäten – auch jene aus dem Bericht – in die Tat umsetzen und dem Ständigen Rat gegebenenfalls regelmäßig zwecks Prüfung Bericht erstatten möge.

Aus Beschluss Nr. 19 des Ministerrats ist abzulesen, wie die beiden Beschlussparagrafen des Mandats von Laibach erfüllt wurden. Die Arbeit wird sich nun auf die Umsetzung dieses Beschlusses und der damit zusammenhängenden Beschlüsse konzentrieren.

Der Ministerrat von Brüssel

- Beschluss Nr. 1: Verlängerung des Mandats des Direktors des BDIMR
- Beschluss Nr. 2: Beitritt Montenegros zur OSZE
- Beschluss Nr. 3: Bekämpfung des Menschenhandels
- Beschluss Nr. 4: Der Hohe Rat der OSZE
- Beschluss Nr. 5: Organisierte Kriminalität
- Beschluss Nr. 6: Weitere Maßnahmen zur Verhinderung der Verwendung verlorener/gestohlener Reisepässe und anderer Reisedokumente für kriminelle Zwecke
- Beschluss Nr. 7: Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken
- Beschluss Nr. 8: Weitere Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition
- Beschluss Nr. 9: Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg
- Beschluss Nr. 10: Unterstützung der innerstaatlichen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Beschluss Nr. 11: Der künftige Verkehrsdialog in der OSZE

- Beschluss Nr. 12: Energiesicherheitsdialog in der OSZE
- Beschluss Nr. 13: Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander
- Beschluss Nr. 14: Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, einschließlich der Ausbeutung von Arbeitskräften, durch einen umfassenden und aktiven Ansatz
- Beschluss Nr. 15: Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern
- Beschluss Nr. 16: Rechtsstellung sowie Vorrechte und Immunitäten der OSZE
- Beschluss Nr. 17: Verbesserung des Konsultationsprozesses
- Beschluss Nr. 18: Weitere Stärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane der OSZE
- Beschluss Nr. 19: Stärkung der Wirksamkeit der OSZE
- Beschluss Nr. 20: Künftiger OSZE-Vorsitz
- Beschluss Nr. 21: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE
- Geschäftsordnung der OSZE
- Erklärung zu Berg-Karabach
- Ministererklärung zur OMiK-Präsenz
- Erklärung von Brüssel zu Systemen der Strafrechtspflege
- Ministererklärung von Brüssel über die Unterstützung und Förderung des völkerrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus
- Ministererklärung zur Migration

Ein Querschnitt durch die Dimensionen – das Erreichte nach Themen

Die politisch-militärische Dimension

Der Vorsitzende unterstrich in seiner Eröffnungserklärung vom 12. Januar die Wichtigkeit einer gut funktionierenden politisch-militärischen Dimension und nützte das ganze Jahr hindurch Gelegenheiten für konstruktive Debatten und für die Erreichung konkreter Ergebnisse in einschlägigen Bereichen.

Das vom Vorsitz und dem Forum für Sicherheitskooperation gemeinsam veranstaltete *Seminar auf hoher Ebene über Militärdoktrinen* am 14. und 15. Februar war das erste hochrangige OSZE-Treffen zu dem Thema seit fünf Jahren. Das Seminar, an dem zahlreiche Verteidigungschefs und ihre Stellvertreter teilnahmen, widmete sich im Wesentlichen Änderungen in Doktrin und Technologie bei den militärischen Kräften in der OSZE, ihren Auswirkungen auf die Strukturen und Aktivitäten des Militärs und ihre Bedeutung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dem Vorsitz gelang es in Gesprächen mit Vortragenden und Moderatoren vor und während der Veranstaltung, für substantielle Eröffnungsbeiträge zu sorgen. Das *Seminar* kam zu dem Schluss, dass die Bandbreite der Sicherheitsbedrohungen dramatisch zugenommen habe und diese undeutlicher geworden seien und dass die OSZE sich zwar immer noch mit altbekannten Bedrohungen anhand militärischer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen auseinandersetzen habe, dass sie jedoch mit ihrem dimensionsübergreifenden Ansatz in der günstigen Position sei, sich auch mit den neueren, weniger klar definierten Bedrohungen befassen zu können. Dazu bedürfe es einer verstärkten Integration der zivilen und der militärischen Komponente. Durch das Seminar ergaben sich Themen für Anschlussmaßnahmen entsprechend den Leitlinien des

Vorsitzenden für die politisch-militärische Dimension und mehrere Möglichkeiten für weitere Diskussionen.

Ein zweites außergewöhnliches Ereignis war die jeweils im Abstand von fünf Jahren stattfindende *Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)* vom 30. Mai bis 2. Juni. Da mit dieser Konferenz in weiten Kreisen die Erwartung verknüpft war, dass sie Entscheidungen in einigen für die OSZE ausnehmend wichtigen Fragen treffen und dadurch auch das Ergebnis des Ministerrats zu Jahresende beeinflussen würde, versammelte der Vorsitz vor Beginn des Treffens die Delegationen zu Konsultationen. Der Austausch war zwar äußerst bereichernd, doch kam es zu keiner Einigung auf eine gemeinsame Schlussklärung.

Die vierte *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* fand am 27. und 28. Juni statt. Im Mittelpunkt der vom Vorsitz im Einvernehmen mit den Teilnehmerstaaten ausgearbeiteten Tagesordnung stand die Bewältigung des vollen Konfliktzyklus, einschließlich von Fragen der „weichen Sicherheit“ (Polizeiarbeit), der „harten Sicherheit“ (militärisch) sowie des Aufbaus von Institutionen. In der Eröffnungssitzung betonte der Vorsitz die besondere Eignung der OSZE, sich mit dem so vielfältigen Sicherheitsbegriff, der sich in den letzten 30 Jahren entwickelt hat, auseinanderzusetzen. In der ersten Arbeitssitzung stellten die Teilnehmer fest, dass die Polizeiarbeit eine wichtige Aufgabe zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität erfülle. Sie waren sich allgemein darin einig, dass die OSZE fortfahren solle, den Aufbau von Institutionen und Kapazitäten in den Bereichen Polizeiarbeit und Strafverfolgung in den Teilnehmerstaaten zu unterstützen, die um eine solche Hilfe ersuchen. Die zweite Arbeitssitzung war den Herausforderungen im Sicherheitsumfeld gewidmet, wobei die auf dem *Seminar über Militärdoktrinen* gewonnenen Erkenntnisse im Mittelpunkt der Überlegungen standen. Es kristallisierte sich die Meinung heraus, dass bei der Ausbildung von Militärpersonal der Konfliktnachsorge gegebenenfalls verstärktes Augenmerk geschenkt werden müsse, und es wurde vorgeschlagen, eine OSZE-Doktrin für die Zeit nach Konflikten zu entwickeln. In der letzten Arbeitssitzung wurde besprochen, welche Lehren aus der Art und Weise gezogen werden können, wie internationale Organisationen und die Staaten mit dem Konfliktzyklus in der Praxis umgehen.

Einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung der OSZE in Sachen Sicherheit nahm während des belgischen Vorsitzes der Terrorismus ein. In Wien fanden dazu zwei konkrete ergebnisorientierte Seminare statt. Der Expertenworkshop im März über die Verstärkung der strafrechtlichen Zusammenarbeit zwischen Justizbehörden, insbesondere in Bezug auf Terrorismus, bot Gelegenheit, die vom VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung entwickelten Rechtsinstrumente zur beschleunigten Erledigung von Ersuchen um zwischenstaatliche Rechtshilfe bei der Verfolgung krimineller Aktivitäten über Grenzen hinweg kennenzulernen. Die gemeinsame Arbeitstagung von OSZE und Europarat im Oktober galt dem Kampf gegen Anstiftung und einschlägige terroristische Aktivitäten und machte den Beitrag der diesbezüglichen Europaratskonvention deutlich.

Die vom Vorsitz eingerichtete Arbeitsgruppe über nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit befasste sich mit der Umsetzung früherer Beschlüsse, insbesondere zum Thema Sicherheit von Reisedokumenten und Containersicherheit. Sie handelte auch neue Dokumente aus. Der Ministerrat verabschiedete eine Erklärung über die Frage der *Unterstützung und Förderung des internationalen Rechtsrahmens für den Kampf gegen den Terrorismus*, einen Beschluss über *weitere Maßnahmen zur Verhinderung der Verwendung verlorener/gestohlener*

Reisepässe und anderer Reisedokumente für kriminelle Zwecke sowie einen Beschluss über die *Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken*.

Dem Vorsitzenden war es ein Anliegen, die Arbeit der OSZE im Bereich der Polizeiarbeit herauszustreichen. Sie bildete einen wichtigen Tagesordnungspunkt bei der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*. Bei seinen Besuchen in den Ländern betonte der Vorsitzende den Beitrag gut funktionierender Polizeidienste unter demokratischer Kontrolle zur allgemeinen Sicherheit und Stabilität. Er schlug eine erste *OSZE-Konferenz der Polizeichefs* vor, die auf seine Initiative am 24. November in Brüssel unter Beteiligung hochrangiger Vertreter der Polizeikräfte der 56 Teilnehmerstaaten und 11 Kooperationspartner abgehalten wurde. Die Konferenz kam zu dem Schluss, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Polizeidiensten verstärkt werden müsse, um allgegenwärtige Bedrohungen wie die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität bewältigen zu können. Die Konferenz bot eine einmalige Gelegenheit zur Netzwerkbildung und zu bilateralen Kontakten zwischen den Staaten, die nur selten auf dieser Ebene zusammentreffen. Der Vorsitzende äußerte die aufrichtige Hoffnung, dass die besondere Betonung der möglichen Rolle der OSZE im Bereich der Polizeiarbeit im Jahr 2006 die Teilnehmerstaaten zu mehr Unterstützung veranlassen würde. Er sprach sich dafür aus, zumindest einen Teil der Polizeiunterstützungsprogramme der OSZE-Feldpräsenzen in Zentralasien und im Südkaukasus in den Gesamthaushaltsplan der Organisation aufzunehmen, um eine regelmäßige und kohärentere Finanzierung zu gewährleisten. Der Haushalt des Jahres 2007 trägt diesem Ansatz Rechnung.

Die Umsetzung des *Konzepts für Grenzsicherung und Grenzmanagement*, das vom Ministerratstreffen in Laibach 2005 verabschiedet wurde, begann im Jahr 2006. Die Teilnehmerstaaten beschlossen, in ihren nationalen Verwaltungen Anlaufstellen für Grenzfragen namhaft zu machen. Mit Unterstützung durch den Vorsitz wurde im Oktober eine Konferenz über die Erfahrungen mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgehalten. Es war die erste OSZE-weite Konferenz zu Grenzfragen, nachdem die von der OSZE 2004 veranstaltete Tagung zu Grenzsicherung und -management auf inter-institutioneller Ebene abgehalten worden war. Ferner führte die OSZE-Dienststelle für Grenzfragen eine erste gründliche Evaluierungsmission entlang der tadschikisch-afghanischen Grenze durch, um Projektvorschläge für das Jahr 2007 festzulegen.

Im September und Oktober veranstaltete die OSZE in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zwei Arbeitstagungen zum Thema Drogenhandel. Bei dieser Gelegenheit brachte der Vorsitzende das Anliegen zum Ausdruck, die OSZE möge das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung bei seiner Arbeit unterstützen und nicht eigene Initiativen entwickeln, die zu Doppelgleisigkeiten oder Verwirrung vor Ort führen könnten.

Obwohl das Forum für Sicherheitskooperation unabhängig vom Vorsitz tätig ist, unterstützte der Vorsitzende dessen Arbeit aktiv und verfolgte mit besonderem Interesse die Erörterungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Auch er trat dafür ein, im September einen eigenen Tag dem *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* zu widmen. Ferner bekräftigte er in Umsetzung einer Priorität des belgischen Vorsitzes im Forum vom Herbst 2005 die Rolle der OSZE im Hinblick auf die Unterstützung der Umsetzung von Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das Forum widmete den 8. November diesem Thema und fand dabei die uneingeschränkte Unterstützung des Vorsitzes.

Im Juli hielt der Vorsitzende eine Rede vor den Vereinten Nationen in New York im Rahmen der *Überprüfungskonferenz zum VN-Aktionsplan gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen*. Er trat für die Verabschiedung eines Ministerratsbeschlusses über die *Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg* ein. Das Forum wird diesem Thema 2007 einen ganzen Tag widmen.

Organisierte Kriminalität und Strafrechtspflege

Seit einigen Jahren schon sind die organisierte Kriminalität und schwache Strafrechtspflegesysteme als heimtückische Bedrohungen der Stabilität und Sicherheit anerkannt. Die *Europäische Sicherheitscharta* von Istanbul 1999, die *Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* von Maastricht und die Beschlüsse des Ministerratstreffens von Laibach 2005 bestätigen das. Der belgische Vorsitz nahm sich vor, die Verstärkung der Tätigkeit der OSZE in diesem Bereich zu einer vorrangigen Aufgabe zu machen.

Das Engagement des Vorsitizes ging in zwei Richtungen. Erstens förderte er die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, insbesondere durch Ratifizierung und Umsetzung völkerrechtlicher Instrumente. Zweitens unterstützte er den Aufbau und Ausbau von Kapazitäten in innerstaatlichen Systemen der Strafrechtspflege, in Anerkennung der Tatsache, dass gesunde demokratisch kontrollierte Systeme langfristig das beste Bollwerk gegen organisierte Kriminalität sind. Er betont, dass Polizei, Staatsanwaltschaft, Justiz und Strafvollzugsanstalten im Rahmen einer kohärenten und ausgewogenen Struktur zusammenarbeiten müssen und dass die OSZE über Erfahrungen mit der Unterstützung des Auf- und Ausbaus nationaler Kapazitäten in diesem Bereich verfügt.

Zwischen Februar und Juli veranstaltete der Vorsitz fünf Tagungen zum Thema organisierte Kriminalität für Teilnehmerstaaten und Vertreter anderer internationaler Organisationen, darunter das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der Europarat. Bei diesen Tagungen wurde die Bedeutung der Fortführung der laufenden internationalen politischen und rechtlichen Bemühungen hervorgehoben und die zentrale Rolle der Systeme für Strafrechtspflege für die Schaffung stabiler und sicherer Verhältnisse unterstrichen.

Darüber hinaus veranstaltete der Vorsitz zwei Fachseminare, im März über die Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität* und im April über den Einsatz der Risikobewertung und Gefahrenanalyse als politisches Instrument.

Im Zentrum des jährlichen *Seminars zur menschlichen Dimension* im Mai standen die Rolle und die Aufgaben der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung sowie der Polizei. Eine der Schlussfolgerungen des Seminars lautete, dass Systeme der Strafrechtspflege eine Kette bilden, die nur so stark ist, wie ihr schwächstes Glied, und man ihnen daher verstärkte Aufmerksamkeit widmen muss. In einer Nebenveranstaltung berichteten die OSZE-Missionen in Südosteuropa über ihre Erfahrungen mit der Unterstützung der Regierungen der Gastländer beim Aufbau eigener Strafrechtspflegesysteme.

Im Herbst gab der Vorsitz den Anstoß zu politischen Verhandlungen, deren Ergebnis ein *Ministerratsbeschluss über organisierte Kriminalität* und die *Brüsseler Erklärung zu Systemen der Strafrechtspflege* war. Der *Beschluss* steckt den Rahmen für die künftige Tätigkeit der OSZE in diesem Bereich ab. Die Teilnehmerstaaten beschlossen, dass sie und die OSZE ihre Bemühungen um internationale Zusammenarbeit und den Aufbau von Strafrechtspflegesystemen verstärken wollen. Sie kamen überein, sich in Zukunft auf die verstärkte Umsetzung bestehender Verpflichtungen und einen gut geplanten und integrierten Ansatz für die Verwaltung der Strafrechtspflege zu konzentrieren. Eine vom Generalsekretär eingesetzte und von Belgien finanzierte Sonderarbeitsgruppe wird dafür sorgen, dass diesen Fragen die notwendige Aufmerksamkeit zukommt.

Die *Erklärung von Brüssel zu Systemen der Strafrechtspflege* ist ein Begleitdokument zum *Beschluss* und erneuert das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zu den Kernwerten und -verpflichtungen, die für eine ordnungsgemäße Verwaltung der Strafrechtspflege sorgen. Es handelt sich dabei um ein benutzerfreundliches Dokument, das zur Überprüfung der eigenen Situation und zum Dialog anregen soll. Es kann auch den in der Praxis und vor Ort Tätigen als Leitfaden dienen, den sie bei ihrer Zusammenarbeit mit den Regierungen und der Zivilgesellschaft zum Thema demokratische Strafrechtspflege heranziehen können.

Und schließlich unterstützte der Vorsitz in der Praxis das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung bei dessen Projekt zur Ausarbeitung eines Instrumentariums zur Beurteilung der Strafrechtspflege, das bei der Durchführung von Evaluierungen ebenso behilflich sein soll wie bei der Ermittlung der Bereiche für die technische Hilfestellung und für die Unterstützung von Schulungsaufgaben. Dieses Projekt macht deutlich, dass die federführenden VN-Sonderorganisationen und die OSZE derselben Auffassung sind, dass nämlich an die Rechtsstaatlichkeit und den Aufbau von Institutionen im Bereich der Strafrechtspflege umfassend und ganzheitlich heranzugehen ist.

Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa

Während der Turbulenzen in Südosteuropa in den 90er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte die OSZE in dieser Region eine umfangreiche Feldpräsenz, die unter anderem die Aufgabe hatte, sich mit Fragen zu befassen, die eine regionale Dimension aufweisen. 2006 konzentrierte sich der Vorsitz darauf, zu Fortschritten in drei wesentlichen Regionalprozessen beizutragen:

- Der *Ochrid-Prozess* begann 2003 in Ochrid (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien). Auf Initiative der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der OSZE, des *Stabilitätspakts für Südosteuropa* und der EU verabschiedeten sechs südosteuropäische Staaten ein *Way Forward Document*, in dem sie sich zu einem wirksamen zivilen Management der neuen Grenzen verpflichteten. Der Vorsitz setzte sich tatkräftig für die Fortsetzung der Unterstützungstätigkeit und der technischen Hilfe der OSZE ein und sorgte für eine Verlängerung des Arbeitsprogramms bis in das Jahr 2007.
- Der *Sarajewo-Prozess* begann 2005 in der gleichnamigen Stadt. Damals verabschiedeten Kroatien, Bosnien und Herzegowina und das damalige Serbien und Montenegro eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich hinsichtlich der tausenden Vertriebenen und Flüchtlinge aus Kriegszeiten zu einer umfassenden Lösung für die Region bis Ende 2006 verpflichteten. Der Prozess wird von der OSZE, der EU und dem Flüchtlingshoch-

kommissar der Vereinten Nationen unterstützt. Der Vorsitz bemühte sich nach Kräften, Blockaden zu überwinden, er trat für eine beschleunigte Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme in Kroatien und eine verbesserte Finanzierung der in Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien vorgeschlagenen Maßnahmen ein. Trotz des Drängens seitens des Vorsitzes und der anderen Förderer des *Prozesses* konnten die Minister der drei Länder die gesetzte Frist nicht einhalten. Die Arbeit wird fortgesetzt.

- Der *Palić-Prozess* wurde 2004 von der OSZE in Gang gesetzt. Er vereint die Justizbehörden Kroatiens, Bosnien und Herzegowinas, Serbiens und nun auch Montenegros im Bemühen, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Ermittlungen, der Verfolgung von Straftätern und Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen zu verbessern. Dabei geht es unter anderem die Anerkennung der Gültigkeit von Zeugenaussagen und den Zeugenschutz. Der belgische Amtierende Vorsitzende schlug eine regionale Konferenz der Justizminister vor, die sich mit Gesetzesänderungen etwa in Bezug auf die Auslieferung von Staatsangehörigen befassen sollte. Diese Konferenz konnte aber vor Ablauf des Jahres 2006 nicht zusammentreten. Die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ), Carla del Ponte, forderte in einer Rede vor dem Ständigen Rat am 7. September politische Aufmerksamkeit für diese Angelegenheit. Der Vorsitz veranlasste Schritte in die gewünschte Richtung.

Die Wirtschafts- und Umweltdimension

In unserer interdependenten Welt können wirtschaftliche und ökologische Bedrohungen eine Gefahr für die menschliche Sicherheit darstellen. Die OSZE verfügt über das Instrumentarium, um sich mit diesen Bedrohungen auseinanderzusetzen. Der Vorsitz ermutigte die Teilnehmerstaaten und die OSZE-Organe dazu, das Potenzial der Organisation zur Stärkung der Zusammenarbeit und des Dialogs in diesen Fragen stärker zu nützen.

Die wichtigste Veranstaltung in der zweiten Dimension war wie üblich das *Wirtschaftsforum*, das 2006 in *Wirtschafts- und Umweltforum* umbenannt wurde, um die Tätigkeit der Organisation im Umweltbereich besser zum Ausdruck zu bringen. Das *14. Forum* fand zum ersten Mal in zwei getrennten Tagungen statt – einer ersten Tagung am 23. und 24. Januar in Wien, gefolgt von einer zweiten in Prag vom 22. bis 24. Mai. Dem *Forum* gingen Vorbereitungskonferenzen im November 2005 in Duschanbe (Tadschikistan) und im März in Baku (Aserbaidschan) voraus.

Die Teilnehmerstaaten wählten das Thema Verkehr zum Motto des *Forums*, und zwar unter einem zweifachen Blickwinkel. Der erste Teil des *Forums* befasste sich mit dem Zusammenhang zwischen der Verkehrsentwicklung und der regionalen Kooperation und Stabilität. Der zweite Teil war der Verkehrssicherheit gewidmet.

Auf dem *Forum* zeichnete sich der politische Wille zu einer verstärkten Entwicklung von Handel und Verkehr im OSZE-Raum ab.

Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa wird die OSZE internationale Übereinkommen und technische Normen unterstützen. Wichtige Verkehrsprojekte wie das *Leitschema der Projekte Transeuropäische Autobahn und Transeuropäische Eisenbahn* sowie die euro-asiatischen Verkehrs-

verbindungen erfordern eine beträchtliche Mobilisierung personeller und anderer Ressourcen. Die OSZE wird weiterhin bewusstseinsbildend wirken und entsprechende Entscheidungsprozesse fördern. Zur Unterstützung der Umsetzung der maßgeblichen Rechtsinstrumente soll gemeinsam mit den Wirtschafts- und Umweltreferenten der OSZE vor Ort der Aufbau und Ausbau von Kapazitäten gefördert werden.

Die Teilnehmerstaaten sagten auch zu, die Zusammenarbeit untereinander und mit den maßgeblichen internationalen Organisationen in Verkehrsfragen zu verstärken. Die Verpflichtungen sollen regelmäßig überprüft werden.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Bedürfnissen der Binnenentwicklungsländer. Die OSZE beschäftigte sich damit, wie die Umsetzung des VN-Aktionsprogramms von Almaty unterstützt werden könne, das Verpflichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Transitpotenzials für Entwicklungsstaaten festlegt, die keinen direkten Meereszugang haben. Die Regierung von Tadschikistan erklärte sich bereit, Gastgeber einer OSZE-Konferenz über die Entwicklung des transasiatischen und eurasischen Transitverkehrs durch Zentralasien bis zum Jahr 2015 zu sein.

Das *Forum* bekräftigte die Bedeutung einer guten Staatsführung und unterstrich, dass die OSZE Aktivitäten zur Verbesserung des Wirtschafts- und Investitionsklimas setzen müsse. Es regte auch die Veranstaltung von Diskussionen am Runden Tisch mit der örtlichen Wirtschaft an, die zu mehr Transparenz führen und das Thema Korruption ansprechen sollen.

In Konfliktzonen wird der Verkehr durch den Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Konfliktparteien beeinträchtigt. Das *Forum* überlegte, den Verkehr nicht nur als nützliches Ergebnis einer Konfliktregelung zu sehen sondern als selbstständige vertrauensbildende Maßnahme. Das *Wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm* in der georgisch-ossetischen Konfliktzone und den angrenzenden Gebieten ist ein ausgezeichnetes Beispiel für derartige vertrauensbildende Bemühungen im Bereich der Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung. Die OSZE gab den Startschuss zu dem Programm im Rahmen einer Geberkonferenz, die am 14. Juni von der Regierung Belgiens in Brüssel ausgerichtet wurde.

Das *Forum* ging auch darauf ein, dass die Verkehrsentwicklung möglicherweise die Umwelt schädigt, und befasste sich mit Möglichkeiten zur Eindämmung dieses Risikos. Man kam überein, dass sich die OSZE-Teilnehmerstaaten auf die Verabschiedung und Umsetzung von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem illegalen Transport gefährlicher Abfälle konzentrieren sollten.

Als Folge des *Forums* und zur Feinabstimmung der OSZE-Verpflichtungen hielt der Unterausschuss des Ständigen Rates für Wirtschaft und Umwelt weitere Erörterungen und Konsultationen ab.

Der Ministerratsbeschluss steckte den Rahmen für den künftigen Verkehrsdialog in der OSZE ab. Als Folge des Beschlusses wird die OSZE in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 in Duschanbe eine Transitverkehrskonferenz abhalten, für die sich Tadschikistan als Gastgeber anbot.

Über die Aktivitäten des *Forums* im Verkehrsbereich hinaus veranstaltete die OSZE Konferenzen, Arbeitstagen und Schulungskurse zum Austausch bewährter Praktiken und zum Aufbau und Ausbau von Kapazitäten im Verkehrsbereich:

- eine Arbeitstagung zum Thema *Städtische Verkehrssicherheit* am 4. und 5. Mai in Wien, die sich mit den Erfahrungen aus den Anschlägen auf einen Zug in Madrid und in der U-Bahn in London auseinandersetzte
- eine Arbeitstagung mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Antwerpen (Belgien) vom 4. bis 6. Oktober, die sich mit der Sicherheit in Seehäfen einschließlich Maßnahmen zur Sicherung von Containern befasste
- eine Arbeitstagung über Verkehr, Sicherheit und Umwelt in Tonsberg (Norwegen) vom 16. bis 18. Oktober, in deren Mittelpunkt der Schutz der Küsten gegen Tankerunglücke stand
- zwei Seminare mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über das *Internationale Übereinkommen zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen*, das erste im Oktober in Moskau und das zweite im Dezember in Belgrad

Darüber hinaus befasste man sich 2006 verstärkt mit den Herausforderungen durch Umwelt- Risiken und -bedrohungen. Die Teilnehmerstaaten beschlossen, das nächste *Wirtschafts- und Umweltforum* dem Thema Bodenverschlechterung, Bodenkontamination und Wasserbewirtschaftung zu widmen.

Die erste Vorbereitungskonferenz fand im November in Bischkek (Kirgisistan) statt. Diese Tagung, die einen starken zentralasiatischen Schwerpunkt hatte, erbrachte verschiedene Denkanstöße, die Ausgangsbasis für die Tagungen des *Forums* 2007 sein werden.

Im Sommer verursachten ausgedehnte Brände in der Region Berg-Karabach und ihrer Umgebung Schaden an Umwelt und Wirtschaft und bedrohten auch die Gesundheit und Sicherheit von Menschen. Der OSZE-Vorsitzende verfolgte die zwischen den Parteien ausgehandelte Vereinbarung und ein Expertenteam unter OSZE-Führung führte im Oktober eine Umweltbeurteilungsmision in diesem Gebiet durch. Die Empfehlungen des Berichts könnten als Grundlage für einen Umwelteinsatz dienen. Die OSZE ist bereit, Armenien und Aserbaidschan bei diesem Unternehmen auch in Zukunft zur Seite zu stehen.

Wie Ende 2005 beschlossen, setzten die Teilnehmer- und Partnerstaaten sowie maßgebliche Partnerorganisationen die Zusammenarbeit zum Thema Arbeitsmigration fort. Die OSZE, die Internationale Arbeitsorganisation und die Internationale Organisation für Migration veröffentlichten ein *Handbook on Establishing Effective Labor Migration Policies in Countries of Origin and Destination*. Es wurde im Rahmen einer Sonderveranstaltung am Rande des Prager *Wirtschaftsforums* der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wurden auch eigene Arbeitstagungen zur Vorstellung des *Handbuchs* in der OSZE-Region veranstaltet.

Dem Ministerrat wurde ein vollständiger Bericht über die Aktivitäten im Jahr 2006 im Bereich der Migration zugeleitet. Die Teilnehmerstaaten begrüßten in einer Erklärung den Bericht, bestätigten die Bedeutung migrationsbezogener Fragen und sagten zu, ihnen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Konkret wird die OSZE zum *Weltforum für Migration und Entwicklung* einen Beitrag leisten, dessen erste Tagung im Juli 2007 von Belgien ausgerichtet wird.

Der Vorsitz veranstaltete am 16. November in Wien eine Sondertagung zum Thema Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Die Teilnehmer erörterten die wirtschaftlichen Gründe für den Menschenhandel und zeigten

die Aufgaben und Möglichkeiten des privaten Sektors bei der Bekämpfung des Menschenhandels auf.

Die OSZE veröffentlichte einen vom Vorsitz und von einigen Teilnehmerstaaten finanzierten *Best-Practice Guide for a Positive Business and Investment Climate*. Er wurde auf dem *14. Wirtschaftsforum* in Prag offiziell vorgestellt. Um dem Praxisleitfaden zu größerer Bekanntheit zu verhelfen, wurde in Kiew (Ukraine) eine erste Arbeitstagung dazu abgehalten.

Insgesamt verstärkte der Vorsitz die Tätigkeit der OSZE in der Wirtschafts- und Umweltdimension. In den *Forum*-Prozess kam neuer Schwung durch die Aufteilung in zwei Teilveranstaltungen und die Konzentration der Tätigkeit auf den politischen Dialog.

Der Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt trat 17 Mal zusammen, darunter auch zu zwei Sondertagungen, einer ersten im Oktober 2007, die den Startschuss für das *Wirtschafts- und Umweltforum 2007* geben sollte, und einer zweiten im November zur Überprüfung der OSZE-Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) erstattete dem Ständigen Rat im Januar, März und Oktober Bericht und gab damit den Teilnehmerstaaten Gelegenheit, die Richtung der Tätigkeit seines Büros mitzubestimmen.

Sicherung der Energieversorgung

Als zu Jahresbeginn die Gaslieferung zwischen mindestens zwei Teilnehmerstaaten unterbrochen wurde, sah sich die OSZE zum ersten Mal in einer Situation, in der die Energieversorgung tatsächlich gefährdet war. Der Vorsitz reagierte unverzüglich. Am 3. Januar hob er die Notwendigkeit einer vorhersehbaren und verlässlichen Energieversorgung und die Vorteile der Diversifizierung, einer intelligenten Wahl der Transportwege und der rationellen Nutzung hervor und verwies auf die Grundsätze des *Strategiedokuments der OSZE für die Wirtschafts- und Umweltdimension*, das 2003 verabschiedet worden war. Er forderte eine Wiederaufnahme des Dialogs und verwies erneut auf die Möglichkeit der Abhaltung einer OSZE-Konferenz zum Thema Energiesicherheit.

Zu deren Vorbereitung beauftragte der Vorsitzende das Büro des Koordinators mit einer technischen Informationsmission, in deren Rahmen einschlägige Informationen gesammelt und analysiert und Vorschläge für die Wiederaufnahme eines internationalen Dialogs zu diesem Thema in der OSZE unterbreitet werden sollten. Der Koordinator hielt Rücksprache mit den zuständigen internationalen Organisationen und mit Regierungsvertretern aus den Teilnehmerstaaten. Er informierte den Ständigen Rat und dessen Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt regelmäßig über seine Erkenntnisse. Im September lagen die Schlüsselaspekte der Energiesicherung auf dem Tisch, mit denen sich die OSZE im Wege eines Dialogs auseinandersetzen könnte; sie könnten am besten im Rahmen einer OSZE-Konferenz zum Thema Energiesicherheit erörtert werden.

Am 12. September versammelte sich der Ständige Rat auf Initiative des Vorsitzes in einer Sondersitzung zu einem Meinungsaustausch mit Botschafter Arne Walther, dem Generalsekretär des Internationalen Energieforums, das wie die OSZE Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländer umfasst und einen weltweiten konsensorientierten Ansatz in der Frage der Energiesicherheit verfolgt, obwohl das Energieforum einen größeren geographischen Raum abdeckt. Die OSZE könnte bei der Entwicklung ihres eigenen regionenspezifischen

Energiesicherheitsdialogs von den Erfahrungen des Internationalen Energieforums profitieren.

Im Anschluss daran organisierte der Vorsitz gemeinsam mit dem Sekretariat der Energiecharta und der Internationalen Energieagentur eine Konferenz, die vom Vorsitzenden am 25. Oktober in Brüssel eröffnet wurde und die Rolle der Regierungen und internationalen Organisationen bei der Förderung der Energiesicherheit behandeln sollte. Sie unterstrich die strategische Bedeutung des Dialogs zwischen Regierungen im Hinblick auf die Herstellung von Energiesicherheit im OSZE-Raum.

Die Notwendigkeit eines gemeinsamen internationalen Vorgehens zur Bewältigung der Frage der Energiesicherheit stand auf der internationalen Agenda im Jahr 2006 ganz oben und war ein zentrales Diskussionsthema auf dem Gipfel der G-8 in St. Petersburg im Juli. Bei diesen Diskussionen trat klar zutage, dass die OSZE als Plattform für politischen Dialog zwischen Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Besorgnisse der Teilnehmerstaaten und die Förderung regionaler Reaktionen zu spielen hat.

Als Folge davon verabschiedeten die OSZE-Minister einen Beschluss über den *Energiesicherheitsdialog* in der Region. Sie bekräftigten einerseits die Strategie aus dem Jahr 2003, unterstützten aber auch die vom Gipfel der G-8 in St. Petersburg verabschiedeten Grundsätze und Zielsetzungen zur Stärkung der Energiesicherheit. Sie beauftragten ferner den Ständigen Rat und das OSZE-Sekretariat mit der Fortsetzung des Dialogs über die Frage der Sicherheit der Energieversorgung.

Die menschliche Dimension

Die Aktivitäten der OSZE in der menschlichen Dimension im Jahr 2006 deckten einen breiten Themenbereich ab. Um den Delegationen in ihrem Engagement für Aktivitäten in der menschlichen Dimension einen neuen Impuls zu geben, berief der Vorsitz 2006 eine Arbeitsgruppe zum Thema Schutz der Menschenrechte und Nichtdiskriminierung ein. Er sorgte ferner dafür, dass in alle Aktivitäten der menschlichen Dimension auch die Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern einfließt.

Vom ersten Tag seiner Amtsperiode an würdigte der Vorsitzende die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Menschenrechtsaktivisten. Am 13. Januar kam er im Rahmen der Veranstaltungen zur Übernahme des Vorsitzes mit Vertretern zusammen, um über die Zielsetzungen zu sprechen und sich über deren Anliegen zu informieren. Bei seinen Reisen durch die OSZE-Region im Laufe des Jahres war es ihm jedes Mal ein Anliegen, mit Vertretern der Zivilgesellschaft zur Erörterung von OSZE-Angelegenheiten und Fragen der menschlichen Dimension zusammenzutreffen.

Das erste *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* war dem Thema *Menschenrechtsaktivisten und nationale Menschenrechtsinstitutionen – legislative, staatliche und nichtstaatliche Aspekte* gewidmet. Es zeigte die praktischen und politischen Herausforderungen auf, denen sich Menschenrechtsaktivisten in der OSZE-Region gegenübersehen, und unterstrich die Bedeutung ihrer Arbeit. Von dem Treffen ging die Anregung zu einem Ministerratsbeschluss aus, der für einen besseren Schutz von Menschenrechtsaktivisten sorgen sollte. Zum großen Bedauern des Vorsitzes fand sich auf dem Ministerrat aber kein Konsens zu diesem Vorschlag. Um mitzuhelfen, den Bedürfnissen und Schwierigkeiten vor Ort besser

gerecht zu werden, richtete das BDIMR im Rahmen seiner bestehenden Strukturen eine Ansprechstelle für Menschenrechtsaktivisten ein; diese Initiative fand große Unterstützung bei den Teilnehmerstaaten.

Der Vorsitz verfolgte als weiteren Schwerpunkt die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und die Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander als Anschlussmaßnahme zu einem Ministerratsbeschluss aus dem Jahr 2005, dem zufolge die OSZE sich 2006 mit der Umsetzung wichtiger politischer Verpflichtungen aus den Vorjahren befassen sollte. Gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltete der Vorsitz drei *Toleranz-Implementierungstreffen*. Die Themen dieser Treffen waren: *Verständnis zwischen Kulturen, Religionen und Ethnien* (Almaty, 12. und 13. Juni), *Erziehung zu gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander und Belehrung über den Holocaust* (Dubrovnik, 23. und 24. Oktober) und *Auseinandersetzung mit dem Datenmangel in Bezug auf Hassdelikte* (Wien, 9. und 10. November). Es handelte sich um sehr erfolgreiche Veranstaltungen, die konkrete Schwerpunktsetzungen ermöglichten und Maßnahmen zur Behebung offensichtlicher Mängel nahelegten.

Der Vorsitz veranstaltete einen Gedenktag an den Holocaust. Am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Todeslagers Auschwitz, der von den Vereinten Nationen als jährlich zu begehender Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust festgelegt wurde, hielt der Vorsitz in Brüssel eine Holocaust-Gedenkveranstaltung ab. Der Persönliche Beauftragte des Vorsitzenden für Toleranz mit Schwerpunkt Antisemitismus nahm daran teil.

Anlässlich des Ministerratstreffens 2005 brachte die OSZE auch ihre Unterstützung für die *Allianz der Zivilisationen* zum Ausdruck, eine Initiative, die in diesem Jahr von Spanien und der Türkei gestartet wurde und von den Vereinten Nationen unterstützt wird. Im Sinne eines konsequenten Vorgehens in dieser Frage von globalem Interesse übermittelten der Vorsitzende und der Generalsekretär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen im Juni in New York einen Beitrag der OSZE, in dem der konzeptionelle Rahmen, das Instrumentarium und das breite Spektrum der aktuellen Aktivitäten der OSZE zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses zwischen Menschen verschiedenster Herkunft hervorgehoben wurden.

Die drei Persönlichen Beauftragten, die der Vorsitzende im Rahmen seines allgemeinen Kampfes gegen Intoleranz und Diskriminierung wiederbestellte, setzten ihre Tätigkeit fort und koordinierten die Umsetzung der politischen Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten durch Besuche in einzelnen Ländern und Teilnahme an einschlägigen Sitzungen.

Der Ministerrat von Brüssel verabschiedete einen Beschluss über die *Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander*. Der Beschluss bekräftigte und verstärkte einerseits die bestehenden Verpflichtungen, verweist jedoch auch auf die noch notwendige Arbeit zur Verbesserung der Chancengleichheit, Einbindung der Jugend, Beachtung des öffentlichen Diskurses und Betonung der Rolle der freien Medien. Der Ministerrat beschloss auch, 2007 eine hochrangige Konferenz über die *Bekämpfung der Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* als Folgeveranstaltung zur Konferenz von Córdoba 2005 abzuhalten.

Große Aufmerksamkeit schenkte der Vorsitzende medienbezogenen Fragen. Gemeinsam mit dem Beauftragten für Medienfreiheit veranstaltete er ein zweites *Zusätzliches Treffen zur*

menschlichen Dimension zum Thema *Schutz von Journalisten und Zugang zu Informationen*. Dieses Treffen befasste sich mit einer Reihe von Fragen: Schutz von Journalisten und ihren Informationsquellen, Beschränkungen des Zugangs zu Informationen unter dem Vorwand nationaler Sicherheitsinteressen, restriktive Gesetze in Bezug auf Meinungsfreiheit sowie der mögliche Beitrag der Medien zur Förderung gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander. Der Vorsitz finanzierte die Schaffung einer Datenbank zum Thema Zugang zu Informationen, die derzeit vom Büro des Beauftragten angelegt wird und eine umfassende Übersicht über die Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten betreffend den Zugang zu Informationen durch die Medien in den Teilnehmerstaaten bieten soll.

Einen wichtigen Punkt auf der Tagesordnung des Vorsitzes bildeten Fragen allgemeiner Natur zum Thema Demokratisierung und parlamentarische Demokratie. Zur Sicherung des umfangreichen institutionellen Gedächtnisses der OSZE im Schlüsselbereich Demokratisierung machten der Vorsitz und das BDIMR die zu ziehenden Lehren zum Gegenstand einer Untersuchung. Das BDIMR hielt Rücksprache mit Demokratisierungsfachleuten der Feldoperationen und Institutionen im Hinblick auf die Erhaltung des über die Jahre aufgebauten Wissens. Ergebnis dieses Projekts war das dritte *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* unter dem Titel *Stärkung der Demokratie durch eine wirksame Vertretung*. Die Diskussionen waren ein erster Schritt zur Entwicklung wirksamer Methoden; es wurden Mittel und Wege zur Konsolidierung und, wenn möglich, Ausweitung der OSZE-Aktivitäten zur Stärkung politischer Parteien, Unterstützung parlamentarischer Reformen und Erhöhung der Transparenz in der Gesetzgebung sondiert.

Um auf die bedauerliche exponentielle Zunahme der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie im geographischen OSZE-Raum hinzuweisen, brachte der Vorsitz gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einen Vorschlag für einen Ministerratsbeschluss zum Thema *Sexuelle Ausbeutung von Kindern* ein, in dem klare Definitionen formuliert und dringend notwendige politische Schritte festgelegt wurden. Der Vorschlag erhielt große Unterstützung von den Teilnehmerstaaten, die sich auf einen detaillierten und neuartigen Ministerratsbeschluss einigten. Damit waren die politischen Grundlagen für die Teilnehmerstaaten und die Durchführungsorgane der OSZE geschaffen, um sich mit der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Sinne einer neuen Priorität im Rahmen der menschlichen Dimension der OSZE auseinanderzusetzen.

Wie üblich fand auch in diesem Jahr das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* in den ersten beiden Oktoberwochen in Warschau statt. Es unterzog die Aktivitäten der OSZE in der menschlichen Dimension einer Überprüfung, bewertete die Ergebnisse und prüfte, wie die Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen. Es erarbeitete auch ein breites Spektrum von Empfehlungen zur Verbesserung der Umsetzung der OSZE-Normen und -Werte.

Im Mai veranstaltete der Vorsitzende gemeinsam mit dem BDIMR ein dreitägiges *Seminar zur menschlichen Dimension* zum Thema *Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips und des ordentlichen Verfahrens in der Strafrechtspflege*. Einzelheiten sind der Box zum Thema organisierte Kriminalität (Seite xxx) zu entnehmen.

Der Vorsitzende widmete sich auch mit beträchtlichem Einsatz den wahlbezogenen Aktivitäten des BDIMR. Einzelheiten sind dem Abschnitt über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE (Seite xxx) zu entnehmen.

Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten: Der Karikaturenstreit

Als rund um die kontroversiellen Karikaturen mit der Darstellung des Propheten Mohammed in verschiedenen Zeitungen in der OSZE-Region heftige Proteste ausbrachen, forderte der Vorsitzende alle Seiten zur Achtung des Grundrechts der Medien auf freie Meinungsäußerung auf und erinnerte andererseits die Medien daran, dass diese Freiheit mit einer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft verbunden ist. Er stellte klar, dass die Staaten nicht versuchen sollten, auf Medieninhalte Einfluss zu nehmen, selbst wenn sie nicht immer damit einverstanden sind. Er forderte eine offene Sitzung, in der alle Teilnehmer- und Partnerstaaten und Institutionen nach den Gemeinsamkeiten suchen sollten, die vorübergehend nicht mehr zu sehen waren.

Diese Sitzung fand am 16. Februar statt und trug dazu bei, das Recht auf freie Meinungsäußerung als Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften zu bestätigen, unter gleichzeitiger Betonung der Tatsache, dass es Aufgabe der Medien ist, den Dialog, die gegenseitige Achtung und das Verständnis füreinander zu fördern und nicht zu zerstören. In der Sitzung wurde ein *Perception Paper* mit Empfehlungen formuliert, denen sich der Vorsitzende anschloss. Er lud die Kovorsitzenden der *Allianz der Zivilisationen* dazu ein, im Ständigen Rat eine Rede zu halten. Das *Toleranz-Implementierungstreffen* in Almaty (Kasachstan) zum Thema *Verständnis zwischen Kulturen, Religionen und Ethnien* fand auf hoher Ebene statt. Karikaturisten aus moslemischen Ländern wurden als Gastredner zu dem *Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension* zum Thema *Schutz von Journalisten und Zugang zu Informationen* (Wien, 13. und 14. Juli) eingeladen, wo sie ihre Arbeiten vorstellten.

Das ganze Jahr über drehten sich die Diskussionen um die notwendige Rolle unabhängiger und freier Medien, die Bedeutung der Selbstkontrolle und die Annahme freiwilliger beruflicher Standards durch Journalisten, um zu vermeiden, dass Medieninhalte zu Gewalt führen. Obwohl die begriffliche Klärung dieser Fragen schwierig blieb, stellte der Ministerratsbeschluss über die *Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* etliche Aspekte klar und trug dem Beauftragten für Medienfreiheit auf, nach bewährten Praktiken zu suchen, durch die vermieden werden kann, dass es wegen Karikaturen erneut zu Zwischenfällen kommt.

Aufbau verantwortungsbewusster, freier Medien: Die Partnerschaftsinitiative

Freie Medien sind eine Voraussetzung für die Sicherstellung demokratischer Transparenz und Rechenschaftspflicht. Wenn sie dieser Rolle ordnungsgemäß nachkommen, müssen sie über die dazu erforderlichen Mittel und die nötige Professionalität verfügen. Wenn das nicht der Fall ist, ist die Glaubwürdigkeit des Journalismus in Frage gestellt. Unzulängliche Ressourcen und mangelnde Ausbildung machen Medien anfällig für Einflussnahme durch Interessengruppen oder gar durch staatliche Behörden.

Der Beauftragte für Medienfreiheit reagierte auf dieses Problem, indem er Kooperationsprojekte zwischen Medien und staatlichen Behörden in Angriff nahm. Diese Projekte sollten Kapazitäten aufbauen und ausbauen und den Blick auf die Beziehung zwischen Regierung und Medien lenken. Mehrere OSZE-Feldoperationen unterstützten ebenfalls die Medienentwicklung, indem sie unter örtlicher Koordination Schulungsprogramme für Journalisten und Techniker einrichteten. Da sich diese Projekte in einem kleinen Rahmen hielten, bemühte

sich der Vorsitz um ihre Ausweitung und um eine Vergrößerung ihrer Wirkung, indem er einige eingeführte und mächtige Medienorganisationen direkt in das Projekt einband.

Der Vorsitzende organisierte in der Woche vom 23. Oktober in Brüssel einen Besuch zum Thema Medienpartnerschaften, in dessen Rahmen 14 Journalisten aus dem ganzen OSZE-Raum zu einem kollegialen Austausch mit in Belgien ansässigen internationalen Medienorganisationen zusammenkamen. Durch Partnerschaften zwischen gleichartigen Medienorganisationen können Journalisten von Kollege zu Kollege Unterstützung anbieten, Erfahrungen weitergeben und zum Aufbau von Kapazitäten beitragen. Die Diskussionen brachten zum Vorschein, welches Potenzial bereichsspezifische Studienbesuche, Schulungsseminare und der Austausch von Mitarbeitern bergen; Medienmitarbeitern werden dabei Recherche- und Schreibtechniken, Fachkompetenz, Medienmanagement, Selbstkontrolle und freiwillige berufliche Standards vermittelt. Ein Partnerschaftsprogramm erfordert nur geringe Unterstützung und Vermittlungstätigkeit von institutioneller Seite. In diesem Fall konnten die vorhandenen Strukturen der OSZE die „Anbahnung“ übernehmen.

Die Delegationen einigten sich auf einen Beschluss des Ständigen Rates, der die Bedeutung von Medienpartnerschaften hervorhebt und dem Beauftragten für Medienfreiheit die Aufgabe stellt, zu solchen Partnerschaften zu ermutigen.

Der Ständige Rat

Als ständiges Gremium der OSZE zwischen den Treffen des Ministerrats wickelt der Ständige Rat die Masse der politischen Fragen sowie die Tagesgeschäfte der OSZE ab. Er trat 57 Mal zusammen und empfing nicht weniger als 27 hohe Ehrengäste. Am 28. September stattete Seine Majestät König Albert II. der OSZE einen vielbeachteten Besuch ab.

Der Vorsitzende organisierte die Arbeit in einem Format, das die Gliederung in drei Ausschüsse entsprechend den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE vorwegnahm. Diese Struktur wurde später vom Ministerrat in Brüssel beschlossen. Abgesehen vom Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt richtete er eine Gruppe für nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit sowie eine weitere für Menschenrecht und Nichtdiskriminierung ein. Dimensionsübergreifende Fragen wurden im Rahmen dieser Struktur aufgeteilt. Die unter slowenischem Vorsitz geschaffene Arbeitsgruppe zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE arbeitete unabhängig davon als eigenes Gremium weiter, um den Arbeitsauftrag zu erfüllen, der ihr in Laibach durch einen entsprechenden Beschluss erteilt worden war.

Der Ständige Rat befasste sich mit politischen Fragen, die alle Teilnehmerstaaten betreffen. Er setzte sich damit auseinander, wie die Teilnehmerstaaten die OSZE-Verpflichtungen umsetzen und wie sie zur Konfliktlösung beitragen. Diesbezüglich waren die regelmäßigen Berichte der Leiter der Institutionen, der Feldoperationen und der Persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden eine besondere Hilfe. In einigen Fällen ergriff der Ständige Rat konkrete Maßnahmen, wie im Falle der Karikaturenkrise. Einzelheiten sind der Box zum Thema Karikaturenstreit (Seite xxx) zu entnehmen.

Im Laufe des Jahres standen auch schwierige Entscheidungen an, wie die Verlängerung des Mandats des Direktors des BDIMR, Botschafter Christian Strohal, die Verhandlungen rund um das Mandat des Projektkoordinators in Usbekistan, die Behebung funktioneller Störungen

im OSZE-Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels und das maßgeschneiderte Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten in der georgischen Grenzpolizei.

Dem steht ein erfreuliches Ereignis gegenüber: im Juni konnte der Ständige Rat Montenegro als 56. Teilnehmerstaat begrüßen.

Der Ständige Rat unternahm 2006 auch Reisen, um den Gegebenheiten vor Ort in der diplomatischen Arbeit am Amtssitz der Organisation in Wien ausreichend gerecht zu werden. Botschafter reisten im März nach Serbien und Montenegro, im Juli nach Georgien und im November nach Moldau.

Montenegro

Am 21. Mai veranstaltete die Republik Montenegro unter internationaler Überwachung ein Referendum über ihre Unabhängigkeit im Einklang mit der *Verfassungsurkunde des Staatenbundes Serbien und Montenegro* von 2003. Im Namen der EU trat Botschafter Miroslav Lajčák als Vermittler für die Aushandlung der Regeln für das Referendum zwischen den verschiedenen politischen Parteien in Erscheinung. Er trug insbesondere zur Festlegung der Bestimmung bei, dass eine Mehrheit von 55 Prozent der abgegebenen Stimmen und eine Mindestbeteiligung von 50 Prozent erforderlich sind. Das BDIMR organisierte eine umfassende Beobachtung des Referendums.

Am 3. Juni erklärte Montenegro seine Unabhängigkeit. Die OSZE war die erste internationale Organisation, bei der es sich um einen Beitritt bewarb. Der Vorsitzende begrüßte dieses Vertrauensvotum gegenüber der OSZE und ihren Normen und Werten. Er sorgte für eine rasche Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses, die schon nach wenig mehr als zwei Wochen am 21. Juni erfolgte. Das Mandat der neuen Mission deckt alle drei Dimensionen der OSZE ab, was einem Bekenntnis der montenegrinischen Behörden zur Fortsetzung energischer Reformen gleichkommt.

Der letzte Schritt im Beitrittsprozess erfolgte am 1. September in Helsinki mit der Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* durch den Ministerpräsidenten Montenegros.

Gastredner im Ständigen Rat im Jahr 2006

12. Januar: Amtierender Vorsitzender, Minister für auswärtige Angelegenheiten Belgiens,

Karel De Gucht

2. Februar: Persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs der EU/Hoher Vertreter für den Dialog mit Montenegro, Botschafter **Miroslav Lajčák**

2. Februar (Sondersitzung des Ständigen Rates): Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Österreichs, **Ursula Plassnik**

9. Februar: Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens, **Gela Beschuaschwili**

2. März: Minister für auswärtige Angelegenheiten Armeniens, **Wartan Oskanjan**

9. März: Leiter der Mission der EU zur Unterstützung des Grenzschutzes an der moldauisch-ukrainischen Grenze, Brigadegeneral **Ferenc Bánfi**

15. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Minister für Drogenbekämpfung Afghanistans, **Habibullah Qaderi**

16. März: Hoher Repräsentant – EU-Sonderbeauftragter in Bosnien und Herzegowina, Dr. **Christian Schwarz-Schilling**

21. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Alcee L. Hastings**
27. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Ministerpräsident Georgiens, **Surab Nogaideli**
28. März (Sondersitzung des Ständigen Rates): Sondergesandter der Vereinten Nationen für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo, Präsident **Martti Ahtisaari**
27. April: EU-Sonderbeauftragter für Moldau, **Adriaan Jacobovits de Szeged**
4. Mai: Ukrainischer Vizeminister für Notfälle und für den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl, **Wolodymyr Choloscha**
4. Mai: Kovorsitzende der Hochrangigen Gruppe der Vereinten Nationen für die *Allianz der Zivilisationen*, **Federico Mayor** and **Mehmet Aydin**
11. Mai: Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbien und Montenegros, **Vuk Drašković**
16. Mai (Sondersitzung des Ständigen Rates): Erster Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, **Rachat Alijew**
18. Mai: Persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs der EU/Hoher Vertreter für den Dialog mit Montenegro, **Miroslav Lajčak**
18. Juli: Minister für auswärtige Angelegenheiten Montenegros, **Miodrag Vlahović**
7. September: Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, **Carla del Ponte**
12. September (Sondersitzung des Ständigen Rates): Generalsekretär des Internationalen Energieforums, Botschafter **Arne Walther**
14. September: NATO-Oberbefehlshaber Europa, General **James L. Jones**
26. September (Sondersitzung des Ständigen Rates): Staatssekretär Kasachstans und Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Kommission für die Entwicklung und Konkretisierung des demokratischen Reformprogramms, **Oralbai Abdykarimow**
28. September (Sondersitzung des Ständigen Rates): Minister für auswärtige Angelegenheiten Belgiens und Amtierender Vorsitzender der OSZE, **Karel De Gucht**, in Anwesenheit des Königs der Belgier, Seiner Majestät **Alberts II.**
27. Oktober (Sondersitzung des Ständigen Rates): Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, **Kassymchomart Tokajew**
27. Oktober (Sondersitzung des Ständigen Rates): Ministerpräsident Georgiens, **Surab Nogaideli**
14. November: Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Göran Lennermarker**
15. November (Sondersitzung des Ständigen Rates): Sondergesandter der Vereinten Nationen für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo, Präsident **Martti Ahtisaari**
17. November (Sondersitzung des Ständigen Rates): Generaldirektor der Generaldirektion Erweiterung der Europäischen Kommission, **Michael Leigh**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK)

Das Forum für Sicherheitskooperation wurde auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 eingerichtet und ist für die militärische Dimension der OSZE zuständig. Der Vorsitz im Forum wechselt alle vier Monate unter den OSZE-Teilnehmerstaaten in alphabetischer Reihenfolge. 2006 hatten Bosnien und Herzegowina, Bulgarien und Kanada nacheinander den Vorsitz im Forum inne.

Das *Seminar über Militärdoktrinen* auf hoher Ebene vom 14. und 15. Februar, das unter Beteiligung hochrangiger Verteidigungsexperten aus dem militärischen und zivilen Bereich abgehalten wurde, hat seinen Zweck, Veränderungen in militärischen Doktrinen, die sich aus neu auftretenden Bedrohungen, veränderten Konfliktformen und neu entstehenden Technologien ergeben hatten, und deren Auswirkungen auf die Streitkräfte und ihre Verteidigungsstrukturen zu untersuchen, voll und ganz erfüllt. Da die Bedrohungen von immer diffuserer Art sind, dienen militärische Gegenmaßnahmen als Ergänzung zu zivilen Sicherheitsmaßnahmen.

Als Teil der Arbeit des Forums zu bestehenden OSZE-Verpflichtungen und neuen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen nahmen die Teilnehmerstaaten einen Dialog über zwei Vorschläge auf. Diese Vorschläge bezogen sich auf die vorherige Ankündigung eines militärischen Transits in großem Umfang und auf die Stationierung ausländischer Streitkräfte im Hoheitsgebiet eines OSZE-Teilnehmerstaats, in dem vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Anwendung sind. Die Diskussion mündete in einer breiter angelegte Grundsatzdebatte über diese Vorschläge, die noch weitergehen dürfte.

Der wöchentliche Sicherheitsdialog mit einem Gastredner erwies sich als äußerst nützliche Plattform, um auf Entwicklungen in anderen Organisationen aufmerksam zu machen und über einige Bereiche zu informieren, die vom *Seminar über Militärdoktrinen* herausgestrichen wurden, wie die schnellen Eingreiftruppen. Der Vorsitz des Forums lud Vertreter der Europäischen Union (EU), der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit ein, über ihre jeweiligen Konzepte betreffend schnelle Eingreiftruppen zu referieren. In den Vorträgen im Rahmen des Sicherheitsdialogs wurden auch andere Fragen angesprochen, von Terrorismus und dessen Bekämpfung über zivil-militärische Notfallvorsorge bis hin zu subregionalen Bemühungen im Verteidigungsbereich.

Das *16. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung* vom 7. und 8. März sollte einer Erörterung der gegenwärtigen und künftigen Durchführung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im Sinne von Kapitel XI des *Wiener Dokuments 1999* dienen. Auf diesem Treffen wurden Vorschläge zur weiteren Umsetzung von OSZE-Dokumenten unterbreitet.

Das Thema Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen wurde nach wie vor eingehend erörtert. Im Anschluss an Vorträge der EU über ihre Nichtverbreitungsstrategie und des Vorsitzenden des *Ausschusses nach Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen* beschloss das Forum im September, eine *Arbeitstagung über die Umsetzung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats* abzuhalten, die den Erwerb, den Einsatz bzw. die

Verbringung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen durch nichtstaatliche Akteure verhindern soll. Die Arbeitstagung vom 8. November bot Experten Gelegenheit, die Umsetzung der Resolution und mögliche Beiträge der OSZE zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Melde- und Durchführungspflichten zu erörtern und einander über nachahmenswerte Beispiele zu informieren.

Am 17. Mai hielt das Forum eine Sondertagung zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) ab. Zweck dieser Veranstaltung war die Ausarbeitung von Empfehlungen für offizielle OSZE-Erklärungen auf der *Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Umsetzung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten*, die vom 26. Juni bis 7. Juli in New York abgehalten wurde. Der Amtierende Vorsitzende und der Vorsitzende des Forums gaben auf der *Überprüfungskonferenz* Erklärungen ab und organisierten eine Parallelveranstaltung, um auf die Aktivitäten und Projekte der OSZE in den Bereichen SALW und konventionelle Munition aufmerksam zu machen.

Im November beschloss das Forum, am 21. März 2007 eine Sondertagung über die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg abzuhalten. Die Teilnehmerstaaten sollen bei dieser Gelegenheit Meinungen darüber austauschen, inwiefern es möglich ist, einen Mechanismus zum Informationsaustausch über ihre einzelstaatlichen Kontrollen für Einfuhren und Ausfuhren im Luftverkehr zu entwickeln, einen Dialog mit Akteuren aus der Privatwirtschaft im Luftverkehrssektor und zuständigen internationalen Organisationen aufzunehmen und einen Praxisleitfaden zu erarbeiten.

Auch der Umsetzung der OSZE-Dokumente über *Kleinwaffen und leichte Waffen* (2000) und über *Lagerbestände konventioneller Munition* (2003) galt weiterhin große Aufmerksamkeit. Die erste Phase des Projekts in Tadschikistan wurde erfolgreich abgeschlossen, Projekte in Armenien und der Ukraine (Nowobohdaniwka) laufen bereits. Projekte in Kasachstan und Belarus sind ebenfalls in Entwicklung. Mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen wurde eine Vereinbarung getroffen, die eine Zusammenarbeit bei Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition ermöglicht. Am 15. November sprach der Generalsekretär in der 26. Gemeinsamen Sitzung des Forums und des Ständigen Rates; er informierte über den neuesten Stand und die Auswirkungen der Projekte betreffend Überschüsse an Raketentreibstoff (*Mélange*), insbesondere in der Ukraine, und forderte die Teilnehmerstaaten auf, diese Projekte weiterhin mit Aufmerksamkeit und entsprechenden Vorgaben zu verfolgen.

Im März stellte das Forum einen neuen Anhang zum *Praxishandbuch für Kleinwaffen und leichte Waffen* unter dem Titel *Nationale Verfahren zur Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen schultergestützter Flugabwehrraketensysteme (MANPADS)* fertig. Der Anhang liegt in allen offiziellen Sprachen der OSZE und auf Arabisch sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM vor.

Zwei Praxisleitfäden zum Dokument über *Lagerbestände konventioneller Munition* wurden vom Forum ergänzt und gebilligt. Der *Leitfaden zur Verwaltung von Lagerbeständen* empfiehlt nachahmenswerte Praktiken, um die ordnungsgemäße Lagerung und Kontrolle konventioneller Munition zu erleichtern bzw. zu verstärken. Der *Transportleitfaden* gibt allgemeine Empfehlungen und praktische Ratschläge für den sicheren und geschützten Transport konventioneller Munition.

Das Forum leistete auch einen Beitrag zur *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* im Juni in Form von Richtlinien für die Hauptreferenten, insbesondere jene, die sich mit den politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit befassten.

Am 27. September fand eine Sondertagung des Forums über den *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* statt. Zentrales Thema der Tagung war die Umsetzung des *Verhaltenskodex*. Experten aus den Hauptstädten beteiligten sich an den Debatten, in denen die ungebrochene Bedeutung des *Verhaltenskodex* als eines der wichtigsten normativen Dokumente der OSZE sowohl für die politisch-militärische als auch die menschliche Dimension der Sicherheit bestätigt wurde.

Das Forum setzte seine Zusammenarbeit mit dem Ständigen Rat und dessen Unterorgan, der Arbeitsgruppe „Nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit“, fort. Die Diskussionen im Forum über Governance im Sicherheitsbereich, bei der ein Zusammenhang mit dem *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* gesehen wird, zeugen von dieser ständigen Zusammenarbeit in umfassenden Fragen, die nicht nur militärische sondern auch wirtschaftliche, ökologische und menschliche Aspekte umfassen. Die laufenden Informationen des Forums durch die Leiter der OSZE-Feldoperationen waren besonders im Hinblick auf die Verknüpfung politisch-militärischer Aktivitäten mit anderen Dimensionen der Sicherheit nützlich.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV)

Die Parlamentarische Versammlung verkörpert die parlamentarische Dimension der OSZE. 320 Parlamentarier gehören ihr an, ihre Hauptaufgabe ist die Unterstützung des interparlamentarischen Dialogs – ein wichtiger Aspekt in allen Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen an die Demokratie in der ganzen OSZE-Region. Die Erklärungen, die die Versammlung alljährlich verabschiedet, werden den Regierungen und OSZE-Institutionen zugeleitet und sind die gemeinsame Stimme der Parlamente der Teilnehmerstaaten.

Die Parlamentarische Versammlung wurde 1990 vom Gipfeltreffen in Paris ins Leben gerufen, um eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente in die Vorläuferorganisation der OSZE, die KSZE, zu fördern, und entwickelte sich zu einem aktiven und bedeutenden Mitglied der OSZE-Familie. Im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung kommen Parlamentarier aus den Teilnehmerstaaten mehrere Male im Jahr zusammen, um OSZE-bezogene Angelegenheiten zu erörtern und Empfehlungen abzugeben. Die Parlamentarier erhalten so Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch, zur Erörterung bewährter Methoden und zum Austausch mit internationalen Experten über OSZE-Fragen. In allen nationalen Parlamenten gibt es heute Abgeordnete mit OSZE-Erfahrung, die in der Lage sind, die Politik der Organisation zu unterstützen und darauf Einfluss zu nehmen. Über ein aktives Wahlbeobachtungsprogramm können die Parlamentarier auch ihr einzigartiges Wissen als direkt gewählte Mandatare einsetzen; sie spielen eine führende Rolle bei den Wahlbeobachtungsaktivitäten der OSZE.

Die Versammlung wählt alljährlich mit einfacher Mehrheit einen Präsidenten, der als ihr Hoher Repräsentant fungiert und bei ihren Haupttagungen den Vorsitz führt. Der Präsident nimmt regelmäßig an der Arbeit der OSZE auf Ministerebene teil, darunter die Treffen der Troika und des Ministerrats. Im Juli wählte die Versammlung Göran Lennmarker, den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des schwedischen Parlaments, zum neuen Präsidenten.

Das internationale Sekretariat der Versammlung hat seinen Sitz in Kopenhagen als Gast des dänischen Parlaments. Das Sekretariat wird von Generalsekretär R. Spencer Oliver geleitet. Die Versammlung unterhält auch ein kleines Verbindungsbüro in Wien mit 15 ständigen Mitarbeitern. Zusätzlich zum ständigen Personal beschäftigt die Parlamentarische Versammlung bis zu sieben Forschungsbeauftragte sowohl in Kopenhagen als auch in Wien. Diese Forschungsbeauftragten unterstützen die Arbeit der Versammlung durch qualitativ hochwertige Forschungsarbeiten und durch Sprachkenntnisse.

Der Interparlamentarische Dialog

15. Jahrestagung in Brüssel im Juli. Das Thema der *Jahrestagung* 2006 lautete *Stärkung der menschlichen Sicherheit in der OSZE-Region*. Parlamentarier aus 53 Ländern kamen in Brüssel zur größten Jahrestagung der Versammlung zusammen, um aktuelle Fragen in den Bereichen internationale Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt und Menschenrechte zu erörtern und anschließend die *Erklärung von Brüssel* mit politischen und technischen Empfehlungen zu verabschieden. Die Erklärung fordert verstärkte Unterstützung für Feldoperationen mit besonderem Schwerpunkt auf der Balkanregion und eine engere Zusammenarbeit mit anderen

internationalen Organisationen. Die Parlamentarier streben einen verstärkten Dialog zwischen den Staaten zur Sicherstellung einer verlässlichen und sicheren Energieversorgung an. Die Versammlung hob auch die Bedeutung einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle über die Sicherheitsdienste hervor. Sie forderte die Parlamentarier nachdrücklich dazu auf, bei Wahlbeobachtungsmissionen weiterhin eine politische Führungsrolle zu übernehmen, da diese Missionen dadurch größere Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit erhalten. Die Mitglieder forderten die Teilnehmerstaaten auch auf, dafür zu sorgen, dass ihr Hoheitsgebiet nicht dazu benützt wird, um Hilfestellung für Überstellungsflüge zu leisten oder geheime Internierungslager zu unterhalten. Sie gaben Empfehlungen zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts in Moldau, zum Umgang mit den Folgen von Naturkatastrophen, zur Korruptionsbekämpfung und zur Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Formen der Intoleranz ab.

Einer bewährten Tradition folgend sprachen sowohl der Amtierende Vorsitzende Karel De Gucht als auch der Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut auf der Tagung und beantworteten Fragen der Parlamentarier.

Herbsttagungen in Malta im November. Auf der *Herbstkonferenz* der Versammlung – der ersten Tagung in Malta – befassten sich die Parlamentarier mit dem Schwerpunkt Migration. Experten und Mitglieder der Versammlung erörterten die positiven und auch die negativen Aspekte der Migration. Es nahmen Parlamentarier aus der gesamten OSZE-Region und dem Mittelmeerraum teil, darunter zum ersten Mal auch als Ehrengast ein Vertreter aus Libyen.

Das Treffen in Malta im Zentrum des Mittelmeerraums bot auch Gelegenheit zur Abhaltung des alljährlich stattfindenden *Mittelmeerforums* der Versammlung, auf dem eine eigene Debatte dem Nahen Osten gewidmet war. Hochrangige Vertreter der OSZE und der Partnerstaaten, darunter Ägypten und Israel, hielten Reden vor dem Forum. Die Mitglieder erörterten die Bedeutung einer Zweistaatenlösung für die Herbeiführung einer friedlichen Lösung im Konflikt zwischen Israel und Palästina. Sie befassten sich auch mit den Themen Freihandel und soziale Entwicklung, die der Diskussion eine breitere Perspektive verliehen.

Wintertagung in Wien im Februar. Im Februar kam die Versammlung zu ihrer fünften alljährlichen *Wintertagung* in Wien zusammen. Dieses zweitgrößte Ereignis im Veranstaltungskalender der Parlamentarischen Versammlung bot Abgeordneten Gelegenheit, von leitenden OSZE-Beamten über die aktuellen Entwicklungen unterrichtet zu werden. Die Parlamentarier konnten sich auch über die laufende Arbeit der Versammlung informieren, bevorstehende Veranstaltungen vorbereiten und sich mit ihren Kollegen aus anderen Ländern über aktuelle Fragen austauschen.

Im Anschluss an die weltweite Kontroverse über die Veröffentlichung von Karikaturen mit Darstellungen des Propheten Mohammed in den Medien hielt die Versammlung im Rahmen der Tagung eine öffentliche Diskussion zum Thema Recht auf freie Meinungsäußerung und Achtung religiöser Überzeugungen ab. Diese außerordentliche Diskussion sollte einen offenen politischen Dialog in dieser Frage ermöglichen – ein ganz wichtiger Schritt bei der Suche nach einer gemeinsamen Basis für die Überwindung der Schwierigkeiten. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Alcee L. Hastings, eröffnete die Diskussion mit der Forderung, das Recht auf Pressefreiheit müsse mit Würde und Verantwortungsbewusstsein ausgeübt werden. Anschließend sprach der Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, einleitende Worte.

Im Laufe der Debatte meldeten sich Parlamentarier zahlreicher Delegationen aus dem ganzen OSZE-Raum und aus den Mittelmeerpartnerstaaten zu Wort, um Meinungen auszutauschen. Die Delegierten verurteilten unmissverständlich die gewalttätigen Reaktionen auf die Veröffentlichung der Karikaturen und forderten einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Es wurden auch weitere Themen wie die Rolle der Presse in demokratischen Gesellschaften, das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, Gesetze gegen Gotteslästerung, die Bedeutung der Erziehung zu Toleranz, der interreligiöse Dialog und die Notwendigkeit der Bekämpfung des Extremismus erörtert.

Diskussionsthemen

Internierungslager Guantánamo. Die Präsidentin des belgischen Senats und Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung für Guantánamo, Anne-Marie Lizin, hatte im Februar und März als erste politische Vertreterin eines europäischen Gremiums Gelegenheit, dem Internierungslager der Vereinigten Staaten von Amerika in Guantánamo Bay (Kuba) einen offiziellen Besuch abzustatten. Auf Einladung des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten traf die Sonderbeauftragte leitende Vertreter des Außenministeriums sowie des Verteidigungsministeriums und konnte im Anschluss daran die Einrichtung besichtigen. Sie besuchte dabei die Lager und Zellen, in denen die Häftlinge untergebracht sind, kam mit Mitarbeitern des Geheimdiensts zusammen und wohnte einem Verhör bei.

Der Besuch der Sonderbeauftragten erfolgte im Rahmen ihrer Aufgabe, die Lage der in dieser Einrichtung befindlichen Häftlinge aus OSZE-Teilnehmerstaaten zu beobachten und der Versammlung zu berichten. Im Juli legte sie ihren Bericht vor, in dem sie die Regierung der Vereinigten Staaten aufforderte, einen Zeitplan zur Schließung der Einrichtung umzusetzen. Sie gab auch eine Reihe anderer Empfehlungen ab, in deren Mittelpunkt insbesondere eine Erhöhung der Transparenz bei der Terrorismusbekämpfung und im Internierungsprozess stand.

Genderfragen. Während ihrer Wintertagung und im Zusammenhang mit der 50. Tagung der *Kommission der VN für die Rechtsstellung der Frau* in New York hielt die Versammlung am 27. Februar eine eigene Podiumsdiskussion zum Thema *Frauen in der Sicherheitspolitik – Sind Frauen anders?* ab. Tone Tingsgaard, Vizepräsidentin der Versammlung und Sonderbeauftragte für Genderfragen, gab einen Überblick über die Aktivitäten der Versammlung zur Förderung der Stellung der Frau in der OSZE und bedauerte, dass diesbezüglich keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Sie berichtete auch über ihre Erfahrungen als stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des schwedischen Parlaments. Den Teilnehmern wurde das Dilemma bewusst, dass Frauen einerseits heute mehr denn je in Kriegshandlungen einbezogen, andererseits aber bei Friedensverhandlungen unterrepräsentiert sind. Besonders hervorgehoben wurde, dass Sicherheit für Frauen mehr bedeutet als rein militärische Aspekte. Auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit sind sehr wichtig. Die Diskussion unterstrich die besondere Fähigkeit von Frauen, sich mit Frauen anderer Fraktionen und Gruppierungen auf eine gemeinsame Basis zu verständigen und sich auf Grundlage dieses gemeinsamen Verständnisses mit vereinten Kräften für den Frieden einzusetzen.

Die Sonderbeauftragte für Genderfragen legte der Versammlung auf der Jahrestagung in Brüssel ihren Bericht „Ausgewogenes Geschlechterverhältnis“ vor. Sie wies darauf hin, dass Frauen in den OSZE-Institutionen zwar die Hälfte des Personals stellen, im Allgemeinen aber

keine Führungspositionen innehaben. Der *Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern* gab dem Prozess der Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe einen neuen Anstoß, doch wird ihrer Meinung nach diese Frage nach wie vor nicht wirksam angegangen.

„Maßnahmen zum Durchstoßen der sogenannten ‚gläsernen Decke‘, die Frauen am Zugang zu höheren Positionen hindert, stehen noch aus, wobei die Gefahr besteht, dass diese ‚gläserne Decke‘ zu einer ‚Betondecke‘ wird.“

Tone Tingsgaard, Sonderbeauftragte für Genderfragen

Wahlbeobachtung

Die Versammlung spielte auch in diesem Jahr eine führende Rolle bei der Wahlbeobachtung im OSZE-Raum. Parlamentarische Beobachter nützten ihr spezifisches Wissen über Wahlprozesse, um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten bei der Durchführung von Wahlen zu beurteilen. Da Parlamentsabgeordnete auch Politiker sind, die selbst Wahlschlachten bestehen mussten, wissen sie über politische Kampagnen und Wahlprozesse besonders gut Bescheid, weshalb sie den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE größere Glaubwürdigkeit verleihen. Bei der Wahlbeobachtung arbeitet die Versammlung eng mit dem BDIMR und anderen Parlamentarischen Versammlungen der Region zusammen.

Die Versammlung entsandte über 350 Beobachter zur Beobachtung der Wahlen in Belarus¹, der Ukraine, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Lettland und Tadschikistan. Im Einklang mit den üblichen Gepflogenheiten ernennt der Amtierende Vorsitzende leitende Mitglieder der Versammlung zu seinen Sonderkoordinatoren, die an der Spitze von kurzfristigen Beobachtungsmissionen stehen und für die politische Führung sorgen. Der Amtierende Vorsitzende, Karel De Gucht, bestellte folgende Sonderkoordinatoren, die bei den Pressekonferenzen am Tag nach den Wahlen die Schlussfolgerungen der Wahlbeobachtungsmission der Öffentlichkeit präsentierten:

- Präsident Alcee L. Hastings (Vereinigte Staaten von Amerika) für die Präsidentenwahlen in Belarus und die Parlamentswahlen in der Ukraine
- Vizepräsident Nevzat Yalçıntaş (Türkei) für das Referendum über den künftigen Status von Montenegro (Serbien und Montenegro)
- Vizepräsident João Soares (Portugal) für die Parlamentswahlen in Montenegro
- David Heath (Vereinigtes Königreich) für die allgemeinen Wahlen in Bosnien und Herzegovina
- Kimmo Kiljunen (Finnland) für die Präsidentenwahlen in Tadschikistan

Arbeit der Parlamentarier vor Ort

Die Parlamentarische Versammlung hat Ad-hoc-Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Sonderbeauftragte eingerichtet, die sich mit konkreten Fragen befassen, insbesondere mit folgenden:

¹ Neunzehn Beobachtern der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wurde die Einreise nach Belarus verweigert, weshalb sie nicht an der Beobachtungsmission teilnehmen konnten.

Abchasien (Georgien). Der Ad-hoc-Ausschuss für Abchasien (Georgien) arbeitet schon seit einigen Jahren an der Herstellung direkter Kontakte zu Vertretern aus Abchasien. Vom 11. bis 13. April reiste der Ausschuss unter der Führung der Vizepräsidentin Tone Tinggaard nach Georgien, wo er in Tiflis mit offiziellen Vertretern und zum ersten Mal auch in Suchumi mit der abchasischen Führung zusammentraf. Die Mitglieder des Ad-hoc-Ausschusses hörten sich die Standpunkte und Vorstellungen der Mitglieder des abchasischen De-facto-Parlaments an. Bei ihrem Besuch unterstrichen die Mitglieder des Ausschusses, dass sie nicht die Aufgabe hätten, eine Lösung auszuhandeln, sondern den parlamentarischen Dialog zu fördern, um eine Aussöhnung und Konfliktlösung zu erleichtern. Der Ausschuss unterstützt mit seiner Arbeit den aktuellen Konfliktbeilegungsprozess unter VN-Führung und unterhält enge Kontakte mit der Mission in Georgien. Der Ad-hoc-Ausschuss arbeitet an Plänen zur Verstärkung des Dialogs, unter anderem durch weitere Besuche in der Region.

Belarus. Die Arbeitsgruppe Belarus unter der Leitung von Uta Zapf (Deutschland) setzte im Laufe dieses Jahres ihre Arbeit im Dienste eines offenen Dialogs mit dem Parlament und der Regierung von Belarus sowie mit Oppositionsvertretern und anderen interessierten Parteien fort. In enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro in Minsk traf die Gruppe mehrmals sowohl in Minsk als auch außerhalb von Belarus mit Parlamentariern und Oppositionsvertretern aus Belarus zusammen. Ende Januar und im Februar besuchten die Mitglieder Minsk, um dort im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom 19. März die politische Lage zu erörtern. Die Gruppe forderte die Wahlbehörden nachdrücklich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um im Wahlkampf für Fairness zu sorgen, unter anderem durch einen gleichberechtigten Zugang zu den Medien für alle Kandidaten und angemessenen Zugang zu den Wahlverfahren für alle Beobachter.

Am Rande der *Jahrestagung* veranstaltete die Arbeitsgruppe eine Diskussion am Runden Tisch mit der belarussischen PV-Delegation, OSZE-Parlamentariern und Oppositionsvertretern aus Belarus. In Zusammenarbeit mit der belarussischen PV-Abordnung organisiert die Gruppe auch eine Reihe gemeinsamer Seminare, an denen Vertreter eines breiten Spektrums politischer Kräfte in Belarus teilnehmen sollen.

Der Konflikt in Berg-Karabach. Bei Gesprächen im Südkaukasus und außerhalb davon ermutigte der Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung für den Konflikt in Berg-Karabach, Göran Lennmarker, zur Aussöhnung und zum Wiederaufbau in dem Gebiet mit Hilfe eines parlamentarischen Dialogs. Der Sonderbeauftragte arbeitet eng mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE und dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden zusammen, die sich alle für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen.

Lennmarker traf mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan sowie mit Parlamentariern aus beiden Ländern zusammen. Sowohl als Sonderbeauftragter als auch – seit Juli – als Präsident der Versammlung wurde er nicht müde zu betonen, dass sich derzeit eine einmalige Chance für eine Lösung des Konflikts in Berg-Karabach biete. Die politische Lage ist günstig für eine rasche Konfliktlösung, und Lennmarker forderte alle Parteien auf, diese Gelegenheit für einen für alle Seiten vorteilhaften Frieden zu ergreifen.

Moldau. Vor der *Jahrestagung* im Juli und in enger Absprache mit der Mission in Moldau stattete der Leiter des Parlamentarierteams für Moldau, Kimmo Kiljunen, Moldau einen Besuch ab, um zur Förderung eines konstruktiven Dialogs über eine Lösung für Transnistrien

durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern beizutragen. Im Anschluss daran verabschiedete die Versammlung eine Entschließung, in der sie bekräftigte, dass jegliche Konfliktlösung von allen Teilen der Bevölkerung Moldaus akzeptiert werden muss, und unterstrich diesbezüglich die Bedeutung einer Demokratisierung der Region Transnistrien. Die Entschließung ermutigt auch zu einem Dialog zwischen den gesetzgebenden Versammlungen beider Seiten des Flusses Nistru/Dnjestr.

Südosteuropa. Der slowenische Parlamentarier Roberto Battelli wurde zum Sonderbeauftragten für Südosteuropa ernannt; er soll den parlamentarischen Dialog in der Region fördern und als Anlaufstelle für eine Einbindung der Versammlung in die Parlamentarische Troika des *Stabilitätspakts für Südosteuropa* fungieren. Der Sonderbeauftragte vertrat die Versammlung bei verschiedenen Veranstaltungen des *Stabilitätspakts*, darunter auch Konferenzen, die der Rechtsreform und der parlamentarischen Kontrolle des Sicherheitssektors gewidmet waren. 2007 wird die Parlamentarische Versammlung der OSZE den Vorsitz in einer Troika führen, der auch die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das Europäische Parlament angehören.

Der Sonderbeauftragte spielte auch bei der Beobachtung des Referendums und der Parlamentswahlen in Montenegro eine führende Rolle, ebenso bei den Wahlen in Bosnien und Herzegowina. Im Dezember trat der Präsident der Versammlung gemeinsam mit dem Sonderbeauftragten eine einwöchige Reise durch Serbien, einschließlich Kosovo, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Albanien an; die Reise führte sie auf dem Landweg von Belgrad nach Mitrovica, Priština, Gračanica, Skopje, Tetovo, Ochrid und schließlich Tirana. Im Rahmen ihrer Besuchsreise durch diese Länder führten sie einige Gespräche auf hoher Ebene und ließen sich genau über die Tätigkeit der OSZE-Feldoperationen unterrichten.

www.oscepa.org

Wahl einer neuen Führungsriege

Zu Ende der *15. Jahrestagung* in Brüssel wählte die Versammlung Göran Lennmarker aus Schweden zu ihrem Präsidenten. Nach seiner Wahl sagte Lennmarker, er wolle den Dialog in der OSZE wiederbeleben und eine breitere Diskussion über OSZE-Fragen auch außerhalb der eigenen Institutionen fördern. Lennmarker ist seit 1991 Abgeordneter zum schwedischen Parlament und hatte in der Parlamentarischen Versammlung schon einige leitende Positionen inne; er beabsichtigt, sich vorrangig der Konfliktlösung zu widmen. Seit seiner Wahl zum Präsidenten hatte Lennmarker einen vollen Arbeitskalender. Abgesehen von der Vorsitzführung bei allen Tagungen der Versammlung stattete er mehreren Teilnehmerstaaten einen offiziellen Besuch ab und vertrat die Versammlung bei Tagungen anderer OSZE-Institutionen. Präsident Lennmarker ernannte auch fünf Sonderbeauftragte, die sich mit Fragen von besonderem Interesse befassen sollen.

Im Juli wählte die Versammlung auch vier Vizepräsidenten aus Österreich, Portugal, Schweden und den Vereinigten Staaten von Amerika.

„Den Parlamentariern kommt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Konfliktlösungsbemühungen der OSZE zu. Diese Konflikte sind nicht „eingefroren“: Die Menschen leiden darunter und werden auch weiter darunter leiden, wenn man keine Lösung findet. Der parlamentarische Dialog kann die offiziellen Verhandlungen ergänzen

und das Fundament für einen dauerhaften Frieden auf einer demokratischen Basis legen.“

Göran Lenmarker, Präsident der Parlamentarischen Versammlung

Die Feldoperationen

Südosteuropa

Die Präsenz in Albanien

[map]

Presence in Albania = Präsenz in Albanien

Gjirokaštër = Gjirokaštër

Kukës = Kukës

Shkodër = Shkodër

Tirana = Tirana

Vlorë = Vlorë

Internationale Grenzen

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Die Präsenz half Albanien dabei, seine demokratischen Institutionen durch Reformen in den Bereichen Gesetzgebung, Rechtsprechung, Eigentumsrecht, Regionalverwaltung und Wahlen zu festigen. Daneben widmete sie sich dem Auf- und Ausbau parlamentarischer Kapazitäten sowie der Bekämpfung von Menschenhandel und Korruption. Die Präsenz unterstützte unabhängige Medien und Good Governance, leistete Hilfestellung bei der Ausbildung der Polizei und arbeitete an der Stärkung der Zivilgesellschaft. Die vier Außenstellen der Präsenz waren in die regionale und lokale Unterstützungstätigkeit und Projektarbeit eingebunden.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Präsenz ermöglichte Treffen zwischen albanischen Grenzbehörden und staatlichen Stellen mit deren Amtskollegen aus Serbien, dem Kosovo (Serbien), Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Diese Treffen trugen zum Informationsaustausch und zur Förderung von grenzüberschreitenden Vereinbarungen im Rahmen des *Integrierten Grenzmanagements* bei. Gemeinsam mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission arbeitete die Präsenz an einem Projekt zur Erstabklärung der Situation von Asylsuchenden und Migranten.

Hilfestellung für die staatliche Polizei. Die Präsenz ermöglichte mehr als 20 Polizeibeamten mittlerer Ränge aus allen zwölf Regionen eine Ausbildung zu den Themen organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Erste Hilfe und Verkehrskontrolle. In den zwölf regionalen Polizeidirektionen unterstützte sie Aufklärungskampagnen gegen den Anbau von *Cannabis sativa*, über Menschenrechte und Verkehrssicherheit. Gemeinsam mit anderen internationalen Experten war die Präsenz bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die staatliche

Polizei behilflich. Zur weiteren Verbesserung des polizeilichen Berichtswesens stellte die Präsenz mehr als fünfzig Computer samt Druckern sowie Kommunikationsausrüstung zur Verfügung.

Hilfestellung für die Grenzpolizei. Über 100 Polizeibeamte erhielten eine Einschulung im Einsatz moderner Grenzüberwachungsausrüstung. Die Präsenz führte ein Projekt betreffend Solarenergiegeneratoren durch. Die Generatoren liefern jetzt zusätzliche Energie für acht Grenzübertrittsstellen und ermöglichen damit den kontinuierlichen Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr über die albanische Grenze. Die Präsenz stellte auch regionalen Polizeidirektionen sechs Fahrzeuge und zahlreiche Computer samt Druckern zur Verfügung. Zweihundert Beamte der Grenz- und Migrationspolizei waren Nutznießer eines Projekts für englischen Sprachunterricht, durch das ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessert werden sollten.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der Eigentumsreform. In Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt bot die Präsenz Schulungen zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten an und schloss die erste Registrierungsrunde für mehr als 20.000 Besitzungen ab, um so die Eigentumsreform weiterzubringen. Die Präsenz half der Staatlichen Agentur für Eigentumsrückgabe und Entschädigung bei der Bewertung von Grundstücken und der Schaffung einer digitalen Datenbank für die Abwicklung von Eigentumsansprüchen. Für die Erstellung einer Reformstrategie zur Vernetzung des Registrierungs-, Legalisierungs-, Rückgabe- und Entschädigungsprozesses stellte die Präsenz Gutachten zur Verfügung.

Unterstützung der Dezentralisierung und der Regionalreform. In Zusammenarbeit mit dem Europarat prüfte die Präsenz gemeinsam mit der Regierung Dezentralisierungsstrategien und setzte langfristige Prioritäten fest. Ausgehend von der Priorität der Regierung, die Verwaltung der Wasserressourcen zu dezentralisieren, bereitete die Präsenz in zwei Städten 40 Beteiligte durch Schulung auf ihre Aufgabe als örtliche Verwalter der Wasserressourcen vor.

Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung. Die Präsenz war bei der Umsetzung des *Gesetzes gegen Geldwäsche* behilflich und stellte dazu Banken der Kategorie eins und zwei Software zur Bekämpfung der Geldwäsche zur Verfügung. Sie half 14 Land- und Stadtgemeinden, die Entscheidungsprozesse in der Haushaltsplanung transparenter zu gestalten. Ferner wurde in fünf Steuerektionen ein Projekt zur Verbesserung der Steuererhebung mittels EDV-Datenbanken durchgeführt.

Förderung einer besseren Umweltbewirtschaftung. Die Präsenz förderte die Umsetzung der *Aarhus-Konvention* durch die Regierung, indem sie ein Aarhus-Informationszentrum eröffnete und einen Beirat ins Leben rief, in dem auch die Zivilgesellschaft vertreten ist. Bei sechs Regionalseminaren stellte die Präsenz bewährte Verfahren zur Lösung lokaler Umweltprobleme in Form eines Werkzeugkoffers für Abfallbewirtschaftung und Umweltverschmutzung vor. Die Präsenz ermöglichte in vier Stadtgemeinden Debatten über Probleme bei der Entsorgung von festen Abfällen, an denen mehr als 60 Interessenten der Lokalverwaltung und der Zivilgesellschaft teilnahmen.

Unterstützung für Schutz und Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels. Die Präsenz unterstützte die Bemühungen der Regierung, den ersten landesweiten Plan zur

Einführung von Sozialschutzstandards für Menschenhandelsopfer zu erstellen. Sie förderte auch die Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften und internationalen Standards für eine Entschädigung der Opfer. Die Einrichtung einer Datenbank zur Erfassung von Menschenhandelsfällen trug zur Verbesserung der Opferleitsysteme und der Datensammlung bei. Die Präsenz unterstützte die Regierung bei der Ausarbeitung eines Ehrenkodex mit Regeln gegen die wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismusgeschäft.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Förderung der Wahlreform. Die Präsenz leistete dem Parlamentsausschuss für die Wahlreform technische Unterstützung. Dank der Spenden ausländischer Geldgeber konnte die Präsenz dem Innenministerium und Dienststellen der örtlichen Verwaltung Beratung, Schulung und Ausrüstung für die Erstellung der Wählerlisten für die Kommunalwahlen 2007 zur Verfügung stellen. Die Präsenz war der Hauptwahlbehörde bei der Ausbildung von Mitarbeitern für die Wahlkommissionen behilflich. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen bot sie eine Schulung zur Gesetzeslage und zur Rolle der Polizei an. Sie förderte auch Informationskampagnen zur Wählererziehung. Gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte beriet sich die Präsenz ausführlich mit der Regierung, um ein mehrjähriges Projekt zur Unterstützung der Modernisierung des albanischen Personenstands- und Adressenwesens zum Abschluss zu bringen.

Stärkung der parlamentarischen Versammlung. Im Rahmen eines großen außerbudgetären Projekts war die Präsenz beim Auf- und Ausbau der Kapazitäten der Ausschüsse, Mitarbeiter und Dienststellen der parlamentarischen Versammlung behilflich, wobei sie unter anderem auch Seminare und Studienbesuche für Parlamentarier organisierte. Sie stellte ferner Hilfe und technische Ausrüstung bereit, um die Arbeit der Versammlung für die Öffentlichkeit besser zugänglich und transparenter zu machen.

Stärkung der Justiz. Zur Förderung von Transparenz und Effizienz in der Justiz veröffentlichte die Präsenz einen Bericht über den Stand der Strafrechtspflege in Albanien. In Zusammenarbeit mit der Nationalen Richterkonferenz, der Richterakademie, dem albanischen Helsinki-Komitee und dem Europarat unterrichtete die Präsenz in vier Regionen 120 Richter über die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und das Berufsethos von Richtern. Die Präsenz unterstützte das erstinstanzliche Gericht für Schwerverbrechen durch die Einrichtung einer Website und die Schulung von Verwaltungspersonal.

Unterstützung der Rechtsreform. Die Präsenz half bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften für die Polizei, die Gleichstellung der Frau und den Zeugenschutz. Sie veröffentlichte die Verfassungsdebatten von 1998 und förderte die Transparenz im Gesetzgebungsverfahren, indem sie sechzig Nichtregierungsorganisationen (NROs) in vier Regionen Methoden zur Begutachtung von Gesetzesentwürfen erläuterte.

Förderung der Zivilgesellschaft und der Bürgerrechte. Das 2001 von der Präsenz ins Leben gerufene Netz von Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft, das die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Geschehen erleichtern soll, erhielt eine eigene Rechtspersönlichkeit – ein weiterer Schritt auf seinem Weg zu nationaler Eigenständigkeit. Mit Unterstützung ausländischer Geldgeber verstärkte die Präsenz die Fähigkeit der NROs zur Erfüllung ihrer Aufpasserfunktion durch Vernetzung von mehr als 100 Organisationen

und durch Verstärkung der Rolle der Zentren als Vermittler zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Die für die Umsetzung der von der Präsenz unterstützten *Nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen* zuständigen staatlichen Stellen erhielten von der Präsenz nach der Genehmigung durch die Regierung Hilfestellung in Form von technischem Know-how. Unterstützt durch Geldgeber und in Zusammenarbeit mit albanischen Institutionen konnte die Präsenz 21 Stadtgemeinden über 160 Reklametafeln zur Verfügung stellen und 1.000 Broschüren produzieren, die die Bürger über ihre wichtigsten Rechte gegenüber dem Staat informieren.

Förderung der Gleichstellung und der Rechte von Frauen. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung, örtlichen NROs und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen war die Präsenz bei der Ausarbeitung der *Landesweiten Strategie für die Gleichstellung der Frau* behilflich. Über das von Geldgebern finanzierte Frauenberatungszentrum in Kukës leistete die Präsenz weiterhin Hilfestellung für Frauen, die Opfer von Übergriffen wurden. Über 1.500 Personen erhielten Rat und medizinische Hilfe.

Eintreten für die Rechte der Roma. Die Präsenz setzte sich weiter für die Rechte der Romagemeinde ein. Sie veröffentlichte die *Landesweite Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma* und schulte Lehrer im Umgang mit Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Schulbesuch von Romakindern stellen. Die Präsenz setzte sich für eine Bewusstseinsbildung in den Romagemeinden ein, damit diese sich in die Politik einbringen, und ermutigte insbesondere zur Eintragung in das Wählerverzeichnis und zur Teilnahme an Kommunalwahlen.

Förderung der Rechte von psychisch Kranken. In Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation veranstaltete die Präsenz für 80 Polizeibeamte in vier Regionen Schulungskurse über die Rechte psychisch Kranker.

Förderung der Schutzmaßnahmen für öffentlich Bedienstete. Um die Kompetenz der Kommission für den öffentlichen Dienst zu stärken, unterstützte die Präsenz die Veröffentlichung der Beschlüsse der Kommission aus dem Jahr 2005 und schulte die Mitarbeiter der Kommission anhand bewährter Verfahren.

Einrichtung von Selbstkontrollmechanismen in der Medienlandschaft. In Zusammenarbeit mit den Medien und dem albanischen Medieninstitut war die Präsenz bei der Abfassung eines Ehrenkodex für die Medien behilflich und richtete einen Medienethikrat ein, der die Arbeit der Medien in Bezug auf die Einhaltung professioneller Standards kontrollieren soll. Gemeinsam mit der Volksanwaltschaft und dank der Finanzierung und Unterstützung aus dem Ausland konnte die Präsenz 400 Vertreter von Kommunalverwaltungen und Medien aus elf Regionen die Umsetzung des Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen erläutern. Sie beriet auch zwölf lokale Medienunternehmen im Hinblick auf die Förderung des örtlichen Journalismus.

Leiter der Präsenz:

Botschafter Pavel Vacek

Revidierter Gesamthaushalt: € 3.800.000

www.osce.org/albania

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

[map]

Mission to Bosnia and Herzegovina = Mission in Bosnien und Herzegowina

Banja Luka = Banja Luka

Bihać= Bihać

Bijeljina = Bijeljina

Brčko = Brčko

Bugojno = Bugojno

Čapljina = Čapljina

Doboj = Doboj

Drvar = Drvar

Foča = Foča

Livno = Livno

Mostar = Mostar

Orašje = Orašje

Pale = Pale

Prijedor = Prijedor

Sanski Most = Sanski Most

Sarajevo = Sarajewo

Široki Brijeg = Široki Brijeg

Srebrenica = Srebrenica

Travnik = Travnik

Trebinje = Trebinje

Tuzla = Tuzla

Višegrad = Višegrad

Zenica = Zenica

Zvornik = Zvornik

Internationale Grenzen

Regionalzentrum

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Auch 2006 überschattete der Krieg, der vor mehr als einem Jahrzehnt zu Ende ging, nach wie vor die Geschehnisse in Bosnien und Herzegowina. Die Nachrichtensendungen standen noch immer im Zeichen von Meldungen über die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen und die Entdeckung von Massengräbern und auch in der Politik drehte sich alles mehr oder minder um die Verteidigung ethnischer Interessen. Der Versuch einer Reform der Landesverfassung wäre daher im April beinahe an der Frage gescheitert, ob die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zu weit oder nicht weit genug gingen, um diese ethnischen Interessen ausreichend zu schützen.

Das Land machte aber auch einige positiven Schritte. Im Januar wurden Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufgenommen. Die fast gleichzeitige Einführung der Mehrwertsteuer erhöhte die Staatseinnahmen

und führte zahlreiche Unternehmen aus der Schattenwirtschaft heraus. Im Oktober hielt das Land freie und faire Wahlen ab. Im November lud die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) Bosnien und Herzegowina ein, sich ihrer Partnerschaft für den Frieden anzuschließen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Erfüllung der politisch-militärischen Verpflichtungen. Bosnien und Herzegowina machte weitere Fortschritte bei der Erfüllung seiner politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen, wobei auch bei den öffentlichen Stellen das Bewusstsein für diese Verpflichtungen wuchs. Die Mission unterstützte den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang 1-B Artikel IV des *Friedensabkommens von Dayton* technisch und logistisch. Die Teilgebiete übertrugen in ihrer Funktion als Vertragsparteien ihre Rechte und Verpflichtungen aus diesem Artikel, der die Rüstungskontrolle zum Gegenstand hat, an den Staat – ein Schritt in Richtung Stabilität und zum Abbau der innenpolitischen Spannungen.

Obwohl die Zerstörung der überschüssigen Kleinwaffen und leichten Waffen etwas langsamer vorankam, wurde die Anzahl der Waffen- und Munitionslagerstätten weiter reduziert. Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern begann die Mission mit der Entwicklung einer Strategie zur Schaffung wirksamer Rüstungskontrollmechanismen.

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Im Hinblick auf die Stärkung der Kontrollfunktion des Parlaments über die Verteidigungspolitik unterstützte die Mission Besuche von Parlamentariern bei ihren Amtskollegen in der Slowakei, in Frankreich und in Deutschland.

Auf- und Ausbau von Institutionen. Die Mission legte den Grundstein zu einer sicherheitspolitischen Aus- und Weiterbildung für Kommunalbeamte. Ihr Vorschlag wurde vom Ministerrat von Bosnien und Herzegowina gutgeheißen. Die Mission bot sich daraufhin dem Sicherheitsministerium als technischer Berater bei der Vorbereitung des Fortbildungskurses an, der für 2007 geplant ist.

Verteidigungsreform. Obwohl ab nun innerhalb der internationalen Gemeinschaft in erster Linie die NATO für die Verteidigungsreform des Landes zuständig ist, setzte die Mission ihre Arbeit zur Unterstützung dieses gemeinsamen Ziels fort. Als Mitglied der Koordinierungsgruppe für die Verteidigungsreform stellte sie dem Verteidigungsminister Sachverständige als Berater zur Verfügung.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Reform der Kommunalverwaltung. Zur Steigerung der Effizienz und Effektivität örtlicher Verwaltungsstellen unterstützte die Mission Stadtgemeinden bei der Reform ihrer Finanz- und Personalverwaltung. Als Folge davon traten zunehmend realistische und umfassende Dokumente an die Stelle der sogenannten „Wunschlisten“, und in den meisten Stadtgemeinden fand die Debatte über den Haushalt 2007 öffentlich statt. Die Mission stellte den Gemeindeverwaltungen auch ein Haushalts- und Finanzhandbuch und Software für die Führung der Personalregister zur Verfügung, um ihnen eine effizientere Verwaltung zu ermöglichen. Neunzig Prozent dieser Stadtgemeinden empfahlen anderen Gemeinden die Verwendung dieser Software.

Arbeitsplätze und Wirtschaft. Um jungen Menschen bei der Arbeitssuche und der Gründung eigener Unternehmen behilflich zu sein, organisierte die Mission landesweit Schulungskurse für junge Selbstständige und Stellenbörsen. Dieser Initiative verdanken inzwischen über 100 Teilnehmer einen Arbeitsplatz. Um herauszufinden, welche Hindernisse der lokalen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehen und mit welchen Strategien dagegen vorgegangen werden kann, förderte die Mission unter anderem die Bildung von Partnerschaften zwischen örtlichen Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Stadtgemeinden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Recht auf angemessenen Wohnraum und Rückgabe von Eigentum. Mehr als fünf Jahre lang war die Rückgabe von Eigentum an die Besitzer und Pächter der Vorkriegszeit die Hauptaufgabe der Mission im Menschenrechtsbereich. Fast alle Anträge auf Rückgabe von im Krieg verlorenem Eigentum sind inzwischen erledigt, was eine beispiellose Leistung für ein Land darstellt, das einen derartigen Konflikt durchgemacht hat. Die meisten Menschen, die ihr Eigentum verloren hatten, kehrten entweder an ihre früheren Wohnstätten zurück oder verkauften ihr Eigentum, nachdem sie es zurückerhalten hatten.

Unterstützung der Rückkehr von Flüchtlingen in der Region. Seit 2004 arbeiten die OSZE-Missionen, die Delegationen der Europäischen Kommission und die Büros des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro gemeinsam mit den Regierungen dieser Länder daran, die Voraussetzungen für eine Rückkehr der verbleibenden Flüchtlinge an ihre früheren Wohnstätten zu schaffen. Durch die *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr*, die die für Flüchtlinge zuständigen Minister im Januar 2005 abgegeben haben, verpflichteten sich die damals drei und nunmehr vier Länder dazu, Maßnahmen zu ergreifen, um „bis Ende 2006 eine Lösung für die noch verbleibende vertriebene Bevölkerung zu finden“. Die Länder kamen jedoch im Laufe dieses Jahres in dieser Frage kaum voran, da sie sich nicht auf bestimmte Maßnahmen einigen konnten.

Reform einheimischer Menschenrechtsinstitutionen. Aufgrund der komplizierten Struktur seiner Verfassung gibt es in Bosnien und Herzegowina seit mehr als einem Jahrzehnt drei getrennte Volksanwaltschaften. Seit einigen Jahren schon arbeitet die internationale Gemeinschaft an der Zusammenführung dieser drei Institutionen zu einer einzigen. Diese Bemühungen führten schließlich im März zum Erlass eines Gesetzes über die Zusammenlegung der drei Ämter. Derzeit bemüht sich eine Arbeitsgruppe, die von der Mission beraten und unterstützt wird, um die Umsetzung dieser Rechtsvorschriften in die Praxis.

Recht auf sozialen Schutz und Gesundheitsversorgung. Rentner, Arbeitslose und Angehörige nationaler Minderheiten wie zum Beispiel Roma haben oft Schwierigkeiten, Zugang zu sozialen Leistungen und zu Gesundheitsversorgung zu erhalten. Um zur Lösung dieses Problems beizutragen, wies die Mission die Behörden in diesem Jahr auf die Notwendigkeit hin, sowohl einen einheitlichen Rechtsrahmen als auch eine einheitliche Politik in Bezug auf das Recht auf soziale Unterstützung, Gesundheitsversorgung und einen angemessenen Lebensstandard zu entwickeln. Als Folge davon übernahmen immer mehr Stadtgemeinden bewährte Methoden der Sozialfürsorge.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Monitoring der Strafrechtsreform. 2003 erließ Bosnien und Herzegowina eine völlig neue Strafprozessordnung. Seither beobachtete die Mission Prozesse, um die Einhaltung dieser neuen Bestimmungen und deren Auswirkungen zu beurteilen. Sie berichtete regelmäßig über ihre Erkenntnisse, etwa in einem im Januar veröffentlichten Bericht über Absprachen im Strafverfahren.

Überwachung von Kriegsverbrecherprozessen. Auf Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) beobachtete die Mission acht Kriegsverbrecherprozesse, die der IStGHJ an das Gericht des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina zur Durchführung des Verfahrens überwiesen hatte. Sie gab Berichte heraus, in denen die Prozesse an den Kriterien eines unparteiischen Verfahrens gemessen wurden. Die Empfehlungen der Mission führten zu Verbesserungen sowohl in der Verweisungspraxis als auch in den Verfahren zur Anpassung der Anklageschriften.

Strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen im Inland. Die Mission bemühte sich darum, in der Öffentlichkeit um Unterstützung und Vertrauen für die Rechtsprechung zu werben. Zu diesem Zweck bemühte sie sich gemeinsam mit drei örtlichen Nichtregierungsorganisationen und in Zusammenarbeit mit den Anklagebehörden des Gesamtstaates und der Teilgebiete, die Öffentlichkeit zu informieren. Im Rahmen dieser Bemühungen finanzierte die Mission einen Film über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaften im Zuge der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung in Fällen von Kriegsverbrechen. Sie half auch der Staatsanwaltschaft bei der Ausarbeitung einer landesweiten Strategie zur strafrechtlichen Verfolgung der zahlreichen Kriegsverbrecher, deren Prozesse noch ausstehen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission trug mit fachlicher und rechtlicher Unterstützung zur Ausarbeitung von Protokollen für die Weiterleitung von Menschenhandelsopfern bei. Sie war auch bei der Erstellung von Aus- und Fortbildungsprogrammen für Richter und Staatsanwälte behilflich.

DEMOKRATISIERUNG

Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Regierung. Mithilfe der beträchtlichen Zuwendungen der *Agency for International Development* der Vereinigten Staaten konnte die Mission in diesem Jahr ein *Programm zur Stärkung der Legislative* für das Parlament des Gesamtstaats in Angriff nehmen. Im Rahmen dieses Programms veröffentlichte die Mission ein *Handbuch für öffentliche Anhörungen*, an dem sich Parlamentsausschüsse bei der Befragung der Bevölkerung orientieren können und mit dessen Hilfe die Zivilgesellschaft lernen soll, sich verstärkt an öffentlichen Anhörungen zu beteiligen.

Das Kommunalverwaltungsprojekt der Mission unter der Bezeichnung *UGOVOR* bzw. *Contract* hat sein erstes Jahr erfolgreich abgeschlossen. Die erste Runde des sogenannten *Beacon Scheme* – ein Programm, dessen Zielsetzung die Verbesserung der Standards in der örtlichen Verwaltung durch Feststellung und Auszeichnung hervorragender Leistungen ist – stieß auf breites Interesse, und viele Gemeinden zeigten Bereitschaft, daran teilzunehmen.

Verbesserung der Legislative und des Rechtsrahmens. In ihrem ständigen Bemühen, zur Verbesserung der örtlichen Verwaltung beizutragen, nahm die Mission an Arbeits- und Beratungsgruppen teil, die Novellen zu Rechtsvorschriften und zur Verfassung ausarbeiten. Die Mission begrüßte die Einführung der indirekten Besteuerung und eines neuen Systems für den Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen, in dessen Rahmen die Gemeinden nun direkt von einer zentralen Verrechnungsstelle dotiert werden, anstatt auf dem Umweg über verschiedene zwischengeschaltete Stellen. Die einheitliche zentrale Verrechnungsstelle ermöglicht eine überschaubare und transparente Verwaltung.

Verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft und Beteiligung der Bürger. Vor den allgemeinen Wahlen im Oktober unterstützte die Mission die von Bürgerorganisationen durchgeführte Kampagne unter dem Titel *Triff deine Wahl*. Auch die Initiative *Offenes Parlament* wurde weiter unterstützt; junge Menschen sollen durch diese Initiative die Möglichkeit erhalten, in Fernsehdiskussionen und bei regelmäßigen Besuchen im Parlament des Gesamtstaats Tagesthemen mit Politikern zu erörtern.

BILDUNGSWESEN

Beobachtung der Entwicklungen im Bildungsbereich. Nach wie vor mischt sich die Politik zu sehr in das Bildungswesen in Bosnien und Herzegowina ein. In manchen Teilen des Landes werden Kinder aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit von der Schulbildung ferngehalten und die Lehrpläne sind ebenfalls stark von den Volksgruppen bestimmt. Im Bemühen, die Öffentlichkeit für eine Änderung dieses Zustands zu gewinnen, trug die Mission in diesem Jahr systematisch Informationen über den aktuellen Stand des Bildungswesens zusammen und begann mit der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse. Der erste dieser Sachstandsberichte erschien unter dem Titel *Schulausschüsse in Bosnien und Herzegowina: potenzielle Interessenvertreter für Veränderung und Rechenschaftspflicht im Bildungswesen*. Darin werden die Fragen aufgegriffen, die weiterhin mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen und bei denen Verbesserungen notwendig sind, damit die Rolle der Schulausschüsse gestärkt und die Einflussnahme der Politik im Bildungsbereich zurückgedrängt wird.

Unterstützung von Schülervertretungen für mehr Demokratie an den Schulen. Die Mission unterstrich die Bedeutung von Schulausschüssen und Schülervertretungen, da diese ein Instrument zur Entwicklung einer demokratischen und unpolitischen Schulkultur darstellen. Daher leistete die Mission finanzielle, organisatorische und logistische Unterstützung für die Ausbildung der Schüler im Hinblick auf die Bildung einer schlagkräftigen Schülervertretung. Eine Arbeitsgruppe entwickelte ein *Handbuch für Schülervertreter an Sekundarschulen* mit den Regeln und Verfahren, die zum Überleben und zum Erfolg der Schülervereinigungen beitragen.

Förderung von Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung beim Zugang zum Schulwesen. Die Mission unterstützte auch auf politischer Ebene die Bemühungen im Lande selbst, langfristige Lösungen für die drei nach wie vor unterschiedlichen und voneinander abweichenden Lehrpläne und die drei unterschiedlichen Schulsysteme zu finden. Die Mission unterstützte den *Koordinierungsausschuss für die Umsetzung der Übergangsvereinbarung betreffend die besonderen Bedürfnisse und Rechte von Rückkehrerkindern* logistisch und durch PR-Arbeit. Sie unterstützte auch Bemühungen zur Gründung eines Rates für nationale Minderheiten. Die Hilfe bestand unter anderem aus der Veranstaltung von Konferenzen über den Unterrichts- und Bildungsbedarf von Roma und anderen nationalen Minderheiten.

WAHLREFORM

Auf Ersuchen der Hauptwahlbehörde leistete die Mission in diesem Wahljahr Hilfestellung in beratender Funktion. Durch die von der Wahlbehörde unterstützten Wahlrechtsänderungen, die das Parlament des Gesamtstaats im April erlassen hatte, wurde ein neues System für die Wählereintragung und den Schutz der Wählerrechte eingeführt. Im Oktober beurteilte die vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte entsandte Wahlbeobachtungsmission die allgemeinen Wahlen, die zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte von Bosnien und Herzegowina ausschließlich von einheimischen Wahlbeauftragten abgewickelt wurden, als im Wesentlichen im Einklang mit internationalen Normen stehend.

Missionsleiter:
 Botschafter Douglas Davidson
 Überarbeiteter Gesamthaushalt: € 18.077.00
www.oscebih.org

Die Mission in Kroatien

[map]
 Mission to Croatia = Mission in Kroatien
 Gospić = Gospić
 Karlovac = Karlovac
 Knin = Knin
 Osijek = Osijek
 Pakrac = Pakrac
 Sisak = Sisak
 Split = Split
 Vukovar = Vukovar
 Zadar = Zadar
 Zagreb = Zagreb

Internationale Grenzen
 Außenstelle
 Zweigstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Kroatien machte 2006 deutliche Fortschritte, was darin zum Ausdruck kam, dass die OSZE-Mission in Kroatien in vier programmatischen Bereichen der Mission ihr Mandat erfüllen konnte: Polizeireform, Entwicklung der Zivilgesellschaft, Medienfreiheit und politische Angelegenheiten. Als Folge dieser Entwicklung nahm die Mission in Absprache mit dem Amtierenden Vorsitzenden zu Jahresende eine Neuordnung der betreffenden Dienststellen vor.

In den beiden verbleibenden Programmbereichen, Flüchtlingsrückkehr und -integration und Rechtsstaatlichkeit, waren zwar weitere Verbesserungen festzustellen, doch sind noch weitere Fortschritte in bestimmten Bereichen erforderlich, ehe die Zielsetzungen des Mandats als im Wesentlichen erreicht bezeichnet werden können.

„Unsere Mission in Kroatien ist eine Erfolgsgeschichte. Wir erfreuen uns einer außergewöhnlich guten Zusammenarbeit mit den kroatischen Behörden und arbeiten an der Erfüllung unseres Mandats in einer Atmosphäre des Vertrauens.“

OSZE-Generalsekretär Botschafter Marc Perrin de Brichambaut bei einem Interview, das er bei einem Besuch im Hauptquartier der Mission am 29. März der Presse gab.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

FLÜCHTLINGSRÜCKKEHR

Die Flüchtlingsrückkehr stand in Kroatien auch in diesem Jahr im Zentrum der Prioritäten der Mission. Gemeinsam mit der kroatischen Regierung arbeitete die Mission darauf hin, den Flüchtlingen die Rückkehr unter annehmbaren Bedingungen zu ermöglichen.

Bis Jahresende registrierten die kroatischen Behörden rund 122.000 der 300.000 im Konflikt 1991–1995 vertriebenen ethnischen Serben als zurückgekehrt. Aus Statistiken jüngster Zeit geht auch hervor, dass nur 85.000 der ursprünglich 270.000 registrierten Flüchtlinge in Serbien geblieben sind, woraus sich schließen lässt, dass die meisten Flüchtlinge entweder nach Kroatien zurückgekehrt sind oder sich endgültig in ihrem jeweiligen Exilland niedergelassen haben.

Der Prozess des Wiederaufbaus und der Wiederinbesitznahme sowohl kroatischen als auch serbischen Eigentums stand kurz vor dem Abschluss, doch sollten alternative Lösungen zur Bereitstellung von Wohnraum für die 30.000 ehemaligen Inhaber von Eigentums-/Mietrechten, die ihres Rechtes auf eine Sozialwohnung verlustig gegangen waren, beschleunigt werden. Zu Jahresende waren erst einige Dutzend der 4.400 Anträge auf Wohnraum durch die Zuteilung einer Wohnung positiv erledigt worden.

Während des ganzen Jahres 2006 arbeitete die Mission in enger Absprache mit dem kroatischen Ministerpräsidenten an der Schaffung eines politischen Mechanismus – der sogenannten „Plattform“, auf die weiter unten eingegangen wird. Die Mission, der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und die Europäische Kommission unterstützten die *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr*. Mit dieser Erklärung, die Anfang 2005 unterzeichnet wurde, verpflichteten sich Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro dazu, bis Ende 2006 die anstehenden politischen und rechtlichen Fragen zu lösen, die verhindern, dass die Bevölkerung in ihre Heimat zurückkehren kann. Im September kamen führende Vertreter der drei internationalen Organisationen in den vier Ländern in Zagreb zusammen und legten allen Ländern eindringlich nahe, die offenen Fragen bis Ende 2006 durch den Abschluss eines Fahrplans und eines gemeinsamen Durchführungsplans zu Ende zu bringen. Im Dezember veranstaltete die kroatische Regierung ein Treffen mit Vertretern der serbischen Flüchtlinge in Slavonski Brod.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Eines der Hauptanliegen der Mission war es, für wirksame Instrumente zu sorgen, die die Einhaltung der Rechte der Bürger sicherstellen, insbesondere die Rechte von nationalen Minderheiten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Die im Jahr 2000 begonnenen Rechts- und Verwaltungsreformen wurden auch noch 2006 fortgesetzt. Diese Reformen müssen aber noch richtig greifen, damit diejenigen, die sich an die Institutionen wenden, auch eine spürbare Veränderung bemerken. Nach wie vor gibt es gravierende Verzögerungen und Bedenken in Bezug auf die Transparenz.

Bei diesen institutionellen Reformen kommt dem Schutz der Menschenrechte nach wie vor eine zentrale Stellung zu. Die Volksanwaltschaft bemühte sich verstärkt darum, die Einhaltung von Menschenrechtsnormen sicherzustellen, während der Verfassungsgerichtshof erst in seine Rolle als Hüter der grundlegenden Verfassungsprinzipien hineinwachsen muss. Zahlreiche vor kroatischen Gerichten anhängige Verfahren betreffen die Rechte von Flüchtlingen und Vertriebenen und werden außerhalb des im Rahmen der *Erklärung von Sarajevo* laufenden Prozesses einer Lösung zugeführt.

Die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen, einschließlich der vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien überwiesenen, stand nach wie vor im Mittelpunkt der Arbeit der Mission. Die Mission verzeichnete im Laufe des Jahres zwar Fortschritte, stellte aber auch die Notwendigkeit einer Festigung dieser positiven Entwicklung fest, um die regionale Stabilität zu stärken und die Flüchtlingsrückkehr zu erleichtern. Die Mission stellte fest, dass Straftäter nach einheitlichen Standards zur Verantwortung gezogen werden müssen, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft. Sie forderte erneut einen besseren Zeugenschutz und unterstützende Einrichtungen, ebenso wie eine wirksamere justizielle Zusammenarbeit zwischen den Staaten und größeres Augenmerk auf die Qualität der Verteidigung vor Gericht. Sie bemängelte den unzulänglichen politischen Rückhalt für die Bemühungen der Justiz, einzelne Straftäter zur Verantwortung zu ziehen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

Schutz von Minderheitenrechten. In den vergangenen Jahren gab es beachtliche Fortschritte bei der Umsetzung der im *Verfassungsgesetz über die Rechte nationaler Minderheiten* vorgesehenen wahlrechtlichen Garantien für nationale Minderheiten. Allerdings blieb 2006 die Durchführung des *Gesetzes* in einigen zentralen Bereichen unzulänglich, wie zum Beispiel die Beschäftigung von Angehörigen von Minderheiten in der staatlichen und örtlichen Verwaltung und in der Justiz. Die Bestimmung des *Gesetzes*, die jede Diskriminierung verbietet, ist nach wie vor totes Recht.

Wahlrechtsreform. Die Regierung nahm im Laufe des Jahres die Reform der Wahlordnung in Angriff.

Im April wurde ein neues *Gesetz über die Staatliche Wahlbehörde* verabschiedet, kraft dessen eine ständige Staatliche Wahlbehörde eingerichtet wurde, die als professionelles und ständiges Organ Wahlverfahren abwickeln soll. Die Mission geht davon aus, dass die personelle Besetzung der Behörde Anfang 2007 erfolgt.

Im Rahmen ihres *Nationalen Anti-Korruptionsprogramms für 2006/2008* arbeitete die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Parteienfinanzierung aus, der Ende des Jahres angenommen wurde.

Die letzte von drei öffentlichen Diskussionsrunden zum Thema Wahlen am 11. Dezember empfahl die Verbesserung des *Gesetzes über die Eintragung in Wählerlisten* durch Modernisierung des Systems der Wählereintragung, Klarstellung bezüglich der Stimmabgabe im Ausland und Festlegung unmissverständlicher, nichtdiskriminierender Wohnsitzkriterien sowie eine mögliche Novellierung des *Gesetzes über den ständigen Wohnsitz und den vorübergehenden Aufenthalt*.

Medienfreiheit. Die Mission und die Regierung vereinbarten drei Aktivitäten größeren Ausmaßes, um die im Rahmen des Mandates zu lösenden Medienfragen bis Jahresende zum Abschluss zu bringen. Dazu gehört die Entkriminalisierung des Tatbestandes Verleumdung, eine Novellierung des *Gesetzes über elektronische Medien* und des *Gesetzes über die Kroatianische Rundfunk- und Fernsehanstalt* und die Sorge für ein generell medienfreundlicheres Klima und größere Professionalität in den Medien.

Im Herbst wurden die Verleumdungsgesetze novelliert, für Verleumdung kann in Zukunft keine Freiheitsstrafe sondern nur eine Geldstrafe verhängt werden. Zu Jahresende übermittelte das Kulturministerium der OSZE, der Europäischen Kommission und einschlägigen Medienexperten die Abänderungen zum *Gesetz über elektronische Medien*, während die seit Langem erwartete Novellierung des *Gesetzes über die Kroatianische Rundfunk- und Fernsehanstalt* erst im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werden soll.

DEMOKRATISIERUNG

Anfang 2006 beschloss die Regierung, rechtliche, finanzielle und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Zivilgesellschaft in Kroatien effektiv und frei funktionieren kann. Dazu gehörte nicht nur die Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft, einschließlich der Erstellung einer nationalen Strategie für die Zivilgesellschaft, sondern auch die Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarungen zwischen örtlichen Verwaltungsstellen und NROs. Eine wesentliche Errungenschaft war die Gründung der Akademie für lokale Demokratie im September, die 16.000 Beamte und Bedienstete kommunaler und regionaler Selbstverwaltungsorgane ausbilden soll.

Polizeientwicklung. Im Juni führte das Innenministerium die zweite Phase seines Projekts „Bürgernahe Polizeiarbeit“ durch. Die zu diesem Zweck bestimmten Kontaktbeamten richteten in ganz Kroatien 20 kommunale Beiräte zur Kriminalitätsverhütung ein.

Im Frühsommer wurde das *Strafgesetzbuch* hinsichtlich der Bestimmungen gegen Hassdelikte novelliert. Polizeibeamte, die später selbst als Ausbilder gegen Hassdelikte tätig sein werden, nahmen im Februar an einem Seminar zur „Ausbildung der Ausbilder“ teil.

Mandatsbezogene Fragen zu Ende bringen

Anfang 2006 vereinbarten Ministerpräsident Ivo Sanader und der Missionsleiter einen eigenen Verhandlungsrahmen, in dem die Mission und die wichtigsten Akteure in der Regierung die mandatsbezogenen Fragen zum Abschluss bringen sollen. Diese sogenannte „Plattform“ umfasste drei getrennte monatlich stattfindende Plenarsitzungen auf Ministerebene mit den Ministerien für Justiz und Äußeres und dem für Flüchtlingsfragen zuständigen Ministerium, unterstützt durch zahlreiche Unterarbeitsgruppen.

Bei den Treffen mit dem Außenministerium ging es um fünf mandatsbezogene Fragen: Ausarbeitung der Wahlordnung, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit, Gewährleistung der Medienfreiheit, Polizeireform und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Diese Treffen setzten einen Prozess in Gang, der zum Abschluss der mandatsbezogenen Fragen in vier Bereichen, nämlich Politik, Medien, Polizei und Zivilgesellschaft, führte.

Toleranzförderung im Kindesalter

Gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Sport organisierte die Mission im Herbst einen Literatur- und Kunstwettbewerb für Kinder, um Koexistenz und Freundschaft in der Donauregion zu fördern. Das Projekt unter dem Titel *Children Together* sollte Kindern aus verschiedensten Bevölkerungsschichten helfen, Kommunikationsfähigkeit zu entwickeln und Toleranz und Verständnis füreinander zu lernen. Dieses Projekt förderte engere Beziehungen zwischen Kindern aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen und zeigte, dass es möglich ist, ohne Segregation auf die unterschiedliche Herkunft der Schüler einzugehen.

Im Rahmen des Projekts wurden künstlerische und literarische Arbeiten aus 30 multikulturellen Grundschulen in der ehemals vom Krieg betroffenen Region Ostslawonien gesammelt, in denen in kroatischer Sprache und zumindest einer anderen Minderheitensprache unterrichtet wird. Die besten Arbeiten wurden am 12. Dezember im Rahmen einer Feierstunde ausgezeichnet.

Missionsleiter:

Botschafter Jorge Fuentes

Revidierter Gesamthaushalt: € 8.359.700

www.osce.org/croatia

Die Mission im Kosovo

[map]

Mission in Kosovo = Mission im Kosovo

Kosovo Police Service School = Kosovo-Polizeischule

Gnjilane = Gnjilane

Lipljan = Lipjan

Mitrovica = Mitrovica

Orahovac = Orahovac

Peć = Peć

Priština = Priština

Prizren = Prizren

Štrpce = Štrpce

Vučitrn = Vučitrn

Internationale Grenzen

Regionalzentren

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Die Diskussionen über den zukünftigen Status des Kosovo beherrschten das Geschehen im Jahr 2006. Die Statusgespräche in Wien weckten bei allen interessierten Parteien Erwartungen, bei den vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen (PISG) ebenso wie bei der Minderheits- und der Mehrheitsbevölkerung.

Unabhängig vom Ergebnis der Gespräche, musste die Mission, die eine eigene Komponente der VN-Übergangsverwaltung ist, ihre Arbeit fortsetzen und sich wie bisher für eine weitere Stärkung demokratischer Institutionen und Praktiken und für mehr Rechenschaftspflicht auf Regierungsseite einsetzen.

Mit zunehmender Reife der Institutionen im Kosovo strukturierte die Mission auch ihre Feldpräsenz völlig um und verlagerte den Schwerpunkt ihrer Arbeit vom Auf- und Ausbau von Institutionen auf die aktive Überwachung der Institutionen, wobei sie sich nach wie vor auch dem Auf- und Ausbau von Kapazitäten widmete. Im Sinne dieser neuen Strategie überwachten 33 Kommunalteams Organe der Legislative, der Exekutive und der Justiz im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Gepflogenheiten einer verantwortungsvollen Regierungsführung. Mit ihrer Berichterstattung half die Mission mit, Entwicklungen und Schwachstellen in der Arbeit der Institutionen festzustellen, und sie schlug Abhilfemaßnahmen vor.

Die Mission wird ihre Bemühungen gemeinsam mit internationalen Partnern, den PISG des Kosovo und der Öffentlichkeit fortsetzen und so zur Entwicklung einer multiethnischen Gesellschaft, in der die Bevölkerung in Frieden und Wohlstand lebt, beitragen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Auf- und Ausbau von Kapazitäten in den Institutionen des Kosovo im Bereich der Menschenrechte. Gemeinsam mit fünfzehn PISG-Ministerien, einschließlich des Büros des Ministerpräsidenten, bemühten sich auf Menschenrechte spezialisierte Beratungsteams der Mission um die Einrichtung und Weiterentwicklung von Menschenrechtsabteilungen. Fachleute aus der Mission leisteten diesen Stellen technische Unterstützung bei der Entwicklung einer *Menschenrechtsstrategie* für jedes einzelne Ministerium; dadurch sollen sich die Maßnahmen der PISG zur Förderung der Menschenrechte in Bereichen wie Minderheiten, Rückkehr und Wiedereingliederung, Gender und Diskriminierung in jeder Form verstärken.

Durch Workshops und Seminare vermittelte die Mission den Kommunalbeamten Kompetenzen, damit diese bei ihrer täglichen Arbeit menschenrechtsverträgliche Methoden anwenden. Die Mission bot dieses Kursprogramm anschließend für Lehrer, Anwälte und Anwaltsanwärter und Studenten an. Ferner führte sie ein Projekt zur Menschenrechtserziehung in Grundschulen in Gjilan/Gnjilane und Ferizaj/Uroševac durch, das sie gemeinsam mit der slowenischen Regierung betreute.

Überwachung des Justizsystems. Die Mission überwachte die Strafrechts- und Zivilrechtspflege im Kosovo im Hinblick auf Verletzungen des innerstaatlichen Rechts und der internationalen Menschenrechtsstandards. Bei der ersten jemals durchgeführten, im April veröffentlichten Überprüfung des Zivilrechtssystems wurden das Eigentumsrecht und die Verschleppung von Gerichtsverfahren bemängelt. Die Mission sah sich auch an, inwieweit die Strafgerichte ihren seit 1999 abgegebenen Empfehlungen nachgekommen waren, und gab einen neuen Bericht über Zeugenschutz, Gerichte für geringfügige Delikte und Jugendgerichte heraus. Die Mission führte Gespräche mit Richtern aus dem ganzen Kosovo, um deren Meinung zu ihren Berichten zu hören.

Schutz von Eigentumsrechten. Die Aktivitäten zur Gewährleistung eines funktionierenden eigentumsrechtlichen Systems im Kosovo gingen in drei Richtungen: Erstens koordinierte die Mission ihre Aktivitäten in Eigentumsfragen mit den PISG im Rahmen des *Planes zur Umsetzung der Standards für den Kosovo* durch Beratung, Unterstützung bei der Koordination und bewusstseinsbildende Aktivitäten. Zweitens leistete die Mission einen Beitrag zu den technischen Bewertungen des VN-Sicherheitsrats. Drittens leistete sie fachliche Beratung in Bezug auf die Abwicklung konfliktbezogener Ansprüche, die Wiederherstellung des Grundbuchs und die Reformen im Eigentumsrecht wie etwa die Regelung von Enteignungen und die Formalisierung inoffizieller Siedlungen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Eine Gruppe unter dem Vorsitz der Mission arbeitete einen Entwurf für ein neues, umfassendes Standardverfahren zur Identifizierung und Weiterleitung von Menschenhandelsopfern aus. Die Gruppe, in der Regierungsstellen, örtliche und internationale NROs sowie die Polizeibehörden vertreten sind, reagiert auf den gegenwärtigen Trend im Menschenhandel, der dazu geführt hat, dass die meisten Opfer aus dem Kosovo stammen und nicht in den Kosovo verschleppt werden. Ferner will die Gruppe die Mechanismen zur Unterstützung der Opfer verbessern. Im gesamten Kosovo unterstützte die Mission die Schulung von Opferanwälten, Sozialarbeitern, Polizeibeamten und NRO-Aktivisten im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung des Verfahrens in mutmaßlichen Menschenhandelsfällen.

Neue Sicherheitsstrukturen auf Dorfebene

Bei den lokalen Ausschüssen für öffentliche Sicherheit handelt es sich um beratende Organe, die für die Sicherheit der örtlichen Bevölkerung zuständig sind. Sie ermitteln effiziente Projekte und Aktionspläne, mit deren Hilfe Sicherheitsprobleme auf lokaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit der Kosovopolizei angesprochen werden können. Örtliche Bevölkerungsgruppen arbeiten nun gemeinsam an der Entwicklung konkreter Sicherheitsprojekte. Zum Beispiel ist das kosovoserbische Dorf Partes̄/Partesh dabei, einen Kinderspielplatz auf einem zurzeit un bebauten Grundstück anzulegen.

Das ganze Jahr 2006 hindurch hielt die Mission für die Ausschüsse Schulungen ab für die Bereiche Mediation, Problemerkennung und Problemlösung sowie Projektdurchführung und -entwicklung.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission war beim Auf- und Ausbau der Kapazitäten der praktizierenden und angehenden Vertreter von Rechtsberufen im Kosovo behilflich. Zu den Aus- und Fortbildungs- bzw. Unterstützungsaktivitäten gehörte auch die Vorbereitung von Richteramts- und

Rechtsanwaltsanwärtern auf die entsprechenden Zulassungsprüfungen und die Fortsetzung der juristischen Fortbildungskurse für Rechtsanwälte. Die Mission beobachtete, analysierte und berichtete über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen sowie über die Aktivitäten der Legislative und der Exekutive vor dem Hintergrund der zunehmenden Übertragung von Hoheitsrechten und der daraus resultierenden Rechenschaftspflicht örtlicher Institutionen. Die Empfehlungen der Mission sorgen dafür, dass Rechte nicht verletzt, Gesetze in Kraft gesetzt und Gesetzesentwürfe menschenrechtskonform angelegt werden.

Zwei Institutionen, an deren Schaffung die Mission maßgeblich beteiligt war, das Institut der Volksanwaltschaft und das Juristische Institut des Kosovo, wurden 2006 unter örtliche Oberhoheit gestellt. Die Mission setzte ihre unterstützende und beratende Tätigkeit in allgemeinen Menschenrechtsfragen für beide Institutionen fort, um weiter zur Vertiefung der theoretischen und praktischen Kenntnisse von Richtern und Staatsanwälten im Kosovo beizutragen.

GOOD GOVERNANCE

Die von der Mission und internationalen Partnern eingerichtete *Initiative zur Unterstützung des Parlaments* setzte ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament des Kosovo fort. Die Mission war dem Präsidium der parlamentarischen Versammlung bei der Erstellung eines Reformpakets behilflich, das auch die Einführung regelmäßiger Plenarsitzungen und parlamentarischer Fragestunden umfasst. Diese Bemühungen um Rechenschaftspflicht innerhalb des Parlaments und auch gegenüber den PISG wurden gut aufgenommen und im Juni umgesetzt.

Die Mission war der parlamentarischen Versammlung des Kosovo bei der Integration in regionale Mechanismen der parlamentarischen Zusammenarbeit behilflich, wobei die Kontrolle über die Bereiche Finanzen und Sicherheit im Mittelpunkt stand.

Als Beitrag zur Regelung des künftigen Status des Kosovo ermöglichte die Mission ein umfassendes Unterstützungsprogramm, in dessen Rahmen die Verhandlungstechniken von Entscheidungsträgern aus allen Volksgruppen weiterentwickelt werden sollen. Die Mission veranstaltete auch Diskussionen zu Verfassungsfragen, bei denen Modelle erörtert wurden, die das demokratische Funktionieren der Institutionen sicherstellen sowie Menschen- und Minderheitenrechte gewährleisten sollen.

Die Korruption hört bei dir auf!

Aus Umfragen geht hervor, dass die Öffentlichkeit im Kosovo die Korruption zwar wahrnimmt, sich jedoch dagegen machtlos fühlt. Daher nehmen korrupte Praktiken immer mehr überhand und bleiben ungeahndet.

Die OSZE-Mission setzt sich für die Entwicklung einer *Antikorruptionsstrategie* und eines *Aktionsplans* ein und unterstützt das Amt des Ministerpräsidenten dabei. Seit Kurzem unterstützt sie auch die neue kosovarische Korruptionsbekämpfungsagentur, damit diese ihrer Arbeit effizient nachkommen kann. Die Agentur nimmt Korruptionsanzeigen aus der Öffentlichkeit entgegen, prüft Regierungspraktiken, erstattet dem Kosovoparlament sowie den Exekutivorganen der PISG Bericht und berät die Staatsanwaltschaft.

Unter dem Schlagwort *Die Korruption hört bei dir auf! Melde Korruptionsfälle der Korruptionsbekämpfungsagentur* entwickelte die Mission gemeinsam mit der Agentur eine Kampagne, die deren Rolle in der Öffentlichkeit publik machen und die Öffentlichkeit dazu ermutigen soll, gegen Korruption aufzutreten.

Verbesserungen in der Kommunalverwaltung. Die Mission unterstützte den Reformprozess in der Kommunalverwaltung sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene. Durch die engagierte Beobachtung der „Kommunalen Modelldienststellen“ profitierten die vorläufigen Volksvertretungen von der Beratungstätigkeit der Mission und deren Aktivitäten in Bezug auf den Auf- und Ausbau von Kapazitäten, die in Zusammenarbeit mit dem PISG-Ministerium für kommunale Verwaltung laufen. Die Arbeit dieser neuen Organe soll den Übergang zu einer dezentralisierten Kommunalverwaltung sicherstellen.

2006 führte das PISG-Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die programmorientierte Haushaltsplanung ein, um mit diesem strategischen Planungsinstrument die Entscheidungsprozesse in der kommunalen Verwaltung transparenter zu machen. Gemeinsam mit der *US-Agency for International Development* war die Mission dem Ministerium bei der Aus- und Fortbildung leitender Beamter und der Herstellung von PR-Material für öffentliche Anhörungen zum Thema Haushaltsplanung behilflich und sie überwachte diese Anhörungen in Eigeninitiative in Bezug auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften.

Hilfe für die Volksgruppen bei der Lösung ihrer Probleme

In 108 Dörfern in der Region Prizren führte die Mission ein Projekt unter dem Titel *Meine Gemeinde, meine Rechte* durch, das die Führungspersonlichkeiten in den Dörfern über die Verantwortung der Gemeindeverwaltung aufklären und ihnen erläutern sollte, auf welche Weise sie Anliegen an die örtlichen Behörden herantragen und Alltagsprobleme in sinnvoller Zusammenarbeit mit diesen einer Lösung zuführen können.

Nach Meinung von Isuf Nezaj, Lehrer und selbst Volksgruppenführer, hat dieses Projekt neue Möglichkeiten eröffnet. „Wir wollten über unsere Probleme sprechen, wussten jedoch nicht, an wen wir uns damit wenden sollten. Jetzt wissen wir, wer zuständig ist und an welche Behörde wir unsere Ansuchen und Vorschläge herantragen können.“

Die Mission gab auch den Anstoß zu einem Projekt unter dem Titel *Brücken der Freundschaft*, das die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und den kommunalen Institutionen über örtliche Bürgerinitiativen institutionalisieren soll.

BILDUNG UND JUGEND

In diesem Jahr war die Mission den PISG bei der Entwicklung zweier wichtiger Regierungsprogramme und -strategien für junge Menschen im Bildungssystem aber auch außerhalb behilflich: die *Voruniversitäre Bildungsstrategie* und *Jugendpolitik und ein Aktionsplan für die Jugend im Kosovo*. Sie unterstützte das Kosovoparlament bei der Überprüfung und Neuformulierung von Rechtsvorschriften über Privatschulen und Ausbildungsnachweise.

Die Mission übernahm auch eine Führungsrolle bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für eine verantwortungsbewusste Leitung und Entpolitisierung der Universität Prishtinë/Priština. Mit voller Rückendeckung durch das PISG-Ministerium für

Bildung, Wissenschaft und Technik und den Expertenbeirat der Universität war die Mission bei der Abwicklung mehrerer absolut demokratischer Wahlen behilflich, angefangen von den Wahlen der Studentenvertreter bis hin zur Wahl des Rektors.

WAHLEN

Die Hauptwahlbehörde (CEC) soll die Abwicklung der Wahlen 2007 in Eigenverantwortung durchführen und damit diese Aufgabe von der Mission übernehmen, die bisher alle vier seit 2000 abgehaltenen Wahlen betreute. Die Mission übertrug alle wahlbezogenen Aktivitäten den örtlichen Behörden und arbeitete mit Nachdruck am Auf- und Ausbau der Fähigkeiten der CEC im Hinblick auf die komplizierten technischen Verfahren zur Erstellung und Verbesserung der Wählerlisten, die Stimmabgabe außerhalb des Kosovo und den Betrieb des Wahlrechenzentrums.

Hauptwahlbehörde und Mission arbeiteten gemeinsam mit dem Wahlforum an der Erstellung der entsprechenden Wahlgesetze und -verfahren. Das Forum, ein Beirat bestehend aus Vertretern der politischen Parteien, der Minderheiten und der Zivilgesellschaft, befasste sich mit den zentralen Fragen einschließlich der Einführung offener Listen, der Wahlkreiseinteilung und der Sicherstellung einer ausgewogenen Geschlechterverteilung auf den Kandidatenlisten und in den Gemeindeversammlungen. Die Mission und das Sekretariat der CEC führten gemeinsam eine Testwahl durch, um abschätzen zu können, wie sich die Umstellung vom gegenwärtigen System geschlossener Listen zu einem System mit offenen Listen auswirken würde.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLIZEIAUSBILDUNG UND -ENTWICKLUNG

Unterstützung der Ausbildung und Entwicklung im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

2006 wurde aus der ehemaligen Kosovo-Polizeischule das Zentrum des Kosovo für öffentliche Sicherheit, Ausbildung und Entwicklung, eine multidisziplinäre Ausbildungseinrichtung, die alle Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit unterstützt – Polizei, Zoll, Strafvollzug und ärztliche Notfalldienste – und damit eine bessere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den einzelnen Diensten fördern soll. Sie wird von einem eigenen Organ kontrolliert, dessen Aufgabe es ist, für Mindestnormen in Bezug auf Bildung und Entwicklung zu sorgen. Im Jahr 2006 nahmen über 8.400 Interessenten aus den verschiedenen für die öffentliche Sicherheit zuständigen Gruppen die Dienstleistungen des Zentrums in Anspruch.

In diesem Jahr wurden 502 neue Polizeibeamte ausgebildet, womit nunmehr 8.335 Rekruten eine Grundausbildung abgeschlossen haben; 15 Prozent davon sind Frauen und 16 Prozent kommen aus Minderheiten.

Fachausbildung und Initiativen gegen organisierte Kriminalität. Die Mission war beim Aufbau von Fachkompetenzen für den im Entstehen begriffenen Kosovo-Polizeidienst behilflich. Sie bildete Polizisten für Verwaltungs- und Führungsaufgaben, strafrechtliche Ermittlungen und Kriminaltechniken aus. Die Polizeibeamten erhielten von der Mission auch eine Unterweisung in modernen Methoden für den Umgang mit häuslicher Gewalt, bürgernahe Polizeiarbeit und die Sensibilisierung gegenüber dem Menschenhandel.

In Zusammenarbeit mit internationalen Geldgebern veranstaltete die Mission Aus- und Fortbildungskurse zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Programme dienten dem Auf- und Ausbau der Kapazitäten von Führungskräften und erhöhten damit die Fachkompetenz des Polizeidienstes und stärkten seine Fähigkeiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität an der Basis.

Aktivitäten zum Schutz der Bürger. Die Mission setzte ihre Unterstützung der „Lenkungsgruppe für bürgernahe Polizeiarbeit“ fort, eines Gremiums, das für Verbrechensverhütung, bürgernahe Polizeiarbeit und Aktivitäten zum Schutz der Bürger zuständig ist. Sie förderte auch die *Strategie für öffentliche Sicherheit im Kosovo* und unterstützte durch ihre *Aktionsteams für öffentliche Sicherheit* Partnerschaften zwischen der Polizei und den Bürgern. Diese Teams sollen die Kriminalitätsrate senken, die Sicherheit erhöhen und Konflikte verhindern. Sie bestehen aus rund 1.000 Personen, die aus der Polizei, der Kommunalverwaltung und den Volksgruppen kommen, sowie rund 50 Ausbildnern und waren in 16 Gemeinden tätig.

Gewährleistung von Rechenschaftspflicht im Polizeidienst

Die Polizeiaufsichtsbehörde des Kosovo ist das jüngste Ergebnis der Bemühungen der Mission zum Auf- und Ausbau von Institutionen. Diese Aufsichtsbehörde ist ein Exekutivorgan des PISG-Innenministeriums und soll die Rechenschaftspflicht im Polizeidienst verbessern, die Korruption bekämpfen und den organisatorischen Aufbau der Kosovopolizei erleichtern. Sie ist ein unabhängiges Kontrollgremium, das zu mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz – den Grundpfeilern einer demokratischen Polizeiarbeit – beitragen soll. Eine derartige Einrichtung gibt es nirgendwo sonst auf dem Balkan. Das umfassende Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten für Inspektions- und Ermittlungsverfahren wurde von der Mission erstellt.

„Die Polizeiaufsichtsbehörde wird sich bemühen, der Kosovopolizei bei ihrer Entwicklung zu einer demokratischen Institution zur Seite zu stehen; ihre Rolle sollte als hilfreich bei der Verbesserung der Arbeit der Polizei betrachtet werden“, erläuterte PISG-Innenminister Fatmir Rexhepi.

Die erste Gruppe von 19 Inspektoren soll im Februar 2007 ihre Ausbildung abschließen. Zusätzlich zu den sechs Zwischenberichten der Polizeiaufsichtsbehörde über die Arbeit der Kosovopolizei sollte Anfang 2007 der erste Jahresbericht der Inspektion über die Arbeit der Polizei herauskommen.

Missionsleiter:

Botschafter Werner Wnendt

Revidierter Gesamthaushalt: € 32.954.700

www.osce.org/kosovo

Die Mission in Montenegro

[map]

Mission to Montenegro = Mission in Montenegro

OSCE Police Training Centre Danilovgrad = OSZE-Polizeiausbildungszentrum Danilovgrad

Podgorica = Podgorica

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Sieben Tage nach dem Beitritt des unabhängigen Montenegro zur OSZE richtete die Organisation am 29. Juni die Mission in Montenegro ein. Die neue Mission, die auf Wunsch des Gastlandes zustande kam, verfügt über ein breit angelegtes Mandat, das alle drei Dimensionen der OSZE abdeckt. Sie setzt das Programm des Büros in Podgorica fort, das früher Teil der Mission in Serbien und Montenegro war.

Nach dem Referendum über den staatsrechtlichen Status der Republik Montenegro am 21. Mai bestand die Hauptaufgabe der Mission darin, das Parlament, die Behörden und die Gesellschaft Montenegros beim reibungslosen Übergang zur Eigenstaatlichkeit zu unterstützen. Schritte auf diesem Weg waren die internationale Anerkennung, die Abhaltung von Parlamentswahlen, die Bildung einer Regierung, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der Beitritt Montenegros zum Programm *Partnerschaft für den Frieden* der Nordatlantikvertrags-Organisation.

Insgesamt verliefen die Entwicklungen in Montenegro auch im vergangenen Jahr positiv, sie waren von anhaltenden Fortschritten und der zunehmenden Festigung demokratischer Reformprozesse gekennzeichnet. Die wichtigsten Errungenschaften waren die friedliche Lösung der Statusfrage, der reibungslose Austritt aus dem Staatenbund mit Serbien, die Neubildung der Regierung und der Abschluss der Gespräche mit der Europäischen Union über ein *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen*. Die größten Herausforderungen für die Zukunft sind nach wie vor die Herbeiführung eines Konsenses über die neue Verfassung und der Aufbau der administrativen Kapazitäten, die notwendig sind, um die für die weitere Integration Montenegros in die euro-atlantischen Institutionen erforderlichen Reformen gesetzlich zu fixieren und in vollem Umfang umzusetzen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiangelegenheiten. Die Mission war bei den laufenden Polizeireformen behilflich; sie unterstützte zu diesem Zweck die Ausarbeitung einer *Nationalen Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität* und leistete weiterhin Hilfestellung für das montenegrinische Grenzmanagement und die Einbindung des Landes in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region, die auf die *Regionalkonferenz von Ochrid über Grenzsicherung und -management* vom Mai 2003 zurückgeht.

Die Mission leistete Entwicklungshilfe für die bürgernahe Polizeiarbeit und bei der Umsetzung einiger Rechtsvorschriften wie dem *Zeugenschutzgesetz*. Mit Hilfe allgemeiner und fachspezifischer Schulungsprogramme für Polizeibeamte betreffend den Umgang mit Informanten bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen durch Asyl, Migration und Menschenhandel führte die Mission kompetenzbildende Maßnahmen durch.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftsfragen. In enger Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Institutionen führte die Mission folgende Projekte durch: eine internationale Konferenz unter dem Titel *Die Rolle von Kontrollinstanzen bei der Verhütung von Korruption*, Arbeitstagen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Unterbindung der Terrorismusfinanzierung sowie zur Verhütung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen im Rahmen von Reisen und Tourismus und die Koordinierung von Sondereinsatzgruppen zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Umweltfragen. Besonders hervorzuheben war hier das Projekt *Hilf mit, unsere Umwelt zu schützen*, an dem rund 1000 Volksschüler der ersten bis vierten Klassen an zwei Schulen teilnahmen. Die Aktivitäten umfassten Umwelterziehung, die Reinigung der Schulhöfe und der näheren Umgebung der Schulen, einen Umweltjahrmarkt und den Druck und die Verteilung von Informationsmaterial. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat von Podgorica, der „Montenegrinischen Kinder-Allianz“, dem öffentlichen Unternehmen für kommunale Dienstleistungen und Ministerien durchgeführt.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Minderheitenrechte. Aus dem von der niederländischen Regierung finanzierten Missionsprogramm *Entwicklung des Führungspotenzials von Roma in Montenegro* gingen die ersten sieben montenegrinischen Roma-Journalisten sowie die ersten fünf Universitätsstudenten hervor; das Programm unterstützt auch 25 Sekundarschüler und ausbaufähige und professionell geführte Roma-NROs, die sich aktiv für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Montenegro einsetzen. Es wurde eine Stiftung für Stipendien zur Unterstützung der Ausbildung von Roma gegründet.

Politische Bildung. Zur Beschleunigung der Aufnahme des Faches politische Bildung in das formelle Bildungssystem Montenegros trug die Mission gemeinsam mit anderen örtlichen Organisationen zur Ausbildung der ersten Generation von Lehrern für politische Bildung bei.

Unterstützung des Parlaments und politische Parteien. Im Vorfeld des Referendums unterstützte die Mission in enger Abstimmung mit anderen internationalen Organisationen in Podgorica aktiv die Fortsetzung des Dialogs zwischen den beiden politischen Optionen in Montenegro – eine Notwendigkeit im Hinblick auf das Referendum über den staatsrechtlichen Status am 21. Mai.

Gleichstellung der Geschlechter. Das von der OSZE finanzierte und von der NRO *SOS Notruf für Frauen und Kinder* begonnene Programm *Koordinierte Aktionen gegen Gewalt in der Familie in Nikšić* baute ein Netzwerk zwischen Aktivisten auf, die der Gewalt in der Familie in Montenegro den Kampf angesagt haben. Das Netzwerk richtete eine Sonderarbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Zivilgesellschaft und der örtlichen Verwaltung ein.

Medienentwicklung. Die Mission setzte sich für die Verabschiedung eines *Verhaltenskodex* für die Medienberichterstattung über das Referendum ein und veranstaltete Diskussionen über nachahmenswerte journalistische Methoden. Dank dieser Förderung konnten die Medien ausgewogen und objektiv über das Referendum berichten. Zur Umsetzung des *Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen* veranstaltete die Mission Schulungskurse für den öffentlichen Dienst und brachte das Thema durch eine offene Debatte mit Fachleuten einer

breiteren Öffentlichkeit nahe. Unter den weiteren Aktivitäten sind die Entwicklung eines Hochschullehrgangs für Journalisten und ein professioneller Kommentar zur *Strategie für den elektronischen Kommunikationsbereich* zu nennen. Gemeinsam mit dem Europarat und der Europäischen Union förderte die Mission die Selbstkontrolle der Medien durch einen Erfahrungsaustausch mit dem schwedischen Presseombudsmann und den Beitritt des montenegrinischen Rates für Selbstkontrolle zum Verband der Unabhängigen Presseräte in Europa.

Justizreform. Die Mission trug mit ihrer Hilfestellung dazu bei, wirksamere Verfahren für die Anzeige, Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung in Fällen von organisierter Kriminalität und korruptionsbezogenen Straftaten sicherzustellen, wobei der regionale Austausch von Expertise und Erfahrungen im Mittelpunkt stand. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie der Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption*. Zur Verkürzung der übermäßig langen Dauer von Gerichtsverfahren nahm sie Programme für gerichtliche Mediation und die Kontrolle der Rechtspflege in Angriff. Die montenegrinische Richtervereinigung erhielt Unterstützung durch die Mission, die für eine Verankerung der Unabhängigkeit der Richter in der neuen Verfassung eintrat.

Menschenrechte. Die Mission trug dazu bei, in der Volksanwaltschaft die notwendigen professionellen Kapazitäten auf- und auszubauen, um Gesetzesänderungen begutachten oder einbringen zu können. Sie half Gefängnisverwaltungen bei der Umsetzung von Gesetzesreformen im Bereich des Strafvollzugs. Gemeinsam mit den Behörden arbeitete sie an der Erstellung eines *Nationalen Mechanismus für die Verhinderung von Folter* im Einklang mit dem *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter*.

Missionsleiterin:

Botschafterin Paraschiva Badescu

Revidierter Gesamthaushalt (August–Dezember): € 917.300

www.osce.org/montenegro

Die Mission in Serbien

[map]

Mission to Serbia = Mission in Serbien

Belgrade = Belgrad

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Die ehemalige Mission in Serbien und Montenegro wurde am 29. Juni im Anschluss an die Unabhängigkeitserklärung Montenegros vom 3. Juni umbenannt und heißt nun OSZE-Mission in Serbien. Die neue Mission in Serbien setzte ihre Arbeit gemäß dem vom Ständigen Rat im Januar 2001 beschlossenen Mandat fort.

Eine der wichtigsten Aktivitäten der Mission im Jahr 2006 war die Beratung der serbischen Institutionen bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften. Sie war den staatlichen Behörden auch weiterhin dabei behilflich, den Polizeidienst so zu entwickeln, dass er verstärkt zur Rechenschaft gezogen werden kann und größere Repräsentativität aufweist. Ein umfassender Reformansatz in den Bereichen Justiz- und Rechtswesen, Gefängnisverwaltung und strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen und organisierter Kriminalität erwies sich als sehr erfolgreich. Die Mission förderte Good Governance, die Bekämpfung des Menschenhandels, Chancengleichheit, Menschen- und Minderheitenrechte, den Zugang von Flüchtlingen zur Justiz, freie Medien und eine umweltverträgliche Energiepolitik.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Mission setzte sich für die Stärkung der rechtlichen Basis für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Entwicklung der Kapazitäten von Staatsanwälten und Richtern im Umgang mit komplizierten Fällen ein. Sie half mit, die neue Strafprozessordnung zu verbessern, beteiligte sich an der Ausarbeitung eines Gesetzes gegen organisierte Kriminalität sowie eines Gesetzes über den Umgang mit beschlagnahmtem Vermögen und ebnete den Weg für eine internationale Zusammenarbeit. Sie veranstaltete Fachkurse für die Grenzpolizei, lieferte Gutachten von Sachverständigen zur derzeitigen Entmilitarisierung der serbischen Grenzen und war dem serbischen Grenzschutz bei der Entwicklung der 2006 verabschiedeten *Strategie für ein integriertes Grenzmanagement* samt *Aktionsplänen* behilflich.

Kriegsverbrechen. Die Mission beobachtete Kriegsverbrecherprozesse an serbischen Gerichten und bot verschiedene Schulungsseminare und Studienbesuche für Richter und Polizeibeamte an. Sie erleichterte die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen und führte eine Informationskampagne durch, um die serbische Öffentlichkeit über inländische Kriegsverbrecherprozesse und die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien zu informieren. Gemeinsam mit dem serbischen Staatsanwalt für Kriegsverbrechen veranstaltete die Mission Studienreisen für serbische Journalisten nach Kroatien und Bosnien und Herzegowina, wo sie Kriegsverbrecherprozesse verfolgten und Gespräche mit Opfern führten.

[box]

„Die effiziente Arbeit meines Büros, seine Öffentlichkeitswirksamkeit und insbesondere unsere fruchtbare Zusammenarbeit mit Kollegen aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina wurde weitgehend durch die Unterstützung der OSZE-Mission in Serbien ermöglicht.“

Vladimir Vukčević, Staatsanwalt für Kriegsverbrechen in Serbien

[box]

Bekämpfung der Korruption und mehr Transparenz in der Wirtschaft. Die Mission unterstützte aktiv die durch die *Gesetze über das öffentliche Beschaffungswesen* und *über die Verhütung von Interessenkonflikten bei der Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes* geschaffenen Institutionen, war der serbischen Regierung bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs für eine Korruptionsbekämpfungsbehörde behilflich und unterstützte als assoziiertes Mitglied auch weiterhin den Rat für Korruptionsbekämpfung. Die Mission förderte auch Kampagnen, die das Bewusstsein für die vorhandene Korruption schärfen sollten, mit besonderem Augenmerk auf Südserbien.

Polizeireform. Die Mission unterstützte die Durchführung einer dienstbegleitenden Fortbildung für in Südserbien eingesetzte Polizeibeamte, veranstaltete Programme zur Vermittlung von Führungsqualitäten an Polizeibeamte in leitender Funktion in den Ländern Südosteuropas und erleichterte in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Polizeiamt (EUROPOL) ein Aus- und Fortbildungsprogramm, das das Unbrauchbarmachen von illegalen Drogenproduktionsstätten zum Thema hatte. Bei der derzeit laufenden Umstellung der Polizeiakademie in ein Zentrum für polizeiliche Grundausbildung spielte die Mission eine führende Rolle.

Umwandlung der Polizeiakademie in ein Zentrum für polizeiliche Grundausbildung

Der größte Durchbruch bei der Reform der Polizeiausbildung im Jahr 2006 erfolgte mit der Bestätigung der Pläne und der politischen Zusage, aus der Polizeiakademie in Sremska Kamenica ein Zentrum für polizeiliche Grundausbildung zu machen. Die Mission war dem Innenministerium beim Auf- und Ausbau der personellen Kapazitäten für den Unterricht und bei der Lehrplanentwicklung behilflich und unterstützte dessen Bemühungen, internationale Hilfe für die dringend notwendige Sanierung der Schulgebäude zu bekommen. Die Umstellung der Akademie in Sremska Kamenica wird die Ausbildung männlicher und weiblicher Polizeianwärter für ihren Dienst an der Gemeinschaft auf eine vollkommen neue Grundlage stellen.

In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium setzte die Mission ihre Unterstützung für die Entwicklung der bürgernahen Polizeiarbeit in ganz Serbien einschließlich der Region Südserbien fort. Auch die Förderung für ein 2004 begonnenes Projekt lief weiter, das vier Jahre dauern und Polizei, Gerichtsmediziner, Staatsanwälte und Untersuchungsrichter besser dazu befähigen soll, effiziente Tatortbesichtigungen vorzunehmen und Spuren zu sichern und auszuwerten. Die Mission bemühte sich um eine verstärkte Rechenschaftspflicht der Polizei und führte dazu Besuche in Haftanstalten mit anschließender Beurteilung sowie Arbeitstagungen durch, bei denen die Teilnehmer die zur Verfügung stehenden Korruptionsbekämpfungsmechanismen und Ermittlungstechniken kennenlernen konnten.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Strategische Wirtschaftsprojekte. Die Mission schloss ihre systematische Untersuchung der serbischen Wirtschaftskammer und ihres Netzwerks ab, die eine effizientere Präsentation der serbischen Wirtschaft auf den Finanzmärkten ermöglichen sowie ausländische Direktinvestitionen in Serbien erleichtern soll.

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Mission unterstützte die Einrichtung von Innovationszentren in Zrenjanin (Provinz Vojvodina), in Vranje (Südserbien) und an der Universität Belgrad.

Aus- und Aufbau von Kapazitäten für Jungunternehmer. In zehn Stadtgemeinden in ganz Serbien wurden Seminare für Jungunternehmer mit Schwerpunkt auf biologischem Landbau abgehalten. Über 250 Teilnehmer nahmen 2006 an diesen Kursen teil.

Energiewirtschaft. Im Rahmen ihres *Energiesicherungsprogramms* beteiligte sich die Mission an einigen Aktivitäten zur Förderung von Wind- und Sonnenenergie. Sie stellte ein

englisch-serbisches Wörterbuch mit einem Glossar über Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen zusammen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Good Governance. Dank der Bemühungen der Mission zur Hebung der Professionalität der öffentlich Bediensteten im Parlament wurde eine neue Abteilung für Personalressourcen geschaffen und die Arbeit der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit merklich verbessert. Das Parlament übernahm zahlreiche Neuerungen in Eigenverantwortung, sodass nunmehr die zentralstaatlichen Institutionen für die Bürger zugänglich sind, und veranstaltete PR-Aktionen, in deren Rahmen Parlamentarier Schulen und Stadtgemeinden in entlegenen und ländlichen Gebieten besuchten. Die Mission leistete auch bei der Einrichtung eines Büros für die Angleichung der Rechtsvorschriften an EU-Recht Hilfestellung.

Flüchtlingsrückkehr und Integration. Der aus der *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr* abgeleitete Prozess der Rückkehr und Integration von Flüchtlingen war nach wie vor das Kernstück des Menschenrechtsprogramms der Mission. Sie arbeitete eng mit den Missionen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro sowie mit dem OSZE-Sekretariat zusammen. Ihre Zusammenarbeit mit dem regionalen Netzwerk von Menschenrechtsaktivisten erleichterte den Zugang zur Justiz und ermöglichte einen kompetenteren Rechtsbeistand für Flüchtlinge in der ganzen Region.

Bekämpfung des Menschenhandels. Nach der erfolgreichen Einführung des Nationalen Leitmechanismus in Serbien arbeitete die Mission auf eine verstärkte institutionelle Verankerung dieses Mechanismus sowie auf die Ausbildung von Fachleuten für die Identifizierung, Weiterleitung und direkte Unterstützung von Opfern des Menschenhandels hin.

Gleichberechtigung. Der Mission gelang es, gute Kontakte zwischen Roma-Aktivistinnen und der Nationalversammlung herzustellen. Darüber hinaus unterstützte sie eine öffentlichkeitswirksame Medienkampagne für die Wahl einer virtuellen Frauenregierung. Die Mission war der staatlichen Gleichstellungskommission bei der Ausarbeitung eines Programms behilflich, in dessen Rahmen 30 Führungskräfte des Arbeitsinspektorats für den Umgang mit geschlechtsspezifischer Diskriminierung am Arbeitsplatz ausgebildet wurden. Die gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium veranstaltete internationale Konferenz *Frauen in der Armee* bewirkte die Zusage des Ministeriums, 2007 die Pforten der Militäarakademie auch für weibliche Kandidaten zu öffnen.

Integration und Besserstellung von Roma und Sinti

Die Integration und Besserstellung von Roma und Sinti ist im ganzen OSZE-Bereich ein vorrangiges Anliegen. Im September unterstützte die Mission in Serbien den Besuch eines Netzwerks von Roma-Aktivistinnen in der Nationalversammlung. Im Rahmen von Treffen mit Parlamentsabgeordneten konnten Roma-Aktivistinnen den gewählten Vertretern die Probleme von Roma-Frauen näherbringen.

„Ich würde diesen Besuch in der Nationalversammlung als historisch bezeichnen“, sagte Nataša Pavlović Perišić, Vorsitzende einer Frauen-NRO aus dem west-serbischen Valjevo namens *Hora*. „Als direkte Folge dieses Besuches gibt es nun zum allerersten Mal in Serbien eine Romavertreterin, die auf einer Parteiliste für die

Parlamentswahlen im Januar 2007 kandidiert.”

Im Rahmen einer Folgeveranstaltung im November gelang es der Mission, Abgeordnete des serbischen Parlaments und Vertreter staatlicher Behörden zu einem Besuch von Romasiedlungen in Westserbien zu bewegen. Die Delegation kam mit örtlichen Behörden und Romaaktivisten zusammen, um nach Wegen zur Verbesserung der Bildungschancen, der Arbeitssituation und der medizinischen Versorgung zu suchen.

Sonja Lokar, die Vorsitzende der Sonderarbeitsgruppe Gender des *Stabilitätspakts für Südosteuropa* berichtete: „Romavertreterinnen erzählten mir mit großem Stolz von ihrem erfolgreichen Zusammentreffen mit serbischen Abgeordneten, das mit Unterstützung der Mission in Serbien zustande kam, und über den anschließenden Besuch serbischer Parlamentarier in Romasiedlungen in Westserbien. Ich beglückwünsche die Mission zu ihrer erfolgreichen Arbeit im Hinblick auf den Aus- und Aufbau der Kapazitäten von Romafrauen in diesem Land.“

Schutz nationaler Minderheiten. Die Mission arbeitete eng mit der Regierung, den Minderheitenräten und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Einbindung von Minderheiten in die Entscheidungs- und politischen Prozesse zu fördern. Über ihr Büro in Südserbien ebnete die Mission den Weg für eine Absprache mit den politischen Parteien der Albaner über ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen im Januar 2007. Es war das erste Mal seit 1990, dass die albanische Minderheit sich zur Teilnahme an diesem eminent wichtigen politischen Prozess bereit erklärte.

Justizreform. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Durchführung der *Nationalen Strategie für eine Justizreform*, die im Mai verabschiedet wurde. Gemeinsam mit dem Justizministerium und den richterlichen Organen setzte sich die Mission für die Verstärkung der Kapazitäten der Gerichte und des Gerichtspersonals ein. Sie half auch mit, das Ausbildungszentrum für Richter mit neuem Schwung zu erfüllen und seine Kompetenz zu vergrößern und unterstützte Aus- und Fortbildungsinitiativen. Sie förderte die Entwicklung berufsständischer Vertretungen für Richter und Staatsanwälte und trat für eine Mitgliedschaft in diesen Verbänden ein.

Menschenrechtsinstitutionen. Die Mission nahm ein Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten für eine Vernetzung kommunaler Volksanwaltschaften in Angriff, um deren Rolle für den Schutz der Bürgerrechte auf Ebene der lokalen Selbstverwaltungen, Gemeinden und Städte zu verstärken. Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Volksanwaltschaft in der Provinz Vojvodina fort.

Gefängnisreform. Gemeinsam mit der Gefängnisverwaltung des Justizministeriums arbeitete die Mission daran, das Gefängniswesen durch die Schaffung eines neuen rechtlichen Rahmens, der in ein *Gesetz über die Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen* und einige Durchführungsverordnungen eingebettet sein soll, in ein modernes Strafvollzugssystem überzuführen. Sie unterstützte auch weiterhin die Aus- und Fortbildung des gesamten im Strafvollzug tätigen Personals und bot Programme für den Unterricht von Strafgefangenen und zur Verbesserung der medizinischen Betreuung in allen Hafteinrichtungen an. Ein besonderes Anliegen war der Mission ferner, die Verwaltung des Strafvollzugs bei der Entwicklung eines Konzepts für alternativen Strafvollzug zu unterstützen.

Medienreform. Da die derzeitige Vergabe von Lizenzen an private elektronische Medien und die Frequenzuteilung ganz wichtige Themen sind, unterstützte die Mission die einschlägigen Gremien und interessierten Parteien durch Beratung in Rechtsfragen. Beide öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Radio-TV Serbien und Radio-TV Vojvodina, durchlaufen derzeit einschneidende Veränderungen, wobei die Mission Gutachten von Sachverständigen für die Neuorganisation und die Verbesserung der Qualität und Vielfalt der Programme lieferte. Bei der Förderung der Informationsfreiheit war die Mission federführend, indem sie die Umsetzung des *Gesetzes über den freien Zugang zu Information* unterstützte. Sie organisierte eine Reihe von Lehrwerkstätten für Journalisten und Redakteure. Auch 2006 waren der Auf- und Ausbau von Kapazitäten in den Medien und die Zusammenarbeit mit berufsständischen Journalistenverbänden eine zentrale Aktivität.

Missionsleiter:

Botschafter Hans Ola Urstad

Revidierter Gesamthaushalt: € 8.585.000

www.osce.org/serbia

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

[map]

Spillover Monitor Mission to Skopje = „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Kumanovo = Kumanovo

Skopje = Skopje

Tetovo = Tetovo

Internationale Grenzen

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das herausragendste Ereignis des Jahres 2006 waren die Parlamentswahlen im Juli mit dem nachfolgenden Regierungswechsel. Trotz der neuen Führung des Landes änderte sich nichts an dessen Bekenntnis zum Reformprozess und zur künftigen Teilnahme an den euro-atlantischen Organisationen. Für die Mission bedeutete das ein Jahr, das in erster Linie der Umsetzung verschiedener für den Reformprozess wesentlicher Rechtsvorschriften und nationaler Grundstrategien gewidmet war. 2006 war auch das weichenstellende erste Jahr der Anwendung von Gesetzen betreffend Dezentralisierung, Justizreform, Rundfunk und andere Bereiche.

Einerseits verlagerte die Mission in diesem Jahr ihren Schwerpunkt von der Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Gesetzen auf die Unterstützung ihrer Umsetzung, doch schlug sie ganz bewusst einen Weg ein, der zur Bereitstellung der Instrumente führte, mit deren Hilfe die Partner im Inland, angefangen von Ministerien bis hin zu Nichtregierungsorganisationen,

selbst die Verantwortung für Aktivitäten in Sachen Ausbildung, Überwachung und Interessenvertretung, die zuvor von der OSZE unterstützt wurden, übernehmen können.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeireform. Eines der besten Beispiele für die Übernahme von Aufgaben durch inländische Partner war die Grenzpolizei, die erst vor Kurzem von einer militärischen Einheit in einen Teil des Polizeidienstes umgewandelt wurde. Anfänglich führte die Mission eine Grundausbildung für Beamte der Grenzpolizei durch, doch in diesem Jahr richtete die Grenzpolizei regionale Aus- und Fortbildungskoordinatoren ein und die Mission begann mit der Schulung von Ausbildnern, die ihrerseits in Zukunft die Aufgabe übernehmen werden, die fachlichen Kenntnisse ihrer Kollegen weiterzuentwickeln.

Um dem Land bessere Möglichkeiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu geben, stellte die Mission Aus- und Fortbildung für Polizeibeamte zu den Fragen Geldwäsche, Observation, Identifizierung von Suchtgiften und anderen wichtigen Themen zur Verfügung. Sie organisierte auch einen Studienbesuch für leitende Beamte des Innenministeriums, die sich in der schottischen Polizeiakademie mit den Ausbildungsmethoden vertraut machen konnten.

[box]

„Ich bin unserer Grenzpolizei sehr dankbar, sie ist sehr wichtig für uns. Früher, als sie noch Teil der Streitkräfte war, kamen sie vielleicht einmal im Jahr bei uns vorbei, doch jetzt ist die Grenzpolizei täglich zu sehen und hilft uns. Früher wurde mehrmals in die Kirche eingebrochen, es wurden auch Tiere gestohlen und es wurde in unsere Häuser eingebrochen, doch das hat sich jetzt geändert. Das ist nicht nur für uns, sondern für das ganze Land gut.“

Lenka Jankova aus dem Dorf Bajkovo

[box]

[box]

Parlamentswahlen

Die Parlamentswahlen des Jahres 2006 waren die ersten, die nach der neuen *Einheitlichen Wahlordnung* abgewickelt wurden. Die Mission hatte dabei insofern eine Schlüsselrolle inne, als sie den Gesetzgebern bei der Umsetzung der Empfehlungen des BDIMR in diesem wichtigen Gesetz behilflich war. Während das Gesetz noch in Vorbereitung war, veranstaltete die Mission eine Reihe von regionalen politischen Diskussionsrunden, wobei sie von der Regierung Norwegens unterstützt wurde. Über 500 führende Parteipolitiker und Aktivisten nahmen an diesen Diskussionsrunden auf zentraler und kommunaler Ebene teil, in deren Rahmen offen erörtert wurde, wie man Unregelmäßigkeiten verhindern und auf welche Weise die Gesprächsbasis zwischen den einzelnen Parteien verbessert werden kann. Gleichzeitig trat das von der Mission unterstützte Programm *Frauen schaffen es* mit Nachdruck für eine Frauenquote auf den Listen der wahlwerbenden Parteien ein und arbeitete darauf hin, mehr Frauen zur Teilnahme an Wahlen zu bewegen. Im neuen Parlament haben Frauen 28 Prozent der Mandate inne.

[box]

Überwachung und Frühwarnung. Den vertrauensbildenden Beobachtern der Mission kam eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Polizeireform und bei der Dezentralisierung von

Verwaltungsaufgaben zu. Sie waren auch ganz wesentlich für die Frühwarnung in Bezug auf Gewalttaten und zunehmende Spannungen im Vorfeld der Wahlen, wodurch die internationale Gemeinschaft und die politischen Führungskräfte rasch tätig werden und eine Eskalation verhindern konnten.

Die Beobachter der Mission befinden sich vor Ort und stehen in täglichem Kontakt mit Vertretern der örtlichen Verwaltung, Polizeibeamten, religiösen Führern und einfachen Bürgern. 2006 wählte die Mission einen wissenschaftlicheren Ansatz und führte Umfragen zu zwei Schlüsselthemen durch: bürgernahe Polizeiarbeit und Dezentralisierung. Die bei diesen Umfragen erhobenen Daten waren in zweierlei Hinsicht wichtig: einerseits zur Beurteilung des Erfolgs bisheriger Aktivitäten und andererseits als Richtlinie für weitere Aktionen.

Dezentralisierung. Einer der wichtigsten Meilensteine des Jahres 2006 war der Abschluss des ersten Jahres der Machtübertragung von der Zentralregierung an die Gemeindeverwaltungen. Die Mission hatte sich sehr stark für die Unterstützung dieses Prozesses engagiert, da er, wie andere auch, durch das *Rahmenabkommen von Ochrid*, das den Konflikt im Jahr 2001 beendete, beschleunigt wurde. Eine von der Mission durchgeführte Umfrage in einzelnen Gemeinden ergab, dass die Dezentralisierung überall erfolgreich war, zeigte jedoch auch, dass die unzureichende Finanzierung der neuen Kompetenzen den Prozess nach wie vor zu gefährden droht. In der ersten Jahreshälfte bildete die Mission kommunale Finanzreferenten in Fragen der Haushaltsplanung und Berichterstattung aus und konzentrierte sich danach auf das Thema der Einnahmen und Steuererhebung, um so die finanzielle Lage der Gemeinden zu verbessern. Über 370 Gemeindebedienstete schlossen die Ausbildung ab. Diese Bemühungen gingen Hand in Hand mit der Veröffentlichung von Handbüchern für Gemeindebedienstete zu den Themen Haushaltsplanung, Berichterstattung, Steuern und interne Prüfung.

Die Dezentralisierung gibt den Bürgern die Möglichkeit, direkter am lokalen Entscheidungsprozess teilzunehmen. Sie bildet den Schwerpunkt der Bemühungen der Mission zur Unterstützung der Politik der Zentralregierung und des Verbandes kommunaler Selbstverwaltungsorgane. Die Mission förderte ganz unterschiedliche Mechanismen, die den Menschen eine wirksame Teilnahme am politischen Leben auf kommunaler Ebene ermöglichen. Ein Beispiel dafür sind die Gleichstellungskommissionen, die es nun in mehr als der Hälfte der Gemeinden gibt. Sie sind ein wichtiger Teil des Beschlussfassungssystems auf kommunaler Ebene. Die Mission leistete auch wichtige Hilfestellung beim Aufbau von Kapazitäten in den für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zuständigen Ausschüssen, die in den meisten ethnisch gemischten Gemeinden eingerichtet wurden, um dafür zu sorgen, dass alle Volksgruppen eingebunden werden.

Die Kommissionen und Ausschüsse sind klare institutionelle Mechanismen, über die die Bürger Einfluss auf die kommunale Verwaltung nehmen können. Im Bildungsbereich hingegen gibt es keinen so klaren Mechanismus. Vor dem Hintergrund heftiger Mediendiskussionen über die Finanzierung von Schulen und Renovierungsarbeiten und über die Bestellung von Direktoren führte die Mission ein vielfältiges Projekt durch, das auf lokaler Ebene Spannungen abbauen und die Auseinandersetzungen in konstruktive und lösungsorientierte Bahnen lenken sollte. Zuerst veröffentlichte die Mission ein Handbuch über Bildung und Dezentralisierung, das weite Verbreitung fand, im Anschluss daran organisierte sie eine aus sechs Veranstaltungen bestehende Diskussionsrunde, an denen Mitglieder von Elternvereinen, Lehrkräfte, Gemeindebeamte und Vertreter der einschlägigen Ministerien teilnahmen; dabei ging es um konkrete Lösungsmöglichkeiten für Bildungsfragen

auf lokaler Ebene. Und schließlich nahm die Mission Aktivitäten auf, um Eltern- und Lehrervertretungen ein größeres Mitspracherecht in lokalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Der Erlass des neuen *Polizeigesetzes* leitete eine Phase der Dezentralisierung in der Polizei ein. Im Rahmen der neuen Struktur werden Örtliche Ausschüsse für Verbrechenverhütung gemeinsam mit der Polizei auf eine Verbesserung der Sicherheit auf lokaler Ebene hinarbeiten. Die Mission führte Einführungskurse für die Mitglieder der über siebzig Bürgerbeiräte durch, deren Entwicklung sie in den letzten Jahren im Rahmen ihres *Programms für bürgernahe Polizeiarbeit* unterstützt hatte. Über diese Beiräte, die es den Volksgruppenführern, Vertretern der lokalen Verwaltung und interessierten Bürgern ermöglichen sollen, auf direktem Weg Kontakt mit der örtlichen Polizei zu halten, kann die Öffentlichkeit in die künftigen Ausschüsse für Verbrechenverhütung eingebunden werden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Justizreform. Nach der Verabschiedung der notwendigen Verfassungsänderungen und dem Erlass eines Großteils der maßgeblichen Rechtsvorschriften konnte sich die Mission auf die technischen Aspekte der Durchführung der Justizreform konzentrieren. Sie half bei der Einrichtung und feierlichen Eröffnung der Juristischen Akademie und hielt auch Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte ab, um sie besser auf ihre Arbeit an den Sondergerichten vorzubereiten, die nun Teil des Rechtspflegesystems sind. Die Mission arbeitete mit denjenigen zusammen, die sich auf organisierte Kriminalität spezialisieren, und half den Richtern, sich auf die Abtretung von Fällen durch den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien vorzubereiten.

Von der Justizreform erhofft man sich unter anderem, dass Bürger größeres Vertrauen in die Rechtsprechung entwickeln und so wurden in diesem Jahr erste Schritte gesetzt, um die Transparenz und Effizienz der Gerichte zu erhöhen. Gemeinsam mit Richtern und deren Mitarbeitern erstellte die Mission einen Jahresbericht für jeden einzelnen Gerichtshof und präsentierte diese Berichte der Öffentlichkeit als eine sinnvolle und allgemein zugängliche Dokumentation über die Arbeit der Rechtsprechung. Auf Initiative einiger Berufungsrichter war die Mission auch bei der Entwicklung einer Software für die Zuweisung der Fälle, bei ihrer Installierung an allen Gerichten und der Einschulung des Personals behilflich. Diese Software ermöglicht nicht nur eine effizientere Zuteilung der Fälle, sondern verhindert auch eine ungebührliche Einflussnahme auf den Prozess.

Bekämpfung des Menschenhandels. Nach der Erstellung eines nationalen Aktionsplans stand dessen Umsetzung nun im Mittelpunkt des Kampfes gegen den Menschenhandel. Für die Mission bedeutete das, sich vorrangig dafür einzusetzen, dass das nationale Leitsystem seine Funktion vollständig erfüllt. Ein zentraler Aspekt war die Ausbildung der Mitarbeiter jener Anlaufstellen, mit denen Opfer des Menschenhandels vermutlich zuerst in Kontakt kommen, nämlich Sozialarbeiter, Polizeibeamte und Vertreter einschlägiger Nichtregierungsorganisationen, die zur Identifizierung und korrekten Weiterleitung der Opfer herangezogen werden sollen.

Ein weiterer wesentlicher Teil der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels ist ein verlässliches Zeugenschutzprogramm. Die Mission arbeitete an der Entwicklung der fachlichen Kompetenzen der Dienststelle für Zeugenschutz im Innenministerium und an der

Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Partnerstellen in den Herkunftsländern der Opfer des Menschenhandels.

Stärkung lokaler Partner. Bei ihren Bemühungen um eine weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Lande arbeitet die Mission schon seit Jahren eng mit bestimmten inländischen Organisationen zusammen, um deren Fähigkeit auszubauen, Aufgaben wie Monitoring, Berichterstattung, Lobbying und Rechtshilfe wahrzunehmen. In diesem Jahr konzentrierte sich die Mission auf die Stärkung der organisatorischen Funktion und die Verbesserung der Aussicht auf Nachhaltigkeit dieser Organisationen. Am weitesten gediehen unter diesen Gruppen ist das Netzwerk zur Unterstützung der Menschenrechte, das aus fünf Organisationen besteht, die Rechtshilfe und Interessenvertretung bei individuellen Menschenrechtsverletzungen anbieten. Ab Jahresende 2006 wird dieses Netzwerk in seinen Kernaktivitäten nicht mehr von der Unterstützung Mission abhängen.

Die Mission erhob bei insgesamt 27 im Bereich der Rechtsstaatlichkeit tätigen lokalen Partnern den Bedarf an Auf- und Ausbau von Kapazitäten und das Nachhaltigkeitspotenzial. Diese Evaluierung lieferte eine solide Grundlage für die Planung künftiger Aktivitäten mit diesen Gruppierungen. Mithilfe der *Swedish International Development Agency* setzte die Mission auch ihre Unterstützung für die Volksanwaltschaft fort und bot Aus- und Fortbildung für die Mitarbeiter an, richtete eine internationale juristische Bibliothek mit mehr als 300 Publikationen ein und war bei der Vernetzung der Regionalbüros behilflich.

Medienentwicklung. Das erste Jahr der Durchführung des *Rundfunkgesetzes* war durch einige Erfolge aber auch Misserfolge gekennzeichnet. Die Mission unterstützte die Durchführung dieses Gesetzes durch Bereitstellung umfangreicher technischer Hilfe für die Rundfunkaufsichtsbehörde. Es war zum Teil dieser Unterstützung zu verdanken, dass die Fristen für die maßgeblichen Beschlüsse und Verordnungen, die das *Gesetz* fordert, eingehalten werden konnten. Andererseits geriet der öffentlich-rechtliche mehrsprachige Sender in der zweiten Jahreshälfte in eine schwere Krise, als das gesetzlich vorgesehene Finanzierungssystem nicht die notwendigen Einnahmen brachte. Die Mission behielt die Entwicklung im Auge, als ein länger dauernder Streik der Mitarbeiter wegen der Nichtauszahlung von Gehältern zur Konfrontation mit den neu gewählten Führungsgremien der Rundfunkanstalt führte. Im Anschluss daran brachte sich die Mission in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden auf konstruktive Weise ein und unterstützte die Bemühungen des Managements, die Situation in den Griff zu bekommen und die Krise zu bewältigen.

Medienfreiheit. Im Jahr 2006 war die Mission Zeuge zweier wichtiger Ereignisse, die einen Durchbruch im Bereich der Medienfreiheit brachten. Das erste war der Erlass des *Gesetzes über den freien Zugang zu öffentlicher Information* im Januar. Die Mission arbeitete gemeinsam mit örtlichen Partnern am Aufbau von Kapazitäten für die neue, gesetzlich vorgesehene nationale Kommission und an der Entwicklung eines Instrumentariums für die Umsetzung.

In enger Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Medienfreiheit und örtlichen Medieninteressenvertretungen veranstaltete die Mission eine hochrangige Konferenz über die Entkriminalisierung von übler Nachrede und Verleumdung, wobei kurz darauf das Strafgesetzbuch geändert und Gefängnisstrafen für diese Delikte abgeschafft wurden.

Missionsleiter:

Botschafter Carlos Pais
Revidierter Gesamthaushalt: € 10.386.200
www.osce.org/skopje

Osteuropa

Das Büro in Minsk

[map]

Office in Minsk = Büro in Minsk

Minsk = Minsk

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Im Einklang mit seinem Mandat konzentrierte sich das Büro in Minsk bei seinen Aktivitäten im Jahr 2006 darauf, der Regierung des Gastlandes weiterhin Hilfestellung bei der Förderung des Auf- und Ausbaus von Institutionen und der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Entwicklung der Beziehungen zur Zivilgesellschaft zu leisten und das Land bei der Lösung von Wirtschafts- und Umweltproblemen zu unterstützen. Es führte auch mehrere Projekte für die von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebiete durch und arbeitete mit Behörden und der Zivilgesellschaft an der Verstärkung des Umweltbewusstseins.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Sanierung der von Tschernobyl betroffenen Gebiete. Das Büro trat als Mitveranstalter der internationalen Konferenz *Zwanzig Jahre nach Tschernobyl: Strategie zur Sanierung und für eine nachhaltige Entwicklung der betroffenen Regionen*, die vom 19. bis 21. April in Minsk und den betroffenen Gebieten der Region Gomel stattfand. Das Büro unterstützte die wissenschaftlichen Fachveranstaltungen und die Veröffentlichung des *Kurzberichts* über die Konferenz.

Als Gründungsmitglied des Programms *Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen in den von Tschernobyl betroffenen Gebieten*, an dem nationale und regionale Behörden, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) beteiligt sind, nahm das Büro an den im November in der Region Brest abgehaltenen Sitzungen des Projektevaluierungs- und des Approbierungsausschusses teil. Das Büro genehmigte drei Projekte, deren Durchführung jedoch aufgrund der zu spät erfolgten Anmeldung auf 2007 verschoben werden musste.

Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz und seinen ENVSEC-Partnern, dem Entwicklungsprogramm und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, führte das Büro regionale Konsultationen in Minsk, deren Ergebnis der Entwurf eines Evaluierungsberichts der ENVSEC-Initiative für die Region Osteuropa war.

Der abschließende Bericht enthält ein Arbeitsprogramm mit prioritären grenzüberschreitenden Projekten, die alle als wesentliche Zielsetzung einen gemeinsamen Ansatz

für die Bewirtschaftung der Gewässer, Waldbestände und natürlichen Ressourcen in Polesje verfolgen, einem Gebiet, das sich beiderseits der Grenze zwischen Belarus und der Ukraine erstreckt.

Förderung des Umweltbewusstseins. Das Büro unterstützte Schulungskurse zur Aarhus-Konvention im Aarhus-Zentrum, das im Dezember 2005 im Rahmen eines gemeinsam mit dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz begonnenen Projekts eingerichtet worden war. Das Büro war bei der Durchführung von Öffentlichkeitskampagnen und der rechtlichen Beratung zu Umweltfragen behilflich und spendete dem Zentrum die im Rahmen des gemeinsamen Projekts benötigte Ausrüstung.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro war bei dem vom BDIMR gemeinsam mit *La Strada* betriebenen Projekt zur *Evaluierung von Maßnahmen gegen den Menschenhandel* behilflich, in dessen Rahmen die in Belarus verfügbaren Leitmechanismen für Opfer des Menschenhandels überprüft wurden.

Im Oktober veranstaltete das Büro gemeinsam mit dem Innenministerium und der Internationalen Organisation für Migration eine internationale Konferenz über *Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern des Menschenhandels unter besonderer Berücksichtigung der Nachfrageseite*.

Genderfragen. Im Rahmen der jährlichen weltweiten Initiative *16 Tage gegen Gewalt an Frauen* trat das Büro als Mitorganisator der Informationskampagne *Gewalt in der Familie sollte nicht selbstverständlich werden* auf. Die Veranstaltung umfasste ein Pressebriefing für die einschlägigen Ministerien, NROs und Journalisten, ein Treffen mit in Belarus lebenden Flüchtlingen zur Sensibilisierung für diese Frage, Poster, Kalender und Plakatwände sowie die regelmäßige Ausstrahlung von Videos im nationalen Fernsehen.

Beobachtungstätigkeit. Das Büro beobachtete Gerichtsverhandlungen im Zusammenhang mit Fällen, bei denen es um das Recht auf Vereinigungsfreiheit, auf friedliche Versammlung, Freiheit von willkürlicher Festnahme oder Inhaftierung und das Recht auf ein unparteiisches Gerichtsverfahren ging.

Diese Gerichtsverhandlungen betrafen neben anderen Fällen einen ehemaligen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2006, die Mitglieder einer inländischen Wahlbeobachtungsgruppe, die die Parlamentswahlen 2004 beobachtet hatten, und den Leiter einer Jugendorganisation, die auf der Grundlage strafrechtlicher Bestimmungen vom Dezember 2005 angeklagt worden waren; diese Bestimmungen verbieten die Einrichtung oder Leitung nicht angemeldeter öffentlicher Organisationen.

Das Büro verfolgte mehrere Gerichtsverhandlungen gegen NROs, Gewerkschaften, politische Parteien und Zeitungen im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen Registrierung.

Das Büro beobachtete genauestens die Lage im Zusammenhang mit dem belarussischen Helsinki-Komitee, das immer wieder vom Justizministerium und von den Steuerbehörden vor Gericht zitiert und in Prozesse verwickelt wurde.

Das Büro beobachtete die Entwicklungen im Anschluss an die Präsidentenwahlen vom März 2006. Mitarbeiter des Büros besuchten die wichtigste Haftanstalt für Verwaltungsübertretungen in Minsk und waren auch bei Vernehmungen im Zuge von Verwaltungsverfahren anwesend, sofern ihnen nicht der Zutritt verweigert wurde. Insgesamt erhielten mehrere hundert Personen Verwaltungshaftstrafen bis zu 15 Tagen (keine offiziellen Angaben verfügbar), darunter rund 20 Journalisten.

Beschwerden von Privatpersonen. Im Büro gingen rund 80 neue Beschwerden wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen von Privatpersonen ein. Diese Beschwerden betrafen in der Hauptsache Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden und entsprangen im Wesentlichen der Überzeugung, dass das Recht auf ein unparteiisches Verfahren nicht gewährleistet war. Wo angezeigt, brachte das Büro einzelne Fälle oder Gruppen von Fällen der zuständigen belarussischen Behörde zur Kenntnis.

Leiter des Büros:
Botschafter Ake Peterson
Revidierter Gesamthaushalt: € 874.200
www.osce.org/belarus

Die Mission in Moldau

[map]
Mission to Moldova = Mission in Moldau
Chisinau = Chişinău
Tiraspol = Tiraspol

Internationale Grenzen
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Mission stand 2006 der Abbau der Spannungen in der Sicherheitszone, die Bewältigung der Folgen der neuen, im März eingeführten Zollvorschriften für Exporte aus der Region Transnistrien sowie der Versuch, die Verhandlungen über eine politische Beilegung des Konflikts wieder in Gang zu bringen. Das politische Umfeld, in dem sie agierte, stand ganz im Zeichen des „Unabhängigkeitsreferendums“ vom 17. September und der „Präsidentenwahlen“ vom 10. Dezember in Transnistrien, wobei keiner der beiden Wahlgänge von der OSZE anerkannt oder beobachtet wurde. Andere wichtige Bereiche der Tätigkeit der Mission betrafen unter anderem die Vermittlung in der Auseinandersetzung rund um den Moldauischunterricht in lateinischer Schrift in den Schulen am linken Ufer, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Verhandlungen über eine politische Regelung. Um den Gesprächen über eine Konfliktbeilegung einen neuen Impuls zu geben, verfasste die Mission Anfang 2006 Dokumente mit Vorschlägen zu folgenden Themen: eine mögliche Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Zentralregierung und den Regionalbehörden, ein Mechanismus für die Kontrolle der Fabriken im transnistrischen Militärindustriekomplex, ein Plan für den Austausch militärischer Informationen sowie eine Evaluierungsmission zur Beurteilung der Voraussetzungen und zur Abgabe von Empfehlungen für demokratische Wahlen in Transnistrien. Die transnistrische Seite weigerte sich allerdings, nach der Einführung neuer Zollvorschriften für Exporte aus Transnistrien im März die Verhandlungen fortzusetzen, weshalb man auch mit diesen Vorhaben keinen Schritt vorankam. Versuche, durch Konsultationen zwischen den Mediatoren (OSZE, Russische Föderation und Ukraine) und den Beobachtern (Europäische Union und Vereinigte Staaten von Amerika) im April, Mai und November und durch getrennte Konsultationen der Mediatoren und Beobachter mit jeder der beiden Seiten im Oktober Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen, erwiesen sich als fruchtlos.

Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC). Im April halfen die Mediatoren, eine für beide Seiten akzeptable Regelung zu finden, durch die moldauische Landwirte aus Dorotcaia wieder ungehinderten Zugang zu ihrem Grund und Boden erhielten, der auf von Transnistrien kontrolliertem Gebiet liegt. Dieser Erfolg löste auch die seit April 2005 festgefahrene Situation in der JCC – dem Gremium, das für die Umsetzung des *Abkommens über die Grundsätze für die friedliche Beilegung des bewaffneten Konflikts in der transnistrischen Region der Republik Moldau* vom Juli 1992 und die Kontrolle der Gemeinsamen Friedenskräfte in der Sicherheitszone verantwortlich ist. Im September wurden zwei neue JCC-Arbeitsgruppen eingerichtet. Sie regeln Streitigkeiten zwischen den beiden Seiten über die Beziehungen zwischen der moldauischen Polizei und der transnistrischen Miliz in der Stadt Bender und kontrollieren die Präsenz der einseitig eingerichteten Posten in der Sicherheitszone. Die Mission, die in der JCC Beobachterstatus hat, ist in die Aktivitäten beider Arbeitsgruppen weitgehend eingebunden.

Aufbau von Vertrauen und Sicherheit bei gleichzeitigem Abbau der Bedrohungen. Die Mission unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Zerstörung überschüssiger und veralteter Artilleriemunition finanziell und logistisch. Im Rahmen der umfassenden Verteidigungsreformen in Moldau arbeitete die Mission auch eng mit dem Ministerium zusammen und machte Vorschläge für weitere Hilfestellungen bei der Zerstörung von Munition und Ausrüstung und bei der Entwicklung von Programmen zur Umschulung und Umsiedlung pensionierter Militärangehöriger.

Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation. Zum ersten Mal seit März 2004 erhielt eine Gruppe von 30 OSZE-Delegationsleitern gemeinsam mit Mitarbeitern der OSZE-Mission am 13. November Zugang zum Munitionsdepot der Russischen Föderation in Colbasna unweit der moldauisch-ukrainischen Grenze im nördlichen Transnistrien. Nichtsdestoweniger wurde im Jahr 2006 weder russische Munition noch Ausrüstung aus Transnistrien abgezogen, womit nach wie vor über 21.000 Tonnen Munition in der Region lagern. Zwei der Geldgeber für den Freiwilligen Fonds, die Niederlande und die Tschechische Republik, stellten in diesem Jahr ihre Beitragszahlungen ein.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Wahlen und Wahlreformen. Gemeinsam mit dem BDIMR beriet die Mission das moldauische Parlament, wodurch die Wahlordnung wesentlich verbessert wurde. Mit

Unterstützung der BDIMR-Wahlexperten berichtete die Mission über die Gouverneurswahlen im Dezember, bei denen in der autonomen Region Gagausien im Süden Moldaus der Baschkan gewählt wurde.

Schutz der Sprachenrechte. Die Mission fungierte als Förderer und Gastgeber der Verhandlungen über die Existenz und den Betrieb von Schulen in der Region Transnistrien, in denen Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichtet wird. Das Problem des Schulgebäudes in Ribnița, das von den örtlichen transnistrischen Behörden 2004 beschlagnahmt wurde, harrt nach wie vor einer Lösung.

Menschenrechtsmonitoring. Die Mission nahm zahlreiche Individualbeschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen entgegen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Beschwerden von Strafverteidigern, die gegen Verletzungen von Verfahrensrechten während der Untersuchungshaft, gegen schlechte Haftbedingungen und mangelhafte medizinische Versorgung protestierten. Die Mission beobachtete einige aufsehenerregende Strafprozesse im Hinblick auf das Recht auf ein unparteiisches Gerichtsverfahren oder auf die Anwendung von Folter. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Mission auch den beiden noch in Haft befindlichen Mitgliedern der Ilascu-Gruppe, die von den transnistrischen Behörden für Straftaten verurteilt worden waren, die sie während des Konflikts 1992 begangen haben sollen, und später auf Anweisung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte freigelassen werden sollten.

Auf- und Ausbau von Kapazitäten durch Förderung der Menschenrechte. 2006 unterstützte die Mission Kleinprojekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz an beiden Ufern des Dnjestr/Nistru. Ein Beispiel dafür war das sehr erfolgreiche Konzert unter dem Motto „Brücken wieder aufbauen“ im August, bei dem Rockmusiker und ihre Fans von beiden Seiten des Flusses zusammenkamen.

Förderung der Medienfreiheit. Die Mission war beim Auf- und Ausbau von Kapazitäten im Medienbereich behilflich und unterstützte die Reform des moldauischen Rundfunkgesetzes. Mit Unterstützung des Beauftragten für Medienfreiheit stellte die Mission rechtliche und technische Gutachten zur Verfügung, die eine Verbesserung des entsprechenden Gesetzesentwurfs bewirkten. Von der finanziellen Unterstützung für die Ausbildung von Journalisten und der neuen moldauischen Journalistenakademie erwartet man sich eine professionellere Arbeit der moldauischen Medien. Die Mission nahm auch ein umfassendes Programm zur Beurteilung des Zustandes der regionalen Medien in Angriff.

Verhütung von Menschenhandel und Förderung der Gleichstellung der Frau. Die Mission fungierte als Gastgeber regelmäßiger technischer Koordinierungssitzungen in Chișinău sowie in den Regionen und eines Treffens für Geldgeber zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels. Im Herbst lancierte die Mission gemeinsam mit *Winrock International* eine neue Website unter dem Titel „*Anti-Trafficking and Gender Network*“. Die Website kann in Englisch, Rumänisch und Russisch unter der Adresse www.atnet.md abgerufen werden.

Die Mission veranstaltete auch Schulungskurse zur Fortbildung von Akteuren aus der Regierung und der Zivilgesellschaft in Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels, der Verhinderung häuslicher Gewalt, der Förderung der Gleichstellung von Frauen sowie des Schutzes und der Hilfestellung für Opfer des Menschenhandels oder Opfer häuslicher

Gewalt. Sie unterstützte die Aktivitäten der Behörden zur Bekämpfung des Menschenhandels und eine Reihe von Projekten zum Schutz der Schwächsten.

Im Bereich der Gesetzgebung konzentrierte sich die Arbeit der Mission auf Lobbying für das neue *Gesetz über die Chancengleichheit von Frauen und Männern*, das im März in Kraft trat. Mit umfassenden Gutachten und Lobbying trat die Mission auch für ein Gesetz gegen häusliche Gewalt ein.

Prozessbeobachtungsprogramm. Im März nahm die Mission gemeinsam mit dem BDIMR und ihren Partnern, der *American Bar Association* und deren *Central Europe and Eurasia Legal Initiative* und dem Institut für Strafrechtsreform, ihr *Prozessbeobachtungsprogramm* auf. Ein Netz bestehend aus nationalen Prozessbeobachtern entsendet Beobachter zu Einvernahmen und Prozessen, unter anderem in Fällen von Menschenhandel oder Waffenhandel, die vor nationalen Gerichten in Moldau verhandelt werden, beobachtet diese und sammelt systematisch Daten darüber.

Missionsleiter:
Botschafter Louis O'Neill
Revidierter Gesamthaushalt: € 1.622.500
www.osce.org/moldova

Der Projektkoordinator in der Ukraine

[map]
Project Co-ordinator in Ukraine = Projektkoordinator in der Ukraine
Kyiv = Kiew

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Der Projektkoordinator in der Ukraine konzentrierte sich im Jahr 2006 auf Projekte, die die ukrainischen Behörden bei der Anpassung ihrer Rechtsvorschriften, ihrer Institutionen und ihrer Politik an die Erfordernisse höherer demokratischer Standards und bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit unterstützten sollten. Die Feldpräsenz war auch dabei behilflich, hunderte entlassene Angehörige der Streitkräfte umzuschulen, das Munitionsdepot in Nowobohdaniwka nach den dort erfolgten Explosionen zu sanieren und Investitionen für den Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in verschiedenen Regionen der Ukraine zu vermitteln.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Hilfestellung für abgerüstete Soldaten. Das Verteidigungsministerium baut derzeit Streitkräfte ab. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium war der Projektkoordinator dabei behilflich, Arbeitsmöglichkeiten für die vor der Entlassung stehenden Offiziere zu suchen. Für mehr als 800 Offiziere aus 20 Städten entwickelte und veranstaltete er praxisbezogene

Umschulungskurse unter anderem zum Thema Aufbau, Management und Marketing von Kleinunternehmen. Es werden auch spezielle Umschulungen für Piloten, Ingenieure und Navigatoren angeboten, und alle entlassenen Soldaten haben ein Recht auf professionelle Hilfe bei der Arbeitssuche, beim Erlernen von Techniken für die Führung von Bewerbungsgesprächen und bei der Abfassung eines Lebenslaufs. Dank dieser Unterstützung konnten über 78 Prozent der teilnehmenden Offiziere einen Arbeitsplatz finden.

Der Projektkoordinator war dem Ministerium auch bei der Einrichtung eines Zentrums für Ressourcen und Laufbahnplanung für entlassene Soldaten behilflich. Durch Seminare und Veröffentlichungen trug das Zentrum dazu bei, die Mitarbeiter des Ministeriums über die Rechte entlassener Militärangehöriger in so zentralen Fragen wie Pension, Umschulung, Wohnraumbeschaffung und Arbeitsplatzsuche aufzuklären.

Zerstörung von Munition. Der Projektkoordinator nahm die Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Ministerium für Katastrophenschutz im Hinblick auf die unter entsprechenden Schutzmaßnahmen durchzuführende Sanierung des Munitionsdepots in Nowobohdaniwka auf, wo es seit 2004 zu mehreren Explosionen gekommen war. Er stellte die vom ukrainischen Partner erbetene Ausrüstung wie Schutzwesten, Kevlarhelme und Detektoren zum Aufspüren von Minen und Eisenmetall zur Verfügung. Es wurde auch mit der Ausbildung ukrainischer Experten in den entsprechenden Techniken und für den Einsatz der Ausrüstung zum Aufspüren und Bergen von Blindgängern begonnen.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung für die Entwicklung lokaler Unternehmen. Das größte Projekt der Feldoperation in diesem Bereich wurde im Rahmen einer Partnerschaft mit der *Eurasia Foundation* in Zusammenarbeit mit örtlichen Arbeitsämtern durchgeführt, um Kleinunternehmen durch Beratung und Schulung zu unterstützen; es wird auch mit örtlichen Verwaltungsbehörden in strategischen Fragen zusammengearbeitet, um günstige Voraussetzungen für Unternehmer zu schaffen.

2006 begannen 50 Haushalte im südlichen Teil der Region Odessa unweit eines der berühmtesten Naturreservate Europas mit dem Aufbau eines Ökotourismus, nachdem sie eine entsprechende Schulung zum Thema Gastgewerbe und Fremdenverkehrsmanagement erhalten hatten. In der Feriensaison 2006 betreuten die Teilnehmer dieses Projekts bereits mehr als 1.500 Gäste.

Hilfestellung für ukrainische Regionen durch Vermittlung ausländischer Direktinvestitionen. 2006 erstellte der Projektkoordinator – nachdem im Vorjahr eine regionale Investitionsförderungsagentur in Riwne geschaffen worden war – ein Investitionsprofil der Region, einschließlich eines Industrie- und eines Unternehmensprofils. Die Förderung der Tätigkeit der Agentur bewirkte, dass die Region Riwne von der *Financial Times Group* und ihrem Magazin *fDi* zur *Zukunftsregion 2006/07* für den westlichen Teil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gewählt wurde und sowohl die Stadt als auch die Region Riwne für den Titel des kostengünstigsten Standortes in Europa vorgeschlagen wurden.

Im Herbst weitete das Projekt seine Aktivitäten auf die Region Tschernihiw aus und unterstützte die nationale Investitionsförderungsagentur *InvestUkraine* bei Erhebungen, die den Vertretern der Regionalverwaltung Informationen und Strategien zur Schaffung von

Industriezonen und nachahmenswerte Methoden zur Anwerbung ausländischer Investitionen lieferten.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Good Governance und Stärkung demokratischer Institutionen. Auf Ersuchen der ukrainischen Behörden und mit Unterstützung des BDIMR verlagerte der Projektkoordinator seine Tätigkeit besonders auf die weitere Stärkung der ukrainischen Wahlordnung. Er war der Ukraine bei der Verbesserung der rechtlichen Voraussetzungen für Wahlen, der Verbesserung der Wählerlisten und der Erstellung von Handbüchern für die Institutionen behilflich, die für die Durchführung von Wahlen verantwortlich sind. Die größten Anforderungen in diesem Jahr ergaben sich aus der Hilfestellung beim Aufbau eines zentralen elektronischen Wählerverzeichnisses für die Parlamentswahlen im März. Mithilfe des Projektkoordinators wurden rund 1.300.000 unrichtige Angaben aus den Wählerlisten gestrichen, was wesentlich dazu beitrug, dass die Einhaltung anerkannter demokratischer Standards bei diesen Wahlen international bestätigt wurde.

Unterstützung bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Um der Ukraine bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu helfen, unterstützte der Projektkoordinator eine landesweite Kampagne zur Sensibilisierung für dieses Problem, in deren Mittelpunkt die ukrainische Sängerin und Siegerin des Eurovision-Songcontests 2004, Ruslana, stand. Um die Regierungsbeamten in ihrer wichtigen Rolle bei der Aufdeckung und Verhütung von Menschenhandel zu unterstützen, erstellte das Büro Publikationen über die verschiedenen Aspekte dieses Problems und führte Schulungsseminare für die zuständigen Beamten und Organisationen durch. Der Projektkoordinator half dem Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten auch weiterhin bei der Umsetzung eines Pilotprojekts, das Waisenkindern in der Ukraine die Möglichkeit geben soll, wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit. Gemeinsam mit den neu geschaffenen ukrainischen Verwaltungsgerichten und europäischen Verwaltungsrechtsexperten schlug der Projektkoordinator Änderungen zum Entwurf des Verwaltungsverfahrensgesetzbuchs und zu anderen Rechtsvorschriften die Gerichte betreffend vor, um korrektere Definitionen von Verwaltungsübertretungen und eine bessere Anwendung der neuen Rechtsvorschriften zu ermöglichen. Zur Unterstützung dieser legislativen Tätigkeit arbeitet der Projektkoordinator auch mit der Richterakademie zusammen, um einen Lehrplan für Verwaltungsrecht für neue und bereits berufstätige Richter auszuarbeiten. Auf Ersuchen des Innenministeriums entwickelte der Projektkoordinator ein Projekt zur Beobachtung von Haftanstalten im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte. Gemeinsam mit Rechtsanwälten, Regierungsvertretern und NROs erstellte der Projektkoordinator einen Leitfaden für die Arbeit mobiler Monitoring-Teams, der in die internen Vorschriften des Ministeriums Aufnahme finden soll. Im Oktober wurden Schulungskurse für vier mobile Teams abgehalten.

Im Bereich der Menschenrechte leistete der Projektkoordinator dem Ausschuss für europäische Integration des ukrainischen Parlaments fachliche Unterstützung, indem er unabhängige Gutachten zu Gesetzesentwürfen erstellen und diese auf ihre Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards und europäischen Rechtsnormen hin beurteilten ließ.

Website. Der OSZE-Projektordinator in der Ukraine stellte eine Website in ukrainischer Sprache (<http://www.oscepcu.org>) ins Netz, die Bürger, staatliche Stellen, die Zivilgesellschaft und Journalisten über die Tätigkeit des Koordinators informiert.

Projektordinator:

Botschafter James F. Schumaker

Revidierter Gesamthaushalt: € 2.323.600

www.osce.org/ukraine

Südkaucasus

Das Büro in Baku

[map]

Office in Baku = Büro in Baku

Baku = Baku

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Büro engagierte sich in der gesamten Bandbreite der demokratiepolitischen Bestrebungen Aserbaidschans und seiner Verpflichtungen als Teilnehmerstaat, wobei die abgewickelten Projekte an Umfang wie auch an Vielfalt zunahmen. Im Mittelpunkt standen für das Büro die Hilfeleistung bei der Reform der Polizei und der Justizverwaltung sowie der Kampf gegen Korruption.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. Lehrer der Polizeischule in Baku, die jüngst in modernen Unterrichtsmethoden geschult wurden, veranstalteten für ihre Kollegen einen zweiten Kurs, bei dem Partner aus der Tschechischen Republik als Mentoren fungierten. Nunmehr hat das gesamte Lehrpersonal den Kurs abgeschlossen.

Im Juli startete das Büro sein aus drei Phase bestehendes Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit, durch das die Polizei näher an die Bürger heranrücken soll. Es umfasste Seminare, Vorträge, öffentliche Veranstaltungen sowie Hörfunk- und Fernsehsendungen. Örtliche Polizeibeamte besuchten auch die Türkei, um sich dort mit der bürgernahen Polizeiarbeit vertraut zu machen.

Versammlungsfreiheit. 2006 veranstaltete das Büro mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zwei weitere Schulungskurse für das Innenministerium und zum ersten Mal auch einen Kurs für die Polizei von Baku. Führung und Kontrolle, Lagebeurteilung und rechtliche Verpflichtungen – geübt in der realen Umgebung eines Kommandopostens – wurden ergänzt durch praktische Übungen im Umgang mit großen Menschenansammlungen. Höhepunkt war eine Vorführung des Erlernten vor den Medien, der internationalen Gemeinschaft und hochrangigen Regierungsvertretern.

Beseitigung gelagerter Raketentreibstoffkomponenten. Die Nordatlantikvertrags-Organisation begann, unterstützt durch das Büro, in zwei Lagerstätten von flüssigem Raketentreibstoff in Aserbaidschan mit der Entsorgung des *Mélange*-Anteils des Treibstoffs. Mit Hilfe eines internationalen Experten startete das Büro Projekte zur Überwachung der Situation, nachdem in einer der beiden Lagerstätten *Samin* ausgelaufen war.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Das Büro legte eine Datenbank bestehender und potenzieller aserbaidjanischer Exporteure an. Sie ist ein wichtiges Hilfsmittel für die unternehmerische Tätigkeit und die regionale Wirtschaftsentwicklung. Die Datenbank bietet allen, die darin eingetragen sind, Zugang zu Fachwissen, Know-how und bewährten Praktiken führender Investitionsförderungsagenturen in den Volkswirtschaften anderer Reformländer.

Kampf gegen Korruption. Das Büro half bei der Einrichtung eines funktionsfähigen Antikorruptionsnetzwerks. In Zusammenarbeit mit *Transparency Azerbaijan* schuf das Büro ein neues Korruptionsbekämpfungszentrum in Guba und es unterstützte auch die Zentren in Baku, Gandscha und Lenkaran. Die Zentren nehmen Meldungen über Korruptionsfälle von Betroffenen entgegen und helfen ihnen gegebenenfalls, diese Fälle vor Gericht zu bringen. Sie ermutigen auch die zuständigen Behörden, die neuen Rechtsvorschriften durchzusetzen und die Fälle zu bearbeiten.

Wasserfragen. Das Büro unterstützte wie bisher die *Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)*, eine gemeinsame Aktivität der OSZE sowie des Entwicklungsprogramms und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Das Büro unterstützte auch weiterhin das von der OSZE und der NATO betriebene Programm zur *Flussüberwachung* im Südkaukasus. Dreißig Wasserbeobachtungsstationen im Einzugsgebiet der Flüsse Kura und Arax liefern wertvolle Daten für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen der Region, bei der ein Gleichgewicht zwischen dem steigenden Bedarf der Haushalte und der Industrie und den Bedürfnissen eines fragilen Ökosystems gehalten werden muss.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

RECHTSSTAATLICHKEIT

Verbesserung der Untersuchungshaft. Eine Expertengruppe, die vom Büro zur Verbesserung des Untersuchungshaftsystems eingesetzt wurde, erarbeitete Abänderungen zum Gesetzesentwurf über die Untersuchungshaft, der zurzeit vom Ständigen Ausschuss des Parlaments geprüft wird.

Prozessbeobachtung. 2006 beobachtete das Büro im Rahmen seines Langzeitprogramms, das auf die stärkere Achtung des Rechts auf ein faires Verfahren und die Förderung der Rechts- und Justizreform im Land abzielt, über 250 Gerichtsverfahren.

Unschuldsvermutung. Das Büro verfasste einen Bericht darüber, wie die Unschuldsvermutung im Land gehandhabt wird. Es empfahl unter anderem, dass Beamte und die Medien es unterlassen, den Ruf von Angeklagten zu schädigen, und dass Stellungnahmen von Beamten zu laufenden Strafverfahren strenger geregelt werden.

Verbesserung der Jugendstrafrechtspflege. Im Rahmen der Unterstützung des Büros bei der Abstimmung der nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren mit den internationalen Verpflichtungen des Landes bezüglich der Rechte des Kindes trafen Vertreter verschiedener Ministerien und der Zivilgesellschaft regelmäßig zusammen, um die Entwicklung eines Systems der Jugendstrafrechtspflege zu erörtern. In der Arbeitsgruppe ging es unter anderem um Prävention, Strafmaßnahmen und soziale Integration.

Programm zur Verhütung von Folter. Das Büro veranstaltete über 25 Schulungskurse für Richter, Beamte der Staatsanwaltschaft und Verwalter von Strafvollzugsanstalten.

Das Büro gab eine für die Öffentlichkeit bestimmte Broschüre mit dem Titel *200 Fragen – 200 Antworten zu Folter* und ein Handbuch *Aufdeckung und Bestrafung von Folter* für Beamte der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, Richter und Rechtsanwälte heraus.

DEMOKRATISIERUNG

Programm zum Aufbau von Kapazitäten. Das Büro organisierte zwei Arbeitstagungen für inländische Nichtregierungsorganisationen (NROs), die im Bereich Gender Mainstreaming, Frauenrechte und Bekämpfung des Menschenhandels tätig sind. Dabei wurde eine Reihe von Methoden zur Vertretung der Interessen der Betroffenen aufgezeigt, unter anderem öffentliche Mitsprache, Führung von Musterprozessen und *Community Organizing*. Im Dezember ließ das Büro Schulungskurse zum Thema Gestaltung der Beziehungen zu den Medien folgen.

Das Büro leistete Unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzen über Vereine, Stiftungen, Wohltätigkeitsorganisationen und Freiwilligenverbände und zeigte Mängel in bestehenden Gesetzen auf.

Medienfreiheit. Durch eine Reihe von Seminaren förderte das Büro eine ausgewogenere, sachkundigere und umfassendere Medienberichterstattung und ermöglichte eine verantwortungsvolle und umfassende öffentliche Debatte über Fragen wie Arbeitsmigration, Gewalt in der Familie und Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro unterstützte die Ausbildung von Journalisten und Regierungssprechern, um deren berufliche Kompetenz zu steigern, und nahm im Mai seine Mediengesprächsrunden wieder auf, um internationalen Organisationen eine Plattform zum Informationsaustausch zu bieten.

Um das rechtliche Umfeld für die Medien zu verbessern, half das Büro, eine Diskussion über das Gesetz gegen Verleumdung und üble Nachrede in Gang zu setzen. Ein Journalistenverband wird sich mit Unterstützung des Büros für die völlige Entkriminalisierung der üblen Nachrede und für Abänderungen im Zivilgesetzbuch einsetzen, wobei es insbesondere um die Festlegung von Obergrenzen für Entschädigungen geht.

Das Büro beauftragte ein Team der British Broadcasting Corporation, das öffentlich-rechtliche Fernsehen in seiner derzeitigen Form und den unmittelbaren Entwicklungsbedarf zu bewerten. Der Bericht, der im Oktober vorgelegt wurde, dient dem Büro als Grundlage für seine laufenden Bemühungen um Mithilfe bei der Umgestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in eine professionelle öffentliche Rundfunkanstalt, in der ausgewogen berichtet wird.

Gewalt in der Familie. Das Büro ermöglichte Diskussionen über den Entwurf eines Gesetzes über Gewalt in der Familie und half bei der Koordinierung der Bemühungen um Schulung von Polizei- und Justizbeamten insbesondere in ländlichen Gebieten.

Genderfragen. Im Februar entsandte das Büro ein Team nach Südaserbajdschan, das die Aufgabe hatte, die Lage hinsichtlich der Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Frauen zu beurteilen, herauszufinden, welche staatlichen und Nichtregierungsorganisationen

versuchen, hier Abhilfe zu schaffen, und Strategien zur Förderung der Gleichbehandlung zu empfehlen. Das Team empfahl, 2007 ein Zentrum einzurichten, über das alle Frauen in der Region erreicht werden können. Im Mai setzte das Büro eine ausführliche öffentliche Debatte über das *Gleichbehandlungsgesetz* in Gang, um im Zuge der Ausarbeitung des Gesetzes das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen. Die Teilnehmer richteten an die Redakteure des Gesetzestextes Stellungnahmen und Empfehlungen.

Menschenhandel. Das Büro und das Innenministerium setzten ein Gebäude in Guba, das im Land die erste sichere Unterkunft für Opfer von Menschenhandel und durch Menschenhandel gefährdete Personen werden soll. Das Büro erstellte und finanzierte auch einen Ausbildungsplan für gefährdete Frauen in Guba, einer Bezirkshauptstadt im Norden des Landes. Mit Unterstützung der Kommunalverwaltung erhielten junge Frauen eine Ausbildung zu Sekretärinnen und Hilfe bei der Arbeitssuche, wodurch ihr Gefährdungspotenzial verringert werden soll.

Leiter des Büros:
Botschafter Maurizio Pavesi
Revidierter Gesamthaushalt: € 1.733.000
www.osce.org/baku

Die Mission in Georgien

[map]

Mission to Georgia = Mission in Georgien

Seconded staff to the UN HROAG = Zur UN HROAG entsandtes Personal

Office of the Personal Representative of the OSCE CiO on the Conflict Dealt with by the OSCE Minsk Conference = Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Tbilisi = Tiflis

Tskhinvali = Zchinwali

Internationale Grenzen
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Im Prozess zur Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts – einem der Schwerpunkte des Missionsmandats – war dieses Jahr eine Stärkung der Vertrauensbasis durch wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verzeichnen, doch gab es nur geringe politische Fortschritte. Der Dialog in der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) kam Ende des Jahres zum Stillstand und es gab keinerlei Fortschritte in Richtung einer Entmilitarisierung. Durch einige Zwischenfälle verschärften sich die allgegenwärtigen Spannungen in der Konfliktzone. Dazu zählten der Beschuss eines die Zone überfliegenden Hubschraubers des georgischen Verteidigungsministeriums, ein Schusswechsel mit tödlichem Ausgang zwischen der

georgischen und der ossetischen Miliz und mehrere Explosionen, die teilweise durch Landminen ausgelöst wurden.

Dennoch wurde im Bereich der Vertrauensbildung einiges erreicht. Die Mission stellte eine Bedarfserhebungsstudie hinsichtlich der wirtschaftlichen Infrastruktur in der Konfliktzone und den angrenzenden Gebieten fertig und leitete anschließend ein großes internationales *Programm für wirtschaftlichen Wiederaufbau* unter OSZE-Führung in die Wege.

Die Mission arbeitete an der Weiterentwicklung ihrer Programme in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere betreffend Strafvollzugsanstalten, um diese auf weitere Regionen ausdehnen zu können. Sie unterstützte die Reform der Hauptwahlbehörde vor und nach den Kommunalwahlen vom Oktober. Die Mission half der Regierung weiterhin beim Aufbau von Kapazitäten hinsichtlich Grenzmanagement, Polizeireform und Terrorismusbekämpfung. Sie leistete auch Unterstützung bei der Gestaltung der Regierungspolitik in Bezug auf Good Governance und Korruptionsbekämpfung.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

KONFLIKTBEILEGUNG

Der georgisch-ossetische Konflikt. Um zur Lösung des Konflikts auf friedlichem Wege beizutragen, setzte die Mission die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in der politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Dimension ein.

An der politischen Front beteiligte sie sich aktiv an den Sitzungen der JCC, in denen Georgien, Südossetien, Nordossetien und Russland gemeinsam den Vorsitz führen, und sie intensivierte die Konsultationen mit allen Beteiligten, um zu gewährleisten, dass die Konfliktparteien den Dialog weiterführen und nach allseits akzeptablen Lösungen suchen.

START BOX

Wirtschaftlicher Wiederaufbau in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts

Die Mission ist in zwei große wirtschaftliche Wiederaufbauinitiativen in der Konfliktzone eingebunden. Die Konfliktparteien sind sich darin einig, dass die Umsetzung solcher Programme ein wirksamer Mechanismus für Vertrauensbildung und letztendlich für die vollständige Lösung des Konflikts ist. Die Mission koordinierte weiterhin ein Programm, das von der Europäischen Kommission mit 2,5 Millionen EUR subventioniert wird. Im Anschluss an eine unter Leitung der OSZE durchgeführte Bedarfserhebungsstudie zu den Themen soziale Infrastruktur, Straßen, Landwirtschaft, Privatwirtschaft und Finanzen setzte die Mission auch eine einzigartige internationale Initiative in Gang. Gestützt auf internationale Mittelzusagen von fast 8 Millionen EUR und in enger Zusammenarbeit mit den vier Parteien und der internationalen Gemeinschaft begann die Mission im Oktober mit der Umsetzung des groß angelegten *Programms für wirtschaftlichen Wiederaufbau* durch Erstellung von Plänen und logistischen Konzepten für Sofortprojekte wie etwa die Wiederherstellung der Wasserversorgung in Zchinwali und die Bereitstellung von Zuschüssen an örtliche Landwirtschaftsverbände.

END BOX

Die Mission forderte die Konfliktparteien erneut eindringlich auf, die Sicherheitslage zu verbessern, insbesondere indem sie vorschlug, die Entmilitarisierung der Konfliktzone voranzutreiben und die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung zu fördern.

Die Mission setzte mehrere Initiativen zur Herstellung des Vertrauens zwischen den Volksgruppen fort, darunter Programme für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sanierung der Infrastruktur, die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte und die Schulung von Journalisten in Konfliktberichterstattung, damit die Medien über die Ereignisse unparteiisch informieren.

Die Beobachtung der Tätigkeit der Gemeinsamen Friedenstruppen (JPKF) und der Sicherheitslage in der Konfliktzone bleibt eine wichtige Aufgabe der Mission.

Der georgisch-abchasische Konflikt. Der Friedensprozess wurde im Mai in dem unter VN-Führung stehenden georgisch-abchasischen Koordinationsrat wiederaufgenommen, kam jedoch im Juli nach einem groß angelegten georgischen Sondereinsatz in dem unter georgischer Kontrolle stehenden oberen Kodori-Tal in Abchasien und der dortigen Gründung einer „Exilregierung“ wieder zum Stillstand.

Da die Zustimmung von abchasischer Seite immer noch aussteht, konnte auch 2006 in Gali keine Außenstelle des gemeinsamen VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in Abchasien (Georgien) eröffnet werden.

SONSTIGE AKTIVITÄTEN IN DER POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION

Vernichtung veralteter Waffen. Wie bisher wurde von der Mission veraltete Munition zerlegt und – wenn dies nicht möglich war – vernichtet. Die Mission verbesserte die Infrastruktur in der Demontageanlage, sorgte für die Wiederaufbereitung von rund 3500 Behältern mit Nebelstoff und schloss die Installation einer TNT-Schmelzvorrichtung ab.

Polizeireform. Die Mission leistete dem Innenministerium weiterhin Hilfestellung bei der Umsetzung seiner Polizeireform und legte somit den Grundstein für die zukünftige Arbeit in Bereichen wie Personalmanagement und Entwicklung der bürgernahen Polizeiarbeit.

Im Kampf gegen Geldwäsche verhalf die Mission dem Ministerium und der Finanzpolizei zu mehr analytischer Kompetenz durch organisatorische Unterstützung bei der Einführung moderner Software.

Terrorismusbekämpfung. Die Mission startete eine Reihe spezieller Schulungsprogramme in Krisenmanagement und unterstützte das Innenministerium beim Aufbau eines Krisenmanagementzentrums.

In Zusammenarbeit mit der britischen Cranfield University und New Scotland Yard ebnete die Mission den Weg für die Schaffung einer Bomben-Datenzentrale in Georgien.

Auch andere Projekte trugen zum strategischen Ziel des *Terrorismusbekämpfungsprogramms* der OSZE bei. So wurde etwa das georgische Innenministerium beim Aufbau nachhaltiger Fähigkeiten zur Entwicklung langfristiger Kapazitäten im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt.

Die Mission half georgischen Stellen, die Zusammenarbeit mit ihren Amtskollegen in

europäischen Ländern, insbesondere Frankreich, Österreich, Rumänien und Spanien, zu festigen.

Stärkung der Grenzmanagement-Kapazitäten. Im Juni schloss die Mission erfolgreich ein einjähriges Programm zur Verbesserung der Kapazität der georgischen Grenzpolizei in Fragen des Grenzmanagements ab. Das *Ausbildungsunterstützungsprogramm* der OSZE-Mission hatte zum Ziel, die Kenntnisse, die im Laufe der fünfjährigen Grenzbeobachtung erworben wurden, weiterzugeben.

Insgesamt 784 Offiziere mittlerer Ränge und Unteroffiziere absolvierten die Ausbildung, einige von ihnen werden als zukünftige Ausbilder ins Auge gefasst.

Im August begann die Mission mit einem neuen dreistufigen Ausbildungsprogramm:

- Schulung von Ausbildnern – als Reaktion auf das Ersuchen der georgischen Grenzpolizei um Unterstützung bei der Schaffung einer funktionellen Schulungseinrichtung
- Kriseninterventionstraining – Stärkung der Kapazitäten der Kriseninterventionseinheit der georgischen Grenzpolizei
- Einsatzplanung – Zielgruppe ist hochrangiges, im Grenzmanagement tätiges Personal in den regionalen Kommandostellen und der Zentrale der georgischen Grenzpolizei

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftliche Fragen. Die Mission konzentrierte sich auf die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Unterstützung im Kampf gegen Korruption und die Erteilung wirtschaftspolitischer Anleitungen an die Regierung. Die Mission produzierte ein Handbuch über die neuen Zollvorschriften, das den Handel erleichtern und an den Grenzen verteilt werden soll, sie organisierte ein Sommerlager, bei dem Jugendlichen betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse vermittelt wurden, und schloss eine ausführliche Analyse ab, die gemeinsam mit dem Parlament durchgeführt wurde und der Förderung einer soliden wirtschaftspolitischen Planung dienen soll.

Umweltfragen. Die Mission war darauf bedacht, stabilitätsbedrohende und konflikträchtige Umweltprobleme aufzuzeigen. Unter Mitwirkung des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unterstützte die Mission die OSZE/VN-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) bei der Entwicklung von Projekten in ökologisch bedenklichen Bereichen. Sie unterstützte weiterhin das *Flussüberwachungsprojekt* von NATO und OSZE und half nach wie vor mit, im Wege des Aarhus-Zentrums das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu heben.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Die Mission setzte die Beobachtung einzelner Fälle von Menschenrechtsverletzungen fort. Sie beobachtete Gerichtsverfahren, erteilte Opfern Rechtsberatung und brachte mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen der Regierung gegenüber zur Sprache. Sie kontrollierte auch die

Haftbedingungen in georgischen Gefängnissen und verfolgte die Bemühungen der Regierung in Fragen der Justizreform.

Sie bot umfangreiche Schulungsprogramme zu folgenden Themen an: internationale Menschenrechtsnormen für Mitarbeiter des Justizministeriums, Strafrecht für die Ermittlungsbeamten und Staatsanwälte der Autonomen Republik Adscharien und neue arbeitsrechtliche Bestimmungen für öffentlich Bedienstete.

Die Mission initiierte und finanzierte die Menschenrechtsausbildung in Schulen in den Regionen und unterstützte ein Programm, in dessen Rahmen Untersuchungshäftlingen in Westgeorgien kostenlos rechtlicher Beistand angeboten wurde.

DEMOKRATISIERUNG

Ein Großteil der Aktivitäten konzentrierte sich dieses Jahr auf Kwemo Kartli, eine Region mit zahlenmäßig starken nationalen Minderheiten. Drei Ressourcenzentren erhielten technische und finanzielle Unterstützung für die Abhaltung von Computerkursen, für die rechtliche Beratung und Schulung der ortsansässigen aserbajdschanischen, armenischen und georgischen Bevölkerung in Menschenrechtsfragen sowie für Georgisch-Sprachkurse bei gegebenem Bedarf. Die Mission leistete einer Reihe von neu gegründeten NROs in den beiden entlegenen Bezirken Zalka und Dmanissi Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen vom Oktober 2006 hielt die Mission mit Regierungsstellen und internationalen Organisationen Koordinationssitzungen auf technischer und auf Botschafterebene ab. Sie leistete der Hauptwahlbehörde finanzielle Unterstützung beim Start einer umfangreicheren und informativeren Website und führte gemeinsam mit dem *National Democratic Institute* und dem Europarat strategische Beratung durch. Darüber hinaus finanzierte sie die Überwachung und Prüfung der von der Hauptwahlbehörde vorgenommenen Aktualisierung der Wählerlisten. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR gründeten und leiteten die Mission und das Parlament das Zentrum für parlamentarische Reformen, das die Aktivitäten von Gebern koordinieren und die Parlamentsführung strategisch beraten wird.

Rechtsstaatlichkeit. Die Mission erarbeitete praktische Empfehlungen für eine wirksame Reform der Strafvollzugsanstalten, organisierte ein berufliches Fortbildungsprogramm für Justizvollzugsbeamte und Bewährungshelfer und unterstützte Resozialisierungsprogramme für Gefängnisinsassen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission setzte sich mit der Regierung und der Zivilgesellschaft für die Verabschiedung von Gesetzen gegen den Menschenhandel ein. Sie organisierte Kurse für Beamte der Strafverfolgungsbehörden und die Medien und subventionierte städtische und regionale NROs, die sich der Bekämpfung des Menschenhandels an der Basis widmen, mit kleinen Beihilfen.

Medienfreiheit. Die Mission befasste sich intensiv mit der Verbesserung des Informationsflusses zwischen Tiflis und jenen Regionen, die vorwiegend von nicht georgischsprachigen ethnischen Minderheiten besiedelt sind. In den Bezirken Marneuli und Bolnissi finanzierte die Mission die Wiederholung der Abendnachrichten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens mit Simultanübersetzung ins Aserbajdschanische. Sie ermöglichte auch einen Besuch von 15

Journalisten führender Zeitungen aus Tiflis im Bezirk Samzche-Dschawacheti im Süden des Landes, durch den zu einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung über diese armenischsprachige Region in der landesweiten Presse angeregt werden sollte.

Missionsleiter:

Botschafter Roy Reeve

Revidierter Gesamthaushalt: € 11.690.600

www.osce.org/georgia

Das Büro in Eriwan

[map]

Office in Yerevan = Büro in Eriwan

Kapan = Kapan

Yerevan = Eriwan

Internationale Grenzen

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Büro machte 2006 große Fortschritte in zwei wichtigen laufenden Projekten: der Wiederaufbereitung einer Raketentreibstoffkomponente und der Förderung des Vertrauens zwischen der Polizei und der Bevölkerung.

Das Büro erweiterte auch sein Tätigkeitsfeld im Wirtschafts- und Umweltbereich, wobei es vor allem sein rechtliches und politisches Fachwissen in den Fragen Wahlen, Migration, Bekämpfung des Menschenhandels, Medien sowie Computer- und Netzsicherheit weitergab. Es arbeitete am Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Menschenrechte, Gleichberechtigung und *Youth Leadership*.

Wahlreform. Im Hinblick auf die Wahlen im Mai 2007 unterstützte das Büro die Behörden bei der Reform der *Wahlordnung* entsprechend den Empfehlungen des BDIMR und der Venedig-Kommission. Die meisten dieser Empfehlungen wurden in die Neufassung aufgenommen. Das Büro unterstützte auch die Herausgabe von zwei Handbüchern über Wahlabwicklungsverfahren.

Unterstützung der Nationalversammlung. Aufbauend auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre unterstützte das Büro berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal der Nationalversammlung durch einen dreiwöchigen Schulungskurs und einen Studienbesuch ausgewählter Mitarbeiter im belgischen Bundesparlament.

Bekämpfung von Korruption. Das Büro unterstützte die NRO-Koalition gegen Korruption durch Schaffung eines Pilot-Netzwerks von Korruptionsmeldestellen in Eriwan und den Regionen. Im Zuge der Durchsicht der von der Regierung kürzlich beschlossenen *Nationalen*

Antikorruptionsstrategie für den Zeitraum 2007 – 2010 erörterten das Büro und seine internationalen Partner auch Strategien zur Bekämpfung korrupter Praktiken.

Beseitigung der Bestände einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange)

Im Rahmen seiner wirtschafts- und umweltbezogenen sowie politisch-militärischen Aktivität zur Entsorgung von *Mélange* wurde am 12. Mai die Entsorgungsanlage für Raketentreibstoffkomponenten in Kaltachtschi im Norden Armeniens feierlich eröffnet.

„Das *Mélange*-Projekt in Armenien ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was die praktische Zusammenarbeit zwischen der OSZE und einem Teilnehmerstaat bewirken kann, und könnte für die gesamte OSZE-Region durchaus beispielgebend sein“, sagte der Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut, der auf Einladung des armenischen Verteidigungsministers Sersch Sargsjan an der Eröffnung teilnahm.

Das Büro reagierte mit diesem Projekt auf ein Ersuchen des armenischen Verteidigungsministeriums um Unterstützung bei der umweltfreundlichen Wiederverwertung von 872 Tonnen der hochgiftigen und flüchtigen Substanz durch Umwandlung in einen mineralischen Bodenzusatzstoff für landwirtschaftliche Zwecke.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. Das Büro schloss die Renovierung des Polizeiausbildungszentrums ab und begann im November mit einem Folgeprojekt zur Einführung eines neuen Lehrplans und verbesserter Ausbildungsmethoden. Es startete auch ein Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit in einem Testbezirk.

Computer- und Netzsicherheit. Gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe bestehend aus Experten von Strafverfolgungsbehörden organisierte das Büro einen Runden Tisch, der rechtliche und praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Informationssicherheit und zur Unterbindung terroristischer Aktivitäten im Internet empfehlen sollte.

OSZE-Kommunikationsnetz. Das Büro unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Beschaffung der notwendigen Ausrüstung und technischen Unterstützung und bei der Einschulung für den Anschluss an das OSZE-Kommunikationsnetz.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Eröffnung einer Präsenz zur Programmimplementierung in der Provinz Sjunik

Am 30. Juni eröffnete das Büro in Kapan eine Präsenz zur Unterstützung örtlicher Akteure, die sich für wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen unter Berücksichtigung der Umweltrisiken in einer ausgeprägten Bergbauregion wie dieser einsetzen.

Das Büro erarbeitete gemeinsam mit staatlichen Stellen eine rechtliche Grundlage für die Einrichtung solcher Präsenzen in armenischen Regionen.

„Die Regierung verfolgt besonders aufmerksam die Entwicklung der Regionen und ländlichen Gebiete Armeniens und wir sind der OSZE dankbar, dass sie uns dabei unterstützt“, sagte Außenminister Wardan Oskanjan bei der Eröffnung.

Unterstützung bei der Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Das Büro unterstützte die Ausarbeitung des *KMU-Statistikhandbuchs 2004 – 2005* und gab die Schaffung eines Indikatorensystems zur Messung der Effizienz der staatlichen Fördermaßnahmen für KMU in Auftrag. Es leistete auch einen Beitrag zur Übersetzung des von der OSZE herausgegebenen *Best-Practice Guide for a Positive Business and Investment Climate* ins Armenische.

Förderung der Grundsätze der Aarhus-Konvention. Neue Umweltinformationszentren nahmen mit Unterstützung des Büros in den Provinzen Sjunik, Tawusch und Lori ihre Tätigkeit auf. Diese Informationszentren helfen bei der Schaffung eines Klimas der Transparenz in Umweltangelegenheiten durch die Herstellung von Kontakten zwischen Regierungsstellen und einschlägigen NROs.

Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). In Partnerschaft mit dem Umweltprogramm und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und in Verbindung mit der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) engagierte sich das Büro weiterhin in der ENVSEC-Initiative, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Umweltfragen zu fördern. Das Büro konzentrierte seine Tätigkeit auf die von ENVSEC festgestellten ökologischen Krisenherde und veranlasste eine Bewertung der ökologischen Auswirkungen der Rückstängelager von Bergbaubetrieben und Aufbereitungsanlagen. In demselben Rahmen unterstützte das Büro auch dieses Jahr die Umsetzung des von OSZE und NATO gemeinsam betriebenen *Flussüberwachungsprojekts* im Südkaukasus, mit dem eine wissenschaftliche Grundlage für effiziente Wasserbewirtschaftung im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax geschaffen werden soll.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung der Volksanwaltschaft. Das Büro organisierte gemeinsam mit dem BDIMR einen Besuch des neuen armenischen Volksanwalts in der litauischen Volksanwaltschaft. Zweck dieses Besuchs war der Aufbau von Kapazitäten in der Volksanwaltschaft durch Erfahrungsaustausch über den operativen Umgang mit Individualbeschwerden. Gemeinsam mit der Volksanwaltschaft organisierte das Büro am Internationalen Tag der Menschenrechte eine Konferenz über die Menschenrechtsslage im Land.

Reformen in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug. Das Büro unterstützte die Einführung der offiziellen Website der Rechtsanwaltskammer und die Veröffentlichung einer vom Ausbildungszentrum der Generalstaatsanwaltschaft erstellten Studie über *Justizsysteme in Europa und den USA*. Es initiierte gemeinsam mit dem Europarat Schulungen in europäischen Menschenrechtsnormen für Rechtsanwälte und Volksanwälte und veranstaltete mit dem BDIMR Kurse mit Schwerpunkt auf der Untersuchung von Fällen häuslicher Gewalt und Sexualdelikten.

Das Büro organisierte für Mitarbeiter des Justizministeriums zwei Arbeitstagungen über Alternativstrafen, unterstützte die Beobachtungstätigkeit der Zivilgesellschaft in Strafvollzugsanstalten und die Herausgabe des Jahresberichts des Öffentlichen Beobachtungsausschusses. Das Büro spielte auch eine maßgebliche Rolle in einem dreimonatigen Pilotprojekt zur öffentlichen Beobachtung von Polizeigefängnissen.

Menschenrechte in der Armee. Das Büro veranstaltete einen Runden Tisch, bei dem Abänderungen an der derzeitigen Rechtslage in Bezug auf den Wehrersatzdienst sowie die Schaffung von Mechanismen für eine zivile Kontrolle der Armee empfohlen wurden.

Aufklärungsarbeit. Das Büro unterstützte die Produktion von drei Fernseh-Werbespots öffentlich-rechtlicher Sender zu den Themen Toleranz, faires Verfahren und Verbot von Folter. Es half auch bei der Organisation einer Konferenz zum Internationalen Tag der Toleranz.

Medienfreiheit. Das Büro veranstaltete öffentliche Diskussionen über Medienfreiheit und Informationsfreiheit und vermittelte ein Gutachten über das Medienrecht. Es verfolgte die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht über Armenien, den der Beauftragte für Medienfreiheit im Juli herausgegeben hatte.

Bemühungen im Kampf gegen Menschenhandel. Das Büro leistete durch Einbringung seines Fachwissens und technische Unterstützung Hilfe bei der Erstellung und Überarbeitung des *Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels*. Es veranstaltete Schulungskurse und Seminare über die Umsetzung der nationalen Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro leistete auch zwei NROs technische Unterstützung bei der Durchführung von Studien über den Menschenhandel.

Migration und Freizügigkeit. Als Reaktion auf Ersuchen der Regierung und der Zivilgesellschaft lieferte das Büro Gutachten zur Migrationssteuerung mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Rechte von Migranten und Rückkehrern und deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft und es leistete Unterstützung bei der Verbesserung der migrationsrechtlichen Bestimmungen. Das Büro gab eine Studie über Arbeitsmigrationsströme aus und zurück nach Armenien in den Jahren 2002 – 2005 in Auftrag.

Behandlung von Genderfragen. Das Büro half bei der Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans 2004 zur Förderung von Frauen* und unterstützte BDIMR-Projekte zur Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen. Durch einen Aufsatzwettbewerb förderte das Büro auch das Genderbewusstsein unter Jugendlichen.

Leiter des Büros:
Botschafter Wladimir Prjachin
Revidierter Gesamthaushalt: € 1.599.200
www.osce.org/yerevan

Zentralasien

Das Zentrum in Almaty

[map]

Centre in Almaty = Zentrum in Almaty

Liaison Office = Verbindungsbüro

Almaty = Almaty

Astana = Astana

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Zentrum widmete sich 2006 besonders der Unterstützung Kasachstans bei der Umsetzung seiner internationalen Verpflichtungen, wie etwa des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* (ICCPR). Das Zentrum sorgte für eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft und ermutigte beide zur Mitarbeit im Gesamtspektrum seiner Programme.

Im Sinne seiner Schwerpunktsetzung konzentrierte sich das Zentrum auf die Modernisierung der Polizeiarbeit und den Kampf gegen den Terrorismus. Es betätigte sich im Kampf gegen Korruption, Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus und unterstützte Umweltbewusstsein und Umwelterziehung. Ein weiteres Schwerpunktthema des Zentrums war die Bekämpfung des Menschenhandels.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Aufbau eines modernen Polizeidienstes. Durch einen Informationsaustausch mit der spanischen *Policía de Comunidad* und britischen Polizeidienststellen über bewährte Praktiken half das Zentrum beim Aufbau der kasachischen Polizeitruppe. Zur Unterstützung dieser Aktivitäten veranstaltete es eine Konferenz, bei der Polizeibeamte ihre Meinungen über die Tätigkeit der Strafverfolgungsorgane in Sachen Verbrechenverhütung und die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NROs) in diesem Prozess austauschten.

Vernichtung gefährlicher Waffen und Munition. Als Reaktion auf Sicherheits- und Umweltbedenken Kasachstans leistete das Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten und der FSK-Unterstützungsgruppe weiterhin Beistand bei der Beseitigung der äußerst gefährlichen Raketentreibstoffkomponente *Mélange*.

Bekämpfung des Terrorismus. Das Zentrum unterstützte Schulungsmaßnahmen für kasachische Beamte und Armeeeoffiziere, damit im Kampf gegen den Terrorismus der Wahrung der Menschenrechte besondere Beachtung geschenkt wird.

Vertrauensbildung. Zur Förderung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im Einklang mit dem *Wiener Dokument 1999* veranstaltete das Zentrum eine Serie von Schulungskursen über regionale Rüstungskontrolle für Armeeeoffiziere aus den zentralasiatischen Ländern.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN

Kampf gegen Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus. Das Zentrum veröffentlichte ein Praxishandbuch für Unternehmer von Klein- und Mittelbetrieben über die Aufgaben und Pflichten staatlicher Stellen im Kampf gegen Korruption. Zur Unterstützung der Behörden im Kampf gegen Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus veranstaltete das Zentrum eine Reihe von Gesprächsrunden in neun Regionen in ganz Kasachstan, einem Land von der Größe Westeuropas. Es wurden nicht nur Experten aus Zentralasien sondern auch aus OSZE-Partnerstaaten wie Afghanistan und der Mongolei eingeladen.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Förderung der Aarhus-Konvention zu Umweltfragen. Das Zentrum arbeitete ein Handbuch aus, in dem erläutert wird, wie öffentliche Anhörungen bei verschiedenen Arten von umweltpolitischen Entscheidungen organisiert werden, etwa bei der Ausarbeitung nationaler und regionaler Pläne, bei Umweltverträglichkeitsprüfungen oder bei der Erteilung von Genehmigungen für wirtschaftliche Aktivitäten, die eine Belastung für die Umwelt bedeuten könnten.

Förderung der Umweltsicherheit. Das Zentrum verbreitete in oder in der Nähe von kontaminierten Bereichen des früheren Atomtestgeländes Semipalatinsk Informationen zum Thema Strahlenschutz. Im Anschluss an eine Informationskampagne in diesem Gebiet wandte sich das Zentrum an Jugendliche aus der Region Semipalatinsk, denen auf einem zweiwöchigen Sommerlager in Almaty Grundkenntnisse in Strahlenschutz und die Grundregeln für das Verhalten in kontaminierten Gebieten vermittelt wurden.

Nachhaltige Entwicklung als Unterrichtsthema. Das Zentrum intensivierte seine Tätigkeit in Bezug auf Bildungsmaßnahmen zum Thema nachhaltige Entwicklung und widmete sich insbesondere der Aufnahme der Grundsätze der nachhaltigen Umweltentwicklung in die kasachischen Lehrpläne.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Umsetzung internationaler Verpflichtungen, Wahlreformen, Demokratisierung. Ab Februar veranstaltete das Zentrum eine Reihe von Seminaren über die Umsetzung des ICCPR, die vor allem der Harmonisierung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit internationalen Verpflichtungen unter besonderer Beachtung von Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Religions- und Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit und Maßnahmen gegen Folter gewidmet waren.

Hinsichtlich Wahlreformen unterstützte das Zentrum in Zusammenarbeit mit der kasachischen Hauptwahlbehörde die weitere Verbesserung der Wahlgesetze im Sinne der

Empfehlungen des BDIMR durch Gespräche am Runden Tisch unter breiter Beteiligung von Vertretern politischer Parteien und der Zivilgesellschaft.

Das Zentrum unterstützte wie bisher die demokratische Entwicklung im Land. Zwei Konferenzen zu den Themen Förderung der öffentlichen Mitsprache in parlamentarischen Entscheidungsprozessen und Aufbau der lokalen Selbstverwaltung wurden mit Unterstützung des Zentrums organisiert.

Maßnahmen gegen den Menschenhandel, Gleichberechtigung. Das Zentrum machte auf Zwangsarbeit und Kinderhandel aufmerksam, indem es gemeinsam mit dem Außenministerium eine zentralasiatische Regionalkonferenz zu dieser Frage ermöglichte. Nach Beurteilungsmissionen in einigen Regionen organisierte das Zentrum für örtliche Beamte, Mitarbeiter der Strafverfolgungsorgane und Journalisten Arbeitstagungen und Schulungsveranstaltungen zum Thema Menschenhandel.

In Sachen Genderfragen setzte sich das Zentrum gemeinsam mit nationalen und internationalen Experten für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe ein, die ein Gleichbehandlungsgesetz ausarbeitet, und es veranstaltete informelle Anhörungen und Gespräche am Runden Tisch zu dem Gesetzesentwurf. Dieser Entwurf, der weitgehend das *Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* übernimmt, wurde 2006 vom Parlament zur weiteren Prüfung angenommen.

Rechtsstaatlichkeit. In Zusammenarbeit mit Experten des BDIMR widmete sich das Zentrum Fragen der Rechtsstaatlichkeit, unter anderem dem Follow-up zu einem zweijährigen Prozessbeobachtungsprojekt, mit dem Ziel, in der Justiz Verbesserungen herbeizuführen. Das Zentrum gab auch Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen ab, die im Parlament eingebracht wurden, insbesondere in Bezug auf Versammlungsfreiheit und Medien. Es leistete Beiträge zu weiteren Reformen im Strafvollzugssystem, etwa zur gewissenhafteren Achtung der Menschenrechte und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Gefängnissen, und es setzte sich für ein öffentliches Monitoring in Polizeizellen ein.

Entwicklungen im Medienbereich. Das Zentrum verfolgte weiterhin die Entwicklungen im Medienbereich und unterstützte die Ausbildung von Journalisten, insbesondere in den Regionen. Themen waren unter anderem das Zusammenspiel zwischen Medien und der Zivilgesellschaft sowie das Medienrecht, das im Zentrum der öffentlichen Debatte steht. Um eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Vertretern und Journalisten zu erreichen, führte das Zentrum ein landesweites Schulungsprogramm zur Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen staatlichen Stellen und Medienunternehmen durch.

Leiter des Zentrums:

Botschafter Ivar Vikki

Revidierter Gesamthaushalt: € 1.936.100

www.osce.org/almaty

Das Zentrum in Aschgabad

[map]

Centre in Ashgabad = Zentrum in Aschgabad

Ashgabad = Aschgabad

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Zentrum intensivierte seine Bemühungen, Turkmenistan bei der Übernahme der OSZE-Verpflichtungen und -Werte in seine Politik zu unterstützen, es bemühte sich um größere Breitenwirkung und verstärkte seine Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und internationalen Gebern.

Das Zentrum befasste sich weiterhin schwerpunktmäßig mit der Grenzsicherung, der Bekämpfung von Terrorismus und des illegalen Handels mit Drogen sowie mit Kleinwaffen und leichten Waffen, der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), der Hebung des öffentlichen Bewusstseins für Umweltfragen, der Übernahme internationaler Menschenrechtsnormen in das nationale Rechtssystem und der Förderung der Zivilgesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Bildungswesen und der Arbeitsplatzbeschaffung für Jugendliche. Eine Reihe einzelner Rechtsfälle, die den Behörden zur Kenntnis gebracht worden waren, wurde positiv gelöst.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Grenzsicherung und -management. In enger Zusammenarbeit mit den turkmenischen Strafverfolgungsbehörden führte das Zentrum an den Grenzübertrittsstellen Turkmenbaschi und Turkmenabat einen einwöchigen Praxislehrgang zu Fragen des Grenzmanagements durch. Vier internationale Experten berichteten turkmenischen Grenz- und Zollbeamten über ihre Erfahrungen und bewährte Praktiken hinsichtlich der operativen Aspekte des Grenzmanagements.

Bekämpfung des Drogenhandels. Das Zentrum unterstützte das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung bei der Durchführung eines zweiwöchigen Praxislehrgangs für Mitarbeiter der turkmenischen Strafverfolgungsbehörden über die Durchsuchung von Eisenbahnwaggons und Schiffen nach Drogen. Gemeinsam mit dem TACIS-Programm der Europäischen Union half es bei der Organisation eines zweiwöchigen Praxislehrgangs zu Überprüfungsverfahren für Personen und Güter an Grenzübertrittsstellen.

Förderung der Vertrauens- und Sicherheitsbildung. Das Zentrum setzte seine Aktivitäten im Rahmen des Programms *Förderung der Vertrauens- und Sicherheitsbildung in Zentralasien* fort und veranstaltete zwei zweitägige Arbeitstagungen zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels und zur Rückverfolgung von Kleinwaffen und leichten Waffen. Sieben internationale Experten sprachen über Fragen, die von der besseren Sicherung der Lagerbestände und der Vernichtung überschüssiger Kleinwaffen und leichter Waffen bis zur Kontrolle internationaler Waffenvermittlungsgeschäfte reichten. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie der Bedrohung der Zivilluftfahrt durch schultergestützte Flugabwehrraketensysteme (MANPADS).

Polizeischulung. Das Zentrum veranstaltete an der türkischen Polizeiakademie in Ankara einen einwöchigen Praxislehrgang über bürgernahe Polizeiarbeit und ermöglichte die

Teilnahme hochrangiger turkmenischer Polizeibeamter am OSZE-Treffen von Polizeichefs in Brüssel.

ED: DESIGNER BACKGROUND COLOUR.

„Bürgernahe Polizeiarbeit heißt, ein Forum zu bilden, in dem die Bürger darüber mitbestimmen können, wie die Polizeiarbeit in ihrer Gemeinde ablaufen soll und welche Fragen für ihre Sicherheit von Bedeutung sind, und setzt eine Polizei voraus, die die Werte einer demokratischen Gesellschaft vertritt und hochhält.“

Botschafter Ibrahim Djikić, Leiter des Zentrums in Aschgabad

END QUOTE

Das Zentrum unterstützte weiterhin Englischkurse und Computerlehrgänge für Staatsbedienstete, Wissenschaftler und Studenten im gesamten Land, die durch das TACIS-Programm in enger Zusammenarbeit mit der staatlichen Zollbehörde Turkmenistans und dem Obersten Rat für Wissenschaft und Technik durchgeführt wurden.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Entwicklung des Tourismussektors. Das Zentrum organisierte eine Konferenz über nachhaltige Tourismusedwicklung mit Schwerpunkt auf privatem Unternehmertum. Es unterstützte auch die Veröffentlichung von Fremdenverkehrsbroschüren über die antiken Stätten Merw und Nissa und einen Studienbesuch turkmenischer Tourismusexperten im Vereinigten Königreich.

Vorlesungen über globale Ökonomie. Das Zentrum organisierte an zwei Universitäten in Aschgabad Vorlesungen über globale Ökonomie. Sie behandelten die Themen Globalisierung, nachhaltige Entwicklung und internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen. Das Zentrum gab eine sechsbändige Sammlung inländischer Rechtsvorschriften für die unternehmerische Tätigkeit heraus und unterstützte Schulungsprojekte für angehende Unternehmer.

Es organisierte für Lehrer einer privaten Handelsschule, die vom Unternehmerverein betrieben wird, eine Studienreise nach Litauen. Im Anschluss daran wurde in der Schule ein Kurs für Unternehmenssimulation eingeführt.

Hebung des Umweltbewusstseins. Das Zentrum unterstützte die Umsetzung des turkmenischen *Umweltaktionsplans* und veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Chasar ein Sommerlager zum Thema Ökologie für über 30 Schulkinder aus einkommensschwachen Familien. Darüber hinaus unterstützte das Zentrum den Aufbau von Umweltschutz-Ressourcenzentren für die turkmenische Naturschutzgesellschaft in Aschgabad und Mary.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung der Rechtsreform. Das Zentrum lieferte weiterhin Rechtsgutachten und Beratung in bewährten Praktiken für die Rechtsreform des Landes, insbesondere zum *Gesetz über Migration* und zur *Strafprozessordnung*.

Demokratisierung und Zivilgesellschaft. Das Zentrum sponserte die Teilnahme von Vertretern der Zivilgesellschaft an Seminaren im Ausland und unterstützte die Tätigkeit nichtstaatlicher Jugendorganisationen, wie etwa den Aufbau von Ressourcenzentren, die Zugang zu Informationen sowie Sprach- und Computerkurse anbieten, und die Organisation von Jugendsommerlagern mit Schwerpunkt auf Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheitsfragen.

Verkündung der Botschaft

Über 2500 Besucher nutzten die Informationsstelle des Zentrums, die Informationen über die OSZE, Computerarbeitsplätze und eine kleine Bibliothek zur Verfügung stellt und Vorträge, Arbeitstagungen und Gesprächsrunden zu Themen mit OSZE-Bezug veranstaltet.

Förderung der Menschenrechte. Drei turkmenische Parlamentarier nahmen an einer Studienreise nach Frankreich teil, in deren Verlauf sie mit Abgeordneten zusammentrafen und sich mit dem französischen Gesetzgebungsverfahren vertraut machen konnten. Zentrales Thema war die Ausarbeitung von Gesetzen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen.

In Zusammenarbeit mit dem turkmenischen Außenministerium veranstaltete das Zentrum drei Seminare zum Thema internationale Menschenrechtsnormen. Die Kurse konzentrierten sich auf die OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension und Mittel zu deren effizienter Umsetzung in der innerstaatlichen Rechtsordnung. Unter den Teilnehmern waren Richter und Staatsanwälte, Beamte der Strafverfolgungsbehörden und Parlamentarier.

Monitoring. Das Zentrum erteilte in über 1200 Fällen Rechtsberatung in Fragen, die von der Verweigerung eines ordentlichen Verfahrens und der Missachtung von Eigentumsrechten bis zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit reichten, und brachte den turkmenischen Behörden einzelne Fälle zur Kenntnis.

Bildungsförderung

Das Zentrum förderte die Herausgabe von Englisch-Lehrbüchern und einer dreisprachigen Anleitung für Englischlehrer auf Turkmenisch, Russisch und Englisch sowie einer Dokumentation über die Verhütung von HIV/AIDS, die von Freiwilligen des *U.S. Peace Corps* und örtlichen Experten ausgearbeitet wurde. Es unterstützte auch Schulungskurse zu Gesundheitsfragen und förderte das Masterprogramm in Politikwissenschaft an der OSZE-Akademie in Bischkek und andere Ausbildungsmöglichkeiten für Studenten.

Leiter des Zentrums:

Botschafter Ibrahim Djikić

Revidierter Gesamthaushalt: € 1.211.600

www.osce.org/ashgabad

Das Zentrum in Bischkek

[map]

Centre in Bishkek = Zentrum in Bischkek

Bishkek = Bischkek

Osh = Osch

Internationale Grenzen
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Fragen der Verfassungs-, Rechts- und Wirtschaftsreform dominierten die politischen Diskussionen und Entwicklungen in der Kirgisischen Republik im Jahr 2006. Das Zentrum unterstützte diese Reformen und konzentrierte sich dabei hauptsächlich auf die Stärkung der politischen Stabilität und die Rechtsreform, durch die die Menschenrechtslage verbessert und die Medienentwicklung unterstützt werden sollte, auf Umweltsicherheit, Good Governance und die wirtschaftliche Entwicklung.

Das Zentrum setzte sein langfristiges Engagement zur Unterstützung der Polizeireform und der OSZE-Akademie in Bischkek fort. Es verstärkte seine Breitenwirkung und seine Programmaktivitäten in den Regionen durch Ausbau seiner Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Behörden und Institutionen der Zivilgesellschaft mithilfe eines regionalen Netzwerks örtlicher Projektkoordinatoren.

Politisch-militärische Dimension

Polizeiprogramm. In Partnerschaft mit einschlägigen Regierungs- und Justizorganen und Vertretern der Zivilgesellschaft half das Zentrum bei der Entwicklung eines rechtlichen und institutionellen Rahmens für eine tiefgreifende Reform des Polizeiwesens. Es leistete Unterstützung bei der Planung, Koordination und Umsetzung. Das Zentrum war auch in den Regionen in Fragen der bürgernahen Polizeiarbeit aktiv, indem es die Kapazitäten der Abteilung Bürgernahe Polizeiarbeit des Innenministeriums und der Nachbarschaftsinspektoren in den Testzonen verstärkte. Es setzte auch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie etwa Tage der offenen Tür bei der Polizei. Das Zentrum half in Bischkek und Osch bei Qualifizierungsmaßnahmen für Einheiten zur Aufruhrebekämpfung, wobei besondere Aufmerksamkeit der Tatsache galt, dass bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die Menschenrechte gewahrt werden müssen. Das Zentrum bot auch Schulung und Ausrüstung zur Erhöhung der operativen Effizienz polizeilicher Ermittlungsstellen, es modernisierte das Kriseninterventionszentrum in Osch und richtete Hundeführerbrigaden ein.

Unterstützung der Entwicklung politischer Parteien. In Zusammenarbeit mit internationalen und örtlichen Partnern konzentrierte sich das Zentrum auf die Stärkung des Potenzials politischer Parteien durch Ausbildung in Fragen wie innerparteiliche Demokratie und innerparteiliches Management, Aufbau regionaler Zweigstellen und moderne Wahlkampfmethoden. Das Zentrum unterstützte Initiativen mit dem Ziel, junge Vertreter politischer Parteien zu schulen und Frauen zur Teilnahme am politischen Leben anzuregen.

Unterstützung bei der Gestaltung der Jugendpolitik. Die Aufmerksamkeit des Zentrums galt der Verbesserung der politischen Mechanismen und Entscheidungsprozesse im Jugendbereich. Es gab Schwerpunktgruppen, Gesprächsrunden und nationale Veranstaltungen, um einschlägige Themen und Gestaltungsmöglichkeiten in der

Jugendpolitik in breitem Rahmen zu erörtern. Als Ergebnis erschien ein Grundsatzdokument über Probleme der Mitsprache Jugendlicher im nationalen Entwicklungsprozess.

Auseinandersetzung mit interethnischen Spannungen. Nachdem die Spannungen im Norden des Landes zu Beginn des Jahres zugenommen hatten, unterstützte das Zentrum die friedliche Entwicklung in Gebieten, in denen es zu Problemen zwischen Volksgruppen gekommen war. Die Aktion *Friedensarbeit und Bürgermobilisierung* trug dazu bei, das vorhandene Konfliktpotenzial zu überwinden und bündelte die Energien in Richtung der Bedürfnisse der Allgemeinheit. Das Zentrum trat auch durch Feuilletons in den Medien und in populären Illustrierten für eine harmonische multiethnische Koexistenz ein.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftliche Fragen. Das Zentrum konzentrierte sich darauf, die Aktivitäten von Unternehmervereinigungen auf das gesamte Land auszudehnen, in dem Bemühen, die Lobbyingarbeit der Wirtschaftstreibenden für die Reformen der Regierung und deren Verständnis für grundlegende Fragen der Privatwirtschaft zu verbessern. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs blieb eines der Hauptanliegen des Zentrums, da er in ländlichen Gebieten eine wichtige Einkommensquelle ist.

Umweltfragen. Umweltrisiken sind eine große Bedrohung für das Wohlergehen der kirgisischen Bevölkerung. Das Zentrum machte durch Gespräche am Runden Tisch, Dokumentarfilme und Qualifizierungsmaßnahmen für einschlägige staatliche Stellen potenzielle Geber auf diese Risiken aufmerksam.

Good Governance. Das Zentrum arbeitete mit der neu gegründeten Staatlichen Agentur für Korruptionsverhütung zusammen. Es stellte einen internationalen Experten ein, der die Agentur bei der Ausarbeitung einer Strategie und eines Aktionsplans unterstützen soll.

Unterstützung lokaler Medien. Mit Unterstützung des Zentrums und der Außenstelle in Osh konnten in drei Provinzen Öffentliche Medienzentren ihren Betrieb aufnehmen. Sie sollen lokalen Medien neue Möglichkeiten bieten und der ländlichen Bevölkerung einen besseren Zugang zu Informationen verschaffen. Das Zentrum unterstützte die Reform des öffentlichen Fernsehens und half bei der Bereitstellung von Schulungsmaßnahmen für örtliche Journalisten in Bezug auf das Verfassen analytischer Artikel und für örtliche Behörden in Fragen der öffentlichen Beziehungen. Es leistete auch einen Beitrag zur Bereitstellung von Rechtsberatung und Mediation für lokale Medienunternehmen und Journalisten. Eine Gruppe von Journalisten wurde in Fragen der Arbeitsmigration geschult.

Die OSZE-Akademie

Im vierten Jahr ihres Bestehens absolvierten 21 Studenten die auf regionale Sicherheitsfragen spezialisierte Akademie, nachdem sie die dritte Klasse mit dem *Master of Arts* in Politikwissenschaft (Zentralasien) abgeschlossen hatten. Die Akademie startete ihren vierten *Master*-Kurs mit 25 Studenten, die hauptsächlich aus Zentralasien kommen. Sie verlängerte den Lehrgang auf 14 Monate mit stärkerer Betonung der wissenschaftlichen und praktischen Arbeit.

Im Juli schloss die Akademie ein regionales Forschungsprojekt zum Thema *Rechtliche Aspekte des Grenzmanagements in Zentralasien* ab, das in Buchform erschien.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Verfassungs- und Rechtsreform. Das Zentrum unterstützte die Verfassungsreform und förderte die Transparenz, die Konsistenz und den umfassenden Charakter des Prozesses. Es unterstützte das BDIMR und die Venedig-Kommission des Europarats bei der Formulierung von Vorschlägen zum Entwurf der neuen Verfassung, ermöglichte unter den Hauptbeteiligten eine Debatte über die Abänderungen und betrieb Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich des Verfassungsprozesses. Das Zentrum unterstützte auch die Reform der Wahlordnung und Qualifizierungsmaßnahmen für inländische Wahlbeobachter.

Umsetzung internationaler Menschenrechtsnormen. Das Zentrum unterstützte weiterhin das Ausbildungszentrum für Staatsanwälte, schulte junge Rechtsanwälte in Fragen des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* und ermöglichte bedürftigen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu kostenlosem Rechtsbeistand. Das Zentrum initiierte Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte in Anhaltelagern und im Besserungs- und Resozialisierungszentrum für Jugendliche in Bischkek.

Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter und Bekämpfung des Menschenhandels. Eine mit Unterstützung des Zentrums durchgeführte Analyse lokaler Haushaltspläne unter dem Gesichtspunkt der Genderthematik ermöglichte Qualifizierungsmaßnahmen für örtliche Abgeordnete in Haushaltsplanung, -management und -monitoring. Das Zentrum lieferte Anregungen zum Entwurf des neuen Staatlichen Programms gegen Menschenhandel und ermöglichte staatlichen Stellen, örtlichen NROs und internationalen Experten die Durchsicht dieses Dokuments.

Die Außenstelle in Osch

2006 setzte die OSZE-Außenstelle in Osch Aktivitäten in Richtung der Umsetzung und Konsolidierung von Reformen in Politik und Wirtschaft auf lokaler Ebene und widmete sich gemeinsam mit lokalen Behörden und Bürgerverbänden den tieferen Ursachen örtlich vorhandener Spannung.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Die Außenstelle setzte sich unter Beteiligung betroffener Volksgruppen und örtlicher Behörden mit Spannungen an der Grenze und in grenznahen Gebieten auseinander. Sie untersuchte bestehende und sich abzeichnende Ursachen potenzieller Konflikte und setzte Prozesse zum Abbau der Spannungen durch Vermittlung und Verhandlung in Gang. Sie widmete sich dem Thema interethnische Beziehungen auch durch Initiativen für Jugendliche und für Journalisten, die über Volksgruppenfragen berichten. Schließlich löste die Außenstelle auf lokaler Ebene einen politischen Dialog zwischen Vertretern politischer Parteien und einer breiteren Öffentlichkeit aus und sie bot Schulungskurse für bestehende und neu gegründete Zweigstellen politischer Parteien an.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Die Außenstelle arbeitete eng mit örtlichen Behörden und Wirtschaftstreibenden zusammen, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen voranzutreiben, gesetzliche Vorschriften

wie auch das Wirtschaftsklima zu verbessern und Investitionen ins Land zu holen. Durch den Aufbau von Kapazitäten sowie durch Erziehungs- und Lobbyingprogramme setzte sie sich im Süden des Landes auch für den Umweltschutz ein.

Die Außenstelle arbeitete mit örtlichen Behörden an der Verbesserung der Voraussetzungen für private Investitionen. Sie konzentrierte sich in ihrer Arbeit auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen staatlichen Stellen und Wirtschaftstreibenden, die Stärkung analytischer Fähigkeiten in Bezug auf Investitionen und die systematische Sammlung und Weitergabe von Informationen über Kredite, Investitionen und Unternehmen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Die Außenstelle setzte ihren Schwerpunkt auf den Aufbau des Vertrauens zwischen Strafverfolgungsbehörden und der Öffentlichkeit und auf die Verbesserung der Haftbedingungen und der Behandlung von Häftlingen. Sie leistete auch einen Beitrag zur Verbesserung des Zugangs der ländlichen Bevölkerung zur Justiz durch kostenlosen Rechtsbeistand. Die Außenstelle widmete sich weiterhin dem Problem Menschenhandel und unterstützte Initiativen zur Förderung der Gleichbehandlung und zur Verhütung häuslicher Gewalt vor allem in ländlichen Gebieten.

Leiter des Zentrums:
 Botschafter Markus Müller
 Revidierter Gesamthaushalt: € 3.153.200
www.osce.org/bishkek

Das Zentrum in Duschanbe

[map]
 Centre in Dushanbe = Zentrum in Duschanbe
 Dushanbe = Duschanbe
 Garm = Garm
 Khujand = Chudschand
 Kulyab = Kuljab
 Kurgan-Teppa = Kurgan-Teppa
 Shartuz = Schartus

Internationale Grenzen
 Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Zentrum verstärkte seine politisch-militärischen Aktivitäten mit der Inangriffnahme einer zweiten Phase seines Programms für Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition. Es förderte auch weiterhin die Minenräumung. Zur Unterstützung einiger wirtschaftlicher Gruppierungen baute es mehrere Ressourcenzentren auf und es nahm sich der Frage des radioaktiven Abfalls im Norden des Landes an. Das Zentrum konzentrierte sich

auch auf die Menschenrechtserziehung unter jungen Leuten und auf Medien- und Genderfragen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition. Das Zentrum schloss die erste Phase seines Programms zur Vernichtung von Kleinwaffen und konventioneller Munition erfolgreich ab. Es ermittelte eine neue Zerstörungsstätte in Lohur südlich von Duschanbe, und im Zuge einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema Entsorgung von Kampfmitteln wurden 34 Tonnen Munition vernichtet. In Duschanbe richtete das Zentrum eine Zerstörungsanlage für Kleinwaffen ein, in der 26.000 Waffen vernichtet wurden. Es sorgte für die Instandsetzung von sieben Lagerstätten für Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition.

Minenräumung. Mit Unterstützung des Zentrums säuberte die *Fondation Suisse de Déminage* 307.356 Quadratmeter Land. Entminungsteams vernichteten 1100 Antipersonenminen und 657 nicht explodierte Kampfmittel.

Das Zentrum unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Umsetzung seiner Verpflichtungen in Bezug auf Beobachtung und Datenaustausch nach dem *Wiener Dokument 1999* der OSZE. Tadschikische Inspektoren führten mit Unterstützung des Zentrums und nach einer Einschulung durch die Russische Föderation und Deutschland in Frankreich ihre erste Inspektion im Rahmen der aktiven Quote laut *Wiener Dokument* durch. Das Verifikationszentrum des tadschikischen Verteidigungsministeriums wurde an das OSZE-Netz für den weltweiten Informationsaustausch angeschlossen.

Politischer Dialog und Wahlen. Das Zentrum vermittelte einen Dialog zwischen der Regierung und religiösen Organisationen und sorgte dadurch für ein Klima des gegenseitigen Vertrauens. Das vom Zentrum betriebene Projekt *Gesetz und Religion* bot gemeinsame Schulungen und verstärkte das rechtliche und politische Bewusstsein örtlicher Behörden, des muslimischen Klerus und der politischen Parteien.

Das Zentrum war Mitorganisator von zehn Treffen des Klubs für Sozialpartnerschaft, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen konstruktiven Dialog zwischen der Regierung, den politischen Parteien und öffentlichen Organisationen zu wichtigen nationalen Fragen zu fördern. Der Klub für Sozialpartnerschaft ist ein maßgeblicher Bestandteil des Öffentlichen Rates, der 1997 im Rahmen des Friedensabkommens eingerichtet wurde; in ihn sind alle politischen Parteien, die nationalen Minderheiten und die Zivilgesellschaft eingebunden und er fungiert als repräsentatives, beratendes und koordinierendes Organ.

Obwohl die Wahlbeobachtungsmission des BDIMR einige Mängel festgestellt hatte, unterstützte die OSZE *Bildungsseminare zu Wahlstandards*, die bei den Präsidentenwahlen vom 6. November zu einer Reihe konkreter Verbesserungen führten.

Das Zentrum unterstützte die *Staatsbürgerliche Erziehung Jugendlicher in Tadschikistan* und *Sommerlager für Staatsbürgerkunde* zur Bewusstseinsbildung unter Jugendlichen, etwa in Fragen der Menschenrechte und der Demokratie. Im Anschluss an die Sommerlager bildeten sich einige Jugendgruppen, die das erworbene Wissen weitergeben sollen.

Kampf gegen gewalttätigen Extremismus. Nationale Experten nahmen an internationalen Arbeitstagungen zur Bekämpfung des Terrorismus und des illegalen Drogenhandels und zur Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten teil. Das Zentrum unterstützte ein Projekt zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus, das die Bevölkerung für den Modus Operandi extremistischer Gruppierungen sensibilisieren sollte.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Die Rechte von Arbeitsmigranten – Unterstützung der Landreform und des Kleinunternehmertums. Im Rahmen des von der Regierung eingerichteten Programms zur Armutsbekämpfung unterstützte das Zentrum die Schaffung dreier Informationsnetzwerke von Ressourcenzentren für Arbeitsmigranten, Bauern und Unternehmer. Alle Zentren bieten Informationen, Schulungen und praktische Unterstützung, etwa zu neuen landwirtschaftlichen Technologien und zur Abfassung von Geschäftsdokumenten. Potenzielle Arbeitsmigranten können sich individuell beraten lassen.

Aufbau von Kapazitäten in Umweltfragen. Das von der OSZE eingerichtete Aarhus-Zentrum in Duschambe bot dem Staatskomitee für Umwelt und Forstwirtschaft technische Unterstützung bei der Ausarbeitung des neuen *Naturschutzgesetzes* und von fünf Durchführungsverordnungen.

Im Rahmen des Projekts *Überleben durch Handeln* half das Zentrum mit, die Bewohner von Taboschar zum sparsamen Umgang mit den knappen Trinkwasserreserven anzuhalten, damit nicht das durch Radionuklide verseuchte Oberflächenwasser verwendet werden muss.

Verhütung von Erosion. Das Zentrum führte in Chatlon eine Sensibilisierungskampagne durch, die den erosionsbedingten Landverlust zum Gegenstand hatte. Das Zentrum pflanzte auch rund 30.000 Pappeln und Fichten in erosionsgefährdeten Gebieten, um den Bevölkerungsdruck auf die lokale Umwelt zu verringern und die Bodenverschlechterung zu verhindern.

Aufklärungsarbeit. Das Zentrum unterstützte „Grüne Patrouillen“, die zur Hebung des Umweltbewusstseins unter Jugendlichen beitragen sollen. Es bot den 70 aktivsten Schülern und Studenten die Möglichkeit zur Teilnahme am *Nationalen Jugendsommerlager für Ökologie* und am *Internationalen Jugend-Ökologieforum*.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Menschenrechte. Das Zentrum organisierte ein Sommerlager, bei dem 20 Universitätsstudenten aus dem ganzen Land in die theoretischen und praktischen Aspekte des Schutzes der Menschenrechte eingeführt wurden. In Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan unterstützte das Zentrum die Bemühungen des Landes, durch Einführung des Unterrichtsfachs Menschenrechte in der Sekundarschule eine Vorreiterrolle unter den Teilnehmerstaaten einzunehmen. Das Zentrum arbeitete auch mit der tadschikischen NRO *Menschenrechtszentrum* bei der Beobachtung von über 100 Gerichtsverfahren zusammen.

Justiz- und Rechtsreform. Das Zentrum veranstaltete in Zusammenarbeit mit anderen lokalen und internationalen Organisationen 11 Konferenzen und Gespräche am Runden Tisch zu den unterschiedlichsten Themen – Haftbedingungen, Einsetzung eines Ombudsmanns für

Menschenrechte, Unabhängigkeit der Richterschaft, Überprüfung und Analyse von Gesetzesentwürfen zu den Themen Gewissens- und Religionsfreiheit, NROs und Vereine.

Medienentwicklung. Das Zentrum unterstützte Printmedien in den bevölkerungsreichsten und ärmsten Gebieten der Region Chatlon. In Kurghontepa sponserte die OSZE die unabhängige Zeitung *Bomdod*, die sich zu einem Forum für den politischen Dialog entwickelt hat. Das Zentrum unterstützte auch weiterhin die einzige unabhängige usbekischsprachige Zeitschrift in Tadschikistan, *Nafosat*. Es leistete technische Unterstützung für den Druck zweier neu gegründeter Zeitungen, *Sobytiya* und *3+1 Kischowars*.

Rund 400 Personen besuchten pro Monat die beiden mit Unterstützung der OSZE 2004 eingerichteten Informationszentren in Duschanbe und im Rascht-Tal. Die Informationszentren schulen Journalisten und Publizistikstudenten, bieten Zugang zum Internet und zu anderen Informationsquellen sowie technische Unterstützung bei der Nachrichtenrecherche und -produktion.

Ein von der OSZE initiiertes Internetportal zum Thema Wahlen auf der Website der unabhängigen Nachrichtenagentur *Asia Plus* (www.asiaplus.tj) erleichterte den Zugang zu Hintergrundinformationen über die Präsidentenwahlen in Tadschikistan.

Hebung des Genderbewusstseins. Das Zentrum arbeitete mit dem tadschikischen Ausbildungsinstitut für Staatsbedienstete und dem Fortbildungsinstitut für Sekundarschullehrer im Hinblick auf die Aufnahme von Genderfragen in den Lehrplan zusammen.

Ferner bot das Zentrum Schulungskurse zu Genderfragen an, die von insgesamt 100 Staatsbediensteten und 80 Lehrern besucht wurden.

Mechanismen zur Rechtsdurchsetzung. Das Zentrum unterstützte ein Forum für Vertreter von Regierungsstellen, Frauen-NROs und der internationalen Gemeinschaft, das die Betroffenen mit ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten für die Umsetzung des nationalen *Gender-Aktionsplans* vertraut machte.

Ressourcententren für Frauen. Die neun von der OSZE unterstützten Ressourcententren für Frauen leisteten weiterhin psychologische und rechtliche Unterstützung; darüber hinaus spielten sie eine präventive Rolle durch die Organisation von Veranstaltungen wie etwa Seminaren zum Genderbewusstsein und zu Frauenrechten und Kursen zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Frauen. Das Zentrum leistete einen Beitrag zu Qualifizierungsmaßnahmen für die Manager der Frauen-Ressourcententren.

Kampf gegen Menschenhandel. Das Zentrum konzentrierte sich auf den Aufbau von Kapazitäten und die regionale Zusammenarbeit der tadschikischen Interinstitutionellen Kommission zur Bekämpfung des Menschenhandels und lokaler NROs durch Unterstützung ihrer Teilnahme an internationalen und regionalen Konferenzen.

Geschäftsführender Leiter des Zentrums:

Klaus Rasmussen

Revidierter Gesamthaushalt: € 3.936.700

www.osce.org/tajikistan/

Der Projektkoordinator in Usbekistan

[map]

Project Co-ordinator Office in Uzbekistan = Büro des Projektkoordinators in Usbekistan
Tashkent = Taschkent

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Am 30. Juni legten die OSZE-Teilnehmerstaaten den Grundstein zu einer neuen Form der Zusammenarbeit mit der Republik Usbekistan: Ein Projektkoordinator in Usbekistan trat an die Stelle des Zentrums in Taschkent.

Der Projektkoordinator in Usbekistan hat die Aufgabe, der Regierung Hilfestellung bei ihren Bemühungen um Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität zu leisten, einschließlich des Kampfes gegen Terrorismus, gewalttätigen Extremismus, illegalen Drogenhandel und andere grenzüberschreitende Bedrohungen und Herausforderungen, die Regierung bei der sozio-ökonomischen Weiterentwicklung und beim Umweltschutz zu unterstützen und ihr Hilfestellung bei der Umsetzung der im Rahmen der Organisation übernommenen OSZE-Prinzipien, einschließlich jener betreffend die Entwicklung der Zivilgesellschaft, zu leisten.

Die Feldoperation setzte die Arbeit der OSZE zur Unterstützung der Behörden im Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel fort. Sie verstärkte ihre Bemühungen im Wirtschafts- und Umweltbereich und widmete sich insbesondere der Förderung von Unternehmertum und Good Governance in Ortsgemeinden. Die OSZE ermutigte auch zur Gleichbehandlung der Geschlechter und engagierte sich im Kampf gegen Menschenhandel.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Aufbau von Kapazitäten. Der Projektkoordinator ermöglichte die Teilnahme usbekischer Beamter an einer Reihe von Arbeitstagen, die unter der Schirmherrschaft der OSZE standen und unter anderem die Bekämpfung des Terrorismus, die Sicherheit von Reisedokumenten und die Unterbindung des illegalen Drogenhandels zum Gegenstand hatten. Im Anschluss an diese Reisen legten die usbekischen Behörden ihre Empfehlungen für zukünftige gemeinsame Aktivitäten mit der Feldoperation vor.

Internetcafé für Journalisten. Die Feldoperation bot Medienvertretern Anfang des Jahres freien Internetzugang. Journalisten, Medienschaffende und Studenten von Publizistikfakultäten nahmen die Ressourcen des Internetcafés und die angebotenen Schulungskurse zur Verbesserung ihrer Computer- und Internetkenntnisse in Anspruch.

Rechtsambulanz für Journalisten. Die Feldoperation organisierte im Laufe des Jahres Beratungen und rechtliche Unterstützung für Journalisten und Medienvertreter. Die Anwälte der von der OSZE unterstützten Rechtsambulanz unterwiesen Journalisten und Medienvertreter in Fragen des Medienrechts, berieten Journalisten im Hinblick auf die

Vereinbarkeit ihrer Artikel mit der innerstaatlichen Gesetzgebung und fungierten als Rechtsbeistände und Vertreter vor Gericht.

Gemeinsam mit dem Kooperationsbüro von *EuropeAid* gründete die Feldoperation ein Informationstrainingszentrum für Abgeordnete des Unterhauses des Parlaments und stellte Ausrüstung, Unterstützung für den täglichen Betrieb und Anleitungen für die Gestaltung eines entsprechenden Zentrums zur Verfügung. Darüber hinaus gaben die Feldoperation und *EuropeAid* ein Buch über die *Gesetzgebende Kammer des usbekischen Parlaments* heraus und sie organisierten eine Studienreise für Parlamentarier in Länder der Europäischen Union und nach Russland.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Steuerung der Arbeitsmigration. Im Januar ermöglichte die Feldoperation die Teilnahme einer Delegation an einer Arbeitstagung in Almaty zum Thema *Steuerung der Arbeitsmigration in Zentralasien*. Der Delegation gehörten Vertreter des Innenministeriums, des Zentrums für effiziente Wirtschaftspolitik, das dem Wirtschaftsministerium untersteht, des Ministeriums für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung und des Zentrums für Sozial- und Marketingforschung an.

Förderung des Unternehmertums. Die Feldoperation vermittelte gemeinsam mit der Nationalen Jugend-Sozialbewegung Jugendlichen in Schulungskursen unternehmerische Grundkenntnisse und bot Frauen in Zusammenarbeit mit dem usbekischen Frauenkomitee eine Reihe von betriebswirtschaftlichen Schulungskursen an. Im Rahmen des Projekts *Förderung des Aufbaus der Schiedsgerichtsbarkeit und Unterstützung von Bauern in Usbekistan* führten die OSZE, der usbekische Bauernverband und die NRO *Forschungszentrum für Rechtsprobleme* Schulungskurse durch, um örtliche Rechtsanwälte im Hinblick auf die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit und die Rechte der Bauern zu unterweisen. Auf der Grundlage der Stellungnahmen der Teilnehmer erarbeitete die OSZE Empfehlungen, um diesen bei der Überwindung von Hindernissen zu helfen, die ihrer unternehmerischen Tätigkeit im Wege stehen.

Kampf gegen den Drogenhandel. Die Feldoperation der OSZE finanzierte die Herausgabe von 1000 Exemplaren des *Informationsbulletins über die Drogensituation in Zentralasien 2005*, das vom Staatlichen Informations- und Analysezentrum für Drogenbekämpfung, das dem usbekischen Ministerkabinett untersteht, ausgearbeitet worden war. Es beruht auf Informationen, die von den nationalen Drogenbekämpfungszentren in den Nachbarstaaten übermittelt wurden.

Sicherheitsfragen im regionalen Verkehrswesen. Der Projektkoordinator unterstützte die Teilnahme einer usbekischen Delegation am *Wirtschaftsforum* der OSZE zum Thema Verkehr. Im Anschluss daran gab das Büro einen Ratgeber mit internationalen Straßenverkehrsregeln und -verordnungen und praktischen Tipps für ortsansässige Fernfahrer heraus.

Förderung von Good Governance in Ortsgemeinden. Im ersten Halbjahr nahmen rund 150 Vertreter der Selbstverwaltungsgemeinden (Mahallas) im Ferghana-Tal an einem Pilotlehrgang zu grundlegenden Fragen der Haushaltserstellung, des Rechnungswesens und der Finanzberichterstattung teil, der von der Republikanischen Mahalla-Stiftung initiiert worden war. Diese vom Projektkoordinator organisierte Schulungsmaßnahme stellte den Teilnehmern die Instrumente zur Verfügung, die sie zur effizienten Verwaltung ihrer

Gemeinden benötigen, und klärte über die Rechte, Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten der Volksvertreter auf.

Umwelterziehung. Die OSZE unterstützte eine Arbeitsgruppe, die mit der Ausarbeitung eines Lehrplans für Umwelterziehung an Sekundarschulen mit dem Schwerpunkt Wasserreinhaltung befasst ist.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Förderung der Eigenständigkeit von Frauen. Gemeinsam mit staatlichen, nichtstaatlichen und internationalen Organisationen führte die Feldoperation nach dem Lehrgang *Verbesserung der nationalen Mechanismen in Gender- und Entwicklungsfragen* eine Reihe von regionalen Schulungen durch, die die Teilnehmer besser in die Lage versetzen sollten, sich für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen. Das Büro unterstützte auch zwei Fernsehdokumentationen, in denen engagierte usbekische Frauen porträtiert wurden, organisierte zwei Gesprächsrunden in den Regionen zum *Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)* und unterstützte die Herausgabe von 100 Exemplaren des Handbuchs über *Nationale und Monitoring-Berichte über die CEDAW-Umsetzung in Usbekistan*.

Verhütung von Menschenhandel. Von Februar bis Juli konzentrierte die Feldoperation ihre Aktivitäten auf die Verhütung von Menschenhandel mit zwei Aufklärungskampagnen, die in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Strafverfolgungsbehörden durchgeführt wurden. Die Feldoperation ließ das vom BDIMR herausgegebene *Handbook on National Referral Mechanisms* ins Usbekische übersetzen.

Aufbau von Kapazitäten in der Volksanwaltschaft. Im Februar unterstützte die Feldoperation die Volksanwaltschaft bei der Abhaltung von Seminaren über deren Arbeit und einschlägiger Workshops in den Regionen. Die OSZE finanzierte die Herausgabe von 1000 Exemplaren des Handbuchs *Volksanwälte in aller Welt*, das die Erfahrungen mehrerer Länder beim Aufbau von Volksanwaltschaften beschreibt. In Zusammenarbeit mit dem usbekischen Volksanwalt organisierte die Feldoperation eine Konferenz über die *Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Volksanwalt und der gesetzgebenden Kammer des nationalen Parlaments*, an der internationale Experten teilnahmen.

Aufklärung in Rechtsfragen. Die Feldoperation unterstützte die Ausarbeitung, Herausgabe und Verteilung des Handbuchs *Rechtsmittel an Zivilgerichten*.

Gefängnisreform. Die Feldoperation stellte 1100 Bücher auf Russisch und Usbekisch und freien Zugang zum Internet für Lehrer und Auszubildende an der Ressourcenstelle des Gefängnisbildungszentrums zur Verfügung, das von der Feldoperation in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium 2005 gegründet wurde. Rund 400 Mitarbeiter aus verschiedenen Strafvollzugsanstalten in ganz Usbekistan nutzten dieses Angebot.

Projektkoordinator:

Botschafter Miroslav Jenča

Revidierter Gesamthaushalt: € 1.015.300

www.osce.org/tashkent

Unterstützung für bilaterale und multilaterale Vereinbarungen

Der Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige

Hauptaufgabe des Vertreters ist die Teilnahme an der Arbeit der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige. Diese richtet an die Regierung Empfehlungen betreffend die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für pensionierte russische Militärangehörige, die nach dem Abzug des Großteils der russischen Streitkräfte 1994 in Estland geblieben sind.

Aktivitäten und Entwicklungen

Im Zuge von vier Sitzungen der Kommission, deren abschließende im August stattfand, leistete der OSZE-Vertreter wie bisher Unterstützung bei der Bearbeitung von Anträgen auf – meist befristete – Aufenthaltsgenehmigung.

Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen. Als Ergebnis der Harmonisierung mit einer Richtlinie des Rates der Europäischen Union aus dem Jahr 2003 trat am 1. Juni eine Novelle zum Fremdenrecht in Kraft. Nun haben alle Staatsangehörigen von Drittstaaten, darunter auch pensionierte Militärangehörige, Anspruch auf langfristige Aufenthaltsgenehmigungen, wenn sie verschiedene Voraussetzungen erfüllen. Nach dem novellierten Gesetz werden pensionierte Militärangehörige nicht mehr als eigene Gruppe behandelt und der Staatsbürgerschafts- und Migrationsrat bearbeitet nun alle ihre Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung.

Die Kommission, die nach Bearbeitung von rund 26.400 Fällen seit ihrer Einsetzung 1993 ihre Aufgabe nunmehr erfüllt hat, stellte mit 1. September ihre Tätigkeit ein, und ihr Mandat endete 2006.

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz
Revidierter Gesamthaushalt: € 101.600

Der Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Vertreter leistete weiter Hilfestellung bei der Umsetzung des Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.

2006 waren insgesamt 16.739 Personen anspruchsberechtigt nach diesem Abkommen, 463 weniger als im Jahr 2005. Bei Abschluss des Abkommens 1994 waren es 22.320 Personen.

Aktivitäten und Entwicklungen

Wohnrechtsfragen. Wie schon in den vergangenen Jahren konzentrierten sich 2006 die Gespräche in der Kommission auf Fragen rund um die mögliche Delogierung pensionierter Militärangehöriger und ihrer Familien aus sogenannten „entstaatlichten“ Wohnungen. Nach Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Nachkommen räumte Lettland den heutigen Besitzern dieser Wohnungen einen Aufschub von sieben Jahren ein und legte nach Ablauf dieser Frist zusätzliche Sonderbedingungen für pensionierte Militärangehörige und deren Familien sowie für andere Betroffene fest. Dazu zählten finanzielle Unterstützung und bevorzugter Zugang zu Sozialwohnungen. Angesichts der budgetären Zwänge muss für Anträge auf Sozialwohnungen eine Warteliste angelegt werden, und die zuständigen lettischen und russischen Behörden arbeiten eng zusammen, um mögliche Härtefälle zu lösen.

Erfolgreicher Beginn des Umsiedlungsprogramms. Ein von Lettland finanziertes Umsiedlungsprogramm für pensionierte Militärangehörige, die Lettland verlassen und sich auf Dauer im Ausland niederlassen wollen, startete am 1. Januar. Bis Ende des Jahres hatten im Rahmen dieses Programms 91 Umsiedler finanzielle Unterstützung erhalten. Das Programm wird 2007 fortgesetzt, wobei annähernd dieselbe Zahl von Antragstellern zu erwarten ist.

OSZE-Vertreter: Helmut Napióntek
Revidierter Gesamthaushalt: € 8.200

Die Institutionen

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte ist die wichtigste Institution für die menschliche Sicherheitsdimension der OSZE – ein breites Sicherheitskonzept, das Folgendes umfasst: den Schutz der Menschenrechte, die Entwicklung demokratischer Gesellschaften mit Schwerpunkt Wahlen, institutioneller Aufbau und Staatsführung, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung von gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander zwischen Menschen und Nationen.

Das BDIMR widmete sich ferner der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Seminare, Bildungsprogramme zum Holocaust und durch Bemühungen, das Defizit an Daten in Bezug auf Hassdelikte zu beheben.

Das BDIMR hat über 125 Angestellte, die aus 29 der 56 OSZE-Teilnehmerstaaten kommen. Botschafter Christian Strohal, ein österreichischer Diplomat, ist seit März 2003 Leiter des BDIMR.

Um sicherzustellen, dass Wahlen nach demokratischen Standards durchgeführt werden, entsandte das BDIMR dieses Jahr rund 2700 Beobachter im Rahmen von 15 Wahlbeobachtungs- oder Beurteilungsmissionen sowohl in neue Demokratien als auch in Staaten mit langer demokratischer Tradition. Das Büro unterstützte auch Bemühungen, bei den Beobachtern eine breitere Streuung über die gesamte OSZE-Region zu erreichen.

Zur Unterstützung der Staaten im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung nahm das BDIMR ein neues Online-Informationssystem in Betrieb, das Daten, Gesetzestexte und Beispiele guter Praxis für das Vorgehen gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit liefert.

Das BDIMR betrieb ein Ausbildungsprogramm für Beamte und die Zivilgesellschaft. Rund 100 Mitarbeiter von OSZE-Feldoperationen erhielten ausführliche Einweisungen in Fragen der menschlichen Dimension und für Regierungsbeamte und Mitglieder der Zivilgesellschaft wurden zahlreiche Schulungskurse veranstaltet, deren Themen von der Bekämpfung des Menschenhandels bis zur Beobachtung von Gerichtsverfahren reichten.

Das BDIMR half bei der Vor- und Nachbereitung von OSZE-Treffen und -Konferenzen im Bereich der menschlichen Dimension, darunter das jährliche *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* in Warschau, die größte Menschenrechtskonferenz in Europa mit rund 1000 Teilnehmern aus staatlichen Stellen, internationalen Organisationen und NROs.

Neben seinem regulären Publikationsprogramm gab das BDIMR einen Bericht über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE unter dem Titel *Common Responsibility: Commitments and Implementation* heraus. Der Bericht, der auf einen konkreten Auftrag des Ministerrats

2005 zurückgeht und in Absprache mit allen Teilnehmerstaaten erstellt wurde, enthält zahlreiche Schlussfolgerungen und Empfehlungen für das Follow-up.

Wahlen

Im Rahmen von zehn Wahlbeobachtungsmissionen und fünf Wahlbeurteilungsmissionen entsandte das BDIMR über 2700 Beobachter. Um die Zusammensetzung der Missionen in geografischer Hinsicht zu erweitern, wurden 70 Kurzzeit- und 28 Langzeitbeobachter aus dem BDIMR-Fonds zur stärkeren Diversifizierung von Wahlbeobachtungsmissionen finanziert. Dieser aus freiwilligen Beiträgen gespeiste Fonds wurde 2001 eingerichtet, um die Teilnahme von Staatsangehörigen aus 19 Teilnehmerstaaten zu gewährleisten, die nicht in der Lage sind, regelmäßig Personen in Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR zu entsenden.

Wahlbeobachtungs- und -beurteilungsmissionen

Land	Art der Wahl	Datum	Art der Mission
Kanada	Parlamentswahlen	23. Januar	Beurteilung
Belarus	Präsidentenwahlen	19. März	Beobachtung
Ukraine	Parlamentswahlen	26. März	Beobachtung
Italien	Parlamentswahlen	9.–10. April	Beurteilung
Aserbaidshan	Wiederholung der Parlamentswahlen	13. Mai	Eingeschränkte Beobachtung
Montenegro (Serbien und Montenegro)	Referendum	21. Mai	Beobachtung
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Parlamentswahlen	5. Juli	Beobachtung
Montenegro	Parlamentswahlen	10. September	Beobachtung
Bosnien und Herzegowina	Allgemeine Wahlen	1. Oktober	Beobachtung
Georgien	Kommunalwahlen	5. Oktober	Eingeschränkte Beobachtung
Lettland	Parlamentswahlen	7. Oktober	Eingeschränkte Beobachtung
Bulgarien	Präsidentenwahlen	22. Oktober	Beurteilung
Tadschikistan	Präsidentenwahlen	6. November	Beobachtung
Vereinigte Staaten	Allgemeine Wahlen (Zwischenwahl zum Kongress)	7. November	Beurteilung
Niederlande	Parlamentswahlen	22. November	Beurteilung

Das BDIMR entsandte fünf Wahlunterstützungsteams, die den Feldoperationen bei der Beobachtung folgender Wahlvorgänge, zu denen keine Beobachtungs- oder Beurteilungsmission entsandt wurde, Hilfestellung leisteten: Parlamentsnachwahlen in Kirgisistan, Kommunalnachwahlen in der Ukraine, Kommunalwahlen in Südserbien und Aserbaidshan und Gouverneurswahlen in Gagausien (Moldau).

Reform und Überprüfung von Wahlordnungen. 2006 wurden dreizehn Rechtsgutachten zu Wahlordnungen abgegeben, die gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats erstellt worden waren. Diese Gutachten, die aus einem vom BDIMR 2001 eingerichteten und aus freiwilligen Beiträgen gespeisten Fonds finanziert wurden, enthielten Empfehlungen zur Anpassung von Rechtsvorschriften an OSZE-Verpflichtungen.

Follow-up und Umsetzung von Empfehlungen. Für entsprechendes Follow-up haben zwar in erster Linie die einzelnen Staaten zu sorgen, das BDIMR unterstützt jedoch diese Bemühungen, insbesondere dann, wenn die betroffenen Staaten entsprechendes Interesse signalisieren. 2006 kam es zu Follow-up-Aktivitäten in Albanien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Serbien und dem Vereinigten Königreich. Diese Aktivitäten umfassten Gutachten zur Wahlordnung, Diskussionsrunden, Konferenzen und Expertengespräche.

Neue Herausforderungen. Das BDIMR war weiterhin damit befasst, Problembereiche bei der Abhaltung demokratischer Wahlen aufzuzeigen. Dabei ging es unter anderem um neue Wahltechnologien und -verfahren. Für die elektronische Stimmabgabe müssen dieselben Standards und Grundsätze wie für die herkömmliche Stimmabgabe gelten, insbesondere hinsichtlich Transparenz, Wahrung des Wahlheimnisses und Überprüfbarkeit.

Das BDIMR führte während der Kommunalwahlen in Belgien im Oktober eine Expertenstudie über E-Voting-Systeme durch. Dabei sollte der Frage nachgegangen werden, wie diese Systeme in der Praxis funktionieren und welche Methoden bei der Beobachtung der elektronischen Stimmabgabe am effizientesten sind. Ähnliches geschah während der Beurteilungsmissionen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in den Niederlanden.

Im Juli organisierte das BDIMR für E-Voting-Experten und seine Wahlabteilung ein Treffen zum Thema *Beobachtung der elektronischen Stimmabgabe*; dabei sollte die Problematik der Beobachtung des elektronischen Stimmabgabevorgangs erörtert und festgestellt werden, in welchen Bereichen die Beobachtungsmethodik des BDIMR weiterentwickelt werden kann, um dem zunehmenden Einsatz neuer Technologien bei Wahlen Rechnung zu tragen.

Methodik. Seit seinem erstmaligen Erscheinen 1996 wird das *Election Observation Handbook* des BDIMR regelmäßig aktualisiert, um neue Herausforderungen und Erfahrungen, die bei der Wahlbeobachtung in über einem Jahrzehnt gemacht wurden, zu berücksichtigen. 2006 arbeitete das BDIMR an der Entwicklung von Richtlinien für die Beobachtung der Wähler-eintragungsverfahren und für das Medienmonitoring während Beobachtungsmissionen.

Ausbildung. Das BDIMR startete ein Schulungsprogramm für Wahlbeobachter, um zu gewährleisten, dass die Methodik des BDIMR einheitlich angewendet wird. Der erste Schulungskurs wurde im November an der OSZE-Akademie in Bischkek für Kurzzeitbeobachter aus 19 Ländern abgehalten. Das Büro unterstützte auch weiterhin nationale Bemühungen, indem es österreichische, deutsche, norwegische und russische Beobachter für die Teilnahme an Wahlmissionen ausbildete.

Demokratisierung

<p>2006 wurde das BDIMR zur Anlaufstelle für die Umsetzung des zwischen der OSZE und dem Europarat geschlossenen Kooperationsabkommens über die Unterstützung der Kommunalverwaltungen in Südosteuropa, und es unterstützte den belgischen Vorsitz in</p>

dessen als Schwerpunkt ausgewiesenem Aufgabenbereich, der Reform von Systemen der Strafrechtspflege.

Rechtsstaatlichkeit. Die Strafrechtsreform war dieses Jahr einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung des BDIMR zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit. Auf dem *Seminar zur menschlichen Dimension* im Mai erörterten die Teilnehmer Herausforderungen, mit denen Systeme der Strafrechtspflege im gesamten OSZE-Raum konfrontiert sind, und sie tauschten Erfahrungen aus ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich aus. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass Sicherheitsbedrohungen wie die organisierte Kriminalität angemessene Gegenmaßnahmen vonseiten der Strafverfolgungsbehörden erfordern, dies jedoch nicht auf Kosten eines ordentlichen Verfahrens vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht gehen dürfe. Zusammenarbeit und gegenseitige Information über bewährte Praktiken wurden als wesentlich für die Förderung institutioneller und legislativer Reformen angesehen.

An einem vom BDIMR im August in Almaty veranstalteten Sommerkurs zu Fragen der Strafrechtspflege nahmen 25 einschlägig tätige Personen aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan teil. Sie befassten sich mit der Frage, wie Zentralasien von den Erfahrungen anderer OSZE-Staaten mit der Reform ihrer Strafrechtspflegesysteme profitieren könne. Erniedrigende und unmenschliche Behandlung durch Beamte der Strafverfolgungsbehörden ist ein eindeutiges Zeichen für Mängel in der Strafrechtspflege. Das BDIMR förderte weiterhin Präventivmechanismen, wie etwa das öffentliche Monitoring in Haftanstalten, und unterstützte wie bisher Staaten in ihren Bemühungen um konsequentere Ermittlungen in mutmaßlichen Misshandlungsfällen. Die Teilnehmer einer Konferenz über die Verhütung von Folter, die im Mai gemeinsam mit der Mission in Moldau veranstaltet wurde, betonten die Notwendigkeit von Reformen und erörterten praktische Empfehlungen für Entscheidungsträger.

In seiner Funktion als Sammelstelle für Beispiele guter Praxis begann das BDIMR mit der Zusammenstellung eines Leitfadens für Prozessbeobachtung, der auf den Erfahrungen der OSZE beruht, insbesondere jenen der Feldoperationen in Südosteuropa. In der Publikation wird beschrieben, welche Lehren aus diesen Aktivitäten zu ziehen sind.

Das BDIMR unterstützte Praxisseminare und -lehrgänge für Verteidiger in Kasachstan, Kirgisistan und Südosteuropa. Darüber hinaus ermöglichte das Büro grundsatzpolitische Debatten über die Reform des Verteidigerstandes im gesamten zentralasiatischen und südkaukasischen Raum.

Unterstützung in Gesetzgebungsfragen. Das BDIMR leistete Teilnehmerstaaten wie bisher Expertenhilfe bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die mit den OSZE-Verpflichtungen im Einklang stehen. Das Büro nahm Stellung zu zahlreichen Gesetzestexten betreffend Menschenhandel, Gleichbehandlung, Extremismus, Polizeireform, Vereinigungsfreiheit, politische Parteien und Versammlungsfreiheit.

Die Methode des BDIMR besteht darin, zur Durchführung von Initiativen in lokaler Eigenverantwortung und zu Folgeaktivitäten zu ermutigen, um eine weitgehende Mitsprache in Gesetzgebungsprozessen zu gewährleisten und diese transparenter zu machen. So nahmen etwa in der Ukraine das BDIMR und das Büro des Projektkoordinators in der Ukraine eine Überprüfung des *Gesetzes über die Verhütung häuslicher Gewalt* vor, auf die ein von staatlicher Seite organisiertes Gespräch am Runden Tisch unter Beteiligung von

Organisationen der Zivilgesellschaft folgte. Derzeit wird an einer Novellierung zur Verbesserung dieses Gesetzes gearbeitet.

Das BDIMR ist im Begriff, Richtlinien für gesetzliche Vorschriften zum Thema Versammlungsfreiheit auszuarbeiten. Die Redaktionsarbeit, in deren Verlauf es im Rahmen von vier Gesprächsrunden in Almaty, Belgrad, Tiflis und Warschau auch Konsultationen mit nationalen Experten gab, wird von einem neunköpfigen Gremium geleitet. Die Richtlinien werden Gesetzgebern ein praktisches Instrumentarium an die Hand geben, das Meinungen und Beispiele guter Praxis aus einer Vielzahl von OSZE-Staaten enthält.

Das BDIMR betreibt eine Rechtsdatenbank (www.legislationline.org), die Gesetzgebern Informationen über bewährte Praktiken und Einblick in Gesetzgebungsmodelle aus dem gesamten OSZE-Raum bietet. Die Datenbank wird derzeit um Informationen zu Gesetzgebungsverfahren erweitert und ins Russische übersetzt.

Demokratische Staatsführung. Das BDIMR widmete sich weiterhin seiner Aufgabe, eine Methodik zur Verbesserung von Gesetzgebungsverfahren auszuarbeiten, wie es auf dem *Seminar zur menschlichen Dimension* 2004 verlangt wurde. Der Schwerpunkt lag 2006 auf Möglichkeiten zur Verbesserung der bei der Ausarbeitung, Redaktion, Verabschiedung, Veröffentlichung, Bekanntmachung und Begutachtung von Gesetzen angewandten Verfahren und Gepflogenheiten. Das Büro überprüfte in einigen Fällen den bestehenden Rechtsrahmen im Hinblick auf seine Transparenz und seinen umfassenden Charakter und schlug Verbesserungen zur Beseitigung festgestellter Gefahren und Lücken vor.

Im Anschluss an eine modellhafte Beurteilung des Gesetzgebungsprozesses in Georgien im Jahr 2005 leisteten das BDIMR und die Mission in Georgien unter Mitwirkung des Zentrums für parlamentarische Reformen dem georgischen Parlament weiterhin Unterstützung bei der Bewältigung des Reformprozesses, den es gerade durchläuft. Ähnliche Beurteilungen sind für Kirgisistan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau und die Ukraine geplant.

Die vom BDIMR 2005 entwickelte Methodik zur Selbstbeurteilung politischer Parteien wurde in Georgien 2005 und 2006 im Rahmen eines Pilotprojekts ausgetestet. Das Projekt führte zur Herausgabe einer Publikation unter dem Titel *The Political Landscape of Georgia*. Diese Publikation, die auf Untersuchungen des niederländischen Instituts für Mehrparteiendemokratie, des BDIMR und des kaukasischen Instituts für Frieden, Entwicklung und Demokratie beruht, enthält eine eingehende Analyse der Lage der politischen Parteien in Georgien sowie Verbesserungsvorschläge.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse veranstaltete das BDIMR in Georgien Workshops über regionale Parteipolitik, strategische Planung und Parteienfinanzierung. Die Workshops umfassten auch die Schulung von Ausbildnern und die Entwicklung von Instrumentarien. Das BDIMR arbeitet auch an der Entwicklung eines internetgestützten Instruments betreffend Parteiprogramme, das sich an die Bürger richtet.

Ebenfalls in dem Bestreben, demokratische Gepflogenheiten mit örtlichen Mitteln zu stärken, arbeitet das BDIMR mit dem Institut für öffentliche Politik in Bischkek zusammen, um in Kirgisistan die örtlichen Kapazitäten für politische Studien und Analysen zu erhöhen. Sie bilden Forschungsstipendiaten aus, helfen bei der Organisation eines Praktikantenaustauschs

mit ausländischen Planungsstäben und bauen die Ressourcen des Instituts durch eine neue Bibliothek und zusätzliche Zeitungsabonnements aus.

Teilnahme von Frauen an demokratischen Prozessen. Das BDIMR führt im Südkaukasus und in Zentralasien länderspezifische Programme durch, die zu einer stärkeren Teilnahme von Frauen an demokratischen Prozessen führen sollen. 2006 zählten zu den Prioritäten des Büros die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staatsgewalt und Zivilgesellschaft auf nationaler und lokaler Ebene, der Aufbau von Kapazitäten und das Sammeln von Erfahrungen in zivilgesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen, die Qualifizierung von Frauen für leitende Positionen, die Einbeziehung von Gleichbehandlungsaspekten in die politische Entscheidungsfindung sowie die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt in der Familie.

Das BDIMR unterstützte die Koalition von Frauen-NROs, die in ganz Georgien Aktivitäten zur Verstärkung der politischen Mitsprache von Frauen in der örtlichen Verwaltung setzte. Die Koalition arbeitete mit weiblichen Kandidaten, um die Gleichberechtigung der Geschlechter als Bestandteil ihrer Wahlplattformen zu fördern und unter den Wählern das Bewusstsein für Fragen der innerparteilichen Demokratie und der politischen Mitsprache von Frauen zu schärfen. Frauen eroberten 197 (11,36 Prozent) von insgesamt 1734 Sitzen auf Bezirks- und Gemeindeebene.

In Aserbaidzhan führte das BDIMR ein in Zusammenarbeit mit der österreichischen Bundespolizei entworfenes Schulungsprogramm für Leiter von Polizeidienststellen aus 24 Regionen des Landes durch. Darauf folgten in den betreffenden Regionen Workshops auf Bezirks- und Dienststellenebene. Das BDIMR leistete auch Unterstützung bei der Ausarbeitung von Lehrbehelfen zum Thema häusliche Gewalt für die aserbaidzhanische Polizeiakademie.

Migration und Freizügigkeit. Das BDIMR setzte sein Programm zum Schutz der Menschenrechte von Migranten und Wanderarbeitnehmern und zur Entwicklung einer effizienten Migrationspolitik in mehreren OSZE-Staaten fort und setzte neue Initiativen auf der Grundlage der vom Ministerrat 2005 erteilten Aufträge.

Zur Erleichterung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten beteiligte sich das BDIMR an der Organisation mehrerer Workshops für hohe Regierungsbeamte aus den Herkunfts-, Transit- und Zielländern von Migranten und internationale Migrationsexperten.

Im April startete das BDIMR in Zusammenarbeit mit dem Zentrum in Almaty, dem Cluster Office der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in Almaty und dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE ein Forschungsprojekt zur Hilfeleistung bei der Ausarbeitung migrationspolitischer Grundsätze in Kasachstan, die mit den OSZE-Verpflichtungen im Einklang stehen.

Das BDIMR erteilte Albanien fachliche Beratung bei der Modernisierung seines Personenstandswesens und der Einführung seines Adressensystems.

Menschenrechte

Bekämpfung des Menschenhandels. Im Mittelpunkt der Arbeit des BDIMR zur Bekämpfung des Menschenhandels steht die Förderung der Menschenrechte der von Menschenhandel Betroffenen und der durch Ausbeutung und Missbrauch gefährdeten Personen. Der Schutz der Menschenhandelsopfer war eines der wichtigsten Themen auf dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* im Oktober.

Das BDIMR ermutigt die Teilnehmerstaaten zur Einrichtung organisationsübergreifender Nationaler Leitsysteme als wirksames Mittel zur Erkennung, zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel. Um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und der Leitsystemstandards zu fördern, nahm das BDIMR 2006 eine Einschätzung der Lage in Belarus, Frankreich, Kasachstan, Kirgisistan, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Russischen Föderation, Spanien und dem Vereinigten Königreich vor.

Das BDIMR setzt sich dafür ein, dass Fragen des Menschenhandels auch in anderen Programmen berücksichtigt werden. So zielte etwa im September eine regionale Gesprächsrunde in Tirana darauf ab, Romavereinigungen in den Kampf gegen den Menschenhandel einzubeziehen. Das BDIMR begann auch mit Organisationen für die Rechte von Migranten an der Formulierung von Strategien zur Förderung und zum Schutz der Rechte jener Personen zu arbeiten, die leicht zu Opfern von Menschenhandel werden können.

Menschenrechte und der Kampf gegen den Terrorismus. Das BDIMR hilft den Teilnehmerstaaten sicherzustellen, dass ihre Antiterrorstrategien mit ihren Verpflichtungen in der menschlichen Dimension und internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang stehen.

Die seit 2005 abgehaltenen Schulungskurse für hohe Beamte zum Thema Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung wurden dieses Jahr mit Kursen für Beamte aus Serbien und Kasachstan im Juni und September in Belgrad bzw. Astana fortgesetzt.

Ergänzend zu diesen Kursen arbeitet das BDIMR an einem Handbuch über den Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung, das 2007 erscheinen soll.

Im März hielt das BDIMR in Onati (Spanien) einen Workshop zum Thema Solidarität mit Opfern von Terrorismus ab. Im November war das BDIMR gemeinsam mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte Veranstalter eines technischen Workshops in Liechtenstein zum Thema Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Das BDIMR erstellte auch Forschungsunterlagen zu den Themen Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung und damit zusammenhängende Straftaten, Solidarität mit Opfern von Terrorismus und Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen die Verwendung des Internet für terroristische Zwecke.

Menschenrechtsschulung und -erziehung. Ein vom BDIMR entwickeltes Schulungsprogramm für NROs, die im Menschenrechtsbereich tätig sind, wurde in Armenien und Tadschikistan umgesetzt. Im Oktober trafen die Teilnehmer in der Ukraine bei einer Folgeveranstaltung zusammen, bei der ihnen die Kenntnisse vermittelt wurden, die sie benötigen, um selbst als Ausbilder tätig zu sein.

Im Februar schloss das BDIMR die Schulung von NROs aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan zum Thema Monitoring in Untersuchungsgefängnissen ab. Den abschließenden Teil dieses Lehrgangs bildeten eine Tagung, die das Verfassen von Monitoringberichten zum Gegenstand hatte, und ein Regionalseminar für NROs und Regierungsvertreter über die Verhütung von Menschenrechtsverletzungen in Haftanstalten.

Das BDIMR setzte seine vierteljährlichen Kurse für OSZE-Mitarbeiter zum Thema menschliche Dimension fort. An den Schulungen des BDIMR haben bisher über 240 Bedienstete aus allen Feldoperationen teilgenommen.

Menschenrechte und Streitkräfte. Das BDIMR begann ein Programm zum Thema Menschenrechte und Streitkräfte, das auf der Annahme beruht, dass Angehörige der Streitkräfte eher bereit sein werden, in Ausübung ihres Dienstes die Menschenrechte zu achten, wenn ihre eigenen Menschenrechte in den Institutionen, in denen sie tätig sind, geschützt werden.

Das BDIMR und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte arbeiteten bei der Abfassung eines Handbuchs über die Menschenrechte der Angehörigen der Streitkräfte zusammen. Das Handbuch, das 2007 erscheinen soll, wird anhand von Beispielen zeigen, wie militärische Einrichtungen den Schutz der Menschenrechte unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Gegebenheiten und Erfordernisse der Verteidigung und der militärischen Sicherheit gewährleisten können. In diesem Zusammenhang veranstalteten das BDIMR und das Genfer Zentrum zwei Gesprächsrunden zu Fragen der Menschenrechte von Angehörigen der Streitkräfte. Die erste fand im September in Berlin statt und hatte die Bedeutung des Konzepts des „Bürgers in Uniform“ als Mittel zur Sicherung der Rechte und Freiheiten der Angehörigen der Streitkräfte zum Gegenstand. Die zweite im Oktober in Bukarest befasste sich mit Interessenvertretungen von Militärangehörigen.

Frauen und Sicherheit. Das BDIMR führte in Zusammenarbeit mit der Mission in Bosnien und Herzegowina und der Gleichbehandlungsstelle des Ministeriums für Menschenrechte und Flüchtlinge von Bosnien und Herzegowina ein Projekt durch, das die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in Südosteuropa zum Gegenstand hatte – des wichtigsten internationalen Dokuments zur Förderung des Rechts der Frauen auf Mitwirkung an der Verhütung und Beilegung von Konflikten, der Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau nach Konflikten. Das Projekt umfasste zwei regionale Gesprächsrunden im März und September in Sarajewo, die zu einem Plan für die regionale Umsetzung der Resolution führten.

Im September veranstalteten das BDIMR und der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten eine Gesprächsrunde in Almaty zur Umsetzung der Resolution 1325 in Zentralasien. Regierungsvertreter und NROs empfahlen Vorgehensweisen zur Umsetzung der Resolution, unter anderem die Schaffung eines Mechanismus für das Zusammenwirken der Zivilgesellschaft und eines regionalen Netzwerks interessierter Akteure.

Das BDIMR unterstützte das ganze Jahr hindurch die moldauischen Behörden bei der Ausarbeitung eines Gesetzes gegen Gewalt in der Familie. Zu diesem Zweck veranstaltete es eine Studienreise nach Rumänien für Beamte und NRO-Vertreter, eine Reihe von Überprüfungstreffen unter Beteiligung von Experten, Treffen mit dem Parlamentsausschuss, der den Redaktionsprozess leitet, sowie ein regionales Treffen, bei dem maßgebliche

Beteiligte, unter ihnen Vertreter der Zivilgesellschaft und Regierungsvertreter sowie Experten aus der Ukraine und Rumänien, zusammenkamen, um den moldauischen Gesetzesentwurf zu erörtern und Erfahrungen auszutauschen.

Todesstrafe. Das BDIMR verfolgt die Entwicklungen hinsichtlich der Todesstrafe in allen 56 Teilnehmerstaaten mit dem Ziel, den Informationsaustausch zu erleichtern, die Transparenz zu erhöhen und zur Einhaltung internationaler Garantien zu ermutigen. Der Jahresbericht des Büros, *The Death Penalty in the OSCE Area*, der Beiträge aus fünf Teilnehmerstaaten über deren Erfahrungen in Bezug auf die Todesstrafe enthält, wurde auf dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* im Oktober vorgestellt.

Das BDIMR unterstützte die Bemühungen einer Menschenrechtsgruppe in Usbekistan, die in der Öffentlichkeit eine Sensibilisierungskampagne zur Abschaffung der Todesstrafe durchführte.

Prozessbeobachtung. Das BDIMR schloss seine Prozessbeobachtungsprojekte in Kasachstan und Kirgisistan ab. An die Regierungen beider Länder werden Berichte ergehen, die auch Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Strafrechtspflegesysteme enthalten werden.

Nationale Menschenrechtsinstitutionen und Menschenrechtsaktivisten. In Anerkennung der zentralen Rolle, die unabhängige nationale Menschenrechtsinstitutionen spielen, und angesichts der Schwierigkeiten, mit denen Menschenrechtsaktivisten in vielen Situationen konfrontiert sind, richtete das BDIMR als Reaktion auf eine Empfehlung, die im März auf dem *Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension* abgegeben worden war, eine Anlaufstelle für nationale Menschenrechtsinstitutionen und Menschenrechtsaktivisten ein und es erstellte ein Programm für diesbezügliche Aktivitäten im Jahr 2007.

Toleranz und Nichtdiskriminierung

Kampf gegen Hassdelikte. Eine der größten Schwierigkeiten im Kampf gegen Hassdelikte ist das Fehlen genauer Statistiken. Nachdem das BDIMR Lücken und Mängel bei der Erhebung von Daten über Hassdelikte festgestellt hatte, entwickelte es Instrumente, darunter Arbeitsdefinitionen und ein Berichtsformular für die Polizei, um die Staaten in ihren Bemühungen um Verbesserung der Datenbeschaffung und der Gesetzgebung in Bezug auf Hassdelikte zu unterstützen.

Im November fand in Wien ein Treffen zum Thema *Behebung des Datenmangels in Bezug auf Hassdelikte* statt, das Fachleuten Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch bot. Dies führte zur Schaffung eines Netzwerks von Experten, die jenen Staaten, die eine Methodik für die Erhebung von Daten über Hassdelikte entwickeln möchten, unterstützend zur Seite stehen werden.

Im Oktober nahm das BDIMR sein Informationssystem für Toleranz und Nichtdiskriminierung (<http://tnd.odihr.pl>) in Betrieb, über das auf Aktionspläne, Statistiken, Gesetzestexte und Informationen über Initiativen von Teilnehmerstaaten und Organisationen zugegriffen werden kann.

Das BDIMR gab einen ersten Bericht unter dem Titel *Challenges and Responses to Hate-Motivated Incidents in the OSCE Region* für den Zeitraum Januar bis Juni 2006 heraus. Es

war dies der erste Überblick des BDIMR über Trends bei hassbedingten Vorfällen mit Beispielen aus den OSZE-Teilnehmerstaaten.

Das vom BDIMR betriebene *Programm für Beamte der Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung von Hassdelikten* wurde 2006 in Kroatien umgesetzt; es wurde das Bewusstsein dafür geschärft, dass es notwendig ist, sich mit der Frage der Hassdelikte auseinanderzusetzen und mit den betroffenen Volksgruppen eng zusammenzuarbeiten. Im Anschluss daran beschloss das kroatische Innenministerium, Hassdelikte als Unterrichtsthema in den staatlichen Lehrplan für die Polizeiausbildung aufzunehmen. Im November führte das BDIMR in Polen eine Bedarfserhebung in Bezug auf die künftige Umsetzung des Programms durch. Im Dezember veranstaltete es in Paris ein Seminar zur Schulung von Ausbildnern, das Polizeibeamten und Staatsanwälten aus 14 Ländern einen Überblick über das Programm bot.

Religions- und Überzeugungsfreiheit. Der 60-köpfige Expertenbeirat des BDIMR für Religions- und Überzeugungsfreiheit, der als Beratungs- und Konsultativorgan für OSZE-Staaten in deren Bemühungen um die Förderung der Religionsfreiheit fungiert, leistet individuellen Staaten Hilfe in Gesetzgebungsfragen und nimmt auch Stellung zu konkreten Fällen. 2006 beantwortete der Beirat Ersuchen um Begutachtung von Gesetzestexten aus sechs Teilnehmerstaaten – der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Tadschikistan, der Ukraine, Serbien, Albanien und Rumänien.

Der Beirat initiierte auch ein Projekt zur Ausarbeitung von Richtlinien für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen in der OSZE-Region, um Jugendlichen die religiöse Vielfalt bewusst zu machen und sie zu mehr Toleranz aufzufordern.

Gegenseitige Achtung und Verständnis füreinander. Das BDIMR arbeitete mit internationalen Organisationen, Institutionen und Experten, insbesondere der *Task Force for International Co-operation on Holocaust Education, Remembrance, and Research*, hinsichtlich der Entwicklung von Unterrichtsbehelfen zusammen. Gemeinsam mit *Yad Vashem* (Israel) und 12 nationalen Experten wurden Vorschläge für Holocaust-Gedenktage ausgearbeitet, die in zehn Sprachen vorliegen. Ebenso arbeiteten das BDIMR, das Anne-Frank-Haus in Amsterdam und nationale Experten länderspezifisches Unterrichtsmaterial betreffend Antisemitismus für sieben OSZE-Staaten aus. Die Lehrbehelfe wurden in Schulen getestet und werden im nächsten Schuljahr zur Verfügung stehen.

Das BDIMR nahm eine Zusammenstellung und Beurteilung von Informationen über Strategien und Initiativen in der gesamten OSZE-Region vor, durch die im regulären Unterricht die Achtung der Vielfalt gefördert werden soll. Bei der Beurteilung kam man zu dem Schluss, dass es bedauerlicherweise keine langfristigen Strategien zur Aufnahme des Themas Vielfalt in den regulären Unterricht gibt. Um hier Abhilfe zu schaffen, müssten Lehrpläne ausgearbeitet und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte vorgesehen werden.

Das BDIMR leistete auch einen Beitrag zu den Bemühungen der gesamten Organisation um Unterstützung der VN-Initiative *Allianz der Zivilisationen*.

Aufbau von Kapazitäten in der Zivilgesellschaft. Das BDIMR veranstaltete Gesprächsrunden für NROs zu deren Vorbereitung auf drei Implementierungstreffen zu Fragen der Toleranz in Almaty, Dubrovnik und Wien.

Das BDIMR unterstützte wie bisher die Bemühungen von NROs, sich mit Hassdelikten und gewalttätigen Manifestationen von Intoleranz auseinanderzusetzen und sie unter Beobachtung zu halten und publik zu machen. Schwerpunktthema des BDIMR war die Stärkung des NRO-Netzwerks in der gesamten OSZE-Region. So unterstützte es beispielsweise die Einrichtung einer Beschwerdestelle betreffend Verhetzung im Internet in der Slowakei und erweiterte dadurch das Betätigungsfeld des *International Network Against Cyberhate*, eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks mit Sitz in Amsterdam.

Im Mai veranstalteten das BDIMR und der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen eine Gesprächsrunde, bei der Maßnahmen erörtert wurden, durch die der klischeehaften und von Vorurteilen geprägten Darstellung von Muslimgemeinden im öffentlichen Diskurs entgegengetreten werden soll. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit regelmäßiger Fortbildungsveranstaltungen für Journalisten in Fragen der Berichterstattung zum Thema Vielfalt, insbesondere in Bezug auf Muslime und den Islam. Sie betonten auch die Rolle, die politische Führungspersonlichkeiten im Hinblick auf eine bessere Darstellung von Muslimgemeinden im politischen Diskurs spielen können.

Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti

Mehrere Staaten setzten Schritte, um dem romafeindlichen Klima in ihrer Gesellschaft ein Ende zu bereiten, sowohl durch Gesetze gegen Diskriminierung als auch durch Gründung von Institutionen zur Durchsetzung dieser Gesetze. Einige Länder haben auch nationale Strategien zur Verbesserung der Lage der Roma und ähnlicher Bevölkerungsgruppen ausgearbeitet.

Das BDIMR setzt sich für die Überprüfung und Beurteilung der Umsetzung des *Roma-Aktionsplans* ein. Die Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti war in diesem Bereich besonders aktiv, sie nutzte Konferenzen und andere Veranstaltungen, um die Verpflichtungen in Romaangelegenheiten erneut in den Blickpunkt zu rücken und Dokumentationsmaterial über die Lage der Roma in der OSZE-Region zu verteilen, und ermöglichte die Teilnahme von Roma und ähnlichen Gruppen an diesen Veranstaltungen. Das BDIMR war 2006 in mehrere Initiativen eingebunden, durch die festgestellt werden sollte, auf welche Weise internationale Organisationen ihre Bemühungen in Bezug auf Roma besser koordinieren können. So nahm es etwa an der internationalen Konferenz *Implementierung und Harmonisierung nationaler Strategien betreffend Roma, Sinti und Traveller – Richtlinien für eine gemeinsame Sichtweise* teil, die von der rumänischen Regierung in Bukarest veranstaltet wurde. Im Mittelpunkt dieser Initiative, die den gemeinsamen Bemühungen mehrerer internationaler Organisationen zu verdanken war, stand die Betrachtung erfolgreicher gemeinsamer Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Roma, Sinti und Travellern und die Abgabe von Empfehlungen dort, wo es noch an Fortschritten mangelt.

2006 versandte das BDIMR an alle Teilnehmerstaaten einen Fragebogen, um Rückmeldungen über Initiativen zu bekommen, die im Rahmen des *Aktionsplans* in die Wege geleitet worden waren, und über Schwierigkeiten, mit denen Staaten bei der Umsetzung konfrontiert waren. Das Büro arbeitet derzeit an einem Bericht, in dem die eingegangenen Informationen im Hinblick auf die Entwicklung einer Methodik zur Überprüfung und Beurteilung der Umsetzung des *Aktionsplans* analysiert werden.

Das BDIMR nahm das *Implementierungstreffen zur menschlichen Entwicklung* zum Anlass,

um diese Methodik mit interessierten Partnern zu erörtern. Das Büro gab seine Erfahrungen weiter, die es bei der Überprüfung der Umsetzung der nationalen Roma-Strategien Polens und Rumäniens gemacht hatte. Im Verlauf des Treffens ermöglichte das BDIMR auch eine Reihe von Parallelveranstaltungen zu bestimmten Themen, die im *Aktionsplan* angesprochen werden, darunter Genderfragen, die Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften, die Formalisierung des Status irregulärer Siedlungen, die Erleichterung der Integration der Roma in den Arbeitsmarkt und Strategien betreffend Roma, Aschkali und Ägypter im Zuge der Regelung des politischen Status des Kosovo.

Revidierter Gesamthaushalt: € 13.303.600

www.osce.org/odihr

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)

Bewaffnete Konflikte zwischen Staaten um Gebiete oder wirtschaftliche Ressourcen haben in den letzten Jahrzehnten in der OSZE-Region abgenommen, doch Konflikte aufgrund innerer Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb eines Staates sind im Ansteigen begriffen. Friktionen aufgrund von Volkszugehörigkeit, Religion oder Sprache, oft im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit, münden in Gewalt.

Als Reaktion auf dieses Problem hat die KSZE, die Vorgängerin der OSZE, 1992 den Posten des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten geschaffen. Die Aufgaben des Hohen Kommissars bestehen in Frühwarnung und geeigneten Sofortmaßnahmen, um zu verhindern, dass ethnische Spannungen in einen Konflikt ausarten. In seinem Mandat wird er als „Instrument der Konfliktverhütung im frühestmöglichen Stadium“ bezeichnet.

Als Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten fungiert der Schwede Rolf Ekeus. Er trat sein Amt am 1. Juli 2001 an.

Wie schon bisher, setzte sich der Hohe Kommissar auch dieses Jahr dafür ein, den Dialog, das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten in Bezug auf Spannungen, bei denen es um Fragen nationaler Minderheiten geht, zu fördern, und er versuchte, Friktionen zwischen Mehrheit und Minderheit in einzelnen Teilnehmerstaaten einzudämmen und für Beruhigung zu sorgen.

Er befasste sich auch weiterhin mit Themen, die für interethnische Beziehungen in der gesamten OSZE-Region von Belang sind, etwa Polizeiarbeit und Integrationspolitik.

Im Februar stellte der Hohe Kommissar den fünften Satz von Empfehlungen vor, die unter seiner Ägide von international anerkannten unabhängigen Experten ausgearbeitet worden waren; diesmal handelte es sich um *Empfehlungen für die Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften*. Diese Empfehlungen stellen einen detaillierten Fahrplan für den Aufbau von Vertrauen zwischen der Polizei und Angehörigen nationaler Minderheiten dar. Sie bieten politischen Entscheidungsträgern, der Polizei, nationalen Minderheitengemeinden und NROs in den einzelnen Staaten eine praktische Anleitung für die Gestaltung der Polizeiarbeit und gehen OSZE-weit auf die Frage der Wechselwirkung zwischen Polizei und Minderheit in einem multiethnischen Rahmen ein.

Der Hohe Kommissar befasste sich auch mit der Thematik des richtigen Gleichgewichts zwischen Integration und Wahrung der Vielfalt. Dieses Konzept steht im Mittelpunkt der zunehmenden Integrationsdebatte in vielen Teilnehmerstaaten. Um dieses Thema zu beleuchten, gab der Hohe Kommissar eine eingehende Studie über integrationspolitische Grundsätze in Gesellschaften mit hoher Diversität in Auftrag. Die Studie, die sich mit den Strategien von sieben westlichen Demokratien befasst und auch eigene Analysen des Hohen Kommissars enthält, wurde auf der Julitagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Brüssel vorgestellt.

Die Studie fand Parallelen zwischen dem Ziel und Ansatz des Hohen Kommissars und jenem, den die in der Studie behandelten Länder verfolgen. Der Hohe Kommissar ist der Ansicht, dass dieser ausgewogene Ansatz und die Notwendigkeit, Gesellschaften aufzubauen, in denen es weniger Ausgrenzung gibt, für alle Gesellschaften, in denen eine große Vielfalt herrscht, relevant ist, ungeachtet der Tatsache, ob sich diese Vielfalt aus einer relativ jungen Immigration oder aus dem historisch gewachsenen multiethnischen Charakter eines Staates ergibt.

Zentralasien war dieses Jahr ein besonderer Tätigkeitsschwerpunkt des Hohen Kommissars. Seine Arbeit gipfelte 2006 in einer regionalen Ministerkonferenz unter dem Titel *Die Bildungsreform in einem multiethnischen Zentralasien als Herausforderung* in Taschkent (Usbekistan) im November. Auf der Konferenz beschlossen die Staaten Zentralasiens, einen institutionalisierten Prozess für den künftigen Dialog zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit in Fragen der Lehrplan- und Lehrbuchentwicklung, des Sprachunterrichts, der Lehrerausbildung, der Schulung am Arbeitsplatz, des Fernstudiums und der Informationstechnologie zu schaffen. Das auf der Konferenz erzielte Übereinkommen wird den Staaten dabei helfen, gemeinsame Herausforderungen im Modernisierungsprozess ihrer Bildungssysteme – einschließlich des Bildungswesens für Minderheiten – sowie in der Integration von Volksgruppen, die ethnische und kulturelle Bindungen zu Nachbarstaaten haben, zu bewältigen.

Länderberichte

Kroatien. Der Hohe Kommissar traf bei seinem Besuch in diesem Land im April mit Regierungs- und Minderheitenvertretern zusammen und erörterte Fragen der Umsetzung des *Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten*. Gemeinsam erörterten sie die proportionale Vertretung in der staatlichen Verwaltung und der Justiz, die Tendenz zur ethnischen Ausgrenzung von Schülern in einer Reihe von Schulen in Ostslawonien und Fragen der Rückkehr von Flüchtlingen nach Kroatien. Der Hohe Kommissar stellte einige Verbesserungen im Bereich der Flüchtlingsrückkehr fest und sah sich ermutigt durch Schritte zur Überwindung der Ausgrenzung von Schülern in Ostslawonien. Er machte die Behörden darauf aufmerksam, dass es wichtig sei, die weitere Integration im Bildungsbereich zu fördern und die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Vertretung der Minderheiten in Justiz und Verwaltung umzusetzen.

Georgien. Während eines Besuchs im November stellte der Hohe Kommissar fest, dass die Regierung den Minderheiten gegenüber größere Aufmerksamkeit zeigt. Die Regierung ließ ihn wissen, dass sie zahlreiche Maßnahmen getroffen habe, um die soziale und wirtschaftliche Situation in den Regionen Samzche-Dschawacheti und Kwemo-Kartli zu verbessern, die hauptsächlich von Angehörigen der armenischen und der aserbaidischen Minderheit bewohnt werden. Die Regierung renovierte Dutzende Schulen und Kindergärten und setzte viele Straßen instand. Für die Kommunalwahlen erhielten ethnische Minderheiten einschlägige Informationen in ihrer Muttersprache, und die Hauptwahlbehörde betrieb eine kostenlose Hotline in sechs Sprachen zur Beantwortung von Fragen aus der Bevölkerung. Der Hohe Kommissar begrüßte diese positiven Entwicklungen und ermutigte die Regierung zur Ratifizierung der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* und zur Ausarbeitung eines Gesetzes über nationale Minderheiten – zwei wichtige Verpflichtungen, die Georgien anlässlich seines Beitritts zum Europarat eingegangen ist.

Die Regierung begrüßte die Aktivitäten des Hohen Kommissars in Georgien in Bezug auf Konfliktverhütung und gesellschaftliche Integration, insbesondere seine Projekte in den Regionen Samzche-Dschawacheti und Kwemo-Kartli. 2006 startete der Hohe Kommissar neben den bereits laufenden elf Projekten in der Region Samzche-Dschawacheti sechs Projekte in Kwemo-Kartli, die nach dem Muster der erfolgreichen Aktivitäten in Samzche-Dschawacheti ablaufen sollen. Allein im Rahmen des Projekts *Steuerung interethnischer Beziehungen* nahmen beispielsweise 225 öffentlich Bedienstete aus Kwemo-Kartli an Seminaren teil, deren Ziel es war, die Sensibilität dieser Personengruppe für ihr multiethnisches gesellschaftliches Umfeld zu erhöhen und Kenntnisse über die effiziente Steuerung interethnischer Beziehungen zu vermitteln. In Abchasien schloss der Hohe Kommissar die erste Phase seines Projekts *Lehrer für Verständigung* ab; es sollte die Qualifikation von Georgisch- und Abchasischlehrern erhöhen und Vertrauen zwischen den beiden Volksgruppen, einschließlich der Lehrer, aufbauen. Die in der ersten Phase des Projekts abgehaltenen Methodikseminare für Sprachlehrer dienten der pädagogischen Fortbildung von rund 100 Lehrern aus 33 Schulen in Abchasien.

Kasachstan. Der Hohe Kommissar beriet die Behörden über geeignete Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der Staatssprache unter gleichzeitiger Achtung der sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten. Im Rahmen seiner laufenden Zusammenarbeit mit dem Sprachenausschuss stellte der Hohe Kommissar im Juni einen Berater ein, der Empfehlungen für die Behörden ausarbeiten sollte, mit Schwerpunkt auf der effizienten methodologischen Unterstützung eines zukunftsfähigen Systems zum Erlernen der Staatssprache für die erwachsene Bevölkerung in Kasachstan. Die Empfehlungen, die den Behörden in Astana vorgelegt wurden, werden als Grundlage für Erörterungen über die weitere Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Kommissar und dem Sprachenausschuss dienen.

Kirgisistan. Der Hohe Kommissar setzte sich in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium für eine stärkere Zusammenarbeit und eine bessere Kommunikation zwischen der Polizei und Angehörigen nationaler Minderheiten ein. Der Hohe Kommissar und der Innenminister unterzeichneten eine Vereinbarung, der zufolge Personalabteilungen nun auch als Anlaufstellen für Minderheitenfragen fungieren. Damit wurde an eine erfolgreiche Konferenz angeknüpft, die unter dem Titel *Modernisierung der Polizei und Förderung der Integration – Herausforderungen für multiethnische Gesellschaften* mit dem Innenministerium sowie mit Unterstützung der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten der OSZE im Juni veranstaltet worden war. Die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium umfasste auch Ausbildungsprogramme in Bezug auf die Steuerung der heiklen interethnischen Beziehungen im Süden Kirgisistans.

Im Bildungsbereich leistete der Hohe Kommissar den Behörden Hilfestellung bei der Umsetzung des *Berichts mit Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Integration durch Bildung“* aus dem Jahr 2004, und er unterstützte die einschlägigen Aktivitäten der für multikulturelle Erziehung zuständigen Abteilung des Ministeriums für Unterricht, Wissenschaft und Jugendpolitik.

Lettland. Bei einem Besuch in Lettland im April befasste sich der Hohe Kommissar schwerpunktmäßig mit Fragen rund um die Bildungsreform und den Einbürgerungsprozess. Er betonte erneut, dass die Qualität der Bildung durch die Umsetzung der Bildungsreform keinen Schaden nehmen dürfe. Der Hohe Kommissar begrüßte es, dass im Oktober 2005 die Staatliche Agentur zur qualitativen Beurteilung der Allgemeinbildung eingesetzt worden war. Darüber hinaus betonte er, dass es notwendig sei, Material und Ausbildung im erforderlichen

Ausmaß zur Verfügung zu stellen und in den fraglichen Schulen regelmäßig ausreichende Qualitätskontrollen durchzuführen. In Lettland lebt nach wie vor eine große Zahl nichtlettischer Staatsbürger, und der Hohe Kommissar forderte die Behörden eindringlich auf, den Einbürgerungsprozess zu beschleunigen. Er wies auch darauf hin, dass die Regierung auf jene Nichtstaatsbürger besonders achten müsse, denen es aufgrund ihres Alters oder ihres Bildungsniveaus schwerfällt, die geltenden Erfordernisse für die Einbürgerung zu erfüllen, insbesondere den schriftlichen Sprachtest. Er empfahl auch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Geldmittel für den Einbürgerungsrat, damit dieser die steigende Zahl von Anträgen ordnungsgemäß und zeitgerecht bewältigen kann.

Im Berichtszeitraum erstellten zwei vom Hohen Kommissar beauftragte Experten einen *Praxisratgeber* für die lettischen Staatsspracheninspektoren. Dieser Ratgeber wird dem Staatssprachenzentrum und den Sprachinspektoren dabei helfen, unter Berücksichtigung einschlägiger nationaler und internationaler Rechtsvorschriften zu einer ausgewogenen und effizienten Umsetzung des *Staatssprachengesetzes* zu finden.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Der Hohe Kommissar verfolgte die Entwicklungen an der Südosteuropa-Universität, die albanischstämmigen Studenten in einem multiethnischen Bildungsumfeld eine hochwertige akademische Ausbildung ermöglichen soll. Seit ihrer Gründung hat sich mit der Inskription von insgesamt über 5000 Studenten, davon 75 Prozent albanischstämmige, das ethnische Ungleichgewicht im Hochschulwesen des Landes wesentlich verringert.

2006 schloss der Hohe Kommissar das *Projekt Übergangsjahr* ab, durch das sich die Anzahl der zu den staatlichen Universitäten in Skopje und Bitola zugelassenen albanischstämmigen Studenten erhöhen sollte. Das Projekt, das über neun Jahre lief, bot albanischsprachigen Schülern im vierten Jahr der Sekundarschule intensive Vorbereitungskurse für Prüfungen in 13 Gegenständen in mazedonischer Sprache. Während der gesamten Umsetzungsphase nahmen sieben Mittelschulen in Landesteilen, die hauptsächlich von ethnischen Albanern bewohnt werden, und rund 1000 Schüler teil. In manchen Schulen beteiligten sich bis zu 88 Prozent aller Schüler. Der Hohe Kommissar plant für Anfang 2007 eine eingehende Evaluierung der Auswirkungen des *Projekts*.

Zur Unterstützung des Projekts – eines der ehrgeizigsten des Hohen Kommissars – fanden 2006 drei Seminare in Ochrid, Resen und Struga statt. Sie sollten albanischstämmige Lehrer dazu anregen, sich untereinander zu vernetzen und an Fortbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung in Volksgruppenfragen teilzunehmen.

Moldau. Im März besuchte der Hohe Kommissar Chişinău, wo er mit hohen Regierungsbeamten sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Medien zusammentraf. Er begab sich auch in die autonome Region Gagausien, wo er sich für ein Sprachausbildungsprojekt für öffentlich Bedienstete gagausischer und bulgarischer Herkunft einsetzte. Da der Hohe Kommissar der Ansicht ist, dass eine gute Beherrschung der Staatssprache ausschlaggebend für eine erfolgreiche Integration nationaler Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft ist, konzentrieren sich viele seiner Projekte in Moldau auf Sprachunterricht und -ausbildung. Der Hohe Kommissar beschloss, das erfolgreiche Gagausienprojekt um ein weiteres Jahr zu verlängern, um besser auf die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung – insbesondere der öffentlich Bediensteten – eingehen zu können. Neben der Sprachausbildung beabsichtigt der Hohe Kommissar, gemeinsam mit moldauischen Journalismusschulen ein Medienprojekt in Angriff zu nehmen. Ziel des Projekts ist es, die Vortragenden bei der Planung und Abhaltung

eines Kurses über ausgewogene Berichterstattung zu unterstützen, bei dem es um Fragen wie Identität, Volkszugehörigkeit sowie Beziehungen und Konflikte zwischen Gruppen gehen soll.

Montenegro. Vor dem Unabhängigkeitsreferendum verabschiedete das Parlament der Republik Montenegro am 10. Mai das *Gesetz über Minderheitenrechte und -freiheiten*. Der Hohe Kommissar wirkte seit Beginn der Arbeiten im Jahr 2003 aktiv an der Ausarbeitung und Formulierung des Gesetzes mit. Die verabschiedete Fassung des Gesetzes gilt als vereinbar mit den allgemein anerkannten internationalen Standards, wenngleich einige Fragen im Laufe seiner Anwendung und Umsetzung einer weiteren Klärung bedürfen werden.

Nach dem Unabhängigkeitsreferendum und den Wahlen vom September begann Montenegro mit der Ausarbeitung einer Verfassung. Der Hohe Kommissar verfolgt diesen Prozess sehr genau, um zu gewährleisten, dass in dem Dokument entsprechende Minderheitenrechte verankert werden.

Serbien. Bei Besuchen in Belgrad im Januar und September brachte der Hohe Kommissar einige Fragen im Zusammenhang mit der Integration nationaler Minderheiten in den Bereichen Justiz, Polizei und Bildung zur Sprache. Er leistete Unterstützung bei der Förderung von Zusammenarbeit und Integration im Bildungswesen in Südserbien und ermutigte die Behörden, eine angemessene Vertretung nationaler Minderheiten in der Justiz zu gewährleisten, gemäß ihrer Verpflichtung, in Gebieten, in denen nationale Minderheiten eine bestimmte Stärke erreichen, zweisprachige Gerichtsverfahren zu ermöglichen.

Hinsichtlich der Vojvodina mit ihrer einzigartigen ethnischen Vielfalt betonte der Hohe Kommissar, dass es notwendig sei, zeitgerecht auf interethnische Zwischenfälle zu reagieren, damit es nicht aufgrund des Ausbleibens einer angemessenen Reaktion vonseiten der Strafverfolgungsbehörden zu einer Verstärkung der Spannungen in der Provinz kommt. Es waren zwar gewisse Fortschritte zu verzeichnen, doch ermutigte der Hohe Kommissar die Behörden, auch in Zukunft eine konstruktive Haltung einzunehmen und weitere Verbesserungen vorzunehmen.

Während seines Besuchs in Belgrad warb der Hohe Kommissar auch um Unterstützung für sein Vorhaben, die Aussöhnung im Kosovo voranzutreiben.

Kosovo. Bei Besuchen im Kosovo im Februar und September suchte der Hohe Kommissar nach Möglichkeiten, die internationalen Bemühungen um Förderung der Minderheitenrechte und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu unterstützen.

Im Oktober setzte er in Stockholm (Schweden) einen Prozess in Gang, durch den eine langfristige, strukturierte und systematische Herangehensweise zur Wahrheitsfindung und zur Aussöhnung im Kosovo unterstützt werden soll. Ziel des ersten Treffens war es, sich auf gemeinsame Formulierungen als Ausgangsbasis für eine Diskussion über Aussöhnung und Fragen der Justiz in der Übergangszeit zu einigen. Unter den Teilnehmern waren hochrangige Mitglieder politischer Parteien sowohl der kosovo-albanischen als auch der kosovo-serbischen Volksgruppe sowie Mitglieder der Zivilgesellschaft, Meinungsmacher, führende Bildungspolitiker, Vertreter der Medien und Mitglieder von Familienverbänden.

Usbekistan. Während eines Besuchs im November nahm der Hohe Kommissar seinen Dialog mit den usbekischen Behörden über die unter sein Mandat fallende Thematik der nationalen Minderheiten wieder auf. Er informierte sich über die Lage der nationalen Minderheiten in Usbekistan und erörterte Möglichkeiten zur Unterstützung Usbekistans bei der weiteren Integration seiner Volksgruppen mit Rücksicht auf ihre bildungspolitischen, sprachlichen und anderen Rechte.

Rumänien. Der Hohe Kommissar arbeitete mit den rumänischen Behörden in Bezug auf mehrere Gesetzesinitiativen betreffend nationale Minderheiten zusammen. Er legte eine detaillierte Analyse über den Gesetzesentwurf zum Statut nationaler Minderheiten in Rumänien vor, der derzeit im Parlament erörtert wird. Er nahm auch Stellung zum Entwurf des Gesetzes über Auslandsrumänen und gab Experten aus seinem Büro den Auftrag, sich an der vom Außenministerium organisierten öffentlichen Debatte über den Gesetzesentwurf zu beteiligen.

Der Hohe Kommissar unterstützte eine rumänisch-ukrainische Initiative zur Einsetzung einer gemeinsamen Beobachtungsmission, die sich mit der Lage der rumänischen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen Minderheit in Rumänien befassen soll. Er billigte diese Initiative als positives Beispiel bilateraler Kooperation im Bereich des Minderheitenschutzes und beauftragte zwei seiner Mitarbeiter, an der Beobachtungsmission teilzunehmen und die Regierungen zu unterstützen. Die erste Beobachtungsphase wurde im Oktober und November erfolgreich abgeschlossen, eine weitere ist für Frühjahr 2007 geplant.

Turkmenistan. Im Rahmen des laufenden Dialogs mit den Behörden in Aschgabad traf der Hohe Kommissar während eines Besuchs im März mit der Führung des Landes zusammen, wobei er vor allem auf die Gewährleistung der Rechte nationaler Minderheiten in dem vielgestaltigen Prozess der Nationwerdung in diesem Land einging. Während seiner Reise, die ihn auch in die Region Lebap im Norden des Landes führte, erörterte er ferner die Situation im Bereich des Bildungswesens und das Umsiedlungsprogramm für einige Angehörige von Minderheitengemeinden in den nördlichen Grenzgebieten.

Türkei. Im Anschluss an frühere Besuche, die den Zweck hatten, mit den türkischen Behörden in einen Dialog einzutreten, begab sich der Hohe Kommissar im Dezember nach Ankara.

Ukraine. Während eines Besuchs im Oktober brachte der Hohe Kommissar Fragen der interethnischen Beziehungen auf der Krim und die Integration der Krimtataren in die ukrainische Gesellschaft zur Sprache. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Probleme in den Bereichen Wohnungswesen, Infrastruktur, Beschäftigung und Bildung sowie die Grundbesitzrechte von Krimtataren. Der Hohe Kommissar wird Möglichkeiten sondieren, um sich mit der komplexen Frage des Sprachunterrichts auf der Krim auseinanderzusetzen. Ein ausgewogener Ansatz, der den Bildungsbedürfnissen aller Volksgruppen gerecht wird, ist für die interethnische Harmonie von größter Bedeutung. Angesichts der Besonderheiten der multiethnischen Halbinsel wird sich der Hohe Kommissar auch darum bemühen, auf der Krim einen Dialog über internationale Standards und bewährte Praktiken im Bereich der Polizeiarbeit in Gang zu setzen, gestützt auf die jüngst veröffentlichten *Empfehlungen für die Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften*.

Im zweiten Halbjahr startete der Hohe Kommissar ein Projekt zur Regelung der interethnischen Beziehungen auf der Krim. Das Projekt wird Lehrgänge für örtliche Mitarbeiter

des öffentlichen Dienstes und Vertreter ortsansässiger Volksgruppen umfassen, mit dem Ziel, gegenseitige Toleranz, Vertrauen und Zusammenarbeit zu fördern.

Neben der Lage auf der Krim ging der Hohe Kommissar während seines Besuchs auch auf Fragen der ukrainischen Minderheiten- und Sprachenpolitik ein. Besonderen Vorrang hat die Novellierung der Rechtsvorschriften, die Minderheiten betreffen. Der Hohe Kommissar leistet den ukrainischen Behörden weiterhin Unterstützung in ihren Bemühungen, Gesetzgebung und Praxis mit europäischen Standards in Einklang zu bringen.

Revidierter Gesamthaushalt: € 2.766.700

www.osce.org/hcnm

Der Beauftragte für Medienfreiheit

START BOX

Die jüngste der Fachinstitutionen der OSZE, der Beauftragte für Medienfreiheit, wurde 1997 gemäß einem Beschluss des Lissabonner Gipfeltreffens 1996 offiziell eingerichtet. Angesichts der Tatsache, dass die freie Meinungsäußerung ein grundlegendes Menschenrecht ist, hat der Medienbeauftragte die Aufgabe, in den Teilnehmerstaaten für freie, unabhängige und pluralistische Medien zu sorgen.

Seine wichtigsten Aufgaben sind

- die Beobachtung maßgeblicher Medienentwicklungen in den OSZE-Teilnehmerstaaten, um frühzeitig auf Verstöße gegen die freie Meinungsäußerung aufmerksam machen zu können, und
- die Unterstützung der Teilnehmerstaaten in enger Zusammenarbeit mit dem Amtierenden Vorsitzenden, indem er für die volle Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf freie Meinungsäußerung und freie Medien eintritt und diese fördert.

Der zweite Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, trat sein Amt im März 2004 an. Der Schriftsteller und ehemalige Regimekritiker Haraszti war einer der Gründer der demokratischen Oppositionsbewegung in Ungarn.

Das Büro des Medienbeauftragten in Wien hat rund 15 Bedienstete.

END BOX

Um das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit stand es auch 2006 nicht gut, und das galt auch für die OSZE-Region. Journalisten wurden schikaniert, verhaftet, ehrenrührige Publikationen wurden kriminalisiert, Zeitungen und Fernsehstationen geschlossen und Internetseiten blockiert. Und obwohl seit den tiefgreifenden politischen Veränderungen in Osteuropa schon 15 Jahre vergangen sind, gibt es nach wie vor Probleme beim Übergang von staatlichen Medien zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesen.

Bedauerlicherweise werden Medien in der OSZE-Region nach wie vor durch Drohungen, ja sogar Morde eingeschüchtert. Die Ermordung von Anna Politkowskaja im Oktober, die 2003 den OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie erhalten hatte, war ein tragisches Beispiel dafür. Der Medienbeauftragte forderte die Behörden immer wieder eindringlich auf, die Mörder ausfindig zu machen, nicht nur um der Gerechtigkeit Genüge zu tun, sondern auch um die journalistische Freiheit zu schützen.

Die Auseinandersetzungen über Karikaturen des Propheten Mohammed bestimmten die Agenda des Medienbeauftragten während eines Großteils des Jahres 2006. In Warschau, Wien und Budapest fanden Konferenzen statt, die sich der Frage der Verantwortung – insbesondere in Bezug auf Religionsfreiheit – widmeten, die mit der Pressefreiheit Hand in Hand geht. Die Teilnehmer zeigten Mittel und Wege auf, um Toleranz und Verständnis zu fördern und Hetzkampagnen entgegenzutreten, ohne die freie Meinungsäußerung zu gefährden.

Ein weiteres Thema, das in vielen Ländern für Betroffenheit sorgte, insbesondere in Westeuropa und den Vereinigten Staaten von Amerika, war die Durchsuchung von Redaktions-

räumen und die Inhaftierung von Journalisten, die sich weigerten, ihre Informationsquellen bekannt zu geben, nachdem sie angeblich geheime Informationen veröffentlicht hatten.

Länderberichte. Neben Interventionen in Dutzenden Einzelfällen, in denen eine Verletzung der Pressefreiheit vorlag, setzte der Medienbeauftragte seine Serie von Erkundungsbesuchen in verschiedenen Ländern fort. Im April besuchte er den Kosovo im Anschluss an seinen Bericht über die Unruhen vom März 2004 und er gab einen Bericht über den Stand der Medienfreiheit im Kosovo heraus.

Die große Zahl von Medienunternehmen ist ebenfalls ein Grund für die Brüchigkeit der noch im Entstehen begriffenen Medienlandschaft im Kosovo. Dass Medienunternehmen mit Verlust arbeiten, wird als normal angesehen und führt zu einem Billigjournalismus uneinheitlicher Qualität, der für Angriffe auf die redaktionelle Unabhängigkeit anfällig ist.

Nach einem Erkundungsbesuch gab der Medienbeauftragte auch einen Bericht über den Stand der Medienfreiheit in Armenien heraus, der besagt, dass – obwohl Armenien substanzielle Verbesserungen in seiner Mediengesetzgebung vorgenommen hat – sich der Pluralismus in den Medien nach wie vor auf die unabhängigen, finanziell schwachen und weniger einflussreichen Printmedien beschränkt. Im Gegensatz dazu bleibt die von Rundfunkanstalten angebotene pluralistische Information auf einige wenige oppositionelle Stimmen in einigen Programmen beschränkt, auch wenn das staatliche Fernsehen in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt umgewandelt wurde und zahlreiche private Kanäle existieren.

Internet. Die Medienfreiheit im Internet stand auch 2006 ganz oben auf der Tagesordnung des Medienbeauftragten. Am 30. April wurde das zweijährige Projekt *Gewährleistung der Medienfreiheit im Internet* abgeschlossen. Es bestand aus der zweiten und dritten Amsterdamer Internetkonferenz und einer neuen Publikation mit dem Titel *Media Freedom Internet Cookbook* auf Englisch und Russisch. Als unmittelbares Ergebnis dieses Projekts haben Internetfragen in der OSZE-Region an Profil gewonnen.

Das Folgeprojekt *Internet Governance in der OSZE-Region* wurde dieses Jahr in Angriff genommen, und im Dezember fand in Paris eine erste Arbeitstagung statt. Eine Publikation mit praktischen Anleitungen ist für Frühjahr 2007 geplant.

Das Büro nahm auch an Workshops des ersten *Forums für Internet-Verwaltung* der Vereinten Nationen in Athen teil und betätigt sich in einer dynamischen Koalition zu Fragen der Medienfreiheit im Internet unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen.

Zugang zu Informationen. In den Teilnehmerstaaten wird zunehmend die legitime Forderung nach strengeren Sicherheitsmaßnahmen erhoben. Die Regierungen müssen aber auch das Recht der Medien auf Informationen von öffentlichem Interesse respektieren. In jüngster Zeit kamen Journalisten zunehmend unter Druck, weil sie unter Verwendung vertraulicher Informationen investigative Artikel verfasst oder ihre Quellen nicht offengelegt hatten. Durch diese Entwicklung droht eine Schwächung der Medien in ihrer Fähigkeit, Missstände, etwa Korruptionsfälle, aufzudecken und publik zu machen, wodurch ihre Rolle als „vierter Stand“ untergraben wird.

Der Medienbeauftragte führte eine eingehende Überprüfung der geltenden Gesetze und Gepflogenheiten in den Teilnehmerstaaten hinsichtlich des Zugangs zu Informationen durch,

einschließlich der Strafmaßnahmen für die Veröffentlichung geheimer Unterlagen oder für die Weigerung von Journalisten, vertrauliche Quellen offenzulegen. Zweck dieser Studie war eine Bewertung der Auswirkungen dieser Strafmaßnahmen auf die Medienfreiheit.

Der Medienbeauftragte, der plant, die Ergebnisse dieser Überprüfung 2007 dem Ständigen Rat vorzulegen, wird berichten, dass in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten die Tendenz besteht, Journalisten ihr Recht auf Veröffentlichung vertraulicher Informationen abzusprechen. Er ist der Ansicht, dass die Verantwortung für die Weitergabe geheimer Informationen ausschließlich bei den zur Verschwiegenheit verpflichteten Beamten liegen sollte. Der Prüfbericht wird auch Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten enthalten.

Üble Nachrede und Verleumdung. Strafrechtliche Bestimmungen betreffend üble Nachrede und Ehrenbeleidigung werden oft dazu benutzt, um Journalisten mundtot zu machen und eine kritische Berichterstattung zu verhindern. Im Februar wurde auf einer Konferenz in Skopje über bewährte Praktiken im Umgang mit Verleumdungsfällen informiert. Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der das Land aufgefordert wurde, von Haftstrafen für Verleumdung abzusehen. Die Regierung verfasste und genehmigte Abänderungen zum *Strafgesetzbuch*, die am 10. Mai im Parlament einstimmig verabschiedet wurden.

Dank der gemeinsamen Bemühungen der Regierung, der Mission in Kroatien und des Medienbeauftragten traten die Abänderungen zum kroatischen *Strafgesetzbuch* am 28. Juni in Kraft; eine Haftstrafe für Verleumdung ist nun nicht mehr vorgesehen.

Die langjährige Kampagne des Medienbeauftragten gegen Verleumdung als strafrechtlicher Tatbestand und unangemessen hohe Strafen in Zivilrechtsfällen hat dazu geführt, dass sich Regierungen und Gesetzgeber nunmehr verstärkt der Tatsache bewusst sind, dass es hier zu Änderungen kommen muss. Immer mehr Staaten führen Reformen durch. Sieben OSZE-Teilnehmerstaaten – Bosnien und Herzegowina, Estland, Georgien, Moldau, die Ukraine, die Vereinigten Staaten und Zypern – haben üble Nachrede und Ehrenbeleidigung als strafrechtliche Tatbestände aus ihren Strafgesetzbüchern gestrichen. Einige Teilnehmerstaaten – darunter Bulgarien, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien – haben Haftstrafen als mögliche Option im Falle von Verleumdung abgeschafft. Der Medienbeauftragte führte diese Kampagne in Zusammenarbeit mit dem Europarat durch, der auch mithilfe, in den Institutionen der Europäischen Union Bewusstseinsarbeit in dieser Angelegenheit zu leisten.

Selbstkontrolle. Der Medienbeauftragte setzte sich nach wie vor für die Schaffung von Mechanismen zur Selbstkontrolle durch und für Medienschaffende unabhängig von staatlicher Kontrolle ein, um das Berufsethos und die Qualität der Medien unter Wahrung der redaktionellen Unabhängigkeit zu fördern. Er steht auf dem Standpunkt, dass diese Selbstkontrollmechanismen, beispielsweise Ethikkodizes oder Presseräte, als Instrumente für die Förderung der Achtung vor den Kulturen und des Verständnisses füreinander vielversprechender sind als gesetzliche Kontrollbestimmungen.

Verhetzung und Intoleranz. Auf einer internationalen Konferenz zum Thema Verhetzung, die von der *Central European University* und anderen internationalen akademischen Einrichtungen am 31. März und 1. April in Budapest veranstaltet wurde, fand auf Initiative des Medienbeauftragten eine Sonderveranstaltung unter dem Titel *Panel of Diplomats* statt. In einer Diskussion erörterten die Missionsleiter der Russischen Föderation, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, der Türkei und der Slowakei ihre unterschiedlichen

Auffassungen von legitimer Einschränkung der Redefreiheit und machten dabei einen wichtigen Schritt in Richtung einer Annäherung ihrer Standpunkte.

Ausbildung. Das Büro setzte seine erfolgreiche Serie von Ausbildungsprojekten unter der Bezeichnung *Zusammenspiel zwischen Medien und staatlichen Pressediensten* fort. Der Lehrgang hatte zum Ziel, Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit neue Techniken für das effiziente Management von Pressediensten zu vermitteln. Der Kurs umfasste Module über die rechtlichen Grundlagen des Zusammenwirkens mit Journalisten und einen Überblick über internationale Erfahrungen und Gepflogenheiten in diesem Bereich. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Schulungsmaßnahme war die Verbesserung der professionellen und ethischen Standards unter Journalisten.

Im Sommer führte das Büro gemeinsam mit dem Projektkoordinator in der Ukraine ein umfangreiches Ausbildungsprogramm in mehreren ukrainischen Städten durch. An den Seminaren in Sewastopol, Charkow, Donezk und Odessa nahmen rund 150 Pressesekretäre und Journalisten teil. Im Juli veranstaltete das Büro in Zusammenarbeit mit dem Büro in Baku einen dreitägigen Schulungskurs für Journalisten aus den größten aserbaidischen Medienunternehmen sowie für Sprecher und Vertreter der Pressedienste wichtiger Regierungsstellen. Das Seminar schloss an eine Veranstaltung an, die in Baku im Jahr zuvor auf Initiative des aserbaidischen Außenministers stattgefunden hatte. Im September fand dieselbe Arbeitstagung in Kasachstan statt; sie wurde vom Büro gemeinsam mit dem Zentrum in Almaty organisiert. Vertreter der amtlichen Pressedienste in Astana, unter anderem aus der Präsidentschaftskanzlei, der Regierung und dem Parlament, und Journalisten aus verschiedenen kasachischen Medienunternehmen nützten die Gelegenheit, um den Informationsaustausch zwischen Medien und Behörden zu erörtern. Angesichts der positiven Rückmeldungen von den Teilnehmern plant das Büro, 2007 im Rahmen dieser Fortbildungsveranstaltung auch Fragen der Selbstkontrolle anzusprechen.

Als Folgeveranstaltung zur *3. Amsterdamer Internetkonferenz* entwickelte der Medienbeauftragte gemeinsam mit dem *International Research and Exchange Board* ein Internet-Schulungsprogramm für junge Online-Journalisten aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Die Schulungskurse wurden im Sommer in Osch (Kirgisistan) und Chudschand (Tadschikistan) von einem Expertenteam des *International Research and Exchange Board* durchgeführt. Einige Teilnehmer werden in ähnlichen Projekten im Südkaukasus als Ausbilder fungieren und so für größere Nachhaltigkeit sorgen.

Die Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zu amtlichen Informationen auf regionaler Ebene durch mehr Transparenz und engere Beziehungen zwischen Behörden und Medien war das Hauptthema eines Seminars in Almaty (Kasachstan) im November, das vom Medienbeauftragten gemeinsam mit dem Zentrum in Almaty organisiert wurde.

Juristische Unterstützung. Juristische Unterstützung für OSZE-Teilnehmerstaaten ist ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt. Im Laufe des Jahres gab der Medienbeauftragte Stellungnahmen zu einer Reihe von Gesetzen und Gesetzesentwürfen ab, darunter das albanische *Gesetz über Staatsgeheimnisse*, das moldauische *Gesetzbuch für audiovisuelle Medien*, Vorschläge zu Rechtsvorschriften betreffend Verleumdung und Privatsphäre in Irland, der Entwurf zu einer EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, das kasachische *Medien-gesetz*, der Entwurf zu einem Verleumdungsgesetz in Aserbaidshan und Rechtsvorschriften für den digitalen Rundfunk in Armenien.

Medienkonferenz und Schulungsveranstaltung. Die *Zentralasiatische Medienkonferenz und Schulungsveranstaltung*, die gemeinsam mit dem Zentrum in Bischkek organisiert und von der *Eurasia Foundation* durchgeführt wurde, fand am 19. und 20. Oktober statt. Aufgrund einer veränderten Interessenlage, die aus Rückmeldungen von Teilnehmerstaaten und Medien hervorging, lag der Schwerpunkt dieses Jahr auf dem Thema *Das Mediengeschäft*; es gab auch ein Praxistraining für lokale Medien zu Management- und betriebswirtschaftlichen Fragen. Eine ähnliche Veranstaltung fand am 2. und 3. November in Tiflis statt; sie hatte ebenfalls Medien als Unternehmen zum Gegenstand.

Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension. Das *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* am 13. und 14. Juli in Wien befasste sich mit drei großen Herausforderungen im Bereich der Medienfreiheit. Erstens widmete es sich der Frage des Zugangs zu Informationen, einer Voraussetzung für die Erfüllung des journalistischen Auftrags, der Öffentlichkeit zu ihrem Recht, über Fragen von öffentlicher Bedeutung Bescheid zu wissen und Regierungsbeamte für ihre Worte und Taten zur Verantwortung zu ziehen, zu verhelfen. Zweitens erörterte ein prominentes Forum von Rednern den Zusammenhang zwischen künstlerischem Ausdruck und Selbstkontrolle und der Beachtung kultureller Empfindsamkeiten, insbesondere im Lichte der jüngsten Karikaturenkontroverse. Drittens befasste sich die letzte Sitzung mit den administrativen Schwierigkeiten, mit denen unabhängige Medienunternehmen in einigen Teilnehmerstaaten konfrontiert sind. Unabhängige Medien können nur bestehen, wenn die administrativen Anforderungen an die Medien, gleichgültig, ob sie sich in staatlichem oder privatem Besitz befinden, auf nicht-diskriminierende Weise angewendet werden. Man kam überein, dass diesbezügliche Regelungen im Einklang mit den einschlägigen OSZE-Verpflichtungen stehen und ein rechtliches Umfeld schaffen sollten, das es Journalisten ermöglicht, ihre Tätigkeit ohne Furcht vor physischen oder administrativen Repressalien auszuüben.

Kooperation und Netzwerke. Um seine enorme Aufgabe – die Beobachtung der Lage der Medien in allen 56 Teilnehmerstaaten – zu bewältigen, hat das Büro über die Jahre in der gesamten OSZE-Region ein enges Kooperationsnetz mit anderen internationalen Organisationen, internationalen, regionalen und lokalen NROs sowie mit Journalisten- und Presseverbänden geknüpft. Dieses Netzwerk versetzt den Medienbeauftragten in die Lage, rasch auf jede Verletzung der Medienfreiheit zu reagieren und stets über aktuelle Gesetzesvorschläge und andere Entwicklungen in der Medienszene der Region auf dem Laufenden zu sein.

Der Medienbeauftragte traf mit Parlamentariern verschiedener Länder zusammen, darunter Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung und des Europäischen Parlaments. Er arbeitete wie bisher eng mit dem Europarat und der UNESCO zusammen und verstärkte seine Kontakte mit europäischen Institutionen. Sein Büro beteiligte sich am ersten *VN-Forum für Internet-Verwaltung* und an einer Reihe anderer nationaler und internationaler Tagungen.

Zu Ende des Jahres gaben der Medienbeauftragte, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Meinungsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung, Ambeyi Ligabo, der Sonderberichterstatter der Organisation der amerikanischen Staaten für freie Meinungsäußerung, Ignacio J. Alvarez, und der von der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker bestellte Sonderberichterstatter für freie Meinungsäußerung, Faith Pansy Tlakula, eine gemeinsame Erklärung ab, in der Gewalt gegen Journalisten verurteilt und zu stärkerer Selbstkontrolle aufgerufen wurde.

Revidierter Gesamthaushalt: € 1.133.800
www.osce.org/fom

Das Sekretariat

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU)

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung ist die zentrale Anlaufstelle für die Koordination und Arbeit der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus. Sie wurde 2002 eingerichtet und arbeitet eng mit dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und dessen Exekutivdirektorium, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung und anderen internationalen Partnern zusammen.

Die Hauptziele der Gruppe liegen in den drei folgenden Bereichen:

(1) Unterstützung des politischen Prozesses zur Bekämpfung des Terrorismus durch Fachberatung und Aufklärungsarbeit. Auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzenden, von Teilnehmerstaaten und des Generalsekretärs arbeitete die ATU im Verlauf des Jahres 15 Vorlagen mit Denkanstößen und Konzeptdokumente zu verschiedenen Fragen der Terrorismusbekämpfung aus, etwa über das Vorgehen gegen die Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken, die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten mit Terrorismusbezug, Maßnahmen gegen die Anstiftung zu terroristischen Handlungen und die Anwerbung von Terroristen, die Verstärkung der Sicherheit von Reisedokumenten, die Stärkung der Rolle der Polizei im Kampf gegen den Terrorismus, die Verbesserung der Koordination zwischen Ermittlern und Staatsanwälten in Terrorismusfällen, die Verstärkung der Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor im Kampf gegen den Terrorismus und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Verhütung von Terrorismus. Viele dieser Ideen wurden in drei Ministerratsdokumenten aufgegriffen und fanden Eingang in eine Reihe von Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und zum Aufbau von Kapazitäten.

(2) Als Beitrag zur Verstärkung der Fähigkeiten und Kapazitäten der Teilnehmerstaaten im Umgang mit der vielschichtigen und immer neue Formen annehmenden terroristischen Bedrohung organisierte, unterstützte oder förderte die ATU zwölf Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten auf OSZE-, regionaler und nationaler Ebene. Darunter sind vor allem Folgende zu nennen:

- *Drei Schulungsworkshops über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen mit Terrorismusbezug (Wien, Eriwan, Bukarest)*
- *Zwei Schulungsworkshops über die Sicherheit von Reisedokumenten (Belgrad, Wilna)*
- *Workshop über städtische Verkehrssicherheit (Wien)*
- *Workshop über die Verhütung von Terrorismus: Der Kampf gegen Anstiftung und damit verbundene terroristische Aktivitäten (Wien)*
- *ein Schulungsworkshop über die Containersicherheit bzw. die Sicherheit der Versorgungskette (Istanbul)*

(3) Förderung des Informationsaustauschs und der Koordination in Fragen der Terrorismusbekämpfung innerhalb der OSZE und mit externen Partnern. Die ATU baute das *Antiterrornetzwerk* inhaltlich weiter aus und ergänzte es ebenso wie die regelmäßig im Haus abgehaltenen Koordinationssitzungen aller OSZE-Organe. Sie führte darüber hinaus zahlreiche offizielle und inoffizielle Konsultationen mit vielen anderen internationalen

Organisationen, was in vielen Fällen zu gemeinsamen Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten führte. Eine wichtige Veranstaltung der Gruppe war ein Runder Tisch von mit dem Kampf gegen den Terrorismus befassten Fachleuten wichtiger regionaler und subregionaler Organisationen am 28. und 29. Juli in Kopenhagen.

Die ATU betreibt eine Website (www.osce.org/atu) mit Informationen über laufende OSZE-Antiterrorismus-Aktivitäten sowie mit Links zu wichtigen Kooperationspartnern.

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ)

Das Konfliktverhütungszentrum koordiniert die Aktivitäten der OSZE-Feldoperationen und unterstützt sie bei der Umsetzung ihrer Mandate. Es dient außerdem als zentrale Anlaufstelle im Sekretariat für die Weiterentwicklung der Rolle der OSZE in der politisch-militärischen Dimension. Zum Aufgabenbereich des KVZ zählt insbesondere die Unterstützung des Vorsitzes, des Generalsekretärs und der Entscheidungsorgane bei der Erfüllung der Aufgaben der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge.

Das KVZ setzt sich aus folgenden Organisationseinheiten zusammen:

- der Abteilung Missionsprogramme, die Entwicklungen in den Einsatzgebieten analysiert, um zum frühestmöglichen Zeitpunkt Anzeichen möglicher Krisensituationen zu erkennen, und als die wichtigste Koordinations- und Verbindungsstelle für die Feldoperationen fungiert,
- der Gruppe Projektkoordination, die die Feldoperationen bei der Planung, Entwicklung und Bewertung ihrer Projekte und Programme unterstützt,
- der Gruppe Einsatzplanung, die innerhalb des Sekretariats die Planung von Einsätzen koordiniert, Analysen durchführt, als zentrale Anlaufstelle für Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements dient und über ihr Lage-/Nachrichtenzentrum Entwicklungen im OSZE-Gebiet beobachtet und die Funktion einer Kriseneinheit in Notsituationen wahrnimmt,
- der FSK-Unterstützungsgruppe, die in Fragen der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit berät und ihr diesbezügliches Fachwissen zur Verfügung stellt.

Die Abteilung Missionsprogramme

2006 leistete das **Südosteuropa-Referat** Unterstützung beim Beitritt Montenegros als 56. OSZE-Teilnehmerstaat und in der Folge bei der Einrichtung der OSZE-Mission in Montenegro. Das Referat setzte die Beobachtung der von der OSZE in der Region geförderten allgemeinen Reformprozesse fort.

Das Referat unterstützte zwei regionale Kooperationsprozesse: den Prozess der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen, der im November 2004 in Palić (Serbien) begann, sowie den Prozess der Flüchtlingsrückkehr im Sinne der regionalen *Ministererklärung von Sarajewo* vom Januar 2005. Zu letzterem Thema begann die OSZE mit der Koordination der Positionen der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf ein Ministertreffen, das 2007 in Montenegro stattfinden soll.

Das Referat beteiligte sich mit Unterstützung der Mission im Kosovo aktiv an der Planung des OSZE-Engagements im Kosovo für die Zeit nach der Festlegung seines künftigen Status. Diesbezüglich arbeitete es eng mit Partnerorganisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Nordatlantikkvertrags-Organisation, zusammen.

Das **Osteuropa-Referat** unterstützte die Bemühungen der OSZE um eine rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Transnistrienfrage, die im Frühjahr abgebrochen worden waren. Das Referat unterstützte ferner die Feldoperationen in der Ukraine und in Minsk bei der Erfüllung der von staatlicher Seite erhobenen Forderung nach Projekten.

Das **Südkaukasus-Referat** befasste sich hauptsächlich mit der Unterstützung der Feldoperationen bei ihren Aktivitäten zur Beilegung ungelöster Konflikte. Es beteiligte sich an den Vorbereitungen für mehrere hochrangige Besuche im Zusammenhang mit den dynamischen politischen Entwicklungen in der Region. Das Referat unterstützte die Mission in Georgien bei der Vorbereitung eines umfangreichen *wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms* in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts und den angrenzenden Gebieten sowie bei der Ausarbeitung eines Programms zum Aufbau von Kapazitäten, durch das die Kompetenz der georgischen Grenzpolizei verstärkt werden soll. Das Referat unterstützte die Vorbereitungen der OSZE für eine Umweltbegutachtungsmission unter Führung der OSZE in den von Bränden heimgesuchten Gebieten in und um die Region Berg-Karabach.

Das **Zentralasien-Referat** half dem Vorsitz und dem Generalsekretär bei der Festlegung eines neuen Mandats und einer neuen Vereinbarung für die OSZE-Präsenz in Usbekistan. Das Referat leistete auch Unterstützung bei der Reaktion auf die politischen Spannungen in Kirgisistan. Es beteiligte sich an einer Beurteilungsmission von Experten in Tadschikistan und Kirgisistan, die vom KVZ organisierte wurde und den Auftrag hatte, Bereiche zu identifizieren, in denen Bedarf an einer Verstärkung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements besteht.

Entsprechend dem OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erarbeitete das KVZ ein Praxishandbuch, das Mitarbeitern dabei helfen soll, bei der Analyse von Situationen vor Ort, der politischen Entscheidungsfindung und der Entwicklung von Strategien die Genderperspektive zu berücksichtigen. In dem Handbuch sind Bereiche aufgeführt, in denen diesbezüglich Handlungsbedarf besteht, und es enthält auch länderspezifische Angaben zur Geschlechtergleichstellung.

Die Gruppe Projektkoordination

Im Sinne einer Initiative des Generalsekretärs befasste sich die Gruppe schwerpunktmäßig mit dem Entwurf und der Weiterentwicklung eines leistungsbezogenen Planungssystems, durch das sichergestellt werden soll, dass OSZE-Programme den politischen und operativen Zielen entsprechen und dass ihre Zielsetzungen auch tatsächlich erreicht werden. Sie testete anschließend diesen neuen Ansatz mit drei Feldoperationen, der Mission in Bosnien und Herzegowina, dem Büro in Eriwan und dem Zentrum in Bischkek. Anhand der dabei gewonnenen Erkenntnisse erstellte die Gruppe ein Konzept für die Einführung des neuen Planungssystems in der gesamten OSZE und entwickelte eine umfassende Sammlung von Arbeitsinstrumenten und Anleitungen. Diese Dokumente setzten den Schlusspunkt unter eine einjährige Testphase. Das neue Planungssystem wird die Programmkoordination verbessern

und die Grundlage für die Prioritätenreihung und für die Entwicklung zusätzlicher Aktivitäten bilden, die aus außerbudgetären Mitteln finanziert werden sollen.

Neben diesem großen Vorhaben widmete sich die Gruppe aktiv der Aktualisierung von Instrumenten des Projektmanagements und deren Weitergabe an die Feldoperationen. Sie sammelte bewährte Methoden mehrerer Feldoperationen, die analysiert und 2007 einem größeren Benutzerkreis zugänglich gemacht werden sollen. Entsprechend dem OSZE-*Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern* verfasste die Gruppe Richtlinien für die generelle Einführung von Genderaspekten in die Entwicklung und Planung von Projekten der Feldoperationen.

Schließlich koordinierte die Gruppe die Bewertung aller aus außerbudgetären Mitteln finanzierten Projekte der OSZE-Feldoperationen. Sie koordinierte die Bewertung von 118 aus außerbudgetären Mitteln finanzierten und von Feldoperationen geplanten Projekten im Gesamtwert von über 25,6 Millionen Euro.

Die Gruppe Einsatzplanung

Einsatzplanung, -verbindung und -analyse. Die Gruppe Einsatzplanung fungiert als wichtigste Koordinationsstelle für die Einsatzplanung innerhalb des Sekretariats. 2006 befasste sich die Gruppe mit Fragen wie dem möglichen zukünftigen Engagement der OSZE im Kosovo (Serbien) sowie mit der Schließung des Büros des OSZE-Vertreters in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige. Sie führte verschiedene Folgemaßnahmen durch, darunter ein Beurteilungsbesuch im Kosovo.

Die Gruppe leistete aktive Unterstützung für die Arbeitsgruppe Nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit. So half sie insbesondere bei der Ausarbeitung von Food-for-Thought-Papers und Berichten, beispielsweise über einen OSZE-Rahmen für Governance im Sicherheitsbereich und über ein OSZE-Netz nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement. Wie schon in den vergangenen Jahren unterstützte die Gruppe auch den Vorsitz bei der Organisation der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*. Auf der Konferenz 2006 bezog sich die Überprüfung der Aktivitäten der OSZE im Sicherheitsbereich hauptsächlich auf den Krisenmanagementzyklus einschließlich vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Darüber hinaus leistete die Gruppe Beiträge zu Konferenzen über Fragen wie Governance im Sicherheitsbereich, Konfliktverhütung, Unterstützung bei Mediation, Krisenmanagement, Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration sowie Frühwarnung.

Grenzsicherung und Grenzmanagement. Als Teil ihres Beitrags zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe Nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit im Zusammenhang mit der Umsetzung des OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und Grenzmanagement unterstützte die Gruppe die Einrichtung eines OSZE-Netzes nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement. Darüber hinaus führte die Gruppe auf Ersuchen Tadschikistans zwei Besuche durch, um technische Hilfe bei der Verbesserung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements in diesem Land zu leisten. Als Anschlussmaßnahme veranlasste sie die Entwicklung von Projektvorschlägen. Die Gruppe förderte ferner die Weitergabe von Erfahrungen und bewährten Methoden, wie dies im *Konzept für Grenzsicherung und Grenzmanagement* gefordert wird, indem sie Konferenzen zu dieser Frage veranstaltete. Sie unterstützte darüber hinaus den Vorsitz im Rahmen des *Ochrid-Grenzprozesses*.

Sieben Tage die Woche rund um die Uhr einsatzbereit. Über ihr Lage-/Nachrichtenzentrum erfüllte die Gruppe weiter ihre Funktion als Anlaufstelle für alle OSZE-Feldoperationen, den Vorsitz, das Sekretariat und die Delegationen, was insbesondere außerhalb der normalen Arbeitszeiten von Bedeutung ist. Damit stellt die Gruppe ein äußerst wichtiges Glied in der Sicherheitskette zu den Feldoperationen und den Delegationen dar. Das Lage-/Nachrichtenzentrum gab täglich Informationen heraus, veranstaltete spezielle Informationssitzungen, veröffentlichte zweimal im Monat regionale Zusammenfassungen und gab Veranstaltungskalender für die KVZ-Mitarbeiter heraus. Außerdem leistete sie operative Hilfe in Notfällen, etwa bei Zwischenfällen, die Sicherheitsprobleme aufwerfen, bei Krisen und Evakuierungen aus gesundheitlichen Gründen. Mitarbeiter der Gruppe nahmen an einer Sitzung mit Vertretern anderer Lagezentren teil, womit der Informationsaustausch auf operativer Ebene verstärkt werden sollte.

Die FSK-Unterstützungsgruppe

2006 half die Unterstützungsgruppe mit bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des *Seminars über Militärdoktrinen*, des *Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung*, der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* sowie von zwei Sondersitzungen des Forums für Sicherheitskooperation über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) bzw. über den *Verhaltenskodex* und eines *Workshops über die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1540*. Auf Ersuchen des Forums für Sicherheitskooperation erstellte die Unterstützungsgruppe eine Übersicht über den Informationsaustausch zur Umsetzung des *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*. Es leistete Beiträge zu nationalen und regionalen Workshops zu dieser Frage, die unter anderem in der Schweiz, in Slowenien sowie in Bosnien und Herzegowina abgehalten wurden.

Die Unterstützungsgruppe leistete den Teilnehmerstaaten Hilfestellung bei Projekten über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie über konventionelle Munition, einschließlich der Raketentreibstoffkomponente *Mélange*. Im April nahm die Unterstützungsgruppe an einem Beurteilungsbesuch in Tadschikistan teil, bei dem die zweite Phase eines Projekts in diesem Gebiet geplant wurde, nachdem die erste Phase des Projekts im November erfolgreich abgeschlossen worden war. Im Juli führten OSZE und Europäische Union gemeinsam einen hochrangigen Beurteilungsbesuch in Nowobohdaniwka in der Ukraine durch, um dort ein Projekt zu entwickeln. Die Unterstützungsgruppe half mit bei der Ausarbeitung eines Projekts zur Vernichtung konventioneller Waffen in Moldau.

Mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen wurde eine Vereinbarung über technische Zusammenarbeit bei der Durchführung von Projekten unterzeichnet. Die Gruppe entwarf auch Vereinbarungen für Projekte zur Beseitigung von *Mélange* in Kasachstan und der Ukraine. Sie war in der Prüfungskommission für die Ausschreibung des Projekts in Kasachstan vertreten. Im März wurde eine Liste von Experten für *Mélange* fertig gestellt, und auch sie wurden in die Prüfungskommission eingeladen.

Das KVZ leistete einen aktiven Beitrag zur *Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen über die Durchführung des SALW-Aktionsprogramms*, die vom 26. Juni bis 7. Juli in New York stattfand. Das KVZ organisierte eine OSZE-Parallelveranstaltung, zeichnete auch für deren Durchführung verantwortlich und half mit bei der Abfassung des Berichts der OSZE über das Treffen.

Die Unterstutzungsgruppe organisierte mehrere Workshops über Kleinwaffen und leichte Waffen und nahm an diesen auch teil. Im März unterstützte sie einen *Workshop zum Thema Kontrolle über Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen in Südosteuropa und im Kaukasus*, der gemeinsam von den Regierungen Deutschlands, Norwegens und der Niederlande veranstaltet wurde. In Kooperation mit den kirgisischen Behörden führte die Unterstutzungsgruppe im Juni ein *Seminar über die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von SALW und konventioneller Munition* in Kirgisistan durch. Sie half auch mit bei der Organisation zweier Workshops über Kleinwaffen und leichte Waffen im November in Turkmenistan.

Die Unterstutzungsgruppe legte dem Ministerrat Fortschrittsberichte über Projekte zu Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition vor, ergänzt durch eine Fotoausstellung über Projektaktivitäten, Informationsbroschüren und einen Dokumentarfilm. Darüber hinaus half die Unterstutzungsgruppe Delegationen bei der Veröffentlichung eines Anhangs über schulergestützte Flugabwehrsysteme (MANPADS) zu dem im OSZE-Handbuch enthaltenen *SALW-Praxisleitfaden zu nationalen Verfahren zur Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen*.

Das KVZ verwaltete weiter das OSZE-Kommunikationsnetz, das eine wichtige vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme gemäß dem *Wiener Dokument 1999* darstellt. Dieses Netz erleichtert den Austausch wichtiger Informationen und fördert damit Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Die Technologie wurde weiter verbessert und die Software wurde den Bedürfnissen der Benutzer angepasst. Es wurden Bemühungen zur Steigerung der Kompetenz unternommen, um das Fachwissen der Teilnehmerstaaten zu vergrößern und zu vertiefen. Ferner führt das KVZ den Vorsitz in der OSZE-Kommunikationsgruppe, die für die notwendige Aufsicht durch und für die Delegationen sorgt.

www.osce.org/cpc

Die Hauptabteilung Personalressourcen

Die Hauptabteilung Personalressourcen sorgt dafür, dass Personaleinstellungen in offener, effizienter und transparenter Weise erfolgen und dass alle Bediensteten, gleichgültig ob sie von der OSZE auf Vertragsbasis eingestellt oder von einem Teilnehmerstaat entsandt werden, personaltechnisch und schulungsmäßig in geeigneter Weise und professionell betreut werden. Sie besteht aus den Abteilungen Personaleinstellung, Personalverwaltung und Schulung. Die Dienstleistungspalette der Hauptabteilung wurde 2006 durch einen Referenten für Stellenbewertung ergänzt, wodurch ein umfassendes Klassifizierungsschema für die gesamte OSZE zur Verfügung steht.

Die Hauptabteilung führt, überprüft und aktualisiert laufend das *OSZE-Personalstatut samt Dienstvorschriften*. 2006 wurden drei neue *Dienstanweisungen* zu den Themen professionelles Arbeitsumfeld, Einschulung in das integrierte Ressourcenmanagementsystem (IRMA) bzw. Sonderdienstvereinbarungen herausgegeben, wodurch die Verfahren im Personalbereich effizienter und straffer gestaltet werden können.

Die **Personalabteilung** entwickelte in enger Zusammenarbeit mit den Personalbeauftragten in den Institutionen und Feldoperationen Maßnahmen zur Verbesserung der OSZE-Personalverwaltung, etwa indem sie sich für eine Erhöhung der örtlichen Gehälter, eine Überarbeitung der Zulagen für Unterkunft und Verpflegung und die Aushandlung besserer Konditionen im Rahmen der Sozialversicherungspläne einsetzte, um sicherzustellen, dass qualifizierte Mitarbeiter der Organisation erhalten bleiben.

Das nun voll einsatzfähige Online-Personaleinstellungssystem ermöglichte es der **Abteilung Personaleinstellung**, ihre Ressourcen auf strukturierte und kompetenzbezogene Interviewtechniken sowie auf die Schulung möglicher Mitglieder der Personaleinstellungskommission in geeigneten Techniken der Personaleinstellung und der Personalauswahl zu konzentrieren. 2006 gab die Hauptabteilung 100 Stellenausschreibungen für Dienstposten, die mit Vertragsbediensteten zu besetzen sind, heraus, für die 7580 Bewerbungen eingingen. Im Verlauf des Jahres tagten im Sekretariat 78 Personaleinstellungskommissionen, und es wurden 429 Bewerber für Dienstposten in den Feldoperationen und im Sekretariat interviewt. Die Hauptabteilung bearbeitete 2384 Nennungen für mit entsandtem Personal zu besetzende Dienstposten, und es wurden insgesamt 331 Personalangehörige/Missionsmitarbeiter in den Feldoperationen, Institutionen und im Sekretariat eingestellt.

BOX

Das *Programm für junge Fachkräfte* ist für die Organisation eine neue Aktivität. Die Hauptabteilung startete das Pilotprojekt im Mai und bot jungen Staatsangehörigen von Teilnehmerstaaten Gelegenheit, in einem internationalen Kontext zu arbeiten. Für dieses Programm lagen 191 Bewerbungen aus 33 Teilnehmerstaaten vor. Unter sorgfältiger Berücksichtigung einer in geographischer Hinsicht und gendermäßig ausgewogenen Verteilung wählte die Hauptabteilung sechs junge Fachkräfte aus Albanien, Aserbaidschan, Griechenland, Kasachstan, Kirgisistan und Portugal für das neun Monate dauernde Programm aus. Das intensive und umfassende Berufspraktikum erstreckt sich auf die Zuteilung von Aufgaben in den Fachbereichen der Teilnehmer im Sekretariat und in einer Feldoperation sowie auf verpflichtende fachliche Trainingsprogramme.

BOX END

Gemäß der OSZE-Schulungsstrategie und dem Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern hielt die **Schulungsabteilung** 2006 insgesamt 86 Workshops mit über 1300 Teilnehmern ab, womit die Zahl der Kursteilnehmer im Vergleich zum abgelaufenen Jahr verdoppelt wurde. Um den Mitarbeitern einen reibungslosen und effizienten Einstieg in die OSZE zu ermöglichen, veranstaltete die Abteilung 13 *Allgemeine Einführungskurse* („GO-Programme“) im Sekretariat für über 350 neu eingestellte OSZE-Mitarbeiter. Seit Januar trägt die Schulungsabteilung die Alleinverantwortung für die Einschulung in das IRMA-System; sie führte 12 derartige Kurse im Sekretariat und regional für über 200 Mitarbeiter durch. Darüber hinaus veranstaltete sie weitere 61 Workshops für nahezu 760 Personalangehörige, einschließlich der Unterstützung von Schulungsmaßnahmen in den Teilnehmerstaaten vor der Entsendung von Mitarbeitern zu Missionen.

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen unterstützt die Teilnehmerstaaten, das Sekretariat, die Institutionen sowie die Feldoperationen der OSZE in finanzieller und administrativer Hinsicht. Sie umfasst den *Konferenzdienst*, den *Finanzdienst*, die *Missionsunterstützung*, die *Informations- und Kommunikationstechnologie* sowie das *Prager Büro*.

Betreuung von Sitzungen und Konferenzen. Der Konferenzdienst unterstützt den jeweiligen Vorsitz und die Teilnehmerstaaten der OSZE, die Gemeinsame Beratungsgruppe und die Beratungskommission „Offener Himmel“ sowie das OSZE-Sekretariat bei der Vorbereitung und Abhaltung von Sitzungen und Konferenzen. Die angebotenen Dienste umfassen Hilfestellung bei Sitzungen und der Erstellung von Protokollen, die Dokumentenverteilung und die Übersetzung und Dolmetschung in die sechs OSZE-Sprachen. 2006 war der Konferenzdienst auch Mitorganisator mehrerer Veranstaltungen außerhalb von Wien, darunter das *Wirtschaftsforum* in Prag, die *Treffen über die Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich der Toleranz* in Almaty und Dubrovnik sowie der *Ministerrat* in Brüssel.

Konsolidierung der Managementreformen. Im Anschluss an die schrittweise Einführung des Integrierten Ressourcenmanagementsystems (IRMA) konzentrierte sich die Hauptabteilung in diesem Jahr auf die Konsolidierung des Wissensstandes und der Verfahren, auf die Überprüfung und Aktualisierung einschlägiger Dienstanweisungen im Finanz- bzw. Verwaltungsbereich sowie auf die intensive Unterstützung und funktionsbezogene Ausbildung der für die Verwaltung der Teilhaushalte zuständigen Dienststellen vor Ort. Ihre wichtigste Aufgabe lag darin, auf die jeweiligen Bedürfnisse der betreffenden Mission abgestimmte Unterstützung in den Bereichen Finanzen, Informations- und Kommunikationstechnologie, Beschaffungswesen, Anlagenverwaltung und Dienstreisen anzubieten.

BOX

Die Managementreformen der OSZE wurden 2001 als Reaktion auf das rasche Wachstum der Organisation eingeleitet und sollten das Ressourcenmanagement in den Bereichen Personal, Finanzen, Material und Informationstechnologie optimieren. Das auf Oracle beruhende Integrierte Ressourcenmanagementsystem (IRMA) bietet eine gemeinsame technische Plattform, während das Gemeinsame Verwaltungsregelwerk Vorschriften, Regeln und Anweisungen für die Verwaltung sämtlicher OSZE-Ressourcen vorgibt.

ENDE BOX

Große Anstrengungen wurden zur Verbesserung der Online-Berichte (z. B. über außerbudgetäre Beiträge und OSZE-Ressourcen) an die Teilnehmerstaaten und Programmmanager in der gesamten OSZE unternommen. Das sogenannte „Armaturenbrett“, das den Delegierten einfachen Zugriff auf strukturierte Informationen und Berichte bietet, wurde weiterentwickelt und in die Infrastruktur der Organisation für Informationssicherheit integriert.

Die Hauptabteilung spielte außerdem eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung des Generalsekretärs anlässlich der Einführung der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen, die den derzeit üblichen Programm- und Haushaltszyklus verbessern soll, indem sowohl die Teilnehmerstaaten als auch das leitende Management der OSZE besser als bisher in die Lage versetzt werden, sich nicht nur auf die benötigten Ressourcen und die geplanten Aktivitäten zu konzentrieren, sondern vielmehr die angestrebten Ergebnisse zu berücksichtigen. Diese Methodik wird heute verstärkt von internationalen Organisationen und

Regierungsstellen zur Verbesserung von Rechenschaftspflicht und Transparenz in Bezug auf den Ressourceneinsatz genutzt.

Neue Räumlichkeiten in der Wallnerstraße. Die Instandsetzungsarbeiten für die neuen Sekretariatsräume in der Wallnerstraße 6 – einem von der österreichischen Regierung der OSZE zur Verfügung gestellten historischen Gebäude – kommen gut voran. Die Räumlichkeiten, die im November 2007 bezugsfertig sein sollen, werden der OSZE ein modernes und attraktives Arbeitsumfeld bieten und ihr verstärkt Profil verleihen, da alle Büros in Wien in einem repräsentativen Gebäude im Herzen der Stadt vereint sein werden.

DAS PRAGER BÜRO

Als ursprünglicher Sitz des KSZE-Sekretariats ist das Prager Büro Erbe der historischen Sammlungen von KSZE-Konferenzdokumenten, und es betreut seit damals das OSZE-Papierarchiv politischer Dokumente. Als Hüter des institutionellen Gedächtnisses der KSZE/OSZE dient das Büro als Informationsquelle für an historischen Informationen, Referenzen oder wichtigen Dokumenten interessierte Personalangehörige und Außenstehende. Seit neun Jahren ist im Büro auch das Gastforscherprogramm angesiedelt, und es hat seither seine Archive über 140 Forschern aus 32 Ländern im OSZE-Raum sowie aus China, Korea, Japan, Algerien, Marokko, Israel und Australien zugänglich gemacht. Die Handbibliothek mit Fremdpublikationen wurde um hunderte Bücher, Zeitschriften und wissenschaftliche Journale mit Artikeln und Analysen über die OSZE-Aktivitäten in 35 Sprachen vergrößert.

Gemeinsam mit dem Sekretariat führt das Büro die elektronische Online-Dokumentensbibliothek, vertreibt OSZE-Publikationen (wie das *OSZE-Magazin*, den *Jahresbericht* und die *OSCE Decision Reference Manuals*, die in Prag auch gedruckt werden) und betreut die Versandliste der Organisation. 2006 veröffentlichte das Büro eine Sammlung von 270 Bänden in allen OSZE-Arbeitssprachen mit den Sitzungsprotokollen von 17 Jahren. Eine entsprechende Microfiche-Sammlung und mehrere tausend historische Dokumente wurden außerdem in elektronisches Format umgewandelt. Das Büro leistete dem Prager Treffen des 14. *Wirtschaftsforums* wieder umfassende logistische Unterstützung.

Die Abteilung Genderfragen

Die Abteilung Genderfragen setzte 2006 ihre Arbeit an der Umsetzung des *Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern* – wie vom Ministerrat 2004 in seinem Beschluss Nr. 14 gefordert – fort. Entsprechend dem im *Aktionsplan* enthaltenen Auftrag entwickelten das Sekretariat und die Institutionen mit Unterstützung der Abteilung Genderfragen ihre eigenen Umsetzungspläne mit konkreten Maßnahmen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten zur Erreichung der im *Plan* vorgegebenen Ziele.

Im Juni überprüfte die Abteilung die bei der Umsetzung des *Plans* gemachten Fortschritte und aufgetretenen Schwierigkeiten und gab ihren ersten Beurteilungsbericht heraus, den der Generalsekretär im Ständigen Rat präsentierte. In dem Bericht wird auch beschrieben, was zu unternehmen ist, um die Ziele des *Aktionsplans* zu erreichen.

Die Abteilung Genderfragen leistete das ganze Jahr hindurch sämtlichen Kontaktstellen für Genderfragen im Sekretariat, in den Missionen und in den Institutionen technische Hilfestellung durch Kommunikation, Koordination und Erörterungen auf dem Jahrestreffen des Netzwerks. Die Abteilung erarbeitete außerdem das OSZE-Instrumentarium für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter mit Referenzmaterial über internationale Verpflichtungen und Standards, Handbücher und Leitlinien für Gender Mainstreaming sowie mehrere OSZE-spezifische Dokumente und Instruktionen. Zu diesen Instrumenten zählen ein Glossar über genderbezogene Begriffe, ein Leitfaden zu Gender Mainstreaming bei der Organisation von Veranstaltungen sowie ein Leitfaden für Missionsplanungsreferenten des Konfliktverhütungszentrums mit dem Titel *Gender in the Analysis, Policy and Strategy Development*. Die Abteilung Genderfragen begab sich mehrmals vor Ort, um die Feldoperationen auf direktem Wege zu unterstützen. Mit ihren Beiträgen half sie der Schulungsabteilung bei der Entwicklung genderspezifischer Schulungskurse und sie beteiligte sich das ganze Jahr hindurch an dem Genderfragen gewidmeten Teil des *Allgemeinen Einführungskurses* („GO-Programm“) für neue Personalangehörige.

Um das Wissen um die Arbeit zu Genderfragen nicht nur innerhalb der Organisation sondern ganz allgemein in der Öffentlichkeit zu fördern, gab die Abteilung Genderfragen zwei Veröffentlichungen heraus: ein Informationsblatt in Russisch und Englisch sowie eine Broschüre mit konkreteren Informationen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur schrittweisen Entwicklung von Gender Mainstreaming in der Organisation in den vergangenen sieben Jahren.

Als Zeichen des Engagements der Organisation gegen geschlechtsspezifische Gewalt organisierte die Leitende Beraterin eine öffentliche Veranstaltung in Verbindung mit dem Internationalen Frauentag im März. Es wurde ein Film vorgeführt, der die durch Konflikt und Vertreibung verursachte Not afghanischer Frauen zeigt. Anschließend fand eine Podiumsdiskussion unter dem Vorsitz des Botschafters Norwegens bei der OSZE statt, bei der unter anderem der Regisseur des Films, ein Vertreter des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen sowie ein österreichischer Parlamentsabgeordneter das Wort ergriffen.

Die Abteilung Genderfragen beobachtete auch weiter das Arbeitsumfeld, insbesondere in Bezug auf die Gleichstellung und Chancengleichheit von Männern und Frauen. Sie half mit bei der Ausarbeitung der neuen politischen Leitlinien in Bezug auf Belästigung, sexuelle Belästigung und Diskriminierung, die im März dieses Jahres herausgegeben wurden. Die Abteilung Genderfragen verfasste ferner eine Broschüre für alle Personalangehörigen, die leicht fassliche Erläuterungen zu den neuen politischen Leitlinien enthält, um das Bewusstsein für die Wichtigkeit eines Arbeitsklimas zu schaffen, in dem alle Personalangehörigen gleich und fair behandelt werden.

Der Rechtsdienst

Das Fehlen der Rechtspersönlichkeit sowie von Vorrechten und Immunitäten in den meisten Teilnehmerstaaten erschwert nach wie vor das reibungslose Funktionieren der OSZE. Der Rechtsdienst betreute die *Gruppe von Rechtsexperten*, der Vertreter Deutschlands, Kroatiens, Österreichs, Polens, Russlands, der Schweiz, der Türkei, der Ukraine, der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des OSZE-Vorsitzes angehören, bei ihren Sitzungen im Juni und September in der Hofburg. Die *Gruppe* prüfte und empfahl Lösungen für die Situation, die

sich durch das Fehlen einer internationalen Rechtspersönlichkeit sowie einheitlicher Vorrechte und Immunitäten für die OSZE ergibt, und konnte ihre Arbeit 2006 erfolgreich abschließen, was insbesondere darin zum Ausdruck kam, dass der Ministerrat die Einrichtung einer allen Teilnehmerstaaten offenstehenden Arbeitsgruppe beschloss, die den Auftrag hat, den Entwurf zu einem Übereinkommen auszuarbeiten und diesen über den Ständigen Rat dem Ministerrat vorzulegen.

Der Rechtsdienst wurde 2006 ausgebaut und konnte somit seine Unterstützung für Aktivitäten in einigen wichtigen Bereichen verstärken. Er befasste sich vor allem mit der Schaffung eines geeigneten rechtlichen Rahmens für die Durchführung von Großprojekten in den Hoheitsgebieten der Teilnehmerstaaten und mit der Unterstützung der OSZE-Feldoperationen und -Institutionen in schwierigen Rechtsfragen.

Das Büro für Innenrevision

Das Büro für Innenrevision machte dieses Jahr große Fortschritte bei der Ausweitung ihrer Prüfungstätigkeit und bei der Erreichung der vollen Einsatzfähigkeit des Büros. Das mit beglaubigten Rechnungsprüfern besetzte Büro ist nun ein wirksames Instrument zur Überwachung der Einhaltung des Regelwerks, es gibt die Sicherheit, dass die internen Kontrollen angemessen sind, und unterstützt die Manager bei der Erreichung ihrer Zielvorgaben. Das Büro wurde von einem unabhängigen Bewertungsteam für Qualitätssicherung geprüft, welches bestätigte, dass das Büro für Innenrevision im vollen Umfang den Standards und Standesregeln des Instituts der Innenrevisoren entspricht. Das interne und externe Prüfungssystem der OSZE wurde dieses Jahr auch durch die Arbeit des Prüfungsausschusses verstärkt, der vom Ständigen Rat als Aufsichts- und Beratungsorgan zu prüfungsbezogenen Governance-Fragen geschaffen wurde.

Das Büro für Innenrevision nützt zur Entwicklung seines Prüfungsplans Risikobewertungstechniken und macht dabei von den bewährtesten Verfahren Gebrauch. Der Plan des Jahres 2006 stützte sich auf Risiken im Zusammenhang mit Aktivitäten und Einsätzen sowie auf die Prioritäten der Organisation und die Prüfungsersuchen des Managements. Grundlage des Innenrevisionsprogramms ist nach wie vor die Angemessenheit der Kontrollen und die Einhaltung der Regeln, doch hat das Büro seine Aktivitäten auf Managementprüfungen und -inspektionen, Programmbewertungen und Untersuchungen ausgeweitet. Es führte 2006 Überprüfungen innerhalb des Sekretariats und Besuche bei Missionen und Institutionen durch und verfasste insgesamt 23 Berichte, die über 200 Empfehlungen enthielten. Ferner überprüfte das Büro, inwieweit frühere Empfehlungen aus Prüfberichten umgesetzt wurden, um zu überprüfen, ob das Management diese Empfehlungen umgesetzt hat. Über 90 Prozent der in den vergangenen zwei Jahren abgegebenen Empfehlungen wurden umgesetzt, und das Management hat entsprechende Maßnahmen veranlasst, damit dies auch mit den restlichen Empfehlungen geschieht. Das Büro stellte vor kurzem einen Überblick über die ethischen Grundregeln und den Verhaltenskodex der OSZE fertig und verfasste eine *Fraud Prevention and Detection Policy* sowie *Fraud Awareness Guidelines*, die in der gesamten OSZE verteilt werden sollen. Zur Verstärkung der Wachsamkeit gegenüber Betrugsfällen ist für 2007 ein wirkungsvolles Trainingsprogramm im Sekretariat, in den Feldmissionen und in den Institutionen geplant.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA)

Mit der Übernahme des Vorsitzes in der *Umwelt- und Sicherheitsinitiative* (ENVSEC, www.envsec.org) durch die OSZE verstärkten sich im Jahr 2006 die Aktivitäten des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, insbesondere im Bereich der Umweltsicherheit. Das Büro befasste sich auch intensiv mit den Bereichen Bekämpfung der Geldwäsche, der Finanzierung des Terrorismus, der Korruption und des Menschenhandels und führte Projekte zum Thema Migration und zur Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen durch. Es gab zwei wichtige Publikationen heraus: ein *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in Countries of Origin and Destination* und den *OSCE Best-Practice Guide for a Positive Business and Investment Climate*. Auf Ersuchen des Vorsitzes sammelte der Koordinator Informationen über Energiesicherheit innerhalb der OSZE, die er den Teilnehmerstaaten vorlegte. Das OCEEA organisierte in Zusammenarbeit mit dem Energiechartasekretariat und der Internationalen Energieagentur eine internationale Konferenz in Brüssel über die Rolle der Regierungen und internationaler Organisationen im Bereich der Energiesicherheit. In der Folge verabschiedete der Ministerrat einen Beschluss über den *Energiesicherheitsdialog in der OSZE*, dessen Umsetzung umfangreichere Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik verlangt. Die Minister beauftragten das OSZE-Sekretariat in diesem Beschluss, einen Dialog über Energiesicherheit aufzunehmen, und verwiesen auf die vom Gipfeltreffen der Gruppe der Acht in St. Petersburg festgesetzten Ziele.

Das Wirtschafts- und Umweltforum. In Abstimmung mit dem Vorsitz führte das OCEEA das 14. *Wirtschaftsforum* zum Thema *Verkehrswesen im OSZE-Raum: Sichere Verkehrsnetze und Verkehrsentwicklung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Stabilität auf regionaler Ebene* erfolgreich durch. Dies gab den Anstoß nicht nur zu einem wichtigen Ministerbeschluss über einen zukünftigen Verkehrsdialog in der OSZE, sondern auch zu einer Reihe konkreter Folgeaktivitäten. Dazu zählten ein Schulungsseminar in Antwerpen (Belgien) über Sicherheit in Häfen, eine von der norwegischen Regierung organisierte Arbeitstagung über *Verkehr, Sicherheit und Umwelt* in Tonsberg (Norwegen), zwei Schulungsseminare in Moskau und Belgrad über die Umsetzung des *Internationalen Übereinkommens* der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zur *Harmonisierung der Warenkontrolle an den Grenzen* sowie ein Expertenworkshop über die Transit- und Verkehrsprobleme von Binnenländern in Vorbereitung einer OSZE-Konferenz über die Aussichten für die Entwicklung des transasiatischen und eurasischen Transitverkehrs durch Zentralasien bis zum Jahr 2015, die Ende 2007 stattfinden soll.

Die erste Vorbereitungskonferenz für das 15. *Wirtschafts- und Umweltforum* der OSZE wurde am 16. und 17. November in Bischkek (Kirgisistan) abgehalten und befasste sich hauptsächlich mit der Bodenverschlechterung und -kontaminierung. Die erste Sitzung des Forums fand im Januar 2007 in Wien statt.

Umweltbegutachtungsmision. Vom 3. bis 13. Oktober leitete das OCEEA eine Umweltbegutachtungsmision in jene Gebiete in und um die Region Berg-Karabach, die von Bränden heimgesucht wurden. Die Mission hatte den Auftrag, die kurz- und langfristigen Auswirkungen der großflächigen Waldbrände zu beurteilen, Maßnahmen gegen die gravierenden Folgen zu ermitteln und Vorschläge für einen Umwelteinsatz in der Region zu

machen, wie er in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgeschlagen wird. Die OSZE führte ein Team an, dem sowohl von den armenischen und aserbaidischen Behörden als auch von mehreren internationalen Organisationen entsandte Experten angehörten.

OCEEA unterstützte Dialog über Steuerung der Arbeitsmigration in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Entsprechend den Empfehlungen des 13. *Wirtschaftsforums* und unter Berücksichtigung jüngster Trends und Muster der Arbeitsmigration im OSZE-Raum leistete das OCEEA einen Beitrag zum verstärkten Austausch bewährter Praktiken und zur Weitergabe innovativer politischer Konzepte und Initiativen im Bereich der wirksamen Steuerung der Arbeitsmigration. Das Büro veröffentlichte ein *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in Countries of Origin and Destination*, das gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation verfasst wurde. Das *Handbook* gibt konkrete Anleitungen für den Austausch bewährter Praktiken und Erörterungen auf politischer Ebene. Am 6. und 7. Dezember wurde in Moskau gemeinsam mit zehn GUS-Mitgliedstaaten ein erster regionaler Workshop zum Aufbau von Kapazitäten zur Entwicklung einer effektiven Arbeitsmigrationspolitik abgehalten. Das *Handbook* wurde von den politischen Entscheidungsträgern und Migrationsexperten aus der Region gut aufgenommen. Das OCEEA erwägt daher, 2007 weitere regionale und nationale Workshops in der Region zu veranstalten. Das *Handbook* ist derzeit in Englisch und Russisch verfügbar, weitere Übersetzungen sind geplant.

Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels

Der Bekämpfung des Menschenhandels gilt nach wie vor das besondere Augenmerk der OSZE-Institutionen, -Organe und -Feldoperationen. Der *OSZE-Aktionsplan* legt den Teilnehmerstaaten Maßnahmen auf der Grundlage eines mehrdimensionalen umfassenden Ansatzes nahe.

Das neue Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels, das durch Ministerratsbeschluss vom 21. Juni geschaffen wurde, vereint die Funktionen des Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels und jene der Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels in einem neuen Büro innerhalb des OSZE-Sekretariats. Die ehemalige Ministerin für Gesundheit und soziale Dienste Finnlands, Eva Biaudet, wurde im Oktober zur Sonderbeauftragten und Koordinatorin bestellt. Das in einem Ministerratsbeschluss aus dem Jahr 2003 enthaltene Mandat dieses Büros sieht unter anderem die Unterstützung der Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen in den Bereichen Aufklärung, politische Planung und Koordination auf nationaler Ebene, Aufbau von Kapazitäten zur Durchführung einer Rechtsreform und wirksame Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen, der Zivilgesellschaft und anderen einschlägigen Akteuren zum Schutz der Rechte der Opfer von Menschenhandel vor. Das Büro sorgt auch für die Koordination sämtlicher Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels im OSZE-Sekretariat, in den Feldoperationen und den Institutionen. Getreu seinem Auftrag, für einen umfassenden Ansatz auf der Grundlage der Menschenrechte zu sorgen, bemüht sich das Büro weiter darum, über den Menschenhandel in all seinen Formen aufzuklären und zu nationalen und regionalen Initiativen zu ermutigen.

Aktionsschwerpunkte des Jahres 2006

- Die Allianz gegen den Menschenhandel veranstaltete am 17. März eine hochrangig besetzte Konferenz zum Thema *Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels: Prävention – Schutz – Strafverfolgung*. Die von der ehemaligen Sonderbeauftragten im Juli 2004 ins Leben gerufene Allianz bietet ein Forum für Zusammenarbeit und Gedankenaustausch zwischen internationalen und regionalen Institutionen und Organisationen und führenden NROs. Diese Veranstaltung bildete den Höhepunkt eines gemeinsamen Projekts der Sonderbeauftragten, des *AGIS-Programms* der Europäischen Kommission, des österreichischen Bundesministeriums für Inneres und des schwedischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Partnerschaft mit der Internationalen Organisation für Migration und dem schwedischen Migrationsrat, der belgischen Bundespolizei und dem Europäischen Polizeiamt (EUROPOL). Die Konferenz in Wien, an der nahezu 400 Personen teilnahmen, konzentrierte sich auf den Austausch bewährter Methoden sowie auf die Ausarbeitung praktischer Empfehlungen zur Verhütung von Menschenhandel, zum umfassenden Opferschutz und zur wirksamen strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Im Mittelpunkt der Erörterungen bei dieser Konferenz standen folgende wichtige Fragen: konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den Kinderhandel durch Qualifizierungsmaßnahmen für Strafverfolgungsbeamte, die längerfristigen

Auswirkungen auf die geistige und körperliche Gesundheit der Opfer von Menschenhandel, insbesondere Traumatisierung, sowie die Bedeutung der gesundheitlichen Verfassung der Opfer von Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern, für die Strafverfolgung.

- Die auf der ersten OSZE-Regionalkonferenz gegen Menschenhandel in Zentralasien mit dem Thema *Bekämpfung des Menschenhandels – Eine Antwort auf regionaler Ebene*, die am 18. und 19. Mai in Astana stattfand und in enger Zusammenarbeit mit den kasachischen Behörden, dem BDIMR, dem Zentrum in Almaty sowie anderen Feldoperationen organisiert wurde, versammelten Vertreter von Regierungsstellen, der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen führten einen konstruktiven Dialog über bewährte Methoden und Ideen für die weitere Zusammenarbeit. Die Schlussfolgerungen aus dieser Konferenz zeigen, dass regionale Veranstaltungen zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Entstehen von Synergien und zu besserer Zusammenarbeit und verstärktem Networking über Grenzen hinweg sowie zu mehr Interesse seitens örtlicher Akteure und zu einem besseren Zugang zu internationalem Know-how beitragen können und auch in anderen Regionen der OSZE abgehalten werden sollten. Für 2007 ist eine Folgetagung in der Region geplant.
- Die hochrangige Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel zum Thema *Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften/Zwangsarbeit und Zwangsdienstbarkeit: Strafrechtliche Verfolgung der Täter und Gerechtigkeit für die Opfer* vom 17. und 18. November in Wien bot Gelegenheit zum Austausch konkreter nationaler Erfahrungen mit der strafrechtlichen Verfolgung der Täter und der Gewährleistung von Rechtsschutz für die Opfer. Die Konferenz brachte mehr Klarheit darüber, wie gegen alle Formen von Menschenhandel in der OSZE-Region vorgegangen werden kann, und dieser Aktionsschwerpunkt fand seinen Niederschlag im Brüsseler Ministerbeschluss über die *Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, einschließlich der Ausbeutung von Arbeitskräften, durch einen umfassenden und aktiven Ansatz*. In diesem Beschluss kamen die Teilnehmerstaaten überein, die Mitwirkung neuer Akteure bei der Bekämpfung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung, etwa Arbeitsinspektorate, Abteilungen für sozialen Schutz, medizinische Einrichtungen, die Wirtschaft sowie andere einschlägige Akteure, anzustreben und zielführende, proaktive Maßnahmen in diesem speziellen Bereich zu ergreifen. Ferner beauftragte der Ministerrat den Ständigen Rat, Möglichkeiten der weiteren Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu prüfen, auch von Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften, und dabei unter anderem die Ergebnisse der Konferenz vom November zu berücksichtigen.
- Das Büro gab seinen ersten Jahresbericht mit dem Titel *From Policy to Practice: Combating Trafficking in Human Beings in the OSCE Region* heraus. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die von den Teilnehmerstaaten sowie von den OSZE-Organen zur Bekämpfung des Menschenhandels unternommenen Bemühungen und beschreibt die Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung des *OSZE-Aktionsplans* aufgetreten sind. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus diesem Dokument werden zu zukünftigen Programmaktivitäten beitragen und die Organisation besser in die Lage versetzen, den Teilnehmerstaaten Hilfestellung zu leisten.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU)

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten hat die Aufgabe, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Polizeidiensten aller Teilnehmerstaaten zu fördern. Dieses Jahr führte die Gruppe *Polizeiunterstützungsprogramme* in mehreren Ländern im Südkaukasus und in Zentralasien durch, insbesondere in Armenien und Aserbaidschan, sowie ein *Kurzzeitunterstützungsprojekt* in Georgien. Ferner entwickelte die Gruppe ein neues *Polizeiunterstützungsprogramm* mit den Schwerpunkten bürgernahe Polizeiarbeit und Personalmanagement für die georgische Polizeiakademie, das 2007 durchgeführt werden wird.

Gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) veranstaltete die Gruppe am 2. und 3. März einen gemeinsamen Workshop zum *VN-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität*. Dank dieses Workshops erhöhte sich der fristgerechte Rücklauf des Selbstbeurteilungsfragebogens des UNODC zum *Übereinkommen*. Mehrere Staaten lieferten auch aktualisierte Informationen hinsichtlich der Anpassung ihrer Gesetze an das *Übereinkommen*.

Angesichts der wachsenden Sicherheitsbedrohungen durch internationalen Terrorismus, gewalttätigen Extremismus, organisierte Kriminalität und den Drogenhandel sowie durch die destabilisierende Anhäufung und unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen organisierten die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, der Vorsitz und die belgische Bundespolizei am 24. November ein eintägiges *OSZE-Treffen der Polizeichefs*. Die Teilnehmer aus über 50 Staaten bekräftigten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur gegenseitigen Zusammenarbeit und kamen überein, jeweils im Abstand von drei Jahren solche Polizeicheftreffen abzuhalten.

Das von der Gruppe ausgearbeitete OSZE-Online-Polizeiinformationssystem (POLIS) ging am 24. November in Betrieb. Dabei handelt es sich um eine umfangreiche mehrsprachige Datenbank mit Informationen über alle Aspekte der Strafverfolgungsaktivitäten im OSZE-Raum, darunter Polizeiunterstützung, Schulungstechniken und Finanzierungsmöglichkeiten. Die Internetadresse lautet: <http://polis.osce.org>.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten ist der Auffassung, dass die Grundlage der Polizeiarbeit ein Katalog international verabschiedeter und akzeptierter Standards, bewährter Methoden und Erfahrungen sein sollte. Unter der Führung des Leitenden Polizeiberaters und gemeinsam mit Polizeiexperten aus den Teilnehmerstaaten und Partnerorganisationen verfasste die Gruppe ein *Guidebook on Democratic Policing*. Dieser Ratgeber ist erweiterungsfähig und kann durch neu hinzukommende Standards und Beispiele bewährter Methoden ergänzt werden.

Die Gruppe führte das Schulungsprogramm *Multi-Agency Proactive Investigations into Trafficking in Human Beings* durch, das für Polizeiermittler, Richter und NROs in acht Teilnehmerstaaten bestimmt ist. Mit diesem einzigartigen Programm wird die zur strafrechtlichen Verfolgung von Menschenhandelsfällen notwendige Untersuchungskompetenz so entwickelt, dass auf die Zeugenaussage des Opfers verzichtet werden kann. Im

Verlauf des zweiwöchigen Kurses führten die Teilnehmer eine Fallsimulation in Echtzeit durch.

Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

Auch 2006 war die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ein wichtiger Aspekt in der Arbeit der Organisation zur Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum. Unter der Führung des belgischen Vorsitzes war die Organisation bemüht, ihre Verbindung und Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU), dem Europarat, der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und anderen Organisationen und Institutionen auf der Grundlage einschlägiger, von den Teilnehmerstaaten im Rahmen des Ministerrats und des Ständigen Rates gefasster Beschlüsse zu vertiefen.

Der Ständige Rat kam den Aufrufen der Vereinten Nationen zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen nach und verabschiedete am 16. März die *Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen*. Darin erklärten die Teilnehmerstaaten die Bereitschaft der OSZE, weiterhin ihre Rolle als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen zu spielen und aktive Schritte zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu setzen.

Die OSZE leistete einen bedeutenden Beitrag zur VN-Initiative *Allianz der Zivilisationen*. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und der Generalsekretär der OSZE präsentierten im Juni einen diesbezüglichen Bericht.

Der Dialog und die Zusammenarbeit mit der EU wurden im Verlauf des Jahres intensiviert. Die Zusammenarbeit mit dem Europarat verlagerte sich von einem einfachen Informationsaustausch und der Vertretung bei Veranstaltungen des jeweils anderen in Richtung Planung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten.

Die OSZE beteiligte sich aktiv an dem vom VN-Büro in Genf im Juli veranstalteten jährlichen *Dreiertreffen auf hoher Ebene* mit den Vereinten Nationen und dem Europarat. Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung dieses Treffens, dem eine Tagung auf Expertenebene über die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften in der Zeit nach Konflikten voranging, war die Friedensstiftung aus regionaler, europäischer Perspektive.

Internationale, regionale und subregionale Organisationen und Initiativen wurden regelmäßig zu OSZE-Veranstaltungen wie dem *Ministerratstreffen*, der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, dem *Wirtschaftsforum*, dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* und anderen einschlägigen Treffen eingeladen, während die OSZE ihrerseits auf Einladung an vielen Veranstaltungen von Partnerorganisationen teilnahm.

Die drei Institutionen, 19 Feldoperationen und das Sekretariat der OSZE arbeiteten eng mit internationalen Partnern sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort zusammen. Die

institutionellen Kontakte mit anderen Organisationen und Partnerstaaten liefen über die Abteilung Externe Zusammenarbeit.

Das Konfliktverhütungszentrum nahm gemeinsam mit Vertretern von VN, EU und NATO an der Lenkungsgruppe für zukünftige institutionelle Vorkehrungen im Kosovo teil. Das ganze Jahr hindurch nahm es an bilateralen Sitzungen teil, bei denen ein mögliches Engagement nach Klärung des Status festgelegt werden sollte. Ferner setzte es seine Arbeit zur weiteren Verstärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen entsprechend dem *Prozess von Palić* fort und veranstaltete gemeinsam mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) ein Expertentreffen in Novi Sad (Serbien), an dem EU-Experten als Beobachter teilnahmen. Außerdem befasste sich das Zentrum in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen mit der Flüchtlingsrückkehr im Rahmen des Prozesses, der mit der *Erklärung von Sarajewo* eingeleitet worden war.

Das Konfliktverhütungszentrum setzte seine Zusammenarbeit mit der EU, der NATO und dem *Stabilitätspakt für Südosteuropa* in Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements fort. Gemeinsam unterstützten sie Länder in der Region bei der Umsetzung des *Way-Forward-Dokuments des Ochrid-Prozesses für Grenzmanagement und Grenzsicherung*. Zur Förderung der Weitergabe von Erfahrungen und bewährten Methoden in modernem Grenzmanagement organisierte das Zentrum 2006 auch zwei Konferenzen: die erste in Dubrovnik im Juli und die zweite in Wien im Oktober, an der Experten aus 26 internationalen Organisationen teilnahmen.

Im April berief das Konfliktverhütungszentrum in Bischkek (Kirgisistan) ein Treffen über Sicherheit und Stabilität in Zentralasien unter dem Vorsitz des OSZE-Generalsekretärs ein. Auf dem Treffen versammelten sich über 40 hochrangige Teilnehmer aus den verschiedensten internationalen Organisationen. Eine andere wichtige Veranstaltung mit internationalen Organisationen fand im September im Zusammenhang mit dem *Regionalen Treffen der Missionsleiter im Kaukasus* unter Beteiligung von Vertretern der VN-Hauptabteilung für Friedenssicherungseinsätze, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der EU, des Europarats, der NATO, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Tiflis (Georgien) statt.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung veranstaltete mit Unterstützung Dänemarks eine Gesprächsrunde für mit dem Kampf gegen den Terrorismus befasste Fachleute, an der Vertreter aus sechs internationalen und 13 regionalen und subregionalen Organisationen teilnahmen.

2006 übernahm das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE den Vorsitz in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC), der sich zwei neue Partner (die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und das Regionale Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa) anschlossen. Die Zusammenarbeit mit UNDP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der NATO wurde fortgesetzt.

Die Leitende Beraterin für Genderfragen nahm an mehreren Koordinationstreffen mit europäischen Organisationen und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen teil, darunter die Jahrestagung des *Organisatorischen und institutionellen Netzes für Gender-Information*.

Im Zusammenhang mit der Allianz gegen Menschenhandel, der führende Organisationen für die Bekämpfung von Menschenhandel angehören, organisierte der OSZE-Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels eine Reihe bedeutender Veranstaltungen wie etwa im März die hochrangig besetzte Konferenz über die *Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels: Prävention – Schutz – Strafverfolgung*. Sie wurde gemeinsam mit dem österreichischen EU-Vorsitz organisiert und war Höhepunkt eines vom *AGIS-Programm* der Europäischen Kommission 2005 finanzierten Projekts.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) hielt engen Kontakt mit anderen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Europarat und der EU. Regelmäßig tauschte es mit der Abteilung Wahlhilfe der Vereinten Nationen Informationen über Wahlbeobachtung aus, und beide Dienststellen unterstützten gemeinsam mit einigen anderen Organisationen die Ausarbeitung der *Grundsatzerklärung für internationale Wahlbeobachtung samt Verhaltenskodex für internationale Wahlbeobachter*.

Der Beauftragte für Medienfreiheit setzte seine Zusammenarbeit mit einer Vielfalt von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) fort, unter ihnen der Europarat und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Er hielt auch engen Kontakt mit den europäischen Institutionen und dem IStGHJ in medienrelevanten Fragen. Sein Büro beteiligte sich am ersten *Internet Governance Forum* der Vereinten Nationen im Oktober und an einer Reihe anderer nationaler und internationaler Tagungen. In einer gemeinsamen, vom OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, vom VN-Sonderberichterstatter der Organisation der amerikanischen Staaten für freie Meinungsäußerung sowie von dem von der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker bestellten Sonderberichterstatter für freie Meinungsäußerung unterzeichneten Erklärung wurde Gewalt gegen Journalisten verurteilt und zu stärkerer Selbstkontrolle aufgerufen.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten fungierte als Berater von Martti Ahtisaari, dem Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo, in den laufenden internationalen Bemühungen um Rahmenbedingungen, die die Rechte aller im Kosovo beheimateten Volksgruppen schützen.

Die Parlamentarische Versammlung stand laufend in Kontakt mit Amtskollegen in anderen internationalen interparlamentarischen Organisationen, darunter insbesondere die Parlamentarische Versammlung der NATO, die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE), das Europäische Parlament sowie die Parlamentarische Versammlung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Bei mehreren Gelegenheiten wurden zur Koordination der Bemühungen im Rahmen konkreter Projekte, etwa zur Förderung und Stärkung demokratischer Institutionen, parlamentarische Troikas bestehend aus den drei Parlamentsgremien der OSZE, des Europarats bzw. der EU eingerichtet. Eine solche Troika widmet sich zum Beispiel der Förderung des Dialogs und der demokratischen Entwicklung in Belarus. 2007 wird die Parlamentarische Versammlung der OSZE den Vorsitz in einer Troika führen, die zur Unterstützung des *Stabilitätspakts* gebildet wurde. Den OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und des BDIMR schlossen sich in vielen Fällen Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der NATO, von PACE und des Europäischen Parlaments an.

Das Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, hielt Kontakt mit Organisationen wie der EU, dem Europarat, dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, dem IKRK und verschiedenen internationalen NROs in Bezug auf Probleme in Zusammenhang mit Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, Kriegsgefangenen, Vermissten und Inhaftierten sowie Minenräumung.

Vereinte Nationen

Im Januar berichtete der Amtierende Vorsitzende der OSZE dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Prioritäten des belgischen Vorsitizes.

Am 20. September berief der griechische Vorsitz des VN-Sicherheitsrats eine Sitzung des Sicherheitsrats auf Ministerebene über die *Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und Regionalorganisationen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit* ein, an der auch der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär der OSZE teilnahmen. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE informierte die Teilnehmer über den Beitrag der OSZE als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen.

Im Februar nahm die OSZE an der ersten Sitzung des Ständigen Ausschusses des institutionalisierten *VN-Prozesses von Treffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen* teil, deren Hauptaufgabe darin bestand, die notwendigen Vorbereitungen für die hochrangigen Gespräche des VN-Generalsekretärs zu treffen. Am 22. September war die OSZE auf dem *7. Hochrangigen Treffen* in New York vertreten, das Problemen und Chancen der Zusammenarbeit gewidmet war, sowie auf der unmittelbar vorher abgehaltenen zweiten Sitzung des Ständigen Ausschusses.

Der belgische Vorsitz vertrat die OSZE auf der Eröffnungssitzung der Kommission der Vereinten Nationen für Friedenskonsolidierung am 23. Juni in New York, und der Generalsekretär hielt auf der 3. Sitzung der Hochrangigen Gruppe der *Allianz der Zivilisationen* in Senegal im Mai ein Referat.

In Bezug auf das vom Vorsitz gewählte Schwerpunktthema Verkehr hielt die OSZE engen Kontakt zur Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa im Rahmen von Projekten zur Aufklärung und zum gemeinsamen Aufbau von Kapazitäten auf dem Verkehrssektor sowie durch die Förderung internationaler Übereinkommen und Standards.

Die OSZE kooperierte auch eng mit dem Büro des Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer im Hinblick auf die Förderung des *Aktionsprogramms* von Almaty zur Erleichterung des Zugangs von Binnenländern zum Meer.

Die Vereinten Nationen waren am 8. und 9. Mai in New York Gastgeber des jährlichen *OSZE/VN-Treffens auf Mitarbeiterebene*. Die OSZE-Teilnehmer führten Gespräche mit ihren Amtskollegen aus mehreren Gremien und Institutionen der Vereinten Nationen. Erörtert wurden verschiedene sachbezogene und regionale Fragen von gegenseitigem Interesse.

Das Konfliktverhütungszentrum leistete Beiträge zur *VN-Überprüfungskonferenz über die Durchführung des SALW-Aktionsprogramms*, die vom 26. Juni bis 7. Juli in New York stattfand, und organisierte eine OSZE-Parallelveranstaltung während der Konferenz. Es erarbeitete außerdem eine Vereinbarung mit UNDP bezüglich technischer Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Projekten über SALW und konventionelle Munition, die am 2. Juni unterzeichnet wurde.

Das Konfliktverhütungszentrum trug auch zu einer Reihe von Gesprächsrunden in New York über die Reform des Sicherheitssektors bei, die von der slowakischen Delegation bei den Vereinten Nationen organisiert wurden.

Im Oktober fand unter der Leitung der OSZE eine Umweltbegutachtungsmission in der von verheerenden Bränden heimgesuchten Region in und um Berg-Karabach statt. Die Mission wurde durch Experten des den VN angegliederten *Global Fire Monitoring Center* unterstützt, die von der Gemeinsamen Umweltgruppe des UNEP und dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten ausgewählt wurden, sowie durch Experten von UNEP selbst, des Europarats, des Rats der Europäischen Union und der Europäischen Kommission.

Der Leitende Polizeiberater führte im Oktober Gespräche mit dem Polizeiberater der VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, dem Direktor der Polizeiabteilung und dem VN-Untergeneralsekretär für Sicherheitsfragen. Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten befasste sich weiter mit der Förderung und Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität* und veranstaltete am 2. und 3. März mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung einen gemeinsamen Workshop. Die Gruppe und UNODC arbeiteten auch gemeinsam an der Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Beurteilung der Strafrechtspflege.

Im Kampf gegen den Terrorismus vertiefte die OSZE ihre Kontakte mit den Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und dessen Exekutivdirektorium, dem Ausschuss für Sanktionen gegen Al-Kaida und die Taliban und dessen Überwachungsteam sowie mit UNODC. Ein wichtiger Punkt ist die enge Zusammenarbeit der Gruppe Terrorismusbekämpfung mit UNODC, dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und dessen Exekutivdirektorium in Bezug auf die Ratifikation der weltweiten Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus und die Ausarbeitung von Gesetzen gegen den Terrorismus.

Die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels leistete Beiträge zu mehreren UNODC-Konferenzen und -veranstaltungen, etwa zum UNODC/OSZE-Workshop über Mechanismen zur Sammlung von Informationen zur Unterstützung der Arbeit der *Konferenzen der Vertragsstaaten des VN-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität* im März und Oktober. Im Februar leistete die Gruppe einen Beitrag zu der vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte veranstalteten Expertentagung über *Indikatoren des Menschenhandels* in Genf. Die Gruppe beteiligte sich auch aktiv an einem Workshop der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Thema Menschenhandel im März in Moskau, bei dem ein *Nationaler Aktionsplan* ausgearbeitet werden sollte.

Die Leitende Beraterin für Genderfragen nahm an mehreren Koordinationssitzungen im Büro der Vereinten Nationen in Pressburg unter Beteiligung des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM), von UNDP und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen teil und arbeitete im regionalen Programmprüfungsausschuss mit, der Projekte zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zur Finanzierung durch UNIFEM auswählte. Sie vertrat ferner das OSZE-Sekretariat bei mehreren Konferenzen, bei denen die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit erörtert wurde. Die Leitende Beraterin weitete ihre Kontakte mit der VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze aus und wirkte gemeinsam mit Amtskollegen aus Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und Gender-Kontaktstellen der Armee und der Marine mehrerer Mitgliedsstaaten an der Überarbeitung von Unterlagen über Genderfragen mit.

Im Zusammenhang mit dem *14. Wirtschaftsforum* über Verkehr im OSZE-Gebiet verstärkte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE seine Zusammenarbeit mit VN-Partnern wie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und insbesondere mit dem Büro des Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer.

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und UNODC im Rahmen des *Globalen Programms gegen Geldwäsche* und des *Globalen Programms gegen Korruption* wurde fortgesetzt. Sie veranstalteten im September in Wien eine Arbeitstagung für Staatsanwälte aus Mittel- und Osteuropa und mit Unterstützung der OSZE-Mission in Montenegro einen weiteren Workshop in Montenegro. Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unterstützte außerdem das *Globale Programm gegen Korruption* des UNODC durch Abhaltung von zwei Expertentagungen, bei denen der Entwurf zu einem *Technischen Leitfaden zur Förderung der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption* geprüft wurde, der 2007 erscheinen soll.

Am 24. und 25. Oktober fand in Wien ein gemeinsamer UNODC/OSZE-Workshop zur Bekämpfung der Bedrohung durch unerlaubte Drogen im OSZE-Raum statt. Er war Treffpunkt von Experten aus den Hauptstädten und aus anderen internationalen Organisationen, die eine Einschätzung der Bedrohung durch unerlaubte Drogen vornahmen, die Auswirkungen des illegalen Handels mit afghanischem Heroin erörterten und die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Staaten eng zusammenarbeiten und die internationalen Übereinkünfte umsetzen.

Im November organisierte das BDIMR gemeinsam mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Vaduz (Liechtenstein) eine technische Arbeitstagung über Menschenrechte und die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus. Außerdem richtete das BDIMR eine Kontaktstelle für nationale Menschenrechtsinstitutionen und Menschenrechtsaktivisten ein, über die ein Programm gemeinsamer Aktivitäten mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen ausgearbeitet werden soll.

Das BDIMR leistete Beiträge zur Entwicklung des Maßnahmenkatalogs des UNODC zur Beurteilung der Strafrechtspflege und war Mitveranstalter von Seminaren in Moskau über internationale Standards für Berufsethik und Rechenschaftspflicht für Staatsanwälte und

Richter. Das BDIMR beteiligte sich auch an den Aktivitäten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa bei einem Runden Tisch über Chancengleichheit der Geschlechter und Wachstumsaussichten für die Region des *Sonderprogramms der Vereinten Nationen für die Volkswirtschaften Zentralasiens* im Juni in Baku.

Im September hielten das BDIMR und UNIFEM für die GUS in Almaty eine regionale Gesprächsrunde über die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit ab.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten hielt Kontakt mit den VN-Sekretariaten in New York und Genf sowie mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und UNDP. Das VN-Sekretariat äußerte Interesse an Erfahrungen des Hohen Kommissars der OSZE mit der Entwicklung von Strukturen der Konfliktverhütung, insbesondere bei der Ausarbeitung praktischer Instrumente zur Konfliktverhütung, und möchte diese Erfahrungen nützen. Der Hohe Kommissar tauschte Informationen mit der Unabhängigen Expertin der Vereinten Nationen für Minderheitenfragen und dem Sonderberater des VN-Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord aus und setzte seine Zusammenarbeit mit der VN-Arbeitsgruppe für Minderheiten fort.

Im Februar nahm eine Gruppe von Parlamentarierinnen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE unter der Leitung der Sonderbeauftragten der Parlamentarischen Versammlung für Genderfragen an der 50. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau teil und organisierte eine Parallelveranstaltung über *Frauen und Sicherheitspolitik*.

Europäische Union

Der finnische EU-Vorsitz unterstrich in einer Rede im OSZE-Ministerrat im Dezember, dass die EU die OSZE als einen unverzichtbaren Akteur im europäischen Sicherheitsumfeld betrachte, und brachte das Bekenntnis der EU zu den Werten, Normen und Prinzipien der OSZE in allen drei Dimensionen der Sicherheit zum Ausdruck.

Im Februar hielt die österreichische Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten anlässlich des österreichischen EU-Vorsitzes eine Rede im Ständigen Rat, in der sie auf die wichtige Aufgabe verwies, das Vertrauen aller Teilnehmerstaaten in die OSZE als eine internationale Organisation mit zentralem Interesse am einzelnen Menschen zu stärken. Sie rief die EU und die OSZE auf, eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit abzugeben.

Der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär nahmen an den beiden Sitzungen der OSZE/EU-Ministertrioika im Mai bzw. November teil, eine während jeder EU-Präsidentschaft. Im Februar und Oktober fanden zwei Treffen zwischen dem Politischen und sicherheitspolitischen Komitee der EU und der OSZE-Botschaftertrioika statt. Bei allen hier angeführten Treffen kamen verschiedene regionale und themenbezogene Fragen von gegenseitigem Interesse sowie die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EU zur Sprache.

Im März und im November sprach der Generalsekretär im Politischen und sicherheitspolitischen Komitee der EU, wobei er an die EU appellierte, sich aktiv in der OSZE als einem

einzigartigen Instrument für Dialog und Zusammenarbeit zu engagieren. Ferner hielt der Generalsekretär das ganze Jahr hindurch eine Reihe bilateraler Treffen ab, mit der Europäischen Kommission einerseits und dem Sekretariat des EU-Rates andererseits, wobei seine Gesprächspartner unter anderem hochrangige EU-Beamte mit den Aufgabenbereichen Zentralasien, Südkaukasus, Moldau und Balkan waren.

Mehrere hochrangige EU-Beamte informierten den Ständigen Rat der OSZE über die Aktivitäten der EU-Grenzunterstützungsmission in Moldau und der Ukraine, den Balkan und die EU-Erweiterung. Im März fand in Wien eine informelle Tagung des EU-Ausschusses für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung statt. Im Juni war die EU Gastgeber des jährlichen *OSZE/EU-Treffens auf Mitarbeiterebene*.

Vom 5. bis 7. Juli führten die OSZE und die Europäische Kommission einen gemeinsamen hochrangigen Beurteilungsbesuch in Nowobohdaniwka in der Ukraine durch, mit dem Ziel, ein Projekt zur Vernichtung von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition zu erarbeiten.

Das Konfliktverhütungszentrum nahm an einer Arbeitstagung über Entwicklungszusammenarbeit in Zentralasien teil, die von der designierten deutschen EU-Präsidenschaft im Dezember in Berlin veranstaltet wurde. Es hielt auch regelmäßigen Kontakt auf Arbeitsebene mit dem Büro des EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien.

Die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels leistete einen Beitrag zur *Expertenkonferenz der Europäischen Kommission über Menschenhandel*, die vom österreichischen Ministerium des Inneren und der EU im Juni organisiert wurde. Im Januar und Februar führte die Gruppe Gespräche mit der Europäischen Kommission und sie leistete mit dem Europäischen Parlament Beiträge zu einem Seminar über städtische Sicherheit sowie zu einem Schulungsseminar für EU-Delegationen weltweit, das von EuropeAid veranstaltet wurde.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung führte ihren Dialog mit dem Rat der EU und der Europäischen Kommission zu Themen von gemeinsamem Interesse weiter, etwa über Informationsaustausch und Koordination. Durch diesen Dialog könnte die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Gruppe im Kampf gegen den Terrorismus künftig auf eine festere Grundlage gestellt werden.

Das *Rechtshilfeprogramm* des BDIMR für Zentralasien wurde in Zusammenarbeit mit der EU und mit deren finanzieller Unterstützung weitergeführt. Im Oktober organisierten das BDIMR, die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz ein Treffen auf Arbeitsebene über Fragen betreffend den Mangel an Daten über Hassdelikte. Dieselben Organisationen nahmen im November an einem vom BDIMR organisierten *Implementierungstreffen zu Fragen der Toleranz* in Wien teil. Ferner schloss das BDIMR das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt *Roma, use your ballot wisely!* ab.

Das ganze Jahr hindurch hielt der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten engen Kontakt zur Europäischen Kommission, insbesondere mit dem Kommissar und der Generaldirektion für die Erweiterung.

Europarat

Die OSZE und der Europarat machten Fortschritte in den vier Schwerpunktbereichen, die sie 2005 in ihrer *Erklärung über die Zusammenarbeit* festgelegt hatten: Kampf gegen Terrorismus, Schutz der Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung des Menschenhandels und Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten. Sie erörterten diese Fragen im März und September auf der dritten und vierten Sitzung der OSZE/Europarat-Koordinationsgruppe, auf der die Kontaktstellen der OSZE und die entsprechenden Dienststellen des Europarats gemeinsame Berichte vorlegten. Dank dieser Vorarbeiten fand am 19. und 20. Oktober in Wien die erste gemeinsame Großveranstaltung der beiden Organisationen, eine Expertenarbeitstagung, zur Bekämpfung des Terrorismus statt.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Generalsekretär der OSZE und ein Vertreter der Parlamentarischen Versammlung nahmen am 15. *Hochrangigen OSZE/Europarat-Treffen* teil. Es wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zu mehreren regionalen und sachbezogenen Fragen erörtert.

Auf Einladung des belgischen OSZE-Vorsitzes fand am 21. September das *16. Hochrangige OSZE/Europarat-Treffen* im „2+2“-Format in New York statt. Die Teilnehmer unterstrichen die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat und ihrer weiteren Vertiefung und bekundeten ihren nachdrücklichen politischen Willen, durch die gemeinsame Planung von Aktivitäten mehr Synergien zu schaffen. Sie widmeten sich auch der Frage der Zusammenarbeit bei Wahlbeobachtungen.

Die beiden Generalsekretäre setzten ihre engen Arbeitsbeziehungen auch 2006 fort und trafen am Rande verschiedener OSZE- und Europaratsveranstaltungen zu mehreren bilateralen Gesprächen zusammen. Im Mai hielt der OSZE-Generalsekretär eine Rede auf der Jahrestagung des Ministerkomitees des Europarats in Straßburg.

Das *9. Jährliche „3+3“-Treffen* auf hoher Beamtenebene fand im Juni in Wien statt und befasste sich mit mehreren sachbezogenen Fragen von gegenseitigem Interesse, darunter die vier Schwerpunktbereiche.

Das erste OSZE/Europarat-Treffen über die Umsetzung des *Kooperationsabkommens über die Unterstützung der kommunalen Verwaltung in Südosteuropa*, das von den beiden Generalsekretären 2005 unterzeichnet worden war, fand im März in Straßburg statt.

Das BDIMR und die Venedig-Kommission erstellten einen formalen Rahmen zur Überprüfung von Wahlgesetzen. Ferner unterhielt das BDIMR weiterhin enge Arbeitsbeziehungen zu mehreren Generaldirektionen des Europarats zu den Themen Bekämpfung des Terrorismus, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und rechtliche Angelegenheiten.

Das BDIMR und der Europarat legten einen informellen Rahmen für den Informationsaustausch und die Koordination von Aktivitäten bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau und der Beteiligung von Frauen an demokratischen Prozessen fest. Das BDIMR war Beobachter in der 36. Sitzung des Lenkungsausschusses des Europarats für die Gleichstellung von Frauen und Männern im November.

Zum Thema Roma-Gemeinschaften organisierten die OSZE und der Europarat im November eine Gesprächsrunde in Thessaloniki (Griechenland).

Das BDIMR und der Europarat arbeiteten gemeinsam an den Länderprofilen in Bezug auf die Kapazitäten im Kampf gegen den Terrorismus, die unter der Schirmherrschaft des Europarats und der BDIMR-Datenbank Legislationline erstellt wurden.

Der Europarat und die OSZE nahmen an einer Reihe gemeinschaftlicher Veranstaltungen teil und waren bemüht, die Standards und Verpflichtungen der jeweils anderen Organisation im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels zu unterstützen, wobei die Rechte der Opfer im Mittelpunkt standen. Die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels beteiligte sich an zwei Europaratsseminaren im September und Dezember, während der Europarat einen Beitrag zur *Konferenz auf hoher Ebene über Kinderhandel und Strafverfolgung* der Allianz im März sowie zur *OSZE-Konferenz über Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften* im November, die beide in Wien abgehalten wurden, leistete.

Zwischen dem BDIMR der OSZE und der dem Europarat unterstehenden Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz fanden verschiedene Treffen unter Beteiligung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte statt. Die OSZE war auch am Weißbuch des Europarats über den interkulturellen Dialog beteiligt.

Der Hohe Kommissar der OSZE setzte seine Zusammenarbeit mit dem Expertenkomitee des Europarats zu Fragen des Schutzes nationaler Minderheiten, dem Beratenden Ausschuss zur *Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten* und dem Menschenrechtskommissar des Europarats fort. Das Europaratssekretariat und der Hohe Kommissar planen für 2007 eine gemeinsame Veröffentlichung über Standards der Minderheitenrechte. Der Hohe Kommissar führte auch seine Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission fort, unter anderem zur Frage der Rechte von Nichtstaatsbürgern und Minderheiten, der doppelten Stimme bei Wahlen für Angehörige von Minderheiten und der Bewertung von Minderheitengesetzen in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten.

Nordatlantikvertrags-Organisation

Im Vorfeld des *OSZE-Ministerrats* und des *NATO Transformation Summit* im November in Riga sprach der Amtierende Vorsitzende der OSZE im Oktober vor dem Nordatlantikrat im NATO-Hauptquartier in Brüssel, während der Oberste Alliierte NATO-Befehlshaber Europa, General des US-Marine-Corps James L. Jones, am 14. September den Ständigen Rat über Aspekte im Zusammenhang mit der NATO-Mission in Afghanistan informierte.

Die regelmäßigen OSZE/NATO-Treffen auf Mitarbeiterebene im Januar, April und Oktober dienten einem Meinungsaustausch unter anderem über demokratische Governance im Sicherheitssektor/Verteidigungsreform, die laufende Zusammenarbeit mit ENVSEC sowie regionale Fragen und den Mittelmeerdiallog.

Die Leitende Beraterin für Genderfragen berichtete über die Arbeit der OSZE zur Durchführung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit anlässlich eines von der NATO und dem niederländischen Militär im April organisierten Seminars.

Internationale Organisation für Migration

Die IOM ist und bleibt ein wichtiger Partner für die OSZE, sowohl in den Einsatzgebieten als auch auf institutioneller Ebene.

IOM, ILO und OSZE organisierten und finanzierten gemeinsam einen Workshop über ein *Labour Migration Handbook* für die GUS-Länder in Moskau im Dezember.

Das BDIMR und das IOM-Büro in Moskau schlossen ein Projekt über die Bereitstellung von Informationen und Expertenunterstützung für das staatliche Programm für die Regelung des Status von Wanderarbeitnehmern ab und organisierten im März eine Arbeitstagung über die zukünftige Umsetzung des Programms für die Russische Migrationsagentur und Vertreter anderer einschlägiger staatlicher Dienststellen.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Mit dem Besuch des Diplomatischen Beraters der Abteilung für humanitäre Diplomatie im OSZE-Sekretariat im Januar, wo der Gast mit Vertretern verschiedener Abteilungen zusammentraf, wurden die Kontakte zwischen der OSZE und dem IKRK auf der Ebene der Zentralen fortgesetzt.

Andere internationale, regionale und subregionale Organisationen und Initiativen

Im April nahm der Amtierende Vorsitzende am *Gipfeltreffen der Staatschefs der Wilna-Konferenz* teil. Im Mai vertrat der Generalsekretär die OSZE auf dem *9. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses* in Thessaloniki (Griechenland) und auf dem *Gipfeltreffen der Staatschefs von GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau)* in Kiew (Ukraine), bei dem die Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM – gegründet wurde. Im Juni nahmen der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär am *Schwarzmeerforum für Dialog und Partnerschaft* in Bukarest (Rumänien) teil. Im Oktober hielt der Generalsekretär eine Rede auf der *Konferenz zum 10. Jahrestag der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative*, und im November wohnte der Vorsitzende dem *Jährlichen Gipfeltreffen der Regierungschefs der Zentraleuropäischen Initiative* in Tirana (Albanien) bei.

Der Generalsekretär führte im September und Dezember Gespräche mit dem Exekutivsekretär der GUS und im Dezember mit dem Generalsekretär der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (CSTO). Vertreter des Konfliktverhütungszentrums, der Gruppe Terrorismusbekämpfung und der Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels besuchten die GUS und den Sitz der CSTO in Minsk bzw. Moskau.

GUS, GUAM, CSTO, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum und der *Stabilitätspakt* kamen der Einladung zum *OSZE-Ministerrat* im Dezember in Brüssel nach.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung kooperierte durch bilaterale Kontakte und den Austausch bewährter Praktiken mit dem GUS-Zentrum zur Bekämpfung des Terrorismus, der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, der Gruppe der Acht, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation.

In Bezug auf Energiesicherheit nahm das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE Verbindung zu mehreren Organisationen auf, darunter das Energiecharta-Sekretariat und die Internationale Energie-Agentur. Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE arbeitete ferner eng mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unter anderem in Fragen der Korruptionsbekämpfung und der Investitionsförderung zusammen. Im Dezember erhielt die OSZE auf der fünften Plenartagung der OECD in Moskau Beobachterstatus bei der aus sieben Mitgliedern bestehenden Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.

Die Abteilung Genderfragen tauschte über das Organisatorische und institutionelle Netz für Genderinformationen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Informationen und Erfahrungen zu Genderfragen aus. Das Netz setzt sich aus internationalen Organisationen und Fachorganisationen, aus europäischen, afrikanischen und asiatischen Regionalorganisationen wie Entwicklungsbanken sowie dem Europarat zusammen.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten stand in regelmäßigem Kontakt mit Amtskollegen der Initiative des *Stabilitätspakts* zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und nahm an Tagungen auf politischer Ebene teil. Die Gruppe wohnte auch einem Treffen über den Kampf gegen illegale Drogen bei, das im Rahmen der Präsidentschaft der Russischen Föderation in der Gruppe der Acht organisiert wurde, und hielt Kontakt mit der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative in Bukarest.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten prüfte auf einer Sitzung mit dem Direktor für Angelegenheiten der internationalen Strafverfolgung des Internationalen Zentrums für abgängige und ausgebeutete Kinder die Möglichkeit der Zusammenarbeit im Bereich der Kinderpornographie.

Das BDIMR und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte arbeiteten gemeinsam an der Erstellung eines Handbuchs über die Menschenrechte der Angehörigen der Streitkräfte.

Internationale Finanzinstitutionen

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE arbeitete weiter mit Organisationen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammen. Die Zusammenarbeit erstreckt sich unter anderem auf Geldwäsche, Finanzierung des Terrorismus, Migration, Unternehmensentwicklung, kleine und mittlere Unternehmen, Good Governance und Qualifizierungsmaßnahmen.

Nichtregierungsorganisationen

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE legte besonders großen Wert auf die Zusammenarbeit mit NROs. Neben seiner Rolle als Gastgeber eines Treffens mit NROs im Januar plante der Amtierende Vorsitzende bei seinen offiziellen Besuchen in Teilnehmerstaaten auch Treffen mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen ein.

Das ganze Jahr hindurch arbeiteten das Sekretariat, die Institutionen und die Feldoperationen der OSZE verstärkt mit NROs zusammen. Mehrere NROs beteiligten sich an OSZE-Aktivitäten und fungierten in einigen Fällen direkt als Projektpartner.

Im April organisierte die Internationale Friedensakademie in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat und mit Unterstützung des österreichischen Außenministeriums ein Seminar über die Bildung von Partnerschaften zur Krisenverhütung, Konfliktbeilegung und Friedensstiftung unter Beteiligung der Vereinten Nationen und regionaler Organisationen.

Kooperation in den Einsatzgebieten

SÜDOSTEUROPA

Mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, der Europäischen Kommission und vier OSZE-Missionen (Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien sowie Montenegro) wurde ein wichtiges Projekt, die *Sarajewo-Erklärung über Flüchtlingsrückkehr*, durchgeführt. Das Konfliktverhütungszentrum unterstützte das von der EU finanzierte *Gemeinschaftshilfeprogramm für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung (CARDS)*, ein Regionalprojekt über integrierte Grenzmanagementstrategien.

Die ***Präsenz in Albanien*** erleichterte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsam mit der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, der NATO-Kosovo-Truppe und dem Polizeidienst des Kosovo. Sie war ein wichtiger Durchführungspartner in dem Projekt des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen zur Erstabklärung der Situation von Asylsuchenden und Migranten. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission arbeitete sie an der Wahlrechtsreform und am Aufbau von Kapazitäten der Zivilgesellschaft und von NROs.

Die ***Mission in Bosnien und Herzegowina*** beobachtete acht Kriegsverbrecherprozesse, die der IStGHJ an den Staatsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina abgetreten hatte. Dank finanzieller Unterstützung der US-amerikanischen Agentur für internationale Entwicklung nahm die Mission mit dem gesamtstaatlichen Parlament ein *Programm zur Stärkung der Legislative* in Angriff.

Die ***Mission in Kroatien*** verstärkte ihre Zusammenarbeit mit UNDP durch die Eröffnung von Außenstellen an denselben Standorten und unternahm mit dieser VN-Organisation insbesondere ein Winterhilfeprojekt für Flüchtlinge. Sie setzte sich gemeinsam mit der Europäischen Kommission für rechtliche Rahmenbedingungen zur Entwicklung der Zivilgesellschaft ein.

Die ***Mission in Montenegro*** kooperierte mit dem Programm des UNODC gegen Geldwäsche, indem sie das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE bei der Organisation einer nationalen Arbeitstagung gegen Geldwäsche und zur Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus unterstützte.

Die ***Mission in Serbien*** arbeitete mit dem IStGHJ an der Umsetzung von Rechtsvorschriften gegen die organisierte Kriminalität und schloss mit Unterstützung der UNESCO das Programm *Berichterstattung über die Umwelt* ab. Die Europäische Agentur für Wiederaufbau finanzierte die Umsetzung des *OSZE-Aktionsplans für die Integration der Roma* und unterstützte die Mission gemeinsam mit dem Amt der EU für zollamtliche und fiskalische

Unterstützung bei der Durchführung ihres Grenzmanagementprogramms. Die Mission startete mit der Internationalen Finanzkorporation eine gemeinsame Initiative zur Einführung von verantwortungsvoller Führung im unternehmerischen Bereich in serbischen Firmen.

Die **Mission im Kosovo** unterzeichnete eine Vereinbarung mit der VN-Hauptabteilung für Zivilverwaltung über den vorgezogenen Übergang von der internationalen Präsenz im Kosovo unter VN-Führung zu einer starken OSZE-Feldpräsenz. Die Mission arbeitete Hand in Hand mit dem Europarat zum Thema Schutz nationaler Minderheiten und der Menschenrechte.

Die **OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje** führte mit finanzieller Unterstützung der schwedischen Internationalen Entwicklungsagentur einen Schulungslehrgang zur Verbesserung der Managementkompetenz der Mitarbeiter in Volksanwaltsbüros durch.

OSTEUROPA

Das **Büro in Minsk** war Mitveranstalter einer internationalen Konferenz über die Bekämpfung des Menschenhandels, zu der die IOM einlud.

Die **Mission in Moldau** arbeitete gemeinsam mit UNODC und UNICEF zu Fragen des Menschenhandels, mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und der EU zu Fragen betreffend Transnistrien und mit dem Europarat zu den Themen lokale Demokratie, Wahlen und Menschenrechte. Sie hielt regelmäßig Kontakt mit dem IKRK in Bezug auf die Haftbedingungen in Transnistrien und Moldau.

Der **Projektkoordinator in der Ukraine** leistete gemeinsam mit dem NATO-Verbindungsbüro in der Ukraine von Fall zu Fall Hilfestellung bei der Neuansiedlung entlassener Militärangehöriger. Mit der ILO führte er Programme gegen Kindesmissbrauch durch. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen im März arbeitete er mit der Europäischen Kommission an der Erstellung eines elektronischen Wählerverzeichnisses.

SÜDKAUKASUS

Im Südkaukasus arbeiteten das Büro in Baku, die Mission in Georgien und die NATO im Rahmen des südkaukasischen *Flussüberwachungsprojekts* für das Einzugsgebiet der Flüsse Kura und Arax zusammen. Das Projekt wurde auch von ihnen mitfinanziert.

Das **Büro in Baku** befasste sich gemeinsam mit UNDP und UNIFEM mit der Gleichstellung der Geschlechter. Es fanden regelmäßig Treffen mit EU-Vertretern statt, und das Büro arbeitete eng mit dem Europarat zum Thema Rechtsvorschriften über Versammlungsfreiheit zusammen.

Die **Mission in Georgien** befasste sich weiter gemeinsam mit UNDP und dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen mit der Durchführung eines von der Europäischen Kommission mit 2,5 Millionen Euro finanzierten Programms zum Wiederaufbau der Infrastruktur in der vom georgisch-ossetischen Konflikt betroffenen Zone. Die Europäische Kommission sagte außerdem einen Beitrag von mehreren Millionen Euro zu einem *OSZE-Programm für wirtschaftlichen Wiederaufbau* zu, das 2006 in diesem Gebiet in Angriff genommen wurde.

Das **Büro in Eriwan** arbeitete mit UNDP, der größten VN-Vertretung in Armenien, zusammen. Vertreter der Delegation der Europäischen Kommission in Armenien nahmen aktiv an der Internationalen Arbeitsgruppe zu Wahlen in Armenien teil, in der das Büro den Vorsitz führte. Den Vorsitz in der Internationalen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Menschenhandel führten gemeinsam UNDP, IOM und das Büro.

Das **Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst**, unterstützte die unter OSZE-Vorsitz stehende Umweltbegutachtungsmission, die mit Hilfe des *Global Fire Monitoring Centre*, des UNEP, des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, des Europarats, der Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission durchgeführt wurde.

ZENTRALASIEN

Das Konfliktverhütungszentrum kooperierte mit UNODC in der Frage Grenzsicherung und Grenzmanagement in Zentralasien, um dem Zustrom von Suchtstoffen aus Afghanistan Einhalt zu gebieten. Seine Arbeit erfolgte in enger Abstimmung mit dem EU-Programm *Grenzmanagement und Maßnahmen gegen illegale Drogen*.

Das **Zentrum in Almaty** und die NATO setzten sich gemeinsam für Umweltbelange ein. Die IOM und das Zentrum tauschten regelmäßig Informationen aus. Das Zentrum arbeitete mit der Weltbank zusammen und finanzierte Wasserbewirtschaftungsaktivitäten mit der Asiatischen Entwicklungsbank.

Das **Zentrum in Aschgabad** führte gemeinsame Programme mit dem *TACIS*-Programm der EU durch.

Das **Zentrum in Bischkek** hielt einen Schulungskurs für zukünftige Mitarbeiter von OSZE-Feldoperationen ab, der von einem Mitarbeiter des tadschikischen Zentrums für Minenräumung des UNDP geleitet wurde. Es arbeitete überdies mit der Venedig-Kommission an der Verfassungsreform.

Das **Zentrum in Duschanbe** kooperierte mit UNDP, dem Büro der Vereinten Nationen in Tadschikistan für Friedenskonsolidierung, UNEP und der NATO. Es finanzierte wieder das OSZE/IOM-Informationszentrum für Wanderarbeitnehmer in Duschanbe und arbeitete auch eng mit dem IKRK im Hinblick auf die Gründung einer Arbeitsgruppe für die Reform der Strafvollzugsanstalten zusammen.

Der **Projektkoordinator in Usbekistan** arbeitete an mehreren EU-Projekten mit, darunter ein Handbuch für die Gesetzgebende Kammer des Parlaments und ein parlamentarisches Ressourcenzentrum. Er entwickelte gemeinsam mit der Asiatischen Entwicklungsbank, der Weltbank und der Schweizer Botschaft ein Projekt für die Gleichstellung der Geschlechter.

Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum

sowie mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum sind: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien.

Den Vorsitz in der Kontaktgruppe mit den Mittelmeerpartnern führte 2006 Spanien.

Die Kooperationspartner in Asien sind: Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand.

Den Vorsitz in der Kontaktgruppe mit den asiatischen Partnern führte 2006 Slowenien.

Beziehungen mit den Kooperationspartnern

BERICHT DES OSZE-VORSITZES

Der belgische Vorsitz war unablässig bemüht, die Kooperationspartner in die allgemeinen OSZE-Aktivitäten einzubeziehen und förderte zu diesem Zweck den gegenseitigen Dialog und die aktive Teilnahme der Partner an den maßgeblichen OSZE-Organen und -Foren. Die Kooperationspartner wurden daher zu den meisten Sitzungen des Ständigen Rates eingeladen. Auf Einladung des turnusmäßig wechselnden Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation nahmen sie auch an den Sitzungen des Forums teil. Ferner wurden die Partner zu allen wichtigen regelmäßig stattfindenden und Ad-hoc-Konferenzen und Seminaren der OSZE eingeladen. Der Vorsitzende des Ständigen Rates nahm seinerseits an allen Sitzungen der Kontaktgruppen mit den asiatischen bzw. den Mittelmeerpartnern teil, wobei er die Kooperationspartner über wichtige Entwicklungen in der OSZE informierte. Vertreter des Vorsitzes wirkten aktiv an der *OSZE/Thailand-Konferenz 2006* „Herausforderungen an die weltweite Sicherheit – von Armut bis Pandemie“ und am jährlichen *OSZE-Mittelmeerseminar* mit.

Um den Dialog der OSZE mit den Kooperationspartnern zu beleben und inhaltlich zu konkretisieren, setzte der belgische Vorsitz mit Unterstützung des slowenischen bzw. spanischen Vorsitzes der Kontaktgruppen energische Schritte zur Förderung der Schaffung eines Partnerschaftsfonds. 2006 war es zwar nicht möglich, eine Einigung in dieser Frage zu erzielen, doch machte die Debatte deutlich, welche Bedeutung sowohl die Partner im Mittelmeerraum als auch jene in Asien der Schaffung eines Instruments zur Förderung ihrer Zusammenarbeit mit der OSZE beimessen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Vorsitz Fragen der Toleranz und der Nicht-diskriminierung. Anlässlich der Kontroverse über die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed in den Medien berief der Vorsitz zwei informelle Treffen ein: über die Förderung der gegenseitigen Achtung und der freien Meinungsäußerung in der OSZE sowie über die Werte im Zusammenhang mit freien Medien. Der wertvolle Beitrag der Kooperationspartner zu beiden Treffen wurde bei der Ausarbeitung zweier Dokumente des Vorsitzenden mit Denkanstößen zu dem Thema im Februar bzw. März gebührend berücksichtigt.

Mehrere Veranstaltungen des Jahres 2006 betrafen Afghanistan, einen asiatischen Kooperationspartner, der an drei zentralasiatische Teilnehmerstaaten grenzt. Am 30. und 31. März hielt sich der Amtierende Vorsitzende in Kabul auf, wo er mit Präsident Hamid Karzai zusammentraf. Dieser Besuch folgte auf eine Rede des afghanischen Ministers für die Bekämpfung illegaler Suchtstoffe, Habibullah Qaderi, im Ständigen Rat der OSZE am 14. März. Am 14. September sprach der Oberste Alliierte NATO-Befehlshaber Europa, General James L. Jones, im Ständigen Rat über Aspekte im Zusammenhang mit der NATO-Mission in Afghanistan.

Auf Einladung der japanischen Veranstalter entsandte der belgische Vorsitz einen Vertreter zum Seminar *Aufbau von Gemeinschaften in den multi-ethnischen Gesellschaften des Westbalkans* am 22. März in Tokio, der einen Vortrag im Namen der Organisation hielt.

Unmittelbar vor dem Brüsseler Ministerrat führte der Sondergesandte des belgischen OSZE-Vorsitzes 2006, Pierre Chevalier, den Vorsitz in den traditionellen Treffen zwischen der OSZE-Ministertrioika, dem Generalsekretär und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und den Delegationsleitern der Kooperationspartner. Beide Sitzungen dienten einer Überprüfung der im Verlauf des Jahres geleisteten Arbeit und befassten sich mit den Aussichten einer künftigen verstärkten Zusammenarbeit. Sie ergaben wichtige Anregungen für die weitere Verstärkung des Dialogs zwischen den Partnern und der OSZE.

BERICHT DES VORSITZES DER KONTAKTGRUPPE MIT DEN ASIATISCHEN KOOPERATIONSPARTNERN

2006 unternahmen die OSZE-Teilnehmerstaaten und die asiatischen Kooperationspartner der OSZE gemeinsam beträchtliche Anstrengungen, um ihre Beziehungen zu beleben. Slowenien brachte als Vorsitz der asiatischen Kontaktgruppe gemeinsame Anliegen und Probleme zur Sprache und sorgte für eine gezielte Diskussion.

Die Arbeit der asiatischen Kontaktgruppe. Die Kontaktgruppe hielt im abgelaufenen Jahr unter slowenischem Vorsitz fünf Sitzungen ab, die gemeinsamen Anliegen und Problemen in den drei Dimensionen gewidmet waren. Die Erörterungen konzentrierten sich auf Fragen der menschlichen Sicherheit, Wirtschafts- und Umweltangelegenheiten, den Kampf gegen den Terrorismus sowie Grenzsicherung und -management.

OSZE/Thailand-Konferenz. Das wichtigste Ereignis des Jahres war die *OSZE/Thailand-Konferenz 2006 „Herausforderungen an die weltweite Sicherheit – von Armut bis Pandemie“*. Es war dies bereits die zweite derartige Konferenz in Bangkok, was von der aktiven Rolle Thailands als asiatischer Partner zeugt. In seiner zweifachen Rolle als Vorsitz sowohl der Kontaktgruppe mit den asiatischen Kooperationspartnern als auch des Netzwerks „Menschliche Sicherheit“ befasste Slowenien die asiatischen Partner mit Themen der menschlichen Sicherheit.

Die Konferenz machte deutlich, dass Armut und Pandemien zwei klassische Fälle von massiver Sicherheitsbedrohung darstellen, die alle drei Sicherheitsdimensionen der OSZE betreffen und einen systematischen und multidisziplinären Ansatz verlangen. Die Teilnehmer der Konferenz stellten außerdem fest, dass die OSZE zwar weder eine Entwicklungs- noch eine Gesundheitsorganisation sei, sie jedoch basierend auf dem ihr eigenen Ansatz einen

erheblichen Beitrag zur Verminderung der durch Armut und Pandemien verursachten Sicherheitsrisiken leisten könne.

Der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel erklärte in seiner Eröffnungsansprache, dass die von Pandemien ausgehende Gefahr real und greifbar sei und dass die Lösung in einem systematischen und abgestimmten Vorgehen liege. Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit seien die wichtigsten Elemente zur Lösung des Problems Armut. Während globalisierte Märkte Chancen für die Privatwirtschaft eröffneten, sei es Aufgabe der Länder sowie regionaler und internationaler Organisationen, diesen Unternehmen Grenzen zu setzen und Hindernisse zu beseitigen.

Parallelveranstaltung mit den asiatischen Partnern auf dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension. Zum ersten Mal fand auf Initiative der asiatischen Partner am Rande des jährlichen Warschauer *Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension* im Oktober eine Parallelveranstaltung über menschliche Sicherheit statt. Dabei sollte das Wissen um die menschliche Sicherheit innerhalb der OSZE vertieft werden. Die Teilnehmer machten Vorschläge zur Formulierung und Durchführung entsprechender Projekte zur Förderung der menschlichen Sicherheit durch die Teilnehmer- und Partnerstaaten der OSZE.

Das OSZE-Regime für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Zur Veranschaulichung, wie das OSZE-Regime für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem *Wiener Dokument 1999* konkret funktioniert, organisierte Slowenien im Oktober einen Besuch asiatischer Partner bei der Ersten Brigade der slowenischen Armee und in den Ministerien für Verteidigung bzw. auswärtige Angelegenheiten Sloweniens. Die Teilnehmer simulierten eine Inspektion nach dem *Wiener Dokument 1999*. Bei derselben Gelegenheit besuchten die asiatischen Partner auch den Sitz des Internationalen Treuhandfonds für Entminung, wo sie ausführlich über die Aktivitäten unter der Schirmherrschaft des Fonds informiert wurden. Mit diesem Besuch hatten die asiatischen Partner Gelegenheit, ihr Verständnis für die OSZE-Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension weiter zu vertiefen.

BERICHT DES VORSITZES DER KONTAKTGRUPPE MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM

Übersicht. Ein Jahr, das – nach dem Erfolg des Mittelmeerseminars 2005 in Rabat – mit dem Schwerpunkt Migration begann, wurde zu einem Jahr, in dem stattdessen Toleranz und Integration im Mittelpunkt standen, nachdem die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed in den Medien viel Staub aufgewirbelt hatte. Unter der Führung des spanischen Vorsitzes befasste sich die Gruppe auch mit Möglichkeiten, Ordnung und Struktur in ihre Arbeit zu bringen, und sie fasste im Interesse von mehr Kontinuität und Kohärenz einen „Fahrplan“ ins Auge. Gleichzeitig galt die Aufmerksamkeit auch politisch-militärischen ebenso wie wirtschaftlichen und umweltbezogenen Angelegenheiten.

Der spanische Vorsitz der Kontaktgruppe war systematisch bemüht, die Kooperationspartner im Mittelmeerraum regelmäßig über die verschiedenen Aktivitäten der Organisation zu informieren, unter anderem, wo immer möglich, durch verbesserten Zugang zu einschlägigen OSZE-Dokumenten. Außerdem gab es verstärkt Versuche, die Mittelmeerpartner in die Arbeit der OSZE einzubinden.

Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe. Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum trat 2006 ebenso wie in den vergangenen Jahren neun Mal zusammen und befasste sich mit allen drei Dimensionen der Sicherheit. Vor diesen Treffen fanden jeweils Vorbereitungssitzungen der Kontaktstellen statt. Bei den Sitzungen der Kontaktgruppe kamen folgende Gastredner zu Wort: der Ehrenpräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Sonderbeauftragte für Mittelmeerangelegenheiten, der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, der über die Ergebnisse des Prager Wirtschaftsforums berichtete, der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, die OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels, die einen Vortrag über den *Budapester Prozess* und das *OSZE-Konzept für Grenzsicherung und -management* hielt, der Direktor des Internationalen Zentrums für Migrationspolitikentwicklung, der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Toleranz und Nichtdiskriminierung (zweimal, angesichts des Interesses der Mittelmeerpartner an diesen Fragen), ein Vertreter des Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation, die Koordinatoren des Forums für Kleinwaffen und leichte Waffen sowie für Lagerbestände konventioneller Munition sowie ein Europaratsexperte für interkulturellen und interreligiösen Dialog. Auf der letzten Sitzung erstattete der Vorsitzende Bericht über die Arbeit der Kontaktgruppe, und der für 2007 designierte finnische Vorsitzende hielt einen Vortrag.

Seminar über multilaterale Diplomatie. Vom 6. bis 8. März veranstaltete Spanien in Zusammenarbeit mit dem Friedensinstitut der Vereinigten Staaten und dem Sekretariat ein Seminar über fortschrittliche Verhandlungstechniken und multilaterale Diplomatie in der Madrider Diplomatenschule. Im Mittelpunkt des Seminars standen multilaterale Verhandlungen im OSZE-Kontext, die Aufklärung der Teilnehmer über die Arbeit der Organisation und ihre spezielle Rolle bei der Förderung der europäischen Sicherheit, wobei insbesondere auf Konfliktverhütung und Frühwarnung eingegangen wurde.

Parallelveranstaltung beim Wirtschaftsforum. Am Rande des Prager Wirtschaftsforums organisierte Spanien am 23. Mai eine Parallelveranstaltung mit den Mittelmeerpartnern, bei der ein Experte des spanischen Verkehrsministeriums und der Leiter der Delegation der Europäischen Kommission bei der OSZE Vorträge hielten. Thema der Veranstaltung war die Bedeutung des Verkehrs für die regionale Integration und die transmediterrane Kooperation. Leider waren nicht alle Mittelmeerpartner vertreten. Mit Ausnahme einer Delegation war auch das Interesse an einem Seminar über die Verifikation von Übereinkommen im politisch-militärischen Bereich, das das spanische Außenministerium am 21. und 22. November in Madrid und Toledo organisiert hätte, äußerst gering.

OSZE-Mittelmeerseminar. Das wichtigste Ereignis war 2006 das jährliche *Mittelmeerseminar* am 6 und 7. November, für das zum vierten Mal Ägypten in Scharm-el-Scheich als Gastgeber fungierte. Das Seminar dieses Jahres, *Die OSZE-Mittelmeer-Partnerschaft – von Empfehlungen zur Umsetzung*, war hauptsächlich drei Themen gewidmet: der wirtschaftlichen und der menschlichen Dimension der Migration, der Rolle der OSZE und der Mittelmeerpartner bei der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung und schließlich Mitteln und Wegen zur Verbesserung des Mittelmeerdialogs.

In der Diskussion der ersten Sitzung wurde betont, dass gegen die illegale Migration vorgegangen werden müsse, wobei allerdings auch festgestellt wurde, dass die legale Migration große Vorteile sowohl für das Herkunfts- als auch für das Zielland habe. Es wurde vorgeschlagen, das von der OSZE, der Internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation ausgearbeitete *Handbook on Establishing Effective*

Labour Migration Policies in Countries of Origin and Destination ins Arabische zu übersetzen, wofür Spanien Mittel zusagte. Ein weiterer Vorschlag betraf die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex zur Migration.

Auf der zweiten Sitzung waren die Teilnehmer einhellig der Meinung, dass durch Bildung, die Medien, Rechtshilfe und den Ausbau des *Programms für Toleranz und Nicht-diskriminierung* des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte viel erreicht werden könne. Viele Teilnehmer verwiesen außerdem auf die Notwendigkeit, zur Umsetzung und Verbreitung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension die Zivilgesellschaft miteinzubeziehen. Diesbezüglich ist es bedauerlich, dass ein Vorschlag des Gastlandes, eine Parallelveranstaltung mit NROs aus dem Mittelmeerraum abzuhalten, auf Grund logistischer und finanzieller Probleme nicht verwirklicht werden konnte.

Was die Zukunft des Mittelmeerdialogs anbelangt, vertraten viele Teilnehmer die Auffassung, dass die erste Phase, in der das Bewusstsein der Mittelmeerpartner für die OSZE vertieft werden sollte, nahezu abgeschlossen und die Zeit gekommen sei, von Empfehlungen zur Umsetzung zu gelangen. Dazu wurde von mehreren Seiten vorgeschlagen, den Dialog mit den Mittelmeerpartnern in Zukunft konkreter zu gestalten.

BERICHT DES GENERALEKRETÄRS

Das Sekretariat unterstützte und beriet die Troika auch 2006 in der Frage der Verstärkung der Beziehungen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien. Die Hilfe erstreckte sich unter anderem auf die Mitveranstaltung der *OSZE/Thailand-Konferenz* im April und des *Mittelmeerseminars* im November.

Der Generalsekretär begab sich mehrmals in Partnerstaaten zu Konsultationen über die weitere Verstärkung der Beziehungen mit der OSZE.

Im Januar reiste er auf Einladung der japanischen Regierung nach Tokio, wo er Gespräche mit hochrangigen Beamten des Außenministeriums und der Verteidigungsagentur führte. Er informierte die Beamten über die Bandbreite der OSZE-Aktivitäten und über jüngste Entwicklungen und es kam zu einem Gedankenaustausch über Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Japan und der OSZE. Der Generalsekretär hielt auch einen öffentlichen Vortrag über die OSZE, um die Organisation in den wissenschaftlichen Kreisen und den Medien Japans besser bekannt zu machen.

Auf Einladung der ägyptischen Regierung besuchte der Generalsekretär im März Kairo, wo er mit Außenminister Ahmed Ali Abu El Gheit und anderen Beamten des Ministeriums zusammentraf. Der Besuch galt der Frage Toleranz und Nichtdiskriminierung nach der Kontroverse im Gefolge der Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed in den Medien sowie der Stärkung der Beziehungen zwischen Ägypten und der OSZE. Bei diesem Besuch traf der Generalsekretär auch mit Vertretern der ägyptischen Kommission für Menschenrechte und des Rates für Außenbeziehungen zusammen.

Im April führte der Generalsekretär am Rande der *OSZE/Thailand-Konferenz* Gespräche mit dem thailändischen Außenminister Kantathi Suphamongkhon über mögliche Maßnahmen im Anschluss an die Konferenz und die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Thailand und der OSZE. Bei dieser Unterredung bekräftigte Minister Suphamongkhon die feste Absicht seines

Landes, auch weiterhin aktive Beziehungen mit der Organisation zu unterhalten, insbesondere zur Förderung verstärkter Beziehungen zum ASEAN-Regionalforum.

Im Oktober begab sich der Generalsekretär auf Einladung des mongolischen Außenministers Naymaa Enkhbold nach Ulan Bator. Es war dies der erste Besuch eines OSZE-Generalsekretärs in der Mongolei, und er fand in jenem Jahr statt, in dem das Land 800 Jahre seines Bestehens feierte. Der Generalsekretär führte Unterredungen mit dem Präsidenten der Mongolei, dem Parlamentspräsidenten, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten und dem Minister für Justiz und Inneres. Sie alle brachten das große Interesse der Mongolei an ihrer Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der OSZE sowie ihr entschlossenes Engagement zum Ausdruck. Die mongolischen Politiker bekräftigten das Interesse ihres Landes, eine zukünftige OSZE-Jahreskonferenz in Asien auszurichten.

Der Generalsekretär empfing auch eine Reihe offizieller Besucher aus der Mongolei und der Republik Korea, unter ihnen der Justizminister der Mongolei und hochrangige Vertreter des Ministeriums für Wiedervereinigung und der Menschenrechtskommission der Republik Korea. Diese Gespräche boten Gelegenheit, die Aktivitäten der OSZE besser im Bewusstsein der Gesprächspartner zu verankern und gleichzeitig Gedanken über mögliche künftige gemeinsame Initiativen auszutauschen. Darüber hinaus erhielt der Generalsekretär von einigen Partnerstaaten wichtige Anregungen für die Ausarbeitung des OSZE-Beitrags zur Initiative der Vereinten Nationen *Allianz der Zivilisationen*, wie dies der Ministerrat von Laibach gefordert hatte.

Auch auf Expertenebene wurde ein Beitrag zu den Beziehungen mit den Kooperationspartnern geleistet. Am 24. Oktober organisierten das Sekretariat und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung eine Gemeinsame Expertentagung über die Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen, wobei unter anderem der illegale Handel mit Drogen aus Afghanistan besprochen wurde.

Kooperationspartner beteiligten sich auch an einigen Aktivitäten der OSZE-Feldoperationen. Am 14. Juli fand auf Initiative der ENVSEC-Partner – OSZE, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und Umweltprogramm der Vereinten Nationen – und des tadschikischen Staatskomitees für Umweltschutz und Forstwirtschaft eine tadschikisch-afghanische Tagung über Zusammenarbeit im Umweltbereich statt. Bei diesem Treffen wurde ein Programm für gemeinsame Umweltschutzmaßnahmen in Afghanistan und Tadschikistan entworfen. Der Vorsitzende des tadschikischen Staatskomitees für Umweltschutz und Forstwirtschaft, Abduwohit Karimow, und der Generaldirektor der afghanischen Nationalen Umweltschutzagentur, Mustapha Zaher, erörterten Umweltprobleme, die die Umweltsicherheit beider Staaten bedrohen, und erarbeiteten Maßnahmen zur Entschärfung dieser Bedrohungen und zur Gewährleistung von Stabilität durch nachhaltige kooperative Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und durch Zusammenarbeit in Umweltbelangen. Am 2. Oktober nahmen mongolische Polizeiexperten an einem internationalen Symposium über bewährte Praktiken und Erfahrungen in bürgernaher Polizeiarbeit teil, das von der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und dem Zentrum in Bischkek organisiert wurde.

Zusammenarbeit mit Organisationen außerhalb des OSZE-Raums

Im Rahmen des Dialogs mit Organisationen außerhalb des OSZE-Raums fanden 2006 mehrere hochrangige Besuche statt, und es kam zur gegenseitigen Teilnahme an Veranstaltungen.

Nach dem Ministerratstreffen von Brüssel besuchte der Sondergesandte des belgischen Vorsitzes, Pierre Chevalier, das Sekretariat der Schanghai-Kooperationsorganisation, um Möglichkeiten einer Verstärkung der Beziehungen zur OSZE zu erörtern. Gegenstand der Gespräche waren die jüngsten Aktivitäten beider Organisationen in Zentralasien sowie ihre Initiativen im Kampf gegen den Terrorismus.

Am Rande seines Besuchs in Ägypten im März traf der Generalsekretär mit dem Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Amre Moussa, zusammen. Beide Seiten bekräftigten die Notwendigkeit, die gegenseitigen Beziehungen zu intensivieren. Auf das Treffen mit Generalsekretär Moussa folgte eine Diskussion auf Arbeitsebene, bei der mögliche Bereiche einer verstärkten Zusammenarbeit besprochen wurden.

Am 25. März besuchte der Generalsekretär auf Einladung des Generalsekretärs der Organisation der islamischen Konferenz, Ekmeleddin İhsanoğlu, das Generalsekretariat der Organisation in Jeddah (Saudi-Arabien). Bei diesem Besuch betonten beide Seiten, dass ihre Zusammenarbeit zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie im Kampf gegen islamfeindliche Tendenzen verstärkt werden müsse. In Bezug auf das vom letzten Gipfeltreffen der Islamischen Konferenz in Mekka verabschiedete *Zehn-Jahres-Aktionsprogramm* äußerte der Generalsekretär der Konferenz großes Interesse an den Erfahrungen der OSZE mit Wahlbeobachtung, Konfliktverhütung und Konfliktbeilegung sowie mit Good Governance.

Im Juni nahm der Generalsekretär an der 33. Tagung der Islamischen Konferenz der Außenminister in Baku (Aserbaidschan) teil, zu der er einen schriftlichen Beitrag leistete. Außerdem kam es zu einem bilateralen Gespräch mit Generalsekretär İhsanoğlu.

Mehrere OSZE-Experten nahmen auf Einladung an einschlägigen Veranstaltungen teil, die im Laufe des Jahres von regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums abgehalten wurden.

Das ganze Jahr hindurch wurden Vertreter von Organisationen außerhalb des OSZE-Raums regelmäßig zur Teilnahme an wichtigen OSZE-Veranstaltungen eingeladen, etwa zum *Ministerrat*, zur *OSZE/Thailand-Konferenz*, zum *OSZE-Mittelmeerseminar* und zu anderen bedeutenden Veranstaltungen, insbesondere zum Thema Bekämpfung des Terrorismus. Mehrere Organisationen außerhalb des OSZE-Raums, darunter die Afrikanische Union, das ASEAN-Regionalforum, die Liga der arabischen Staaten und die Organisation der islamischen Konferenz nahmen am 4. und 5. April an einem von der Internationalen Friedensakademie in Zusammenarbeit mit der OSZE veranstalteten Seminar in Wien zum Thema *Bildung von Partnerschaften zur Krisenverhütung, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen* teil.

[Haushalt]

[Personalstatistik]

Kontakt

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 514 36 180
Fax: +43 1 514 36 105
E-Mail: info@osce.org
www.osce.org

OSZE-INSTITUTIONEN

Parlamentarische Versammlung
Rådhusstraede 1
1466 Kopenhagen K, Dänemark
Tel.: +45 33 37 80 40
Fax: +45 33 37 80 30
E-Mail: osce@oscepa.dk

Büro für demokratische Institutionen
und Menschenrechte
19 Aleje Ujazdowskie
00-557 Warschau, Polen
Tel.: +48 22 520 06 00
Fax: +48 22 520 06 05
E-Mail: office@odihp.pl

Hoher Kommissar der OSZE für
nationale Minderheiten
Prinsessegracht 22
2514 AP Den Haag, Niederlande
Tel.: +31 70 312 55 00
Fax: +31 70 363 59 10
E-Mail: hcnm@hcnm.org

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit
Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 512 21 45-0
Fax: +43 1 512 21 45-9
E-Mail: pm-fom@osce.org

OSZE-FELDOPERATIONEN**SÜDOSTEUROPA**

OSZE-Präsenz in Albanien
Sheraton Tirana Hotel & Towers
1st Floor, Tirana, Albanien
Tel.: +355 4 235 993
Fax: +355 4 235 994
E-Mail: Post.Albania@osce.org

OSZE-Mission in Bosnien und
Herzegowina
Fra Andjela Zvizdovića 1
71000 Sarajewo,
Bosnien und Herzegowina
Tel.: +387 33 752 100
Fax: +387 33 442 479
E-Mail: info.ba@osce.org

OSZE-Mission in Kroatien
Florijana Andrašeca 14
10000 Zagreb, Kroatien
Tel.: +385 1 309 66 20
Fax: +385 1 309 66 21
E-Mail: osce-croatia@osce.org

OSZE-Mission im Kosovo
Beogradska 32
38000 Priština, Kosovo, Serbien
Tel.: +381 38 240 100
Fax: +381 38 240 711
E-Mail: press.omik@osce.org

OSZE-Mission in Serbien
Cakorska 1
11000 Belgrad, Serbien
Tel.: +381 11 367 24 25
Fax: +381 11 360 61 19
E-Mail: piiu-serbia@osce.org

OSZE-Mission in Montenegro
Bulevar Svetog Petra Cetinjskog 147
81000 Podgorica, Montenegro
Tel.: +381 81 406401
Fax: +381 81 406431
E-Mail: omim@osce.org

OSZE-„Spillover“-
Überwachungsmission in Skopje

QBE Makedonija Building, 11
Oktomvri Str. 25
MK-1000, Skopje
Ehemalige jugoslawische Republik
Mazedonien
Tel.: +389 2 3234 000
Fax: +389 2 3234 234
E-Mail: info-mk@osce.org

OSTEUROPA

OSZE-Büro in Minsk
Prospekt Gasety Pravda 11
220116 Minsk, Belarus
Tel.: +375 17 272 34 97
Fax: +375 17 272 34 98
E-Mail: office-by@osce.org

OSZE-Mission in Moldau
Str Mitropolit Dosoftei 180
2012 Chişinău, Moldau
Tel.: +373 22 88 78 09
Fax: +373 22 22 34 96
E-Mail: Moldova@osce.org

Projektkoordinator in der Ukraine
16 Striletska St.
01034 Kiew, Ukraine
Tel.: +380 44 492 03 82
Fax: +380 44 492 03 84
E-Mail: osce-ukraine@osce.org

OSZE-Vertreter in der lettisch-
russischen Gemeinsamen Kommission
für pensionierte Militärangehörige
Mahlerstraße 12/5/651
A-1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 514 36 207
Fax: +43 1 514 36 22
E-Mail: helmut.napiontek@osce.org

KAUKASUS

OSZE-Büro in Baku
4, M. Magomayev Lane, 2nd floor
Icheri Sheher
Baku AZ1004, Aserbaidschan
Tel.: +994 12 497 23 73
Fax: +994 12 497 23 77
E-Mail: office-az@osce.org

OSZE-Mission in Georgien
Krtsanisi Governmental Residence,
Krtsanisi St.
0114 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 202 303
Fax: +995 32 202 304
E-Mail: po-ge@osce.org

Persönlicher Beauftragter des
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE
für den Konflikt, mit dem sich die
Minsk-Konferenz der OSZE befasst
4 Freedom Square
GMT Plaza, 1st Floor
0105 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 99 87 32
Fax: +995 32 98 85 66
E-Mail: prcio@osce.org

OSZE-Büro in Eriwan
89 Teryan St.
Eriwan 0009, Armenien
Tel.: +374 10 54 10 62, 63, 64
Fax: +374 10 54 10 61
E-Mail: yerevan-am@osce.org

ZENTRALASIEN

OSZE-Zentrum in Almaty
67 Tole Bi Street, 2nd Floor
480091 Almaty, Kasachstan

Tel.: +7 3272 79 37 62
Fax: +7 3272 79 43 88
E-Mail: almaty-kz@osce.org

OSZE-Zentrum in Aschgabad
Turkmenbashi Shayoly 15
744005 Aschgabad, Turkmenistan
Tel.: +993 12 35 30 92
Fax: +993 12 35 30 41
E-Mail: info_tm@osce.org

OSZE-Zentrum in Bischkek
139 St. Toktogula
720001 Bischkek, Kirgisistan
Tel.: +996 312 66 50 15
Fax: +996 312 66 31 69
E-Mail: pm-kg@osce.org

OSZE-Zentrum in Duschanbe
12, Zikrullo Khojaev Str.
734017 Duschanbe, Tadschikistan
Tel.: +992 372 24 58 79
+992 372 24 33 38
Fax: +992 372 24 91 59
E-Mail: cid-tj@osce.org

OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan
Afrosiyob Street 12 b, 4th Floor
700015 Taschkent, Republik Usbekistan
Tel.: +998 71 120 44 70
Fax: +998 71 120 61 25
E-Mail: osce-cit@osce.org

Abkürzungen

ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen
ATU	Gruppe Terrorismusbekämpfung
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
CEC	Zentrale Wahlkommission
CEDAW	Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CSTO	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
ENVSEC	Umwelt- und Sicherheitsinitiative
EU	Europäische Union
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
FSK	Forum für Sicherheitskooperation
GUAM	Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IOM	Internationale Organisation für Migration
IRMA	Integriertes Ressourcenmanagementsystem
IStGHJ	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
JCC	Gemeinsame Kontrollkommission
JPKF	Gemeinsame Friedenstruppen
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVZ	Konfliktverhütungszentrum
MANPADS	Schultergestützte Flugabwehrraketensysteme
NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
NRO	Nichtregierungsorganisation
OCEEA	Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarats
PISG	Provisorische Selbstverwaltungsinstitutionen des Kosovo
PV	Parlamentarische Versammlung
SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
TACIS	Technische Hilfe für die GUS, ein von der Europäischen Union betreutes Programm
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIFEM	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
VN	Vereinte Nationen
VSBM	Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

[back cover]

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzt sich für **Stabilität, Wohlstand und Demokratie** in 56 Staaten ein. Sie will dies durch einen politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praktische Arbeit erreichen, die nachhaltige Veränderungen bewirkt.

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büro des Generalsekretärs
OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7, 4. Stock
1010 Wien, Österreich
Tel.: +43-1 514 36 180
Fax: +43-1 514 36 105
E-Mail: info@osce.org
www.osce.org



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa